

Der sozialistische Hochschullehrer
Die Berufungspolitik in der SBZ/DDR am Beispiel der Hochschullehrer-
schaft der Humboldt-Universität zu Berlin (1945–1990)

von der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie
der Universität Leipzig
genehmigte

DISSERTATION

zur Erlangung des akademischen Grades

doctor philosophiae

Dr. phil.

Vorgelegt

von Dr. Ulrike Breitsprecher
geboren am 4. Oktober 1982 in Erfurt

Gutachter: Prof. Dr. Matthias Middell
Prof. Dr. Thomas Höpel

Tag der Verleihung: 17. November 2020

Einleitung	3
1. Konstituierung, Stabilisierung und Bedeutungsverlust sozialistischer Hochschulpolitik	28
1.1 Nachkriegszeit in der SBZ/DDR von 1945 bis 1950	28
1.2 Konsolidierung der DDR-Gesellschaft von 1950 bis 1961	37
1.3 Stabilisierungsphase in der DDR von 1961 bis 1971	42
1.4 Bedeutungsverlust der Universitäten ab der Mitte der 1970er Jahre	47
1.5 Die 1980er Jahre zwischen außenpolitischer Entspannung und innerer Erstarrung	52
2. Berufswege zwischen „Kaderplanung“ und Pragmatismus	57
2.1 Akademische Qualifikation	57
2.2 Entwicklung der Berufenen	61
2.3 Berufungsalter	66
2.4 Berufspositionen	69
2.5 Zwischenfazit	73
3. Berufenen in den Agrar-, Gesellschafts- und Naturwissenschaften	75
3.1 Akademische Qualifikation	76
3.2 Entwicklung der Berufenen	78
3.3 Berufspositionen	84
3.4 Sozialstruktur in den Fachrichtungen	86
3.5 Zwischenfazit	90
4. Bedeutung der sozialen Herkunft für die Berufswege	92
4.1 Vorstudienanstalten und Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten	93
4.2. Akademische Qualifikation	99
4.3 Entwicklung der Berufenen	100
4.4 Berufspositionen	104
4.5 Zwischenfazit	109

5. Hochschullehrerinnen an der HU	111
5.1 Akademische Qualifikation	117
5.2 Entwicklung der Berufungen und Berufspositionen	121
5.3 Verteilung in den Fachrichtungen	126
5.4 Soziale Herkunft	132
5.5 Zwischenfazit	135
6. Bedeutung der Parteizugehörigkeit in den Karrieremustern	137
6.1 Akademische Qualifikation, Berufungen und Parteieintrittsalter	140
6.2 Fachrichtungen und Berufspositionen	145
6.3 Geschlecht	149
6.4 Soziale Herkunft	150
6.5 Zwischenfazit	153
7. Räumliche Mobilität der HU-Hochschullehrer	155
7.1 Geburtsorte	159
7.2 Studienorte	161
7.3 Akademische Qualifikation	163
7.4 Berufspositionen	167
7.5 Zwischenfazit	168
Schlussbetrachtung	170
Quellen- und Literaturverzeichnis	185
Verzeichnis der Abbildungen	201

Anhang

Verteilung der Berufungen nach Berufungsjahren

Verteilung der Berufspositionen nach Berufungsjahren

Einleitung

Fragestellung und Forschungsstand

Im 1973 in Ostberlin erschienenen *Kleinen politischen Wörterbuch*, das laut Einleitung den Anspruch verfolgte, auf Grundlage des Marxismus-Leninismus Begriffe der alltäglichen politischen Praxis zu erklären, definierte die Redaktion den Eintrag „Hochschulwesen“ wie folgt:

„Die grundlegende Aufgabe des H. [Hochschulwesens; U.B.] besteht in der DDR darin, hochqualifizierte, wissenschaftlich gebildete sozialistische Persönlichkeiten auszubilden und zu erziehen, die der Arbeiterklasse und dem Sozialismus treu ergeben sind und mit ihr gemeinsam daran wirken, die Wissenschaft und Bildung als wichtige Faktoren hoher volkswirtschaftlicher Dynamik zu entwickeln und anzuwenden.“¹

Dieses Zitat benennt treffend drei der prominentesten Ziele der Hochschulpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR): die wissenschaftliche Qualifizierung, die politische Erziehung von Studierenden und Wissenschaftlern² und die Entwicklung von Innovationen zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts. Gerade die Ausbildung wissenschaftlich geschulten Personals blieb, mit unterschiedlichen Nuancen und zeitlichen Konjunkturen, während der gesamten Zeit des Bestehens der DDR von zentraler Bedeutung. Zwei weitere Ziele dieses Verständnisses von Wissenschaft bestanden, insbesondere in der frühen DDR, im sogenannten Bruch mit den „bürgerlichen“ Wissenschaften³ und der Nutzung der Wissenschaft für den Aufbau des Sozialismus. Diese Ziele waren kein Alleinstellungsmerkmal des Hochschulwesens der DDR, namentlich die Ausbildung von Fachkräften war ab dem 19. Jahrhundert in Europa für alle Staaten, die eine universitäre Infrastruktur finanzierten, von zentraler Bedeutung.⁴ Ungeachtet der oftmals ähnlichen Ziele entwickelten sich weltweit unterschiedliche Traditionen des Hochschulwesens, die bestimmte Strukturen und Ausrichtungen im Zeitverlauf teilten, übernahmen, verwarfen oder vermischten.⁵

¹ Waltraud Böhme (Hg.), *Kleines politisches Wörterbuch*, Berlin 1973, 338.

² Zur leichteren Lesbarkeit findet in der gesamten Arbeit das generische Maskulinum bei Angaben zu Personen oder Berufen Verwendung. Weibliche Personen sind ausdrücklich inbegriffen.

³ Der Begriff „bürgerlich“ hatte im DDR-Sprachgebrauch zwei Konnotationen: Er wurde als soziale Kategorie verwendet (deskriptiv), aber auch als ideologische Brandmarkung (pejorativ). Die soziale Komponente verlor zunehmend an Bedeutung und „bürgerlich“ wurde zu einer politischen Kategorie, mit der eine politische Einstellung unterstellt wurde, die es zu bekämpfen galt. Dementsprechend muss der Begriff mit Vorsicht verwendet werden, da er der Stigmatisierung und Ächtung diene. Siehe Christoph Kleßmann, *Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR*, in: Hartmann Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hgg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, 254–270, hier 255.

⁴ Jan Havránek, *Die tschechischen Universitäten unter der kommunistischen Diktatur*, in: John Connelly/Michael Grüttner (Hgg.), *Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, Paderborn 2003, 157–172, hier 157.

⁵ Walter Rüegg, *Themen, Probleme, Erkenntnisse*, in: ders. (Hg.), *Geschichte der Universität in Europa*, Bd. 4: *Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*, München 2010, 21–46, hier 38ff.

Einige Historiker der DDR-Hochschulpolitik gehen davon aus, dass der Eigensinn einzelner Fakultäten, die fachliche Inkompetenz sowie Überarbeitung der Institutionen der Sozialistischen Einheitspartei (SED) und personelle Engpässe dazu führten, dass es keinen grundlegenden Einschnitt in der Umsetzung der Berufungspolitik nach 1945 gab. Die politische Steuerung der Berufungen sei im Spannungsfeld der SED-Kaderpolitik und einem durch Personal-mangel begründeten Pragmatismus zu verorten:

„Zumindest personell gab es den radikalen Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, einen ‚antifaschistischen Neuanfang‘ weder an den Universitäten, noch an einem anderen Ort im Wissenschaftsbetrieb der SBZ/DDR. [...] Ebenso wie im Westen Deutschlands setzten sich im Zweifelsfall auch in der SBZ/DDR – im Wissenschaftsbetrieb ebenso wie in anderen Bereichen – kaderpolitische Strategien durch, wo etwaige Belastungsmomente zu Gunsten der Betroffenen ausgelegt wurden, oder falls notwendig, großzügig über sie hinweggesehen wurde.“⁶

Bei anderen wiederum ist zu lesen, dass die Berufungspolitik der SED nahezu ausschließlich der „Kaderplatzierung“ gedient habe.⁷ John Connelly schreibt: „Der Grad der Instrumentalisierung des Hochschulwesens für den volkswirtschaftlichen Plan wurde nur durch den seiner Instrumentalisierung für die ideologischen Ziele des Regimes übertroffen.“⁸ Die SED habe sehr wohl einen radikalen Prämissenwechsel in der Berufungspolitik vollzogen, ohne an realpolitische Grenzen zu stoßen.

Die drei Hochschulreformen, die die Ziele der DDR-Hochschulpolitik nach und nach implementieren sollten, hatten also nachhaltigen Einfluss auf verschiedene Ebenen der traditionellen Strukturen an Hochschulen und Universitäten. Sie betrafen den Aufbau der Institutionen selbst, den um politische Schulungen erweiterten Lehrstoff sowie nicht zuletzt die Auswahl der Studierenden und Lehrenden nach sozialen und politischen Kriterien. Um die Auswirkungen der Hochschulpolitik auf die Hochschullehrer der DDR näher zu beleuchten und um herauszufinden, ob die selbstgesetzten Ziele des politischen Apparats erreicht wurden, wird die

⁶ Jens Thiel, „... dass es jetzt leider noch unmöglich ist, politisch belastete Professoren durch politisch unbelastete Professoren zu ersetzen.“ Akademische Karrieren in der SBZ und frühen DDR zwischen antifaschistischem Postulat und Pragmatismus, in: Udo Schagen/Sabine Schleiermacher (Hgg.), Wissenschaft macht Politik. Hochschule in den politischen Systembrüchen 1933 und 1945, Stuttgart 2009, 101–124, hier 122.

⁷ Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999, 75ff.

⁸ John Connelly, Humboldt im Staatsdienst. Ostdeutsche Universitäten 1945–1989, in: Mitchell G. Ash. (Hg.), Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten, Wien 1999, 80–104, hier 91. Connelly betont die Ziele von Sowjetischer Militäradministration (SMAD) und SED im Bereich Hochschulpolitik und ihre politische Umsetzung. Er weist nur am Rande auf die Probleme hin, mit denen die Institutionen konfrontiert waren und die sie zu Kompromissen zwangen. Daher wird der Eindruck erweckt, die Umstrukturierung des Lehrkörpers sei rasch und reibungslos vonstattengegangen und die neuen Machthaber hätten ihre Vorstellungen von Wissenschaft und Hochschulen in großem Maße umgesetzt.

vorliegende Studie, exemplarisch am Beispiel der Humboldt-Universität zu Berlin (HU), die Veränderung der Sozialstruktur der Hochschullehrer⁹ nachzeichnen. Die Konzentration auf eine universitäre Einrichtung sowie der weit ausgedehnte Untersuchungszeitraum können helfen, bislang offene Fragen der historischen Forschung zu beantworten. Die Untersuchung nimmt den gesamten Zeitraum der Einflussnahme durch die SED von 1945 bis 1990 in den Blick und deckt alle Fachrichtungen an der HU, mit Ausnahme der Medizin,¹⁰ ab.

Die Untersuchungszeiträume vieler Studien gehen über das Ende der 1960er bzw. die Mitte der 1970er Jahre nicht hinaus.¹¹ Das wird zum einen mit arbeitspragmatischen Erwägungen begründet und zum anderen wird behauptet, dass es nach der 3. Hochschulreform – deren Umsetzung meist auf die Jahre 1968/1969 datiert wird – an den Hochschulen zu keinerlei tiefgreifenden Veränderungen mehr gekommen sei. Anfang der 1970er Jahre sei die „formative Phase“ abgeschlossen gewesen, in welcher „der Übergang zum sozialistischen Hochschullehrer stattfand“.¹² Zwar beziehen die Arbeiten, deren Zeitrahmen sich bis 1975 erstreckt, die Auswirkungen der Reform mit ein, es ist allerdings fraglich, ob die hervorgerufenen strukturellen Veränderungen der Universitätsinstitutionen innerhalb dieses recht knapp bemessenen Zeitraums nachweisbar sind.

Ein wesentliches Erkenntnisinteresse betrifft die Effekte der DDR-Hochschulpolitik auf die Sozialstruktur der Hochschullehrer. Die Sozialstruktur umfasst unter anderem Angaben über die soziale Herkunft, das Alter und das Geschlecht von Personen. Anhand dieser Daten kann untersucht werden, inwieweit eine Differenzierung, Homogenisierung oder Nivellierung

⁹ In der Arbeit wird durchgängig der Begriff der Hochschullehrer verwendet und meint damit alle Dozenten und Professoren an der HU. Die Begriffe Akademiker oder Intelligenz wären unpräzise, da Akademiker zwar einen Hochschulabschluss besitzen, aber nicht zwingend an einer Universität oder Hochschule tätig sind. Auch der Begriff der Intelligenz umfasst eine viel größere Gruppe, nämlich Personen, die keinen Hochschulabschluss besitzen, aber dennoch als Schriftsteller oder Künstler – wenn auch teilweise mittellos – zu jener sozialen Gruppe gehören, die eine (progressive) Funktion für die Fortentwicklung einer Gesellschaft erfüllen. Der Begriff hat eine lange und widerspruchsvolle Tradition, mit regional und zeitlich starken Bedeutungsverschiebungen. Schließlich verzichtet die Studie auf den Begriff der Elite, da auch dieser methodologische Schwierigkeiten mit sich bringt und empirisch nur einen Teil der Hochschullehrer erfassen würde. Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 2003, 30–37.

¹⁰ Das Universitätskrankenhaus Charité war in der SBZ/DDR zwar der HU angegliedert, jedoch kann es als eigenständige Institution angesehen werden, in der Forschung und Ausbildung von Nachwuchs neben der Behandlung und Versorgung von Kranken standen. Ausbildung und Qualifizierung der angehenden Ärzte verliefen nach einem anderen Schema als das Studium in den anderen Fachrichtungen. Durch die Praxisphasen sowie eine andere Umsetzung und Bedeutung der Doktorarbeit sind die Fachrichtungen nur bedingt vergleichbar. Belegärzte und wissenschaftliche Assistenten werden in der Untersuchung zudem aus arbeitsökonomischen Gründen nicht berücksichtigt.

¹¹ Gunilla-Friederike Budde, *Frauen der Intelligenz. Akademikerinnen in der DDR 1945 bis 1975*, Göttingen 2003; Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*; Tobias Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“. Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975), Köln 2010.

¹² Ralph Jessen, *Zur Sozialgeschichte der ostdeutschen Gelehrtenschaft (1945–1970)*, in: Martin Sabrow/Peter T. Walther (Hgg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*, Leipzig 1995, 121–143, hier 121.

des Lehrkörpers an den Hochschulen stattgefunden hat. Einige Maßnahmen der DDR-Hochschulpolitik bezweckten, wie bereits benannt, eine Veränderung der Sozialstruktur, indem etwa gezielt Arbeiterkinder oder auch Frauen gefördert wurden. Um die erfolgreiche oder ausgebliebene Umsetzung der anvisierten Veränderungen tatsächlich bemessen zu können, genügt jedoch der Blick auf die direkte Nachkriegszeit nicht, denn es ist davon auszugehen, dass sich strukturelle Veränderungen erst deutlich später in den Biografien und Karrierewegen der Hochschullehrer niederschlugen.

Neben der zentralen Frage nach der Umsetzung hochschulpolitischer Ziele in Bezug auf die Sozialstruktur der Hochschullehrer greift die Arbeit einige angrenzende Themenbereiche auf. Inwieweit waren die Karriereverläufe von politischen Vorgaben oder von traditionellen Qualifikationsansprüchen gelenkt? Welche Personengruppen konnten von den politischen Privilegierungsversuchen profitieren? Inwieweit kamen fachspezifische Unterschiede in den Berufungswegen zum Tragen? Wie veränderte sich die räumliche Mobilität der Hochschullehrer, da etwa mit dem Bau der Mauer 1961 die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt wurde? Welche Muster des Lehrortswechsels bestanden oder erübrigte sich aufgrund neuer Berufungskriterien die Notwendigkeit eines Universitätswechsels gar? Diese und ähnliche Punkte sind in der Forschung nicht abschließend geklärt und die vorliegende Arbeit hat das Ziel, Antworten auf derartige Fragen zu finden. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen nicht die Hochschullehrer als Individuen, sondern als Gruppe. Die Studie versteht sich als Kollektivbiografie mit Fokus auf die strukturelle Verfasstheit der untersuchten Gruppe. Die Untersuchung musste leider die Auswahl der Kategorien begrenzen und dementsprechend die Forschungsfragen priorisieren.

Inwieweit die Ergebnisse über die HU auf andere Hochschulen in der DDR übertragbar sind, könnte nur über einen direkten Vergleich herausgefunden werden. Aus arbeitspragmatischen Gründen kann diese Studie nur exemplarisch und illustrierend an einigen Stellen die HU einzelnen Fakultäten oder Instituten anderer Hochschulen gegenüberstellen bzw. auf ähnliche Vorgänge in bestimmten zeitlichen Phasen an anderen Universitäten eingehen.

Die Arbeit wird nichtsdestotrotz einen Beitrag bei der Beantwortung der Frage nach der Funktionsweise der DDR leisten, in diesem Fall der Funktionsweise des Systems Wissenschaft im Spannungsverhältnis von Staat und Gesellschaft. Das bekanntlich gescheiterte „Experiment der sozialistischen Gesellschaft“ (M. Rainer Lepsius) bewegte sich zwischen staatlichen Plänen und eingeschränkter institutioneller sowie individueller Autonomie, zugleich existierten Gren-

zen der Durchherrschaft, Homogenisierung und Entdifferenzierung der Gesellschaft und sozialer Gruppen.¹³ Die These der Arbeit lautet, dass bezüglich der Berufungspolitik durchaus von einem Erfolg gesprochen werden kann, da sich einige Veränderungen in der Sozialstruktur der HU-Hochschullehrer aufzeigen lassen, auch wenn durchaus Grenzen des Einflusses der DDR-Hochschulpolitik beschrieben werden können. Dementsprechend wird, wie der Titel der Arbeit es bereits suggeriert, von einem „sozialistischen Hochschullehrer“ zu sprechen sein.

Es existiert eine Fülle an Literatur über den Bereich Wissenschaftspolitik und Hochschulen in der DDR sowie über ihre Institutionen und Fächer. Auch einzelne soziale Gruppen im universitären Raum, wie Studierende oder Frauen, wurden bereits untersucht. Die Einordnung des sozialen Systems Wissenschaft und der in ihm tätigen Personen in den gesamtgesellschaftlichen Kontext und die Hierarchie der DDR unterlag seit den 1990er Jahren einem Wandel in Interpretation und Bewertung. Ebenso ist eine thematische Verschiebung der Schwerpunkte deutlich erkennbar.

Aus den frühen 1990er Jahren, in der Phase der Neustrukturierung der Universitäten und Hochschulen der ehemaligen DDR stammen Untersuchungen, die statistische Momentaufnahmen lieferten, ohne ihr Material detailliert oder weitreichend zu interpretieren.¹⁴ In reportageähnlichen Arbeiten kamen Menschen zu Wort, die in der DDR gelebt und gearbeitet hatten und die eigene Lebensgeschichte sowie die jüngst gemachten Umbruchserfahrungen berichteten.¹⁵ Der Wunsch, sich über das eigene Leben in der DDR zu äußern, zeugt von dem Anliegen, in der öffentlichen Debatte über die DDR Positionen eine Stimme zu verleihen, die noch nicht genügend zu Wort kamen. Erste wissenschaftliche Studien informierten über die DDR¹⁶ sowie Struktur und Funktionsweise der politischen Herrschaft. Mitunter wurde hier eine Sicht auf die DDR und ihre Bewohner zementiert, die im gesellschaftlichen Umbruch nach 1989 vielerorts dazu geführt hatte, das Können und die Fähigkeiten von Menschen pauschal infrage zu stellen. Das ging wiederum mit personalpolitischen Konsequenzen für viele Bürger der ehemaligen DDR, auch Hochschullehrer und Wissenschaftler, einher. Am Beispiel der Hochschullehrer

¹³ Heinrich Best, Platzierungslogiken und Rekrutierungsregime von DDR-Funktionseleiten. Ergebnisse einer Korrespondenzanalyse, in: ders./Roland Gebauer (Hgg.), (Dys)funktionale Differenzierung? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe der DDR-Funktionseleiten (Sonderforschungsbereich 580, H. 3), Jena 2002, 21–26.

¹⁴ Z.B. Michael Leszczensky/Bastian Filaretow, Hochschulstudium in der DDR. Statistischer Überblick, Hannover 1990, sowie Hilde Schramm (Hg.), Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993.

¹⁵ Z.B. Guntolf Herzberg (Hg.), Karrieremuster. Wissenschaftlerporträts, Berlin 1992; Gerda Szepansky, Die stille Emanzipation. Frauen in der DDR, Frankfurt a.M. 1995.

¹⁶ Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a.M. 1992.

wurde konstatiert, wissenschaftliche Qualität und traditionelle Zugangsmechanismen seien nahezu vollständig durch soziale und politische Kriterien ersetzt worden. Die Inhaber entsprechender Positionen würden daher universellen Wissenschaftsansprüchen nicht mehr gerecht werden.¹⁷ Darüber hinaus attestierten Teile der Forschung dem DDR-Wissenschaftsbetrieb eine „intellektuelle Stagnation“¹⁸ und eine wissenschaftlicher Originalität abträgliche Homogenität. Die Hochschulen seien „am Ende der DDR ein Hort routinierter Anpassung und Loyalität“¹⁹ gewesen. Ähnlich formuliert es John Connelly:

„Das zuverlässigste Barometer der politischen Loyalität der osteuropäischen Hochschulen war das Verhalten von Studierenden und Professoren in Zeiten allgemeiner politischer Unruhe. In den Jahren 1956, 1968 und 1989 entstanden in ganz Osteuropa wichtige Oppositionsbewegungen im Hochschulbereich, nicht aber in der DDR.“²⁰

Gleichzeitig erschienen Mitte der 1990er Jahre auch einige Werke aus soziologischer Perspektive, die um einiges unaufgeregter und weniger pauschalisierend wirkten. So befasste sich Heike Solga mit der sozialen Mobilität in der Klassengesellschaft der DDR. Zur gleichen Zeit wurden die sozialen Milieus Ostdeutschlands²¹ untersucht.²² Unter dem Titel *Kollektiv und Eigensinn* fragten Karl Ulrich Mayer und Johannes Huinink nach dem Verhältnis von Individuum und Gesellschaft in der DDR.²³ In der Geschichtswissenschaft wurden politikgeschichtliche Ansätze durch sozial- und alltagsgeschichtliche Themen ergänzt.²⁴ Teilweise wurde jedoch

¹⁷ Vgl. die Artikel von John Connelly, Ralph Jessen und Oskar Anweiler, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Universitäten und Eliten im Osten nach 1945* (Schwerpunkt in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 [1998], H. 1), 5–87.

¹⁸ Ralph Jessen, *Zwischen diktatorischer Kontrolle und Kollaboration. Die Universitäten in der SBZ/DDR*, in: Connelly/Grüttner (Hgg.), *Zwischen Autonomie und Anpassung*, 229–265, hier 261. Vgl. Konrad H. Jarausch, *Universität in Umbrüchen. Nachkrieg – Experiment sozialistische Hochschule – Erneuerung. Zur Einleitung*, in: ders./Matthias Middell/Annette Vogt, *Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010*, Berlin 2012, 9–16, hier 13.

¹⁹ Jessen, *Zwischen diktatorischer Kontrolle und Kollaboration*, 229.

²⁰ Connelly, *Humboldt im Staatsdienst*, 91f.

²¹ Da sich der Untersuchungszeitraum dieser Studie auf die Jahre 1945 bis 1990 beschränkt, verwende ich aus stilistischen Gründen die Begriffe Ostdeutschland und DDR (bzw. ostdeutsch/die DDR betreffend) synonym. Zur Bedeutungsgeschichte des Begriffs, vor allem vor 1945, vgl. Klaus Zernack, *Der historische Begriff „Ostdeutschland“ und die deutsche Landesgeschichte*, in: *Nordost-Archiv* 1 (1992), H. 1, 157–173.

²² Heike Solga, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft. Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*, Berlin 1995; Michael Vester/Michael Hofmann/Irene Zierke (Hgg.), *Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung*, Köln 1995.

²³ Johannes Huinink/Karl Ulrich Mayer (Hgg.), *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach*, Berlin 1995.

²⁴ In Kaelble/Kocka/Zwahr (Hgg.), *Sozialgeschichte der DDR*, finden sich bereits Beiträge zum Thema Hochschulangehörige. Vgl. etwa: Ralph Jessen, *Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära*, 217–253; Christoph Kleßmann, *Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR*, 254–270; Hartmut Zimmermann, *Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR*, 322–358.

weiterhin ein Bild der DDR-Hochschulpolitik geprägt, das von der widerspruchslosen Umsetzung an den Universitäten ausging und der Trend, die DDR-Gesellschaft als von „oben nach unten“ organisiert und „durchherrscht“ zu beschreiben, setzte sich fort.²⁵ Hochschulpolitik wird hier primär als Mittel der Herrschaftsausübung charakterisiert, das Hochschulen und Hochschullehrer als willfähige Werkzeuge zur Umsetzung staatlicher Vorgaben nutzte. Bis zum Ende der 1990er Jahre wurden Wissenschaftspolitik und Wissenschaft der DDR zumeist nur in einzelnen Aufsätzen in (Tagungs-)Bänden als übergeordnetes Thema behandelt.²⁶ Doch nach und nach nahmen Monografien oder themenspezifische Sammelbände den Gegenstand in vergleichender Perspektive²⁷ auf oder widmeten sich spezifischen Fragestellungen, etwa der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära²⁸ oder der Entwicklung der Akademie der Wissenschaften in Berlin.²⁹ Spätestens jetzt setzte innerhalb der Geschichtswissenschaft ein allgemeiner Forschungsboom ein, der sich nicht zuletzt der Öffnung von Archiven nach dem Ende der DDR verdankte. Gerade das Interesse an der Frage, inwieweit die DDR eine Diktatur war, die vom Zentralkomitee (ZK) der SED aus regiert wurde, inwieweit die Bevölkerung unterdrückt wurde und welche Freiheiten möglicherweise bestehen blieben, erklärt den Fokus auf die Strukturen des SED-Staates, seine Institutionen sowie ihre politischen Vorgaben. Dies erklärt zumindest den politikzentrierten Blick der Forschung.

Die Erweiterung der Forschungsagenda hin zu stärker alltagsgeschichtlichen Schwerpunkten brachte einige speziellere Arbeiten zum hier behandelten Thema hervor. Gunilla-Friederike Budde untersuchte Akademikerinnen in der DDR,³⁰ Martin Sabrow widmete eine Studie der dortigen Geschichtswissenschaft.³¹ Beide analysierten anhand einer Personengruppe ihre Stellung innerhalb der DDR-Gesellschaft. Helmut Köhler und Manfred Stock beleuchteten das

²⁵ Jürgen Kocka, Wissenschaft und Politik in der DDR, in: ders./Renate Mayntz (Hgg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin 1998, 435–460.

²⁶ Wie zum Beispiel Peter Hübner (Hg.), *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*, Köln 1999. Darin Ralph Jessen, *Zwischen Bildungspathos und Spezialistentum. Werthaltungen und Identitätskonstruktionen der Hochschullehrer in West- und Ostdeutschland nach 1945*, 361–380; Sonja Hader, *Sozialporträt der Pädagogischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg von ihrer Gründung 1946/47 bis zu ihrer Auflösung 1955. Strukturwandel vs. bürgerliche Kontinuität*, 381–404. Vgl. Stefan Hornbostel (Hg.), *Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR*, Opladen 1999. Darin: Lothar Mertens/Dieter Voigt, *Soziale Herkunft und Selbstrekrutierung der promovierten Intelligenz in der DDR*, 163–176.

²⁷ Vgl. Ash (Hg.), *Mythos Humboldt; John Connelly, Captive University. The Sovietization of East German, Czech, and Polish Higher Education, 1945–1956*, London 2000.

²⁸ Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*.

²⁹ Werner Scheler, *Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss zur Genese und Transformation der Akademie*, Berlin 2000.

³⁰ Gunilla-Friederike Budde, *Frauen der Intelligenz. Akademikerinnen in der DDR 1945 bis 1975*, Göttingen 2003.

³¹ Martin Sabrow, *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969*, München 2001.

Bildungssystem der DDR,³² Annegret Schüle unternahm (neben anderen) den Versuch, die Lebensverhältnisse der Bürger der DDR im Generationenverlauf zu beschreiben, um ihre Leben- und Erfahrungshorizonte zu verdeutlichen.³³ Die Forschungslandschaft zum Thema DDR verbreiterte sich und die Bevölkerung trat mehr und mehr in den Fokus; ihr Alltagsleben fand eine plastischere Darstellung. Damit einhergehend wurden die Defizite des politikzentrierten Ansatzes deutlich. Gerade mit Blick auf Hochschulen und Hochschullehrer ist diese Perspektive aus zwei Gründen einseitig: Zum einen waren weder der DDR-Staat noch die einzelnen Hochschulen starre monolithische Gebilde, sondern setzten sich aus Individuen zusammen, die unterschiedliche Vorstellungen hegten und diverse Interessen verfolgten. Auch in der DDR gab es eine Willensbildung „von unten nach oben“. Zum anderen verdeckt die Annahme der „Durchherrschaft“ der DDR-Gesellschaft die Formen des Gesellschaftlichen, des Alltäglichen, der „sozialen Akzeptanz“ sowie schließlich die Handelnden selbst.

Die geschickte Verknüpfung von politikhistorischer und sozial- bzw. alltagsgeschichtlicher Herangehensweise kann die Vorteile beider Ansätze gleichwohl nutzen. So bietet Tobias Schulz eine Analyse zur Humboldt-Universität von 1960 bis 1975, die auf vielfältige Quellen gestützt sowohl die politischen Vorgaben und sich zu ihrer Durchsetzung ausbildenden Strukturen als auch die Konsequenzen für die Hochschulangehörigen und die Grenzen der Wirksamkeit von Programmen und Steuerungsmechanismen beleuchtet.³⁴ Ähnlich wie bei Schulz rücken zum Ende der 2000er Jahre immer häufiger Institutionen in den Mittelpunkt historischer Untersuchungen – sowohl im Bereich der Wissenschaftspolitikgeschichte als auch auf anderen Gebieten der DDR-Geschichte. Sie fragen gezielt danach, welche Auswirkungen die Politik der SED auf die Sozialstruktur der untersuchten Institutionen hatte. Axel Salheiser verfolgt diesen Ansatz anhand der Karriereverläufe von DDR-Industriekadern,³⁵ Ingrid Miethel und Martina Schiebel nehmen die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) der Universität Greifswald in den Blick.³⁶ Beide Arbeiten bilden auch deshalb Orientierungspunkte für die Ausrichtung und das Vorgehen der vorliegenden Studie, weil sie einen kollektivbiografischen Zugang wählen.

³² Helmut Köhler/Manfred Stock, *Bildung nach Plan? Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR 1949 bis 1989*, Opladen 2004.

³³ Annegret Schüle/Rainer Gries/Thomas Ahbe (Hgg.), *Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*, Leipzig 2006.

³⁴ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“.

³⁵ Axel Salheiser, *Parteitreu, plangemäß, professionell? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Industriekadern*, Wiesbaden 2009. Zum Ansatz von Salheiser vgl. auch: Roland Gebauer/Dietmar Remy/Axel Salheiser, *Die Nationale Volksarmee (NVA) – eine Arbeiter- und Angestelltenarmee? Empirische Befunde zur Rekrutierung von Offizieren in der DDR*, in: *Historical Social Research* 32 (2007), H. 3, 299–318.

³⁶ Ingrid Miethel/Martina Schiebel, *Biografie, Bildung und Institution. Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der DDR*, Frankfurt a.M. 2008.

Wichtige Anstöße geben historische Gesamtdarstellungen von Universitäten in der ehemaligen DDR. Mehrbändige Publikationen erschienen anlässlich der Jubiläen der Universitäten Leipzig³⁷ (2010) und Berlin (HU; 2012). In der *Geschichte der Universität unter den Linden*³⁸ untersuchen zwei Bände die Zeit zwischen 1945 und 1990, so etwa auch die Situation der Studierenden und Hochschullehrer. Die Autoren distanzieren sich von explizit politikzentrierten Ansätzen und sind bemüht, die Perspektive der Institution und der Personen in ihr zu stärken, um ein möglichst vollständiges Bild zeichnen zu können. In der Einleitung zum sechsten Band heißt es entsprechend:

„Weder für die Institution insgesamt noch für die einzelnen Einheiten, bis hin zu den Hochschullehrern und ihren Arbeitsgruppen und -formen, sind die nicht selten bei einer solchen Darstellung assoziierten Begriffe der politisch umfassenden Kontrolle und Beherrschung und die damit scheinbar eindeutig und ausweglos verbundene Praxis vom ‚Geist im Dienst der Macht‘ kaum hinreichend. Nicht dass hier für radikale Gegenbildung plädiert würde, für Formeln der Resistenz und Widerständigkeit oder für Bilder von Freiheit und Selbstbestimmung, aber dennoch liegen eher paradoxe Formulierungen nahe, z.B. ‚Beherrschte Normalwissenschaft‘ (Sabrow).“³⁹

Die Universität Jena publizierte – ebenfalls epochenübergreifend – einen Teil ihrer Geschichte komprimiert im Band *Traditionen – Brüche – Wandlungen*.⁴⁰ Der Fokus liegt hier jedoch auf den Strukturen und Veränderungen der Institution selbst. Die Hochschullehrer und Studierende werden nicht ausdrücklich behandelt. Ausführlich nehmen dagegen Stefan Wallentin, dessen Untersuchungszeitraum jedoch mit der 3. Hochschulreform endet, und Axel Salheiser, der sich

³⁷ Z.B. Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (Hg.), *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*, 5 Bde., Leipzig 2009/2010.

³⁸ Rüdiger vom Bruch/Heinz-Elmar Tenorth (Hgg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010*, 6 Bde., Berlin 2010–2014. Für die HU lässt sich eine Vielzahl an Arbeiten über die DDR-Geschichte einzelner Bereiche der Universität finden. Neben dem Sammelband von Wolfgang Girmus und Klaus Meier, in dem sie sich im ersten Teil mit der HU „im Licht der Wissenschaftsgeschichte“ und anschließend mit den einzelnen Disziplinen auseinandersetzen, wären zum Beispiel die Gesamtdarstellungen über die juristische Fakultät oder die Germanistik zu nennen oder auch die Abhandlungen über das Südostasieninstitut, die Afrikanistik und die Pädagogik für Behinderte. Vgl. Wolfgang Girmus/Klaus Meier (Hgg.), *Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen – Einblicke – Analysen*, Leipzig 2010. Vgl. ferner Rainer Schröder/Angela Klopsch/Kristin Kleibert (Hgg.), *Die Berliner juristische Fakultät und ihre Wissenschaftsgeschichte von 1810 bis 2010. Dissertationen, Habilitationen und Lehre*, Berlin 2010; Erhard Schütz/Brigitte Peters (Hgg.), *200 Jahre Berliner Universität – 200 Jahre Berliner Germanistik 1810–2010*, Bern 2011; Hans Dieter Kubitscheck, *Das Südostasien-Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zur Geschichte der Südostasienwissenschaften*, Berlin 1996; Ulrich van der Heyden, *Die Afrikanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin*, in: ders., *Die Afrikawissenschaften in Berlin. Eine akademische Disziplin zwischen Exotik und Exempel. Eine wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung*, Münster 1999, 102–129; Klaus-Peter Becker/Klaus-Dietrich Große, *Sechzig Jahre Pädagogik für Behinderte an der Humboldt-Universität zu Berlin 1947–2007. Ein geschichtlicher Abriss*, Münster 2007.

³⁹ Heinz-Elmar Tenorth, *Selbstbehauptung einer Vision. Zur Einleitung*, in: ders. (Hg.), *Geschichte der Universität unter den Linden*, Bd. 6: *Praxis ihrer Disziplinen. Selbstbehauptung einer Vision*, Berlin 2014, 9–46, hier 21.

⁴⁰ Friedrich-Schiller-Universität Jena. Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hg.), *Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995*, Köln 2008.

ausschließlich mit den 1980er Jahren beschäftigt, die Jenaer Hochschullehrer in den Blick.⁴¹ Im Gegensatz zu vielen kleineren Hochschulen kann die HU als die am besten erforschte Universität der DDR gelten, was sicherlich an ihrer Größe und Bedeutung liegt, war sie doch die Hauptstadtuniversität. Dennoch fehlt eine grundlegende Sozialstudie über ihre Hochschullehrer, denn die hier genannten Arbeiten beschränkten sich auf einzelne Aspekte und Biografien.

Verschiedene Studien widmeten sich der Wissenschaftspolitik der DDR in einer vergleichenden Perspektive (vorrangig mit der Bundesrepublik) und konnten auf diese Weise systemübergreifende sowie internationale Zusammenhänge verdeutlichen. Meist wird dabei das gesamte 20. Jahrhundert einbezogen oder die Zäsur von 1945 zum Ausgangspunkt genommen. Nicht nur den deutsch-deutschen Vergleich, sondern auch die Zeit des Nationalsozialismus und die unterschiedlichen Wege der Aufarbeitung der (eigenen) Vergangenheit behandelt der Sammelband *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik*. In *Autonomie und Anpassung* wird die zeitliche und räumliche Perspektive um einen Vergleich der Universitäten in den verschiedensten Diktaturen des 20. Jahrhunderts erweitert, wobei neben dem Nationalsozialismus und faschistischen Staaten wie Spanien sowie Italien auch sozialistische Länder wie die DDR, Polen und die Tschechoslowakei untersucht werden.⁴²

Mehrere Sammelbände widmen sich einer internationalen Betrachtung der historischen und zeitgenössischen Entwicklung von Wissenschaft. Walter Rüegg gab 2010 einen Sammelband über die Geschichte der Universität in Europa heraus und lieferte mit dem siebten Band, beginnend mit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, einen umfassenden Überblick über die unterschiedlichen, aber auch gemeinsamen Entwicklungen des Hochschulwesens in den verschiedensten Staates Europas.⁴³ Das *Handbuch Wissenschaftspolitik* von Dagmar Simon, An-

⁴¹ Stefan Wallentin, Entbürgerlichung? Eine quantifizierende Untersuchung zur Struktur des Lehrkörpers der Friedrich-Schiller-Universität Jena vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur „Dritten Hochschulreform“ von 1968/69, in: Uwe Hossfeld/Horst Neuper/Heinz Mestrup (Hgg.), Hochschule im Sozialismus. Studien zur Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990), Köln 2007, 267–287; Axel Salheiser, Das akademische Personal und Leistungspersonal der Friedrich-Schiller-Universität Jena in den achtziger Jahren. Eine soziologische Untersuchung auf Grundlage des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR, in: ebd., 428–444. Aber auch andere Universitäten der DDR, etwa Greifswald, wurden bereits erforscht. Vgl. Dirk Alvermann/Karl-Heinz Spieß (Hg.), Universität und Gesellschaft. Festschrift zur 550-Jahrfeier der Universität Greifswald 1456–2006, 2 Bde., Rostock 2006.

⁴² Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik, Stuttgart 2002. Vgl. auch Bernd Weisbrod (Hg.), Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur in der Nachkriegszeit, Göttingen 2002; Ralph Jessen/Jürgen John (Hgg.), Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre (Schwerpunkt), in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 8 (2005), 7–156, und Connelly/Grüttner (Hgg.), Zwischen Autonomie und Anpassung.

⁴³ Walter Rüegg (Hg.), Geschichte der Universität in Europa, Bd. 4: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, München 2010. Vgl. auch Gangolf Hübinger (Hg.), Europäische Wissenschaftskulturen und politische Ordnungen in der Moderne (1890–1970), München 2014.

Andreas Knie und Stefan Hornbostel behandelt vorrangig Phänomene der Gegenwart auf den Gebieten Wissenschaft und Forschung, bezieht aber geschichtliche Bezüge mit ein und beschäftigt sich in einigen Artikeln nicht nur mit Deutschland, sondern auch außereuropäischen Ländern wie den Vereinigten Staaten von Amerika oder China.⁴⁴

Trotz der Forschungsvielfalt im Bereich Wissenschaft und Wissenschaftspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. DDR fällt auf, dass zwei Bereiche einer genaueren Betrachtung bedürfen. Zum einen werden nur selten spezielle soziale Gruppen aus Wissenschaft und Forschung näher in den Blick genommen. So stellt der Historiker Matthias Middell, der bereits einige Ergebnisse zu den Berliner Hochschullehrern präsentieren konnte, heraus:

„Eine durchaus nachvollziehbare Konzentration auf politische Auseinandersetzungen und eine fest verankerte Tradition der Fixierung auf ‚große Gelehrte‘ münden in einen massiven Rückstand bei der konkreten Untersuchung einzelner Gruppen unterschiedlicher Kohortenzugehörigkeit, unterschiedlicher sozialer Herkunft, unterschiedlicher Geschlechtermischung, unterschiedlich erfolgreicher Mobilität in den Hierarchien der (nicht nur akademischen) Berufe.“⁴⁵

Die vereinzelt Studien zu den Auswirkungen der DDR-Wissenschaftspolitik auf die Hochschullehrerschaft zeigen – indem sie einzelne Personen oder Personengruppen über einen eng begrenzten Zeitraum hinweg untersuchen – stets nur einen kleinen Ausschnitt des Bildes der Sozialstruktur der Universitäten und ihrer Veränderungen. Hochschullehrer nahmen im Wissenschaftssystem eine zentrale Stellung ein: Von den drei Reformen waren sie direkt betroffen, da die Regelungen und Umstrukturierungen ihr Arbeitsumfeld und letztlich sie selbst betrafen. Zugleich setzten sie selbst die Reformbeschlüsse um. Umso schwerer wiegt der Mangel, dass bis dato keine umfassende Studie über die Entwicklung der Sozialstruktur der ostdeutschen Hochschullehrer aller Fachrichtungen für die Zeit von 1945 bis 1990 vorliegt. Viele Arbeiten, die sich explizit mit Teilen der Hochschullehrerschaft beschäftigen, sind zeitlich und personell begrenzt. Gerade die Auswirkungen der 3. Hochschulreform auf ihre Zusammensetzung ist nur ergründbar, wenn auch die Quellen der 1980er Jahre ausgewertet werden. Die Fokussierung auf nur eine Fachrichtung wiederum würde die Entwicklungen (und Wechselwirkungen) in den anderen Fachgebieten außen vorlassen und dementsprechend nur eingeschränkte Erkenntnisse liefern. Schließlich könnte die Möglichkeit bestehen, dass es fachspezifische Unterschiede gab,

⁴⁴ Dagmar Simon/Andreas Knie/Stefan Hornbostel (Hgg.), Handbuch Wissenschaftspolitik, Wiesbaden 2010. Vgl. auch Paul Windolf, Die Expansion der Universitäten 1870–1985. Ein internationaler Vergleich, Stuttgart 1990.

⁴⁵ Matthias Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, in: Jarausch/Middell/Vogt, Geschichte der Universität unter den Linden, Bd. 3: 251–436, hier 355.

die mit einer solchen Fokussierung nicht zu erfassen wären. Gunilla-Friederike Budde⁴⁶ beschränkt sich in ihrer Arbeit auf die Akademikerinnen und Ralph Jessen⁴⁷ bezieht, wie Budde, in seine detaillierte Studie einzig die Ära Ulbricht ein. Beide klammern die 1970er und 1980er Jahre fast komplett aus und können damit nur wenig fundierte Aussagen über die Entwicklungen in der späten DDR treffen. Andere empirisch fundierte Studien, wie jene von Sonja Hader⁴⁸ oder Anna-Sabine Ernst⁴⁹ beschränken sich auf ein Fachgebiet.

Eine Perspektive, die in dieser Arbeit aus forschungspragmatischen Gründen keine Rolle spielen kann, obwohl sie einer eingehenden Erörterung bedarf, ist eine internationale bzw. nationen- und traditionsübergreifende Blickrichtung. Sie hätte zu untersuchen, inwieweit die Entwicklung der Hochschullehrer an der HU wirklich spezifisch für die DDR, oder ob sie nicht vielmehr spezifisch für den deutschen, den sozialistischen oder gar den europäischen Raum waren. Möglich wäre, dass das DDR-Hochschulsystem nicht nur von den Vorgaben der Sowjetunion oder dem übergeordneten Ziel einer sozialistischen Hochschulpolitik geprägt war. Denn zugleich mussten Antworten auf die Gegebenheiten einer sich verändernden Welt gefunden werden – wie in anderen Ländern und Wissenschaftstraditionen auch. Gerade die Beispiele des Austauschs der Hochschullehrerschaft nach dem Krieg, der Öffnung von Universitäten für bisher bildungsferne Schichten, der administrativen Umstrukturierung der Hochschulen sowie der speziellen Förderung von Forschung im Bereich Technik zeigen, dass die schematische Trennung in östliche und westliche Sphäre gemäß dem Interpretationsraster des Kalten Krieges mitunter nicht verfängt. So folgten etwa die Wissenschaftssysteme in der Bundesrepublik, den Vereinigten Staaten, in Polen und der Tschechoslowakei teilweise ähnlichen Mustern, wenngleich sich auch nationale Besonderheiten ausmachen lassen. Einzelne Arbeiten liegen dazu bereits vor. Auch auf Ansätze, die Phänomene und Trends in einen deutsch-deutschen Kontext einbetten, wurde bereits verwiesen. Gleichwohl besteht auch hier die Gefahr, dass dieser Vergleich die Kategorien des Kalten Krieges reproduziert. Andere Forschungen untersuchen Gemeinsamkeiten und Unterschiede nationaler Wissenschaftspolitiken unter dem Begriff der Diktatur, womit nicht selten die Differenzen zwischen Faschismus, Nationalsozialismus und Sozialismus verlorengehen. Diese Arbeiten behandeln jedoch das Thema Wissenschaft und Forschung in den jeweiligen Ländern recht allgemein, beziehen oftmals nur am Rande den Bereich

⁴⁶ Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur.

⁴⁷ Budde, Frauen der Intelligenz.

⁴⁸ Sonja Hader, Sozialporträt der Pädagogischen Fakultät.

⁴⁹ Anna-Sabine Ernst, „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster 1997.

der Hochschullehrer und ihre Sozialstruktur ein und sind selten systematisch-vergleichend angelegt.⁵⁰

Material und Methode

Anhand einer kollektivbiografischen Studie über die Hochschullehrenden der HU soll der oben entwickelten Fragestellung nachgegangen werden.⁵¹ Die Studie bezieht alle Fächer (außer Medizin) ein und deckt den gesamten Zeitraum der SBZ/DDR, von 1945 bis 1989/1990 ab.

Als primärer Quellenkorpus wird ein Datensatz des Bundesarchivs⁵² herangezogen, der Informationen zu den Biografien von etwa 900 Lehrenden der Humboldt-Universität umfasst. Darin eingeschlossen sind Mitarbeiter aller Fakultäten, die 1989 an der HU tätig waren, wenngleich auf ordentliche und außerordentliche Professoren und Dozenten beschränkt. Zwar fehlen daher Angaben zu einer Vielzahl von Hochschulangehörigen, dennoch birgt die Verkleinerung des Personenkreises für die vorliegende Arbeit einen Vorteil. Die Berufung von Dozenten und Professoren oblag dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen der DDR. Aus diesem Grund lagern die Personal- und Berufungsakten nicht nur im Archiv der HU, sondern auch im heutigen Bundesarchiv. Sie unterliegen daher nicht den gängigen Archivsperrfristen und sind besser zugänglich. Alle Angaben fließen in anonymisierter Form in die Studie ein und genügen den bestehenden Regelungen des Datenschutzes.

Die Humboldt-Universität eignet sich nicht nur aufgrund des umfangreichen, aber dennoch abgegrenzten Quellenbestands für eine Untersuchung. Sie war zugleich für den größten Teil des Untersuchungszeitraums die studierendenstärkste Hochschule der DDR. Ihre Gründung zu Beginn des 19. Jahrhunderts und ihr Renommee als wichtigste Universität des Kaiserreichs machten sie – wie auch die 1949 erfolgte Benennung nach dem Reformler und Sprachwissenschaftler Wilhelm von Humboldt belegt⁵³ – zur idealen Institution, um an die „bürgerliche“ Tradition des akademischen Betriebs anzuknüpfen und sie zugleich nach sozialistischen

⁵⁰ Vgl. Walter Rüegg/Jan Sadlak, Die Hochschulträger, in: Rüegg, Die Geschichte der Universität in Europa, Bd. 4, 79–120, hier 89ff.; Thomas Finkenstaedt, Die Universitätslehrer, in: ebd., 153–187, hier 163.

⁵¹ Vgl. zur Methode der Kollektivbiografie Christian Jansen, Einleitung, in: ders., Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935, Göttingen 1992, 11–16, hier 12ff. Ähnlich auch Trude Maurer, Einleitung. Ein neuer Weg zur Sozialgeschichte der russischen Universität. Kollektivbiografie der Professoren, in: dies., Hochschullehrer im Zarenreich. Ein Beitrag zur russischen Sozial- und Bildungsgeschichte, Köln 1998, 1–24, hier 11–14.

⁵² Kopien aus Berufungsakten von Hochschullehrern der Humboldt Universität Berlin (Auftr. Nr. 1827). Der Datensatz wurde von Dr. Peter Nötzoldt (Humboldt Universität Berlin) aufbereitet und an Prof. Dr. Matthias Middell (Universität Leipzig) zur Erforschung der Universitätsgeschichte übergeben. Middell nahm bereits erste Auswertungen für ein Kapitel im dritten Band der *Geschichte der Universität Unter den Linden* vor.

⁵³ Vertiefend Heinz-Elmar Tenorth, Wilhelm von Humboldt. Bildungspolitik und Universitätsreform, Paderborn 2018.

Maßgaben umzugestalten. Nicht umsonst war die HU eine der ersten Hochschulen, an der die 3. Hochschulreform unter direkter Führung der SED-Spitze und des Hochschulministeriums erprobt und umgesetzt wurde. Auch Tobias Schulz verdeutlicht in seiner Studie über die HU und ihre Entwicklung zu einer „sozialistischen Universität“ ihre besondere Stellung im Reformprozess. Hier tagte etwa der Hoch- und Fachschulrat als Gremium des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, das die Reform federführend ausarbeitete.⁵⁴ Gleichzeitig war die HU, neben der Universität Jena und der Technischen Hochschule Magdeburg, ein Experimentierfeld für die Umsetzung der Reform und sollte eine Vorbildfunktion für die anderen Hochschulen ausüben.⁵⁵ Die HU wurde, nicht zuletzt wegen der Hauptstadtlage, aufgrund ihrer Größe ausgewählt, aber auch, weil es sich bei ihr um eine traditionsreiche Volluniversität handelte. Der Umstand, dass die DDR-Geschichte der HU – wenn auch abseits des hier favorisierten Schwerpunkts – bereits sehr gut erforscht ist, spricht neben den bereits genannten Gründen für ihre Wahl als Untersuchungsgegenstand. Die Ergebnisse der Studie können somit unter Rückgriff auf bestehende Erkenntnisse kritisch gegengeprüft, kontextualisiert und ausgewertet werden.⁵⁶

Zusätzlich zum genannten Datensatz zieht die Studie weitere Quellen heran. Mittels der Universitätszeitung *Humboldt-Universität*, die alle Neu- und Umberufungen dokumentierte, konnten verschiedene Leerstellen der Personalakten vervollständigt werden. Darüber hinaus wurden die Personalregister in den Vorlesungsverzeichnissen, die bis 1968 in gedruckter Form vorliegen, ausgewertet und alle dort aufgeführten Professoren und Dozenten in den Datensatz übernommen. Biografische Angaben der Lehrenden konnten den selbstverfassten Lebensläufen in den Dissertationen (einsehbar in der Deutschen Nationalbibliothek), ihren Personalakten (Bundesarchiv) sowie biografischen Lexika entnommen werden.⁵⁷ Der ursprünglich 900 Personen umfassende Datensatz wuchs auf diese Weise auf 1.942 Personen an. Er kann gleichwohl keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, noch konnten alle Kategorien

⁵⁴ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 130–133. Wie in Kapitel 5 gezeigt werden wird, setzte die HU Reformvorschläge in anderen Themenfeldern, zum Beispiel bezüglich der Frauenpolitik, im Gegensatz zu anderen DDR-Hochschulen, erst verspätet um.

⁵⁵ Ebd., 149.

⁵⁶ Carlo Jordan beschreibt noch eine weitere Besonderheit der HU: „Bei der Entwicklung von Spitzenkadern kam der Humboldt-Universität zu Berlin als der Hauptstadtuniversität in der zentralistischen DDR eine herausgehobene Position zu. Hier, vor den zukünftigen DDR-Führungskadern, wurden von den SED-Führungskadern aus Zentralkomitee und Politbüro die politischen Lösungen in den Krisensituationen der DDR, wie 1956 oder 1961, erläutert. Zugleich hatte zum Beispiel ein Führungskader wie Kurt Hager neben der SED-Funktion als ZK- und Politbüromitglied die Funktion eines Professors für marxistisch-leninistische Philosophie an der Humboldt-Universität auszuüben.“ Carlo Jordan, *Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung 1945–1989*, Berlin 2001, 9. Allerdings zieht Jordan keine andere Universität der DDR zum Vergleich heran. Auch müsste die Rolle Kurt Hagers als Professor anhand des Lehrverzeichnisses vertieft untersucht werden.

⁵⁷ Vgl. Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoths/Dieter Hoffmann (Hgg.), *Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon*, Bonn 2000.

komplett mit Informationen befüllt werden (das Ausmaß der fehlenden Werte in den jeweiligen Kategorien ist unterschiedlich groß). Der zentrale Quellenkorpus weist also Lücken auf, dennoch ist die Analyse der vorhandenen Angaben aussagekräftig, da die Daten als Stichproben ausgewertet wurden. Die Personalakten im Bundesarchiv geben, über die erwähnten biografischen Informationen hinaus, Einblicke in die Berufungsverfahren (Karriereverlauf, politische und fachliche Begründung der Auswahl).⁵⁸ Auch diese Quellen konnten (über die im Originaldatensatz vorliegenden Informationen hinaus) jedoch nicht die Angaben aller Hochschullehrer nachträglich komplettieren. So bleiben mitunter Geburtsorte unbekannt und nicht für alle Personen war eine eventuelle SED-Mitgliedschaft zu ermitteln. Bestimmte Angaben, die das Bild der untersuchten Gruppe in weiteren Fragen ergänzt hätten, konnten aufgrund des zu hohen Rechercheaufwandes nicht realisiert werden (etwa: Tätigkeiten als Inoffizielle Mitarbeiter und Mitgliedschaften in religiösen Gemeinschaften).

Die sozialgeschichtliche Ausrichtung der Dissertation und das aufgefundene Quellenmaterial sind mit den herkömmlichen Methoden der Geschichtswissenschaft wie der Hermeneutik allein nicht zu bearbeiten, weshalb auf Techniken benachbarter Sozialwissenschaften zurückgegriffen wurde. Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Deutschland hat seit den 1970er Jahren Anregungen aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, insbesondere der Soziologie aufgenommen, um empirische Daten angemessen in Untersuchungen einzubeziehen.⁵⁹ Zwar herrscht kein Mangel an – quantitativ wie qualitativ ausgerichteten – methodischen Überlegungen in den Sozialwissenschaften,⁶⁰ allerdings finden sich nur vereinzelt Reflexionen

⁵⁸ Personalakten sind personenbezogen und beinhalteten in der Regel nur die Dokumente, die für Berufungen und die Emeritierung einer Person notwendig waren bzw. aus administrativen Gründen anfielen. Darüber hinaus finden sich Auszeichnungen, Arbeitsverträge, Bescheinigungen für zum Beispiel Sonderstipendien oder Urlaubstage sowie Empfehlungsschreiben oder Beurteilungen. Berufungsakten sind Dokumentensammlungen von Instituten, die bestimmte Zeiträume erfassen. Sie enthalten weniger personenbezogene Dokumente, sondern geben Organisation und Abläufe der Institute wieder: Schreiben (etwa über Finanzen), Anforderungsprofile an die Studierende, Bittschreiben an das Ministerium für Volksbildung, Einschätzungen, warum bestimmte Vorlesungen/Seminare abzuhalten bzw. nicht abzuhalten waren, Krankheitsmitteilungen oder Anträge zur Bibliotheksnutzung. Zudem enthalten sie Dokumente, die Berufungen direkt betreffen, besonders im Falle der Ablehnung von Anträgen, denn in diesem Fall wurden keine Personalakten angelegt.

⁵⁹ Jürgen Kocka, Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft (reprint HSF 3 [1977], 4–10), in: *Historical Social Research Supplement*, No. 18, 2006, 47–51.

⁶⁰ Vgl. etwa Christof Wolf/Henning Best (Hgg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden 2010. Darin insbesondere Manuela Pötschke, *Datengewinnung und Datenaufarbeitung*, 41–64, und Martin Spieß, *Der Umgang mit fehlenden Werten*, 117–142. Vgl. auch Dominique Schirmer, *Empirische Methoden der Sozialforschung*, Paderborn 2009; Rolf Walter, *Einführung in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Köln/Weimar/Wien 2008. Dabei werden sowohl die Vorbereitung von Datensätzen für die Auswertung, diese selbst, aber auch mögliche Probleme mit fehlenden Daten diskutiert.

zu ihrer Anwendung in den Geschichtswissenschaften oder in der Erforschung der DDR-Geschichte.⁶¹ Dennoch liegen durchaus Arbeiten über soziale Milieus und Schichten in der DDR vor, die auf sozialwissenschaftliche Methoden zurückgreifen.⁶² Zu nennen sind hier vor allem die beiden – bereits erwähnten – Studien von Axel Salheiser bzw. Ingrid Miethe und Martina Schiebel. Erstere bedient sich eines quantitativen Ansatzes, indem sie einen Quellenkorpus aus dem Zentralen Kaderdatenspeicher des Ministerrats der DDR auswertet,⁶³ letztere nutzt die empirischen Daten zur Konstruktion einer Typologie der Lehrer an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät Greifswald.⁶⁴

Im Folgenden werden einige Aspekte der Datenbereinigung erläutert sowie die damit einhergehenden Probleme und Lösungsansätze beschrieben. Die Angaben im vorliegenden Datensatz sind Kategorien zugeordnet. Der Begriff Kategorie stellt nach Udo Kelle und Susann Kluge die allgemeinste Bezeichnung einer strukturierten Sammlung von Informationen oder Merkmalen dar.⁶⁵ Die Kategorien umfassen in der vorliegenden Studie generelle biografische Angaben wie Geburtsjahr, Geschlecht und soziale Herkunft, weiterhin Merkmale mit universitärer und wissenschaftlicher Bedeutung wie Studienort, akademische Qualifikationen sowie Berufungen und nicht zuletzt Informationen zur politischen Verortung wie Angaben zur SED-Mitgliedschaft oder zur Übernahme von Ämtern in der Partei und ihren Massenorganisationen. Die Auswahl der Kategorien ist den Grenzen ihrer Verfügbarkeit geschuldet, aber prinzipiell entsprechen sie dem üblichen Kanon anderer Studien, die mit ähnlichen Datensätzen gearbeitet haben.⁶⁶

Vor der eigentlichen Auswertung mussten die Daten vereinheitlicht bzw. bereinigt werden. In diesem Rahmen wurden die Merkmalsausprägungen, die verschiedenen Quellen und

⁶¹ Babett Bauer, Kontrolle und Repression. Individuelle Erfahrungen in der DDR (1971–1989). Historische Studien und methodologischer Beitrag zur Oral History, Göttingen 2006.

⁶² Heinrich Best, Wenn Quantität in Qualität umschlägt. Die Prosopographie der DDR-Funktionseleiten als ein Beitrag zur Hermeneutik der realsozialistischen Lebenswelt, in: Michael Bayer/Sören Petermann (Hgg.), Soziale Struktur und wissenschaftliche Praxis im Wandel, Wiesbaden 2004, 137–155; Doris Ritschel, Soziale Milieus in der ehemaligen DDR. Ein neuer Forschungsansatz, in: Michael Thomas (Hg.) Abbruch und Aufbruch, Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß, Berlin 1992, 292–302. Vgl. als Anwendungsbeispiel auch Heike Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft?

⁶³ Siehe Salheiser, Parteitreu, plangemäß, professionell? Vgl. auch Gebauer/Remy/Salheiser, Die Nationale Volksarmee.

⁶⁴ Miethe/Schiebel, Biografie, Bildung und Institution. Vgl. zur Methode der Typologisierung auch Ingrid Miethe, Systematisieren – Generieren – Generalisieren. Der Beitrag deskriptiver und genetisch-strukturaler Typen zur Theoriebildung, in: Jutta Ecarius/Burkhard Schäffer (Hgg.), Theoriebildung und Theoriegenerierung. Methoden und Methodologien qualitativer Bildungs- und Biographieforschung, Opladen 2010, 73–90.

⁶⁵ Udo Kelle/Susann Kluge, Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, Wiesbaden 2010, 86f.

⁶⁶ Z.B. Miethe/Schiebel, Biografie, Bildung und Institution; Salheiser, Parteitreu, plangemäß, professionell?

Zeiten entstammten, angepasst, sodass eine direkte Vergleichbarkeit gegeben war.⁶⁷ Da die Art und Weise der Erhebung insbesondere für zwei Kategorien, die von zentraler Bedeutung sind, im Zeitverlauf stark variiert, war ein Nachbessern unerlässlich. Für beide Merkmale – die soziale Herkunft und die Berufungsfächer – werden daher im Folgenden die Schritte der Datenbereinigung näher erklärt.

Zur Verortung in der Sozialstruktur spielt die soziale Herkunft eine wichtige Rolle. Sie erlaubt Aussagen über den Wandel von Gesellschaften und die soziale Mobilität ihrer Mitglieder. Häufig wird die soziale Herkunft über den Beruf des Vaters ermittelt.⁶⁸ Die Einteilung von Gesellschaftsmitgliedern nach sozialen Gesichtspunkten (etwa in Klassen oder Schichten) dient dazu, Einkommen, Bildungshorizont oder auch das soziale Ansehen einschätzen zu können. Über einen längeren Zeitraum oder im Umfeld historischer Brüche beobachtet, können zudem gesellschaftliche Veränderungen erkannt werden. Die soziale Herkunft soll Auskunft über Aufstiegschancen und vertikale Mobilität geben. An ihr kann, wie im vorliegenden Beispiel, die Umsetzung politischer Versprechen gegenüber den Mitgliedern einer gesellschaftlichen Schicht überprüft werden. Ein Hauptziel der Hochschulpolitik in der DDR war es, Arbeiter- und Bauernkindern den Zugang zu Hochschulen zu ermöglichen, um ihnen zu mehr politischem Einfluss und gesellschaftlicher sowie materieller Teilhabe zu verhelfen.

Leider liegt keine einheitliche Kategorisierung der sozialen Herkunft vor. Die DDR-eigenen Institutionen wie Meinungsforschung⁶⁹ oder Statistische Jahrbücher⁷⁰ verwendeten unterschiedliche Einteilungen, obwohl sich alle am Klassenschema des Marxismus-Leninismus

⁶⁷ Die Datenauswertung und die Erstellung von Grafiken wurden mit Excel/Pivot Tablets vorgenommen. Dabei kommen Darstellungen und Berechnungen mit einem, zwei und mehreren Merkmalen oder Kategorien zur Anwendung. Vgl. Cornelia Weins, Uni- und bivariate deskriptive Statistik, in: Wolf/Best (Hgg.), Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse, 65–90; Klaus Backhaus et al. (Hgg.), Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, Berlin 2016. Besonderes Augenmerk wurde auf den Umgang mit fehlenden Werten gelegt, da – wie bereits dargelegt – nicht für alle Personen sämtliche Merkmalsausprägungen vorlagen bzw. rekonstruiert werden konnten. Vgl. Spieß, Der Umgang mit fehlenden Werten.

⁶⁸ Diese Methode birgt aber auch Tücken, da Biografien aufgrund der Fördervorgaben und Zulassungspolitik der SED ab- und aufgewertet werden konnten. Gerade nach dem Krieg waren nicht alle in der Lage, den gleichen Beruf aufzunehmen und damit ihren Sozialstatus aufrechtzuerhalten. Da ein „niedriger“ Sozialstatus mitunter Vorteile mit sich brachte, wurden Lebensläufe oder die Angaben zum Beruf des Vaters mitunter beschönigt, etwa frühere Tätigkeiten verschwiegen. Auch der Qualifizierungsboom in der DDR, der vielen Arbeitern einen Aufstieg ermöglichte, führte dazu, dass diejenigen, die sich um ein Studium bemühten, und selbst die Funktionäre, nicht mehr wussten, wer etwa einem Arbeiterhaushalt entstammte. Zudem erfolgten eine Umdeutung oder Erweiterung des Begriffs der Arbeiterklasse des Öfteren auch vonseiten der SED. Vgl. Budde, Frauen der Intelligenz, 106f.; Gero Lenhardt/Manfred Stock, Bildung, Bürger, Arbeitskraft. Schulentwicklung und Sozialstruktur in der BRD und DDR, Frankfurt a.M. 1997, 153–158.

⁶⁹ Vgl. Heinz Niemann, Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1994, 82ff.

⁷⁰ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin, 1955–1990 sowie Statistisches Jahrbuch der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Bezirksstelle Groß-Berlin, Berlin, 1961–1983.

orientierten. Auch nach 1989 unternommene Forschungsprojekte zur Sozialstruktur der DDR nutzen keine einheitlichen Rubriken. Einige vereinen Arbeiter und Angestellte in einer Kategorie, andere Arbeiter und Bauern. Manche Einteilung weist allen Berufsgruppen eine eigenständige Kategorie zu, während andere Gruppen gar nicht erwähnt werden.⁷¹ Die Kategorienbildung orientiert sich zum Beispiel an Quellenlage oder zeitlicher Fokussierung der Analysen. So änderte sich etwa die Situation der Bauern und Handwerker mit der II. Parteikonferenz der SED (1952) drastisch, weil sie sich in staatlichen Betrieben einfügen mussten, sodass nur noch wenige als Privatpersonen produzieren durften. Damit gingen teilweise auch Veränderungen des sozialen Status einher. Darüber hinaus kam es aufgrund der ausgiebigen Weiterqualifizierung in Vorstudienanstalten bzw. ABF, im Fernstudium oder an Abendschulen zu einer Neubewertung und Professionalisierung von Berufen und ihrem gesellschaftlichen Status im Verlauf des Bestehens der DDR. Ralph Jessen geht auf die Problemstellung „Kaderstatistiken und Sozialstruktur“ explizit in seiner Habilitationsschrift über die Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära ein.⁷²

Die Versuche, soziale Herkunft über den Beruf des Vaters zu definieren, weisen allerdings generell eine große Bandbreite von Vorschlägen auf, so etwa die Orientierung an Schichten,⁷³ der Art der Abschlüsse,⁷⁴ Milieus oder auch Wirtschaftszweigen.⁷⁵ Die Ansätze unterscheiden sich je nach Untersuchungszeitraum und spezifischer Fragestellung. Das erschwert freilich ihre Vergleichbarkeit. Generell gilt, dass komplexer gestaltete Kategorisierungen die gesellschaftlichen Realitäten besser abbilden können. Für das vorliegende Projekt ergibt sich die Frage, welches Komplexitätsniveau zu wählen ist, angesichts der Aufgabe, die politischen Vorgaben des Ministeriums für Fach- und Hochschulwesen⁷⁶ nachzuvollziehen. Hier bietet sich die Wahl möglichst umfassender Kategorien an, etwa die Ausbildungsabschlüsse der Väter, oder die Übernahme des DDR-Klassenschemas. Mit dieser Einteilung besteht gleichwohl die Gefahr, der Propaganda der DDR zu folgen, deren recht einfache Vorstellung vom Aufbau der

⁷¹ Verschiedene Vorschläge zur Einteilung in Berufsgruppen geben Katharina Belwe, Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der DDR, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hgg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz, Düsseldorf 1989, 125–143, hier 131; Merten/Voigt, Soziale Herkunft und Selbstrekrutierung, 169; Stefan Hornbostel, Die besten Vertreter der Arbeiterklasse. Kaderpolitik und gesellschaftliche Differenzierungsmuster im Spiegel des zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrats der DDR, in: ders. (Hg.), Sozialistische Eliten, 177–210, hier 191.

⁷² Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 445–452.

⁷³ Ebd., 397.

⁷⁴ Vgl. Merten/Voigt, Soziale Herkunft und Selbstrekrutierung, 166f.

⁷⁵ Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik (1955).

⁷⁶ 1951, zunächst ohne ministeriellen Status, als sogenanntes Staatssekretariat für Hochschulwesen gegründet, wurde die Behörde 1958 in Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen umbenannt. 1967 erhielt sie den ministeriellen Status und die Bezeichnung Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR.

Gesellschaft zu übernehmen und im schlechtesten Fall gar zu reproduzieren. Auf der anderen Seite war es genau diese Einteilung der Gesellschaft in die großen Klassen Arbeiter, Bauern, Angestellte und Intelligenz, nach der die DDR-Bevölkerung strukturiert wurde und die über politische und materielle Teilhabe entschied. Aus beiden Gründen folge ich dem Kategorisierungsvorschlag der Soziologin Heike Solga, der zwar recht nah an den Strukturschemata des Marxismus-Leninismus verbleibt, ohne sie aber unreflektiert zu übernehmen. Solga trifft die Unterscheidung in obere bzw. untere Dienstklasse, Facharbeiter, sonstige Arbeiter, Selbständige und Bauern.⁷⁷ Die hier genannten Kategorien werden in dieser Arbeit zusätzlich um Geistliche und Lehrer erweitert. Geistlichen (Angestellten der Kirche) wird eine eigene Kategorie zugewiesen, weil Theologie zwar als Fach an der Humboldt-Universität bestehen blieb, die Kirchenpolitik der SED und ihr Umgang mit Kirchenvertretern sowie ihren Angehörigen allerdings ambivalent war und sich daher die Frage ergibt, ob ihre Kinder auffällige Karrieremerkmale aufweisen. Lehrer werden in einer gesonderten Gruppe erfasst, da ihnen seitens der staatlichen Institutionen eine spezielle Rolle zukam. Im Rahmen der Erziehung der zukünftigen Staatsbürger sollten sie die Vermittlung politischer Werte gewährleisten. Nach dem Nationalsozialismus wurden viele Lehrer entlassen, da sie als belastet galten und in Schnellkursen sogenannte Neulehrer ausgebildet. Bei beiden Gruppen lohnt sich eine gesonderte Auswertung des Datenmaterials, um zu beobachten, ob ihren Nachfahren der Zugang zur HU gelang oder ob ihnen der Weg versperrt blieb. Den einzelnen Kategorien können folgende Berufe zugeordnet werden:

Arbeiter	un- und angelernte Arbeiter
Bauern	selbstständige Bauern, Genossenschaftsbauern
Facharbeiter/ Handel	Meister, Brigadiere, Arbeiter mit Fachausbildung, Angestellte in Industrie und Handel, Techniker und Mechaniker, Erzieher
Geistliche	Pfarrer, Kirchenangestellte
Handwerk/ Gewerbe	Handwerker, Monteure, Gewerbetreibende (Friseure, Wirte), Einzelhandelskaufleute
Lehrer	Lehrer
Obere Dienstklasse	leitende Beamte, Akademiker (Professoren und Dozenten), Personen mit höher qualifizierten Tätigkeiten, Personen in Leitungsfunktionen, SED- oder FDJ-Hauptamtliche
Untere Dienstklasse	Direktoren von z.B. Betrieben, Verwaltungsangestellte, Polizisten, Soldaten, einfache Angestellte mit akad. Abschluss, Ingenieure, Ärzte

Abb. 1: Kategorisierung der sozialen Herkunft nach den Berufen der Väter

⁷⁷ Ausgeführt etwa in Karl Ulrich Mayer/Heike Solga, Mobilität und Legitimität. Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten DDR und der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen? Ralf Dahrendorf zum 65. Geburtstag, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46 (1994), H. 2, 193–208, hier 198.

Auch die Kategorie Fachrichtung und die Zuteilung der einzelnen Fächer bedarf einer näheren Erläuterung. Sie ist für die Auswertung des Datensatzes ähnlich bedeutsam wie die soziale Herkunft. Die Fragestellung hinter dieser Kategorie zielt darauf, welche Fächer und Fachrichtungen eine besondere Rolle im politischen Gefüge der DDR-Hochschulen spielten. Oftmals wird behauptet, dass die Naturwissenschaften und die technischen Fächer materiell bevorzugt wurden und ihre Vertreter gleichzeitig in geringerem Maße politische Loyalität beweisen mussten, die Entnazifizierung weniger streng gehandhabt wurde und die SED bis 1961 kaum Einfluss auf die Nachwuchsförderung nahm. Jessen spricht beispielweise davon, dass sich in den Fachmilieus unterschiedliche „Anpassungsgrad[e] gegenüber politischen Eingriffen in die Berufsstruktur“⁷⁸ finden lassen.

Am Ende der 1960er Jahre gestaltete die 3. Hochschulreform in der DDR die Struktur der Hochschulen völlig neu. Die traditionellen Fakultäten und Institute wurden in themenbezogene Sektionen umgewandelt. Da die Studie die *Zeit vor* und *nach* dieser Transformation einbezieht, kann weder allein die Fakultäts- noch die Sektionsstruktur herangezogen werden, um die Hochschullehrer nach Fachrichtungen zu gruppieren. Primär ist es wichtig, die Anzahl der Kategorien übersichtlich zu gestalten, weiterhin müssen thematisch und strukturell ähnliche Fächer gruppiert werden und schließlich soll die Fakultäts- und Sektionsstruktur der HU möglichst getreu abgebildet werden. Eine Vorannahme lautet, dass thematisch und strukturell ähnliche Fächer aus gleichen Fachtraditionen stammen und vergleichbare Inhalte behandeln. Daher, so die Vermutung, weisen sie auch charakteristische Merkmale auf wie etwa die Bedeutung der Promotion oder der Anteil an Wissenschaftlerinnen.

Am Ende der 1960er Jahre blieben die Fakultäten trotz des institutionellen Umbaus in der Form der Sektionen als übergeordnete Struktur erhalten. Um Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Heterogenität und Homogenität in den verschiedenen Fächern über alle Jahrzehnte des Bestehens der DDR herausstellen zu können, wird die Struktur der Fakultäten als Kategorie übernommen, wenngleich sich ihr Aufgabenbereich im Zeitverlauf verkleinerte und sie einen Bedeutungsverlust hinsichtlich ihrer Befugnisse und Verantwortlichkeiten hinnehmen mussten.⁷⁹ Neben der Medizinischen (die in der vorliegenden Studie ausgeblendet bleibt) existierten

⁷⁸ Ralph Jessen, Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor. Die Neukonstruktion des Hochschullehrerberufs in der SBZ/DDR, 1945–1969, in: Richard Bessel/ders. (Hgg.), Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, 76–107, 92.

⁷⁹ Matthias Middell, 1968 in der DDR. Das Beispiel der Hochschulreform, in: Étienne François (Hg.), 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997, 125–146, hier 142.

die Gesellschaftswissenschaftliche, die Mathematisch-Naturwissenschaftliche und die Biowissenschaftliche Fakultät. Diesen drei Kategorien lässt sich die vor der 3. Hochschulreform bestehende Struktur aus neun Fakultäten zuordnen. Die Fächer der vormaligen Philosophischen, Juristischen, Wirtschaftswissenschaftlichen, Theologischen und Pädagogischen Fakultät sind allesamt geistes- und sozialwissenschaftlicher Natur und entsprechen den Fächern und Sektionen der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät. Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät existierte vor und nach der besagten Hochschulreform unverändert. Die Veterinärmedizinische und die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät (sowie die Forstwissenschaftliche Fakultät) können als Fächer der Agrarwissenschaften der Biowissenschaftlichen Sektion zugeordnet werden.⁸⁰

In Bezug auf geschichtliche Epochen und oftmals auch in der DDR-Forschung wird immer wieder von Generationen gesprochen: die Flakhelfer-Generation, die Aufbau-Generation oder die FDJ-Generation. So sehr das Konzept der Generation für die Betrachtung von Gesellschaften überzeugen mag, wäre es für die vorliegende Arbeit eher hinderlich. Generation wird zum Beispiel von Ulrich Hermann in Anlehnung an Karl Mannheim als „eine Gruppe oder *Gemeinschaft*, die sich durch gemeinsame Überzeugungen und vitale Akzente auszeichnet, verbunden durch gemeinsame Lebenserfahrung und -stile“,⁸¹ definiert. Die Annahme, die Hochschullehrer an der HU seien durch gemeinsame Ideen und Erfahrungen gekennzeichnet, weil sie sich in der gleichen Zeit in der gleichen Institution bewegten, würde eventuell überblenden, dass sie dennoch aus unterschiedlichen Milieus kamen oder gegensätzliche Erfahrungen sammelten. Gleichwohl ist nicht von der Hand zu weisen, „daß die Angebote oder die Zumutungen, die bestimmte Gesellschaften in ihren jeweiligen Phasen bieten, für die Bevölkerung *je nach Kohortenzugehörigkeit* variieren können“.⁸² Die Auswertung des Datensatzes macht sich daher das Konzept der Kohorte zunutze, um die Jahrgänge und die Berufungsjahre zu gruppieren, ohne davon auszugehen, dass die so zusammengefassten Personen ein kollektives Selbstverständnis aufweisen.

⁸⁰ Tenorth, Selbstbehauptung einer Vision, 24. Vgl. auch Dieter Kirschke/Karl-Heinz Noack/Astrid Häger, Getrennte Wege und Wiedervereinigung. Die universitären Agrarwissenschaften in Berlin seit 1945, in: Tenorth (Hg.), Geschichte der Universität unter den Linden, Bd. 6, 641–659, hier 649.

⁸¹ Ulrich Hermann, Was ist eine „Generation“? Methodologische und begriffsgeschichtliche Explorationen zu einem Idealtypus, in: Schüle/ Gries/ Ahbe (Hgg.), Die DDR aus generationsgeschichtlicher Perspektive, 23–46, hier 35.

⁸² Rainer Gries/Thomas Ahbe, Gesellschaftsgeschichte als Generationsgeschichte. Theoretische und methodologische Überlegungen am Beispiel der DDR, in: ebd., 475–573, hier 477.

Berufungskohorte	1946–1950	1951–1960	1961–1970	1971–1980	1981–1990
Fallzahlen	208	408	451	364	511

Abb. 2: Verteilung der Hochschullehrer im Datensatz auf die Berufungskohorten, N=1.942

Für die Auswertung der Daten zur räumlichen Mobilität der HU-Hochschullehrer wurden Karten als Analyseinstrument verwendet.⁸³ Bei der Beschäftigung mit dem Thema Mobilität fällt auf, dass Studien über DDR-Hochschulen, Bevölkerungsgruppen vor und nach 1989 und ihre Mobilität Karten als Analyse- oder Darstellungsform nicht verwenden, da der Schwerpunkt fast immer auf die soziale Mobilität gelegt wird.⁸⁴ Die gängige Form der Illustration von biografischen Angaben oder sozialstrukturellen Veränderungen sind Tabellen oder Diagramme. Und obwohl es gerade in den Sozialwissenschaften eine lange Tradition und viele Möglichkeiten der Datenauswertung gibt, werden Karten relativ selten genutzt, um einen Prozess, eine Bewegung oder eine zeitliche Dimension abzubilden. Die vorliegende Arbeit wertet zumindest die räumliche Mobilität über das Format Karten aus. Das methodische Vorgehen wird im Kapitel zur Mobilität näher beschrieben.

Die Arbeit ist in sieben Kapitel gegliedert. Das erste Kapitel gibt einen Überblick über die gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Entwicklung der DDR. Der geschichtliche Kontext wird jeweils in einem Abschnitt vorangestellt, um die zeitlichen Ereignisse und Zusammenhänge einordnen und in den folgenden Kapiteln darauf aufbauen zu können, um Wiederholungen zu vermeiden und die Ergebnisse pointiert darzustellen. Die folgenden Kapitel widmen sich den Themen Berufswege, Fachspezifika, soziale Herkunft, Hochschullehrerinnen, Parteizugehörigkeit und räumliche Mobilität. Kapitel zwei befasst sich mit der akademischen Ausbildung, den Berufungen als Hochschullehrer und den Karrierewegen an der HU. Kapitel drei und vier nehmen eventuelle Unterschiede in den einzelnen Fachrichtungen in den Blick sowie den Einfluss der sozialen Herkunft auf die Karrierewege der HU-Hochschullehrer. Das fünfte Kapitel geht auf die Hochschullehrerinnen an der HU ein. Es beschäftigt sich mit der Frage, zu welchen Zeiten und aus welchen Gründen der Anteil von Frauen an den Berufungen sich erhöhte oder sank und ob sich fachliche oder sozialstrukturelle Unterschiede zu den männlichen Kollegen ausmachen lassen. Anschließend wird die Bedeutung der Parteimitgliedschaft auf die Berufungen und Karrierewege der Professoren und Dozenten dargestellt. Das letzte Kapitel wertet die Veränderungen bezüglich der räumlichen Mobilität der Hochschullehrer an der HU aus.

⁸³ Ich bin Eric Losang vom Leibniz-Institut für Länderkunde zu Dank für seine maßgebliche Hilfe verpflichtet.

⁸⁴ Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft?; Salheiser, Parteitreu, plangemäß, professionell? Vgl. auch Miethe/Schiebel, Biografie, Bildung und Institution.

In der Schlussbetrachtung werden die Hochschullehrer der HU mit Blick auf die Berufungskohorte anhand ihrer wesentlichen Merkmale beschrieben, um auf diese Weise das umfangreiche empirische Material der Studie zusammenzuführen. Das Kondensat der Berufungskohorten sind strukturierte Modelle der sozialen Wirklichkeit, die über Informationsreduktion und die Betonung charakteristischer Züge die Übersichtlichkeit empirischer Befunde erhöhen.⁸⁵ In der vorliegenden Arbeit erfolgt die Einteilung der Protagonisten mittels der Eigenschaften, die erarbeitet wurden, sodass jede Zusammenfassung eine möglichst hohe innere Homogenität in der Gruppe und eine große externe Heterogenität in Abgrenzung zu anderen Kohorten aufweist. Um die Veränderungen der Hochschullehrerschaft im Zeitverlauf prägnant zu illustrieren, bietet sich die Beschreibung von „Typen“ anhand der Berufungskohorten an. Für die auf diese Weise gebildeten Kategorien wurden anschließend jene Merkmale zusammengeführt, die soziale, berufsspezifische, biografische oder politische Besonderheiten und gemeinsame Erfahrungen erfassen. Die Darstellung von „Typen“ der HU-Hochschullehrer wird verdeutlichen, welchen Einfluss die Hochschulpolitik der DDR auf die akademische Sozialisation, die Sozialstruktur und die Karriereverläufe der Hochschullehrer hatte.⁸⁶

*Berufungsverfahren*⁸⁷

Im Folgenden gehe ich auf den spezifischen Ablauf von Berufungsverfahren in der DDR am Beispiel der HU ein.⁸⁸ In der Regel beantragte der Dekan mit Verweis auf die Beschlusslage des Wissenschaftlichen Rats der Fakultät über den Rektor oder den Prorektor beim Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen die Berufung einer Person. Der Antrag wurde fachlich,

⁸⁵ Kelle/Kluge, Vom Einzelfall zum Typus, 77f. u. 83. Zur Typenbildung in der Geschichtswissenschaft vgl. Miethe, Systematisieren – Generieren – Generalisieren.

⁸⁶ Kelle/Kluge, Vom Einzelfall zum Typus, 85.

⁸⁷ Einen guten Überblick über internationale Berufungsverfahren, u.a. in den Vereinigten Staaten, Schweden, den Niederlanden und anderen westeuropäischen Ländern inklusive der Bundesrepublik Deutschland liefern Tassilo Schmitt/Nina Arnold/Magnus Råde, Berufungsverfahren im internationalen Vergleich (CHE Arbeitspapier Nr. 53), Gütersloh 2004, 52ff.; Joachim Bessert-Nettelbeck, Zur Berufung von Hochschullehrern in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, Diss., Freie Universität Berlin, 1982.

⁸⁸ Die 1940er Jahre klammere ich aus. Die Zusammenhänge in der unmittelbaren Nachkriegszeit erwiesen sich als sehr unübersichtlich, viele Ausnahmeregelungen wurden ausgehandelt, unterschiedliche Berufswege beschränkt und die Kompetenzen der zuständigen Akteure bzw. Institutionen unterlagen des Öfteren Änderungen. Die Personalakten der Hochschulprofessoren und die Berufsakten der Fakultäten bilden unter anderem eine Grundlage für die Rekonstruktion der Berufungsverfahren. Siehe dazu auch Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 83f.: „Im übrigen ist es nicht leicht, allgemeine Aussagen über die Berufungsverfahren bis zur Mitte der fünfziger Jahre zu machen. Zwischen Oktroi und autonomer Listenpräsentation war alles möglich. [...] Hervorzuheben ist, daß die Auswahl der Besetzungsvorschläge in der Regel bei den Fakultäten lag, auf deren Initiative die zentralen Entscheidungsinstanzen reagierten. [...] Trotz dieser Schwäche wurde zweifelslos in vielen Fällen politischer Einfluss auf die Personalentscheidung genommen. Es ist aber ebenso wichtig, die Grenzen dieser Steuerung bis weit in die fünfziger Jahre festzuhalten.“

politisch und sozial begründet, inklusive einer schriftlichen Ergänzung durch die Kaderabteilung. In der Regel wurden drei bis vier Gutachten eingeholt: von Professoren der HU, aber auch externen Wissenschaftlern. Bei Unstimmigkeiten konnten weitere Stellungnahmen angefordert werden. Die Berufungsakten der HU legen nahe, dass es nach der 3. Hochschulreform keine Veränderung im Ablauf des Berufungsvorgangs gab.

Der folgende Auszug aus einer Einschätzung der Kaderabteilung zeigt, dass mitunter auch die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED in den Entscheidungsprozess einbezogen wurde:

„Nach Rücksprache mit dem ZK, Abt. Wissenschaften stimmen wir dem Antrag auf Berufung zum 1.2.1964 zu. [...] An der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität hat sie wesentlich zur Verbesserung der politischen und wissenschaftlichen Arbeit beigetragen. Als Mitglied der Bezirksleitung Berlin der SED und der Parteileitung der Fakultät hat sie neben ihrer Forschungs- und Lehrarbeit eine umfangreiche gesellschaftliche Aktivität entwickelt.“⁸⁹

Es waren also eine ganze Reihe von Akteuren an den Berufungsprozessen beteiligt und konnten mittels ihrer Voten den Ablauf beeinflussen, verzögern oder den Kandidaten gar verhindern. Auch ohne Einblick in sämtliche Berufungsakten drängt sich der Eindruck auf, dass die meisten Verfahren relativ konfliktfrei vonstattengingen, da in den Quellen kaum Widerspruch oder kritische Anmerkungen zu finden sind. Die meisten Antragstexte, Einschätzungen oder Mitteilungen nahmen immer beides, die wissenschaftlich-fachliche (Benotung der Dissertation, Publikationen) und die gesellschaftspolitische Dimension, in den Blick. Es existierte offensichtlich keine strikte Arbeitsteilung zwischen den Fakultäten (als fachlichen Institutionen) und den (politischen) SED-Gremien. In den Einschätzungen wurden wissenschaftliche und politische Aspekte des Bewerbers nicht (mehr) unterschieden bzw. getrennt voneinander beurteilt.

In den Berufungsakten nicht hinterlegt sind Gespräche, taktische Überlegungen und Beratungen zu personalpolitischen Entscheidungen. Auch eventuelle Forderungen der Kandidaten oder anderweitige Ergebnisse mündlicher Verhandlungen sind ihnen nicht zu entnehmen.⁹⁰

⁸⁹ Auszug aus dem Schreiben vom 27.11.1963 vom Sektor Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an Sektor Kader im Berufungsverfahren einer Dozentin für Völkerrecht. Personalakte aus dem Bundesarchiv, Signatur B6934.

⁹⁰ Hubert Laitko (geb. 1935) etwa berichtet über Unterredungen des jungen Wissenschaftlers Lothar Kolditz (geb. 1929), der 1962 von Jena aus auf einen Lehrstuhl an der HU berufen werden sollte: „In einem privaten Gespräch mit ihm sondierte er [Günther Rienäcker, U.B.] dessen Bereitschaft zur Annahme eines Rufs; die wichtigsten Bedingungen, die Kolditz stellte, waren die Übernahme einer Gruppe von Mitarbeitern aus Jena nach Berlin und die Einrichtung eines radiochemischen Laboratoriums.“ Günther Rienäcker (1904–1989), Vorgänger von Kolditz auf dessen Lehrstuhl, hatte sich für dessen Berufung eingesetzt. Er teilte diese Informationen in einem Brief dem Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät mit. Vgl. Hubert Laitko, Die Fachrichtung Chemie nach 1945, in: Tenorth (Hg.), Geschichte der Universität unter den Linden, Bd. 6, 611–640, hier 624. Lothar Kolditz war ab 1962 Professor und Direktor am ersten Chemischen Institut an der HU, ab 1965 Prorektor für Naturwissenschaften und ab 1971 Direktor der Sektion Chemie an der HU. Er war kein Mitglied der SED. Günther

Das letzte Wort in den Berufungsverfahren hatte immer das Staatssekretariat für Hoch- und Fachhochschulwesen. Inwieweit das Ministerium eigene Personalinteressen verfolgte und durchsetzte und wie sich dabei der Umgang mit den Fakultäten gestaltete, wird im Verlauf der Arbeit noch für die verschiedenen Phasen der Berufungspolitik in der DDR dargestellt. Das Staatssekretariat versandte im Fall der Zustimmung zu einem Berufungsvorschlag einen allgemein formulierten, wenn auch recht pathetischen Brief an den Kandidaten:

„Ich erwarte, daß Sie Ihre Aufgaben bei der sozialistischen Entwicklung unseres Hochschulwesens in hohem Verantwortungsbewußtsein gegenüber unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat erfüllen und Ihre ganze Kraft einsetzen, um das Ihnen hiermit bewiesene Vertrauen zu rechtfertigen.“⁹¹

Rienäcker war ab 1954 Professor für anorganische Chemie an der HU und leitete das Erste Chemie-Institut, später das Institut für anorganische Katalyseforschung. Rienäcker trat 1945 in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ein und wurde dementsprechend 1946 Mitglied der SED. Aus den Berufungen konnten sich also noch weitergehende personalpolitische Entscheidungen ergeben. Die Einrichtung kostspieliger Arbeitsräume beschränkte sich auf die naturwissenschaftlichen Fächer, jedoch ist die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter weder auf die 1960er Jahre noch auf die Naturwissenschaften beschränkt. So berichtet Dieter Wittich (1930–2011), wie er 1953 mit anderen Philosophiestudenten seinem Professor Georg Klaus (1912–1974) nach Berlin folgte, da dieser bei seiner Berufung durchgesetzt hatte, dass er seine Mitarbeiter mitnehmen kann. Vgl. Dieter Wittich, Erfahrungen an zwei ostdeutschen Nachkriegsuniversitäten. Jena und Berlin, in: Hans Christoph Rauh/Volker Gerhardt (Hgg.), Anfänge der DDR-Philosophie. Ansprüche, Ohnmacht, Scheitern, Berlin 2002, 492–505, hier 494.

⁹¹ 8. November 1961, vom Stellvertreter des Staatssekretärs, an bereits erwähnte Dozentin für Völkerrecht. Personalakte aus dem Bundesarchiv, Signatur B6934.

1. Konstituierung, Stabilisierung und Bedeutungsverlust sozialistischer Hochschulpolitik

Um die Studien und ihre Ergebnisse besser einordnen und verstehen zu können, stellt der folgende Abschnitt die Entwicklung der Hochschulpolitik der DDR dar. Die Kontextualisierung umfasst die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen der Nachkriegszeit, die Konstituierung und Stabilisierung der SED-Regierung sowie den weiteren politischen Verlauf, die Ereignisse in Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihre Effekte auf die Hochschulpolitik. Politische Ziele und Maßnahmen der SED werden diskutiert und ihre Konsequenzen für die Universitäten skizziert. Erst in den ausführlicheren Abschnitten über Sozialstruktur und Karrieremuster der Hochschul-lehrer wird detaillierter auf die HU als Universität und ihre Dozenten und Professoren eingegangen.

1.1 Nachkriegszeit in der SBZ/DDR von 1945 bis 1950

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges besetzte die Rote Armee erhebliche Teile des Deutschen Reichs. Die SMAD war für die Verwaltung und Organisation in der SBZ zuständig. Relativ schnell bildeten sich auch deutsche Organe und Institutionen heraus, die sehr eng mit der SMAD zusammenarbeiteten und ihrer Kontrolle bzw. ihren Weisungen unterstanden. Ganz bewusst wurden sie mit Anhängern und Funktionären der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) besetzt, da viele von ihnen bereits während ihrer Exilzeit in der Sowjetunion zu künftigen politischen Machthabern „ausgebildet“ worden waren.¹

Viele deutsche Kommunisten des beginnenden 20. Jahrhunderts verfügten nicht über eine klassische wissenschaftliche Universitätsausbildung, sondern stammten aus Arbeiterhaushalten, absolvierten eine Berufsausbildung oder eigneten sich allgemeines und politisches Wissen in Arbeiterbildungseinrichtungen an.² Neben eigenen theoretischen Auseinandersetzungen mit dem Thema Bildung, konnten sie in organisatorischen Belangen auf die Expertise der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) zählen, die nach der Revolution 1918 in Sow-

¹ Jens Gieseke, Machtfaktor – Utopie – Hypothek. Die SED und die Sowjetunion, in: ders./Hermann Wentker (Hgg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011, 86–113, 87f. u. 91–94.

² Beispielsweise war Walter Ulbricht (1893–1973) seit seiner frühesten Jugend sowohl in der sozialistischen Arbeiterbewegung als auch in Arbeiterbildungsorganisationen in Leipzig aktiv. Er und viele seiner Genossen (etwa Erich Honecker) absolvierten eine Lehre und nahmen höchstens, wie Kurt Hager (1912–1998) nach 1945, an einem Dozentenlehrgang teil, um auf einen Lehrstuhl berufen werden zu können. Einen erhellenden Beitrag zur Frage, welche Rolle und Bedeutung Intellektuelle in der Arbeiterbewegung hatten, liefert Gangolf Hübinger, Der marxistische und bildungsbürgerliche Weg in die Sozialdemokratie. Rudolf Hilferding und Gustav Radbruch, in: ders. (Hg.), Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte, Göttingen 2006, 200–226.

jetrusland bzw. der Sowjetunion die Hochschullandschaft und das Bildungswesen grundlegend umstrukturiert hatte.³ Im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Bereichen wie etwa der Literatur, stießen die neuen Machthaber an den Hochschulen und Akademien auf wenig Begeisterung, da Hochschullehrer, Professoren und Wissenschaftler zumeist Mitglieder konservativer Parteien waren und keinerlei Eingriffe in ihren Machtbereich dulden wollten. Da insbesondere der Aufbau der Industrie aber von den Naturwissenschaftlern abhängig war, setzte die Administration auf Kooperation statt Konfrontation und intervenierte personell und inhaltlich nur in geringem Maße. Gleichzeitig wurden die ersten Grundsteine gelegt – zum Beispiel mit der Gründung der neuen Sozialistischen Akademie 1918 –, um zukünftig loyale Wissenschaftler, die sogenannten Kader,⁴ ausbilden zu können. In den geisteswissenschaftlichen Bereichen war dagegen die sozialistische Neuordnung mit einem größeren Anpassungsdruck verbunden. Hier bemühte sich die Partei, ihr Wahrheitsmonopol in den wissenschaftlichen Debatten durchzusetzen, um die eigenen Ziele zu legitimieren und die erlangte Machtposition zu sichern.⁵

Ein ähnlich spannungsreiches Verhältnis entwickelte sich in der SBZ/DDR. Die Parteiführung vertrat einerseits einen scheinbar aufgeklärten bildungspolitischen Anspruch, andererseits herrschte in Teilen der akademischen Welt ein gewisses Befremden gegenüber der staatlichen Organisation von Wissenschaft und höherer Bildung. So ist es nicht überraschend, dass ein strategischer Zugang zu den Themenfeldern Wissenschaft und Universitäten bereits die unmittelbare Nachkriegszeit prägte. Die Partei war vom wissenschaftlichen und technischen

³ Zur Wissenschaftspolitik der Sowjetunion vgl. Kowalczyk, *Geist im Dienste der Macht*, 51–60. Nikita S. Chruschtschow (1894–1971) beispielsweise, Sohn eines Bergmanns und ehemaliger Ziegenhirte, erhielt die Möglichkeit, ein Polytechnikum zu besuchen. Sein Bildungsweg ist beispielhaft für eine Schicht, die in der Regel ein technisch-naturwissenschaftliches Studium absolvierte und die Sowjetunion nachhaltig prägte. Vgl. Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 2001, 30. Nach der zweiten Revolution und der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik begann eine liberalere Ära, auch auf dem Gebiet der Hochschulpolitik. Tiefgreifende Bildungsreformen wurden eingeleitet, wenn auch nur mit mäßigem Erfolg, ein flächendeckendes Schulsystem eingeführt und außerschulische Bildungsangebote etabliert, um den Analphabetismus gerade in den Provinzen, in den Dörfern und unter Frauen zu beseitigen. Zwar bestand ein Ziel darin, Loyalität gegenüber den neuen Machthabern herzustellen, zugleich sollten die Menschen aber in die Lage versetzt werden, Zeitungen oder politische Texte lesen und größere gesellschaftliche Zusammenhänge verstehen zu können. Gerade die Hochschulen wurden für Arbeiter und Bauern sowie Frauen geöffnet. Durch diese gezielte Unterstützung entstand langfristig eine neue Schicht, die sogenannte Sowjetintelligenz. Die Maßnahmen in Schul- und Arbeiterbildung sowie Kultur- und Wissenschaftspolitik verfolgten ein gemeinsames Ziel: Im Bildungsprozess sollten die Menschen sich die Ideen der neuen sozialistischen Gesellschaft mehr oder weniger autonom aneignen können und so verinnerlichen. Dies versprach eine größere Nachhaltigkeit, als ihnen die Doktrinen des Sozialismus bzw. Kommunismus „von oben“ überzustülpen. Vgl. Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion*, 303–339.

⁴ „Die Kader sind gleichermaßen Exekutoren wie Objekte einer planmäßigen Kaderpolitik, die den politisch loyalen, engagierten und gleichzeitig fachlich qualifizierten und praktisch bewährten Kader produzieren sollte, der endlich auch noch in seiner Lebensführung sozialistisches Vorbild sein sollte.“ Heinrich Best/Stefan Hornbostel/Roland Gebauer, *Einführung*, in: Best/Gebauer (Hgg.), *(Dys)funktionale Differenzierung?*, 5–7, hier 5.

⁵ Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion*, 348ff.

Know-how zwar abhängig, musste den Wissenschaften also gewisse Freiräume zugestehen, zugleich bestand der Wunsch, sie in gesellschaftspolitische Veränderungen einzubeziehen.⁶

In der frühen Wissenschaftspolitik der SED spielte immer auch das Verhältnis von Wissenschaft und Nationalsozialismus eine wichtige Rolle, da zwischen 1933 und 1945 die wissenschaftlichen Institutionen stark beeinflusst worden waren und sich verändert hatten. Die neuen Machthaber hatten einen Umgang mit der Tatsache zu finden, dass das Wissenschaftssystem gerade erst eine zwölfjährige „Gleichschaltung“ durchlaufen hatte. Der Umgang mit der Vergangenheit der Hochschulen während des Nationalsozialismus gestaltete sich komplex, da nicht alle Fächer und Personengruppen gleich agiert hatten. Ralph Jessen kommt etwa zu dem Schluss, die Universitäten seien „exklusive Reservate des gebildeten Bürgertums“ gewesen. „Politisch hatten sich die meisten Akademiker zwischen Liberalismus und Konservatismus bewegt, bis gegen Ende der Weimarer Republik beachtliche Teile der Studentenschaft und der jüngeren Wissenschaftlergeneration auf die Versprechen der Nationalsozialismus-Bewegung setzten.“⁷ Viele Universitätsangehörige hatten den Nationalsozialismus begrüßt und bauten ihre Karrieren auf der – politisch oder rassistisch motivierten – Vertreibung ihrer Kollegen auf. Sie förderten das Regime, sei es auf fachlicher, sei auf propagandistischer Ebene. An den Verheerungen des Nationalsozialismus, den materiellen Schäden, den Millionen Opfern von Krieg und Vernichtungspolitik, trugen Wissenschaftler zumindest eine Mitschuld. Und nicht wenige beteiligten sich direkt am Programm der Nationalsozialisten, indem sie etwa pseudowissenschaftliche medizinische Versuche an Gefangenen in Konzentrationslagern vornahmen. Auch die Studierenden waren nicht frei von moralischer Schuld, wie zum Beispiel die Bücherverbrennungen von 1933 zeigen, die Teile der Studentenschaft mitorganisiert hatten.⁸

Die Umsetzung der Entnazifizierung an den Hochschulen und Universitäten wurde nicht in allen vier Besatzungszonen einheitlich gehandhabt, aber als Vorbedingung zur (Wieder-)Eröffnung der Hochschulen grundsätzlich vorausgesetzt.⁹ Wer als belastet zu gelten hatte und somit entlassen werden sollte, war allerdings vielerorts unklar und die Entscheidungen folgten

⁶ Zum Wissenschaftsverständnis von KPD und später SED in der Nachkriegszeit vgl. Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 25–27, und Kowalczyk, Geist im Dienste der Macht, 61–75.

⁷ Jessen, Zwischen diktatorischer Kontrolle und Kollaboration, 229f. Zur Rolle der Hochschullehrer im Nationalsozialismus vgl. Michael Grüttner, Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz, in: Connelly/Grüttner, Zwischen Autonomie und Anpassung, 67–100.

⁸ Michael Grüttner, Studenten im Dritten Reich. Geschichte der deutschen Studentenschaft 1933–1945, Paderborn 1995.

⁹ Barbara Wolbring, Trümmerfeld der bürgerlichen Welt. Universitäten in den gesellschaftlichen Reformdiskursen der westlichen Besatzungszonen, Göttingen 2014. Zur teilweise widersprüchlichen Entnazifizierung in allen Sektoren vgl. Mitchell G. Ash, Konstruierte Kontinuitäten und Neuanfänge nach 1945, in: Michael Grüttner et al. (Hgg.), Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, 215–246, hier 224ff. Zur Situation in der SBZ vgl. ebd., 240f.

oftmals pragmatischen Erwägungen. Medizinische Fakultäten konnten vielfach Ausnahmeregelungen von den Besatzungsoffizieren mit dem Verweis erwirken, dass die Ausbildung von Ärzten nicht ins Stocken geraten dürfe, weil die Ausbreitung von Seuchen drohe und die allgemeine Gesundheit gefährdet sei.¹⁰

Die Verantwortlichen aller vier Besatzungszonen entschieden in der Frage „Entnazifizierung oder Wiederaufbau“ häufig zugunsten des letzteren. Die Entnazifizierung galt in ganz Deutschland als Mittel zum Zweck, sei es als Voraussetzung zur Demokratisierung und Umstrukturierung des Hochschulbereichs oder – wie in der SBZ – als ein Baustein im Programm der gesamtgesellschaftlichen Transformation. In allen Besatzungszonen fallen Wellen der Entlassung und der Wiederkehr von belastetem Personal auf. Mitchell G. Ash konstatiert, dass weder die SBZ besonders streng oder die westlichen Besatzungszonen besonders milde vorgingen noch in der amerikanischen und sowjetischen im Gegensatz zu den anderen beiden Zonen nachhaltiger entnazifiziert wurde. Für derartige Vermutungen würden die empirischen Daten keine ausreichenden Belege liefern.¹¹

Dennoch sind Eigenheiten in den einzelnen Besatzungszonen nachweisbar: In den westlichen Zonen legte man aufgrund der Erfahrung des Nationalsozialismus die bildungspolitischen Strukturen föderal an. Wie auch in anderen gesellschaftlichen und politischen Bereichen wurde auf eine Dezentralisierung der hochschulpolitischen Entscheidungsstrukturen gesetzt.¹² 1949 verankerte das Grundgesetz der Bundesrepublik die Hoheit der Bundesländer in diesem Metier.¹³ Dabei handelte es sich um die Anknüpfung an eine Tradition, die weit ins Kaiserreich zurückreichte, denn die Universitäten standen dort unter der Kontrolle der Einzelstaaten. Erst zum Ende des 19. Jahrhunderts hatte es Bestrebungen gegeben, die Forschung zentralstaatlich zu lenken, was sich etwa in der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911 ausdrückte. Damit war die Autonomie der Hochschulen beschränkt worden, die bis dahin dem Humboldt'sche Ideal folgte. Ein Grund für den staatlichen wissenschaftspolitischen Eingriff bestand in den zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten der Hochschulen.¹⁴

In der SBZ stellte die Entnazifizierung – neben der Kriegsgefangenschaft, den an der Kriegsfrente Umgekommenen, dem (erzwungenen) Exil, später dann dem Weggang in die westlichen Besatzungszonen sowie der Deportation von Spezialisten im Rahmen der Reparationsleistungen – den wohl schwerwiegendsten Grund für den Mangel an Universitätspersonal in der

¹⁰ Vgl. Ash, *Konstruierte Kontinuitäten*, 225.

¹¹ Ebd., 225–227.

¹² Ebd., 228f.

¹³ Martin Lengwiler, *Kontinuitäten und Umbrüche in der deutschen Wissenschaftspolitik des 20. Jahrhunderts (1900–1990)*, in: Simon/Knie/Hornbostel (Hgg.), *Handbuch Wissenschaftspolitik*, 13–25, hier 15f.

¹⁴ Ebd., 14.

direkten Nachkriegszeit dar. Die Entnazifizierung zielte zwar auf Erziehung, indem die deutsche Bevölkerung vom Unrecht des Nationalsozialismus überzeugt werden sollte, hatte aber zudem ganz konkrete Auswirkungen auf Biografien von Menschen, weil umfangreiche Entlassungen ehemaliger Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) aus Behörden, Ämtern, Schulen und Gerichten angestrebt und größtenteils umgesetzt wurden. Diese betraf auch die Hochschulen und Universitäten. Insgesamt lässt sich der Personalverlust in der SBZ bis zum Sommer 1947 im Vergleich zum Wintersemester 1944 auf 83 Prozent beziffern.¹⁵ Naturwissenschaften, Medizin und Rechtswissenschaften waren deutlich schwerer betroffen und der Personalmangel war dementsprechend nicht gleich verteilt. Die verbliebene Professorenschaft war überaltert, weil der Krieg gerade die Zahl der jüngeren Dozenten und Professoren dezimiert hatte.¹⁶

Neben der Entnazifizierung war auch die Demokratisierung als politische Maxime für die Hochschulen in der Nachkriegszeit von zentraler Bedeutung und wirkte sich konkret auf die Wissenschaftspolitik in der SBZ/DDR aus. Demokratisierung der Universitäten meinte, dass die soziale Exklusion beendet werden und die Erlangung höherer Bildungsabschlüsse künftig allen Bevölkerungsschichten möglich sein sollte. Mehr noch: Gerade die Gegenprivilegierung der Arbeiterschicht war eminenten Teil der Legitimationsstrategie nach der Gründung des Arbeiter- und Bauernstaates. Als eine sehr frühe in diese Richtung zielende Maßnahme kann die Eröffnung der Vorstudienanstalten 1946 gelten, die 1949 als Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten an den Universitäten der DDR weitergeführt wurden. Vorstudienanstalten und ABF sollten junge Menschen aus sogenannten Arbeiter- und Bauernhaushalten befähigen, die Hochschulreife zu erlangen, eine Universität zu besuchen und damit die Sozialstruktur der Hochschulen grundlegend und nachhaltig zu verändern. Die frühe Etablierung der Vorstudienanstalten deutet auf die hohe Priorität hin, die dem Bildungssektor seitens der SMAD zugewiesen wurde.¹⁷ In der Bundesrepublik gestaltete sich die Förderung zur Chancengleichheit beim Studienzugang

¹⁵ Bis zur Wiedereröffnung der Universitäten 1946 beziffert John Connelly beispielsweise die Entlassungen durch die Entnazifizierung in Rostock auf 55 % des Lehrkörpers und in Leipzig auf 67 %. Für Berlin nennt er einen Verlust von 78 %. Er räumt der Entnazifizierung allerdings zu viel Bedeutung ein und beleuchtet die teilweise sehr widersprüchliche Politik der SMAD und ihre Auswirkungen nicht ausreichend. Vgl. Connelly, Humboldt im Staatsdienst. Für Angaben zur Berliner Universität zwischen 1945 bis 1947 vgl. Patrice G. Poutrus, Vor der Spaltung kam der Klassenkampf. Die Berliner Universität nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Burghard Ciesla/Michael Lempke/Thomas Lindenberger (Hgg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948, 1958*, Berlin 1999, 101–131, hier 115. Diese Zahlen beinhalten aber nicht nur die Entlassungen aufgrund der Entnazifizierung, sondern auch infolge von Flucht, Kriegsgefangenschaft und Tod. Ein internes Schreiben der Berliner Universität vom April 1946 bestätigt nur für 349 Personen die Entlassung wegen ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit.

¹⁶ Jessen, *Zwischen diktatorischer Kontrolle und Kollaboration*, 233f.

¹⁷ Connelly, *Humboldt im Staatsdienst*, 85. Schnellkurse zum Erwerb der Hochschulreife für Arbeiterstudenten wurden in der Tschechoslowakei der 1950er Jahre ebenfalls eingerichtet. Vgl. Havránek, *Die tschechischen Universitäten*, 162–165.

anders. Schon die abweichende Terminologie deutet auf einen unterschiedlichen Zugang zu dem Thema hin. Gerade der Bund engagierte sich in diesem Bereich, indem er seit 1957 Studierende aus sozial schwachen Familien unterstützte und gemeinsam mit den Ländern wurde die Abschaffung der Studiengebühren realisiert.¹⁸

Die von den Alliierten erlassenen und von der SED in ihrem Sinne umgesetzten politischen Vorgaben wurden erst später als 1. Hochschulreform zusammengefasst und benannt.¹⁹ Es zeigt sich also, dass Entnazifizierung und Demokratisierung in der SBZ mit teilweise anderen Motiven und Maßnahmen als in den westlichen Besatzungszonen angegangen wurden. Neben dem angestrebten Egalisierungsprozess infolge der Öffnung der Universitäten für alle sozialen Schichten, sollte insbesondere die „bürgerliche“ Schicht als Funktionselite entmachtet werden. Die SED wollte eine eigene sozialistische Elite an den Universitäten ausbilden und nach dem Vorbild der Sowjetunion gut geschulte, parteitreue Kader in allen gesellschaftlichen Bereichen platzieren. Während in den westlichen Besatzungszonen die Begabtenförderung ohne Ansicht der sozialen Herkunft betrieben wurde, erfolgte in der SBZ die Bevorzugung der Arbeiterklasse als „revolutionäres Subjekt“. Im westlichen Teil Deutschlands änderte sich dagegen zunächst wenig an den Zugangskriterien für Universitäten und Hochschulen. Trotz Unterstützungsvorsuchen für Personen aus der Arbeiterschicht wurden sie weiterhin vorrangig von „bürgerlichen“ Schichten besucht, weil nur die Bürgerkinder über die nötigen Voraussetzungen – Wissen, Werte und Finanzen – verfügten. Inwieweit eine Bildungsexpansion mit besonderer Berücksichtigung bestimmter Personengruppen an den Universitäten der DDR stattfand, ist noch strittig und bedarf einer Überprüfung.

Bereits ab 1948 bezeichnete sich die SED als „Partei neuen Typs“ und adaptierte damit das Lenin'sche Parteimodell der KPdSU. Es beinhaltete das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus (ML), die Erziehung der Mitglieder der SED in diesem Sinne, die Übernahme des „demokratischen Zentralismus“ sowie die Unterwerfung der Mitglieder unter die Parteidisziplin.²⁰ Gerade dieser Führungsanspruch hatte in Verbindung mit dem Bekenntnis zum ML Einfluss

¹⁸ Lengwiler, Kontinuitäten und Umbrüche, 17f. Vgl. auch Olaf Bartz, Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinie der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007, Stuttgart 2007.

¹⁹ Letztlich waren Entnazifizierung und Demokratisierung nicht nur zentral für die Universitäten, sondern die Einflussnahme auf die Zulassung zum Studium und die Auswahl der Wissenschaftler war auch von großer Bedeutung für die SED, die durch diese wissenschaftspolitischen Hebel versuchte, Menschen auszubilden und zu rekrutieren, die als Kader in allen gesellschaftlichen Bereich die Partei vertreten sollten. Vgl. Connelly, Humboldt im Staatsdienst, 81.

²⁰ Der Begriff unterlag einer inhaltlichen Wandlung, denn auch wenn er auf eine Idee Lenins zurückgeht, erfuhr er gerade durch Josef Stalin eine Uminterpretation. Zum Verhältnis von KPD, SED und Sowjetunion sowie zur ideengeschichtlichen Herleitung der „Partei neuen Typs“ vgl. Andreas Malycha, Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996.

auf die Wissenschaftspolitik der SED. Nach ihrem Verständnis hatte sich Wissenschaft aus dem ML abzuleiten und die Wissenschaftsinstitutionen sich dem lenkenden Eingriff der Partei zu beugen.²¹ Die SED knüpfte damit an ein bereits existierendes marxistisches Wissenschaftsverständnis an.²²

Nach der Gründung der DDR und dem Umbau der Partei stellte die Wissenschaftspolitik für die SED nicht nur einen Teil der allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Umgestaltung dar, sondern sollte zu einem eigenen Politikfeld entwickelt werden. Dies lässt sich an den zuständigen Institutionen nachvollziehen. In der SBZ war die Hochschulabteilung der SMAD Teil der Abteilung Volksbildung, besaß jedoch „weder die sachlichen noch die personellen Kompetenzen [...], um die Universitäten und Hochschulen zu kontrollieren und anzuleiten“.²³ Vorerst waren die sowjetischen Stellen auf die deutsche Verwaltung angewiesen. Bereits im Sommer 1945 wurde deshalb die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV) eingerichtet. Ihre Aufgaben bestanden in der Organisation des Wissenschafts-, Bildungs- und Hochschulwesens. Gleichwohl blieben die ersten Nachkriegsjahre von unübersichtlichen Strukturen, vielfältigen Akteuren mit unklaren Aufgaben, Informationsmangel sowie Kompetenzstreitigkeiten gekennzeichnet. Mit der Einführung monatlicher Ministerkonferenzen der Volksbildungsminister der Länder im Jahr 1947 und den Zentralisierungstendenzen in der SED sollte das Feld Wissenschaft und Bildung mit stringenten Strukturen versehen und die Koordinierungsarbeit effektiver gestaltet werden. Die HU blieb unter der Kontrolle und Leitung der SMAD, indem sie der DVV unterstellt wurde. Damit kam ihr eine Sonderrolle zu, die den alliierten Bestimmungen über den Vier-Mächte-Status Berlins eigentlich zuwiderlief.²⁴ Sie verlor einige Forschungseinrichtungen, Gebäude und viel technisches Material sowie Bücher, die teilweise vor dem Krieg zur Sicherheit aus der Stadt gebracht worden waren und nach 1945 nicht auf dem Gebiet der SBZ lagerten. Spätestens mit der Blockade Westberlins durch die Sowjetunion (1948/1949), der Währungsreform (1948) und der Eröffnung der Freien Universität (FU) im Westteil der Stadt änderte sich das politische Klima, sodass an einen Austausch von Lehr- und Forschungsmaterial oder Räumen zwischen den Besatzungszonen nur noch schwer zu denken war.²⁵

²¹ Ders., „Produktivkraft Wissenschaft“ – Eine dokumentierte Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945–1990, in: Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hgg.), Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“, Leipzig 2002, 39–104, hier 50.

²² Detaillierter Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 24–27.

²³ Ebd., 28.

²⁴ Ebd., 49f.

²⁵ Annette Vogt, Die Berliner Humboldt-Universität von 1945/1946 bis 1960/1961 (Reprint 425, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte), Berlin 2012, 58 u. 103.

Anlässlich der Gründung der DDR fand die Umwandlung der DVV in das Ministerium für Volksbildung statt. Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen unterstanden einer der drei Hauptabteilungen des Ministeriums. Im Zuge der 2. Hochschulreform entstand aus der Abteilung Hochschulwesen im Ministerium für Volksbildung das Staatssekretariat für Hochschulwesen mit dem Ziel, Eingriffe zur Zentralisierung und Kontrolle der Universitäten noch zielgerichteter umzusetzen.²⁶ Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass Anfang der 1950er Jahre ein institutioneller Rahmen geschaffen wurde, um die Lenkung und die Ausgestaltung von Wissenschaften und Universitäten der SED übergeben zu können. Nach 1952 differenzierten sich diese wissenschaftspolitischen Strukturen aus.²⁷ Das heißt, der Aufbau von Institutionen und die Konstituierung einer „sozialistischen“ Wissenschaftspolitik wurden nach anfänglichen Divergenzen und zunächst fehlenden Kompetenzen recht schnell realisiert.

Die SMAD ermöglichte die Wiedereröffnung der Universitäten in der SBZ trotz der schwierigen Lage, wie der Zerstörung von Gebäuden und des Personalmangels, vergleichsweise zügig. Die Universität Jena nahm den Vorlesungsbetrieb bereits im Oktober 1945 wieder auf, Greifswald, Leipzig und Rostock folgten im Februar 1946 und die Universität in Berlin öffnete offiziell bereits einen Monat früher ihre Pforten. Die SMAD bestand auf einer *Neueröffnung* (statt einer Wiedereröffnung) der Berliner Alma mater, um den Bruch mit dem Nationalsozialismus zu unterstreichen. Der Eröffnung ging jedoch das Engagement einzelner Professoren voraus, die versuchten, bestehende Gremien und Institutionen weiterzuführen, und auch der Lehrbetrieb lief bereits im Herbst 1945 rudimentär an. Nur in Absprache mit dem Alliierten Kontrollrat und den deutschen Verwaltungsinstanzen war die Eröffnung überhaupt möglich. Nach vielerlei Konflikten konnte sich die SMAD gegen die westlichen Alliierten und den Magistrat der Stadt durchsetzen und übernahm die Kontrolle über die Berliner Universität.²⁸ Im Gegensatz zu den anderen Universitäten der SBZ wurde sie der DVV direkt unterstellt, die nun das Berufungsrecht innehatte (aber die Zustimmung der SMAD benötigte). Erst 1949 erhielt die Berliner Universität den Status einer juristischen Person.²⁹ Im gleichen Jahr bekam sie den

²⁶ 1958 übernahm das Staatssekretariat für Hochschulwesen auch die Kontrolle über die Fachschulen, sodass es ab 1959 in Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen umbenannt wurde. Im Zuge der 3. Hochschulreform erfolgte schließlich die Umwandlung des Staatssekretariats in das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und es erhielt zusätzliche Kompetenzen. Vgl. Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 30.

²⁷ Hubert Laitko, Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis in der DDR. Façetten der fünfziger Jahre, in: Burrichter/Diesener, „Produktivkraft Wissenschaft“, 105–140, hier 129.

²⁸ Für weitere Informationen zu den machtpolitischen Konflikten in der Nachkriegszeit in Berlin vgl. Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 28–32.

²⁹ Vogt, Die Berliner Humboldt-Universität, 30–39; Poutrus, Vor der Spaltung, 104–111.

Namen Humboldt-Universität verliehen. John Connelly sieht zwei Gründe für diese Benennung:

„[E]inmal die einzigartige Identitätsunsicherheit, die ‚Traditionspflege‘ zu einer wahren Sucht machte; und dann der allgemeine ostdeutsche Komplex, geistig im Westen, aber eigentlich im Osten lebend. Humboldt [...] wurde für den westlichen Gebrauch und für eine ostdeutsche Bevölkerung geschaffen [...]. Das Heraufbeschwören fortschrittlicher Traditionen war Teil des Konkurrenzkampfes mit dem Westen. Das für den Westen geschaffene Bild war nicht inhaltlos, aber der Inhalt war östlich.“³⁰

Obwohl die deutschen Institutionen rasch Kompetenzen zugewiesen bekamen, blieb der Einfluss der Sowjetunion kennzeichnend für die Entwicklung der Hochschulpolitik in der SBZ/DDR.

Mit der Gründung der FU im Dezember 1948 erwuchs der HU eine Konkurrenzeinrichtung im westlichen Teil der Stadt, die einen Magneten für Studierende und Hochschullehrer darstellte. Im Aufruf zur Gründung einer freien Universität vom 23. Juli 1948 forderten Vertreter des politischen, gesellschaftlichen und akademischen Lebens eine Universität, an der die Dozenten „frei von Furcht und ohne einseitige Bindung an parteipolitische Doktrin lehren und forschen“³¹ könnten. Damit war ein anderes Wissenschaftsverständnis als jenes der DDR-Hochschulen formuliert. Ohne an dieser Stelle auf die Ursachen der Gründung der FU und ihre Folgen näher eingehen zu können, wird doch ersichtlich,³² dass sich die bloße Existenz einer Hochschule im Westteil Berlins auf die Verwaltung der HU auswirken musste. Alle wissenschaftspolitischen Entscheidungen mussten fortan auch daraufhin geprüft werden, ob sie Anreize für Hochschullehrer oder Absolventen boten, die DDR in Richtung FU zu verlassen. Aufgrund des Personalmangels befanden sich die Hochschullehrer in einer guten Verhandlungsposition, die sich angesichts der Existenz der FU noch einmal verbesserte. Nur sehr wenige Wissenschaftler und Studierende kamen aus dem westlichen Teil Berlins in die SBZ. Oftmals gingen diejenigen, die sich nicht in das neue Gesellschaftsmodell des Sozialismus einfügen wollten, an die FU. Damit entzogen sie der HU zwar akademisches Potenzial, stellten aber auch keine „Störfaktoren“ mehr dar.³³

³⁰ Connelly, Humboldt im Staatsdienst, 80f.

³¹ <http://www.fu-berlin.de/sites/uniarchiv/fugeschichte/archivschaufenster/gruendungsaufruf/> (letzter Zugriff: 12.02.2020).

³² Für die Konflikte an der HU, die Situation Berlins Ende der 1940er Jahre, die Konflikte zwischen den Alliierten und die schwache Position der SED, die zur Gründung der FU führten, vgl. Poutrus, Vor der Spaltung.

³³ Tobias Schulz attestiert der HU einen sehr hohen Anteil an Studenten, die der SED gegenüber kritisch eingestellt waren. Daher habe sich der Konflikt mit der Universitätsleitung derart zugespitzt, dass es zur Gründung der FU kam. Vgl. Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 54ff. Auch in den Krisenjahren 1953 und 1956 blieb „die Stellung der SED an der Humboldt-Universität in vielen Bereichen kritisch“ (ebd., 77). Leider ist nicht ganz nachvollziehbar, ob dies ein Alleinstellungsmerkmal der HU war oder ob es auch für andere Universitäten und Hochschulen der DDR galt. Zudem bleibt ungeklärt, ob der Grund in den faktisch offenen Grenzen in Berlin zu sehen ist.

Bereits kurz nach Eröffnung der HU nahm die ehemalige Preußische Akademie der Wissenschaften als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) ihren Betrieb wieder auf (1946), eine zusätzliche „Konkurrentin“ innerhalb der Berliner Wissenschaftslandschaft, die auch nach dem Bau der Mauer nicht – wie die FU – in den Hintergrund trat. Auch die DAW wurde nach sowjetischem Vorbild umstrukturiert und unterlag der Kontrolle durch die SMAD. Zunächst sollte sie zur wichtigsten Wissenschaftseinrichtung Deutschlands ausgebaut werden und ihr Wirken daher nicht auf Berlin beschränkt bleiben. Es erfolgte eine großzügige Ausstattung mit Personal und Finanzmitteln. Nachdem der gesamtdeutsche Anspruch aus vielerlei Gründen nicht umgesetzt werden konnte, blieb zumindest das Ziel bestehen, die DAW zur höchsten Instanz in Fragen der DDR-Wissenschaft zu befördern. So kann anhand der DAW die Geschichte der wissenschaftlichen Kooperation und des akademischen Austauschs innerhalb der DDR nachvollzogen werden. Viele Hochschullehrer der HU waren etwa auch Mitglieder an der DAW. Andererseits rivalisierten DAW und HU um Forschungsgelder und forschungswilliges Personal – das häufig von der HU an die DAW wechselte –, sodass der Eindruck entstand, an der HU werde *gelehrt* und an der DAW *geforscht*. Die Wissenschaftslandschaft in Berlin gestaltete sich, nicht nur angesichts der DAW, breiter und vielfältiger als in anderen Universitätsstädten der DDR.³⁴

1.2 Konsolidierung der DDR-Gesellschaft von 1950 bis 1961

Nachdem in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Institutionen an den Universitäten wiederhergestellt, aber gleichzeitig durch SED-Strukturen ergänzt worden waren, was einen Verlust an Autonomie und einen Einschnitt in der deutschen Tradition darstellte,³⁵ änderte sich die Politik der DDR-Regierung in den 1950er Jahren. Da sich der geplante „Sturm auf die Festung Wissenschaft“ nicht abzeichnete und die als „bürgerlich“ gebrandmarkten Wissenschaftler weiterhin präsent waren, nahm die SED einen Strategiewechsel vor. Während aufgrund des Personalmangels bis zu diesem Zeitpunkt viele der Partei fernstehende Dozenten und Professoren nicht nachteilig behandelt worden waren, forcierte sich nun der Anpassungsdruck an das neue System. So sah sich beispielsweise Alfred Kantorowicz (1899–1979), Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, KPD- bzw. SED-Mitglied und Professor für Literaturwissenschaft an der HU, 1957 genötigt, in die Bundesrepublik zu gehen. Er erinnerte sich in seinen

³⁴ Vgl. Ralph Jessen, Akademie, Universitäten und Wissenschaft als Beruf. Institutionelle Differenzierung und Konflikt im Wissenschaftssystem der DDR 1949–1968, in: Jürgen Kocka (Hg.), Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002, 95–116, hier 105–110; ders., Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 159–162.

³⁵ Lengwiler, Kontinuitäten und Umbrüche, 16.

später veröffentlichten Tagebüchern an die zunehmende Einflussnahme und die Umstrukturierungen der Universitäten durch die Partei:

„Gewiß, es vollzogen sich auch schon in den Anfangszeiten meiner Lehrtätigkeit Eingriffe von außen, ein allen Professoren fühlbarer, zeitweilig sich verstärkender, zu anderen Zeiten nachlassender Druck, normierte Lehrmeinungen zu vertreten. Es wurde verordnet, eingeschränkt, ‚gelenkt‘. Doch waltete in den ersten Jahren eine gewisse Behutsamkeit der Funktionäre gegenüber den Professoren und Dozenten. Man brauchte Lehrer, Ärzte, Chemiker, Physiker, Mathematiker, Geologen, Diplomtechniker, Architekten. Wer konnte die ausbilden, wenn nicht die alten Fachkräfte an den Universitäten, die zu 99 % bürgerlicher Herkunft waren.“³⁶

Um die kommunistische Umgestaltung der Gesellschaft voranzubringen, sollte die Hochschulpolitik nach sowjetischem Vorbild umstrukturiert werden. Neben der bereits erwähnten Gründung des Staatssekretariats für Hochschulwesen und Neugründungen spezialisierter, überwiegend technischer Hochschulen,³⁷ resultierte dies an den Universitäten in Maßnahmen wie dem Ausbau der ABF, obligatorischem Russischunterricht und dem marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium sowie einem zehnmonatigen Studienjahr und festen Seminargruppen für die Studierenden. Darüber hinaus sorgten die Einrichtung von Prorektoraten, die Übergabe der Studentenvertretung an die Freie Deutsche Jugend (FDJ) sowie die faktische Pflicht zur FDJ-Mitgliedschaft für die Ausweitung der SED-Vormacht an den Universitäten und die Herausbildung einer neuen parteitreuen Führungsschicht.³⁸ Diese Regelungen waren Teil des Hochschulgesetzes vom Februar 1952, das bereits auf dem III. Parteitag der SED im Sommer 1950 angekündigt, später vom Zentralkomitee (ZK) bekräftigt und vom Ministerium für Volksbildung ausgearbeitet wurde. Das Hochschulgesetz wird in der historischen Forschung oft als 2. Hochschulreform bezeichnet.

Mit der 2. Hochschulreform wurde die Aspirantur als eine weitere Ausbildungsförderung in der DDR-Hochschullandschaft etabliert.³⁹ Anfangs als einzige Ausbildungsform konzipiert, die zur Promotion oder Habilitation führen sollte, konnte sich seither wissenschaftlicher

³⁶ Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch. Zweiter Teil, Berlin 1979, 26.

³⁷ Es wurden auch Landwirtschaftliche und Künstlerische Hochschulen gegründet, zudem gab es etliche Neugründungen, die den Begriff Hochschule nicht im Titel trugen wie Medizinische Akademien und Pädagogische Institute. Vgl. Frank-Lothar Kroll, Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert, München 2003, 49.

³⁸ Connelly, Humboldt im Staatsdienst, 86f.

³⁹ Seit 1965 wurde neben Aspirantur und Assistenz noch das Forschungsstudium begründet, um den wissenschaftlichen Nachwuchs zur Promotion zu führen. Besonders befähigte Studierende erhielten die Möglichkeit, ohne Diplom, direkt mit einer Promotion das Studium abzuschließen. Das Forschungsstudium sollte nach den Vorstellungen des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen nach der 3. Hochschulreform der Hauptweg sein, um eine Promotion zu erlangen und galt damit das Hauptinstrument zur Kaderqualifizierung. Aus unterschiedlichen Gründen reduzierten sich die Studienplatzzahlen im Forschungsstudium jedoch ab der Mitte der 1970er Jahre wieder. Es wurde fortan als Assistenz und Aspirantur ebenbürtig behandelt. Vgl. Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 261f.

Nachwuchs nicht mehr nur über eine Assistenzstelle promovieren lassen.⁴⁰ Bei der Aspirantur handelte es sich im Gegensatz zu den Assistenzstellen, die ein Anstellungsverhältnis implizierten, um ein Förderprogramm inklusive Stipendium. Bereits 1947 veranlasste die SMAD, politisch genehmen Hochschulabsolventen mittels eines zweijährigen Stipendiums die Weiterqualifikation zu ermöglichen. Das Ausbildungsprogramm der Aspirantur umfasste speziellen Unterricht in Russisch und Gesellschaftswissenschaften. Anders als Assistenzstelleninhaber erfolgte die Auswahl der Aspiranturanwärter nicht nur nach wissenschaftlichen, sondern ebenso nach politischen Kriterien.⁴¹ Wenige Jahre nach der 2. Hochschulreform wurde die Aspirantur als Instrument der Kaderrekrutierung wieder eingeschränkt, weil fortan bei der Auswahl die soziale Herkunft der Kandidaten größere Beachtung fand als ihre politischen Aktivitäten.⁴²

Es existieren nur wenige Forschungsbeiträge zum Thema Aspirantur. Meist wird sie als ein Beispiel der sogenannten Sowjetisierung der Hochschulen in der SBZ/DDR angeführt, aber es gibt kaum belastbare Zahlen. Ralph Jessen widmet dem Thema ein kurzes Kapitel in *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*.⁴³ Laut seiner Einschätzung misslang allerdings der „Versuch, das herkömmliche Lehrer-Schüler-Verhältnis durch die politisch kontrollierte Aspirantur zu ersetzen“. „Dieses Scheitern resultierte nicht zuletzt aus der Halbherzigkeit der Hochschulbehörde [...]“.⁴⁴ Sie war nicht bereit, mit den traditionellen Ausbildungsstrukturen zu brechen, da die Abhängigkeit von den „bürgerlichen“ Hochschullehrern zu groß schien.⁴⁵

Die wissenschaftspolitischen Prozesse zu Beginn der 1950er Jahre fügen sich in ein allgemeines Klima ein, zu dem auch die Beschlüsse der II. Parteikonferenz der SED von 1952 zum „Aufbau des Sozialismus“ gehören. Sie beinhalteten nicht nur die Kollektivierung der Bauern in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) und die Verstaatlichung von Privatbetrieben, sondern auch den Ausbau des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS; Stasi) mit dem Ziel, die Opposition zu kontrollieren und die Kirchen zu marginalisieren. Der

⁴⁰ Ebd., 65f. Vgl. Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 56. Jessen bezieht sich auf ein internes Dokument des Staatssekretariats für Hochschulwesen, das wahrscheinlich aus dem Jahr 1954 stammt.

⁴¹ Vogt, *Die Berliner Humboldt-Universität*, 209.

⁴² Jessen, *Zur Sozialgeschichte*, 132–143.

⁴³ Ders., *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 64. Jessen präsentiert Zahlen über den Anteil der Aspirantur bei den Promotionen und Habilitationen von 1951 bis 1961.

⁴⁴ Ebd., 63.

⁴⁵ Die planmäßige Aspirantur basierte auf einem Vollstipendium, während die außerplanmäßige Aspirantur jene Nachwuchswissenschaftler einzubinden suchte, die bereits eine volle Stelle besetzten. Ihnen sollte so die Chance gegeben werden, das Betreuungsverhältnis zum Professor zu nutzen und gleichzeitig eine politische Erziehung zu durchlaufen. Vgl. Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 58. Die DDR war nicht das einzige osteuropäische Land, das die Aspirantur als neue Ausbildungsform von der Sowjetunion übernahm. So führten beispielsweise Polen und Rumänien sie Anfang der 1950er Jahre ein. Auch wenn fast alle sozialistischen Länder Osteuropas die Begrifflichkeit und die Struktur der Aspirantur übernahmen, finden sich oftmals Unterschiede in der Ausführung. Vgl. Thomas, *Die Universitätslehrer*, 167f.

Aufstand vom 17. Juni 1953 verhinderte für einen kurzen Zeitraum die Umsetzung der Reformen und die Umgestaltung der Universitäten nach sowjetischem Vorbild, doch bereits 1955 beschloss die II. Hochschulkonferenz, ihre Umwandlung zu „sozialistischen Bildungseinrichtungen“ weiter voranzutreiben. Einige Entscheidungen wurden in der Phase der Entstalinisierung Mitte bis Ende der 1950er Jahre wieder zurückgenommen.⁴⁶ Doch trotz Schwankungen in der Ausrichtung der Hochschulpolitik ist ein Einschnitt gegenüber der Nachkriegszeit erkennbar. Die Reform von 1951/1952 verschaffte der SED mehr Einfluss auf die Universitäten und bei der Durchsetzung ihrer Inhalte und Interessen. Im Verlauf der 1950er Jahre wurde der Weg zu einer „sozialistischen Universität“ weiter geebnet und innerhalb von zehn Jahren erfuhren die Hochschulen in der DDR einen grundlegenden Wandel. Mit dem Ziel, die DDR-Gesellschaft und die Macht der SED-Regierung zu stabilisieren, erfolgte die Einschränkung der Hochschulautonomie zugunsten der SED-Strukturen sowie der Ausbau einer zentralisierten Verwaltung. So konsolidierte sich ein Wissenschaftssystem, das bis 1989/1990, wenn nicht unverändert, so doch in Grundzügen, bestehen blieb.

Nicht nur die Eingriffe der SED in die Struktur und Entscheidungshoheit der Universitäten waren von zentraler Bedeutung für die Wissenschaftspolitik in den 1950er Jahren, sondern auch der Ausbau der Hochschullandschaft und der Anstieg der Studierendenzahlen. 1951 existierten bereits 21 Hochschulen und Universitäten, während sich die Zahl bis 1960 auf 44 mehr als verdoppelte. Im gleichen Zeitraum stiegen die Studierendenzahlen von 20.000 auf 70.000 an.⁴⁷ Beide Phänomene sind Teil einer staatlich geförderten Bildungsexpansion, die den Hochschullehrern eine relativ günstige Position bescherte, da ihre Tätigkeit dringend benötigt wurde. Auf dem akademischen Arbeitsmarkt herrschte eine große Nachfrage. Die bis dahin noch offene deutsch-deutsche Grenze erlaubte die Abwanderung von akademischem Personal, gleichzeitig fehlte es an wissenschaftlichem Nachwuchs, weil die Studierendenzahlen vor ihrer Ex-

⁴⁶ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 58f. Eine sehr detailreiche Beschreibung der Zäsur von 1952 auf der allgemein-politischen Ebene und ihrer Auswirkungen auf Wissenschaft und Hochschulen liefert Malycha, „Produktivkraft Wissenschaft“.

⁴⁷ Jessen, Zur Sozialgeschichte, 128. Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen westeuropäischen Staaten wie Frankreich oder Großbritannien setzte Mitte der 1960er Jahre und Anfang der 1970er Jahre eine Beschäftigung mit hochschulpolitischen Themen und Reformvorhaben ein. Ziele waren die Steigerung der Studierendenzahlen und dementsprechend die Erweiterung des Lehrkörpers, die Gründung neuer Einrichtungen wie Universitäten oder (Fach-)Hochschulen und auch die Förderung bestehender oder die Etablierung neuer Forschungsvorhaben. Die Motivation dieser Reformen war der Wunsch, gegenüber den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion konkurrenzfähig zu bleiben oder es zu werden bzw. nicht den wissenschaftlichen Anschluss an technisches und naturwissenschaftliches Know-how und die Ausbildung von Personal betreffend zu verlieren. In diesem Ringen um versierte Spezialisten öffneten sich auch für bisher ausgeschlossene soziale Schichten die Türen zu den Hochschulen und Universitäten. Vgl. Rüegg, Themen, Probleme, Erkenntnisse, 30 u. 35.

pansion zunächst reduziert worden waren. Zudem hatten viele Studierende ihr Studium im Nationalsozialismus aufgrund des Einsatzes im Zweiten Weltkrieg oder wegen Kriegsschäden an den Hochschulen nicht abschließen können. Auch waren vor 1945 nur wenige Promotionen und Habilitationen zu verzeichnen gewesen.⁴⁸ Nicht wenige Studenten ließen sich nach Abschluss des Studiums an einer DDR-Hochschule in Westdeutschland nieder und standen dementsprechend dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Dennoch fühlten sich in den 1950er Jahren Teile der Studentenschaft dem jungen sozialistischen Staat verbunden – mitunter aus Dankbarkeit für soziale Aufstiegschancen, mitunter aus politischer Überzeugung –, sodass der Austausch der akademischen Hochschullehrerschaft langfristig hätte gelingen können. Besonders zu Beginn der 1950er Jahre schien „die Aufnahme einer Promotion und die Vermeidung größerer politischer Konflikte mit der SED fast noch ein Garantieschein für den Aufstieg in der Universität“, so Matthias Middell.⁴⁹ Der anhaltende Personalmangel kam SED-fernen Wissenschaftlern zupass, die eigentlich aus den Universitäten verdrängt werden sollten. So dauerte der geplante soziale und politische Umbauprozess der akademischen Welt länger als von der Partei erhofft.⁵⁰

Nach dem 17. Juni 1953, aber auch nach den Aufständen in Polen und Ungarn 1956, wurden Studenten exmatrikuliert sowie Hochschullehrer entlassen und verurteilt, um jede Form nicht-parteiakonformen Verhaltens zu unterbinden. Oftmals waren die Strafen sehr drastisch, um eine größtmögliche Abschreckung zu bewirken. Der Jenaer Philosophiestudent Dieter Wittich (1930–2011), späterer Promovend an der HU und Professor der Karl-Marx-Universität Leipzig, erinnert sich an die inneruniversitären Repressionen:

„Mehrfach wurden im Studienjahr 1952/53 Kommilitonen meiner Seminargruppe scharfer politischer Kritik unterzogen. Das geschah stets auf Drängen des Sekretärs der SED-Universitätsparteileitung, Manfred Wagenhaus. Als ‚Parteiorganisator des ZK der SED‘ war er für uns politisch wenig erfahrene und hinsichtlich der Verbrechen des Stalinismus völlig unkundige Stu-

⁴⁸ Grüttner spricht darüber hinaus von einem Niveauverlust des Studiums und verringerten Prüfungsleistungen, weil durch die Einführung von Trimestern das Pensum stark erhöht wurde, um das Studium insgesamt zu verkürzen. Zugleich mussten viele Studierende Arbeits- oder Kriegshilfsdienst leisten. Zudem wurden sehr viele männliche Studenten und Doktoranden sowie Assistenten an die Front eingezogen. Vgl. Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, 370ff. u. 416.

⁴⁹ Matthias Middell, *Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfachlichung und Professionalisierung*, Bd. 3: *Von der vergleichenden Kulturgeschichte zur Revolutionskomparatistik*, Leipzig 2005, 879 u. 881.

⁵⁰ Für eine ausführliche Darstellung der Forschungsvorhaben in der DDR, die in der Regel zentralistisch organisiert waren vgl. Lengwiler, *Kontinuitäten und Umbrüche*, 18ff. Zum 1957 gegründeten Forschungsrat vgl. auch Tobias Kaiser, *Planungseuphorie und Hochschulreform in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz*, in: Grüttner (Hg.), *Gebrochene Wissenschaftskulturen*, 247–260, hier 252. Als einzige Publikation über die Gründung und die ersten Jahre des Forschungsrats liegt eine Dissertation aus dem Jahr 1992 vor. Vgl. Matthias Wagner, *Der Forschungsrat der DDR. Im Spannungsfeld von Sachkompetenz und Ideologieanspruch, 1954–April 1962*, Berlin 1992.

denen eine Autorität. [...] Skrupel gegenüber einem immer wieder erlebten politisch repressiven Vorgehen galten nicht nur anderen, sondern leider auch uns Studenten als ‚kleinbürgerlich‘.⁵¹

Dieses repressive Klima richtete sich Ende der 1950er Jahre gegen „bürgerliche Kräfte“. Mit der III. Hochschulkonferenz 1958 unterstrich die SED nochmals ihren Führungsanspruch. Auch Tobias Schulz resümiert: „Ab 1958 folgte der ‚Frost nach dem Tauwetter‘ in Form der forcierter Entwicklung zur ‚sozialistischen Universität‘. So stellt das Jahr 1958 einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung der Universitäten in der DDR dar.“⁵²

Die HU stand aufgrund ihrer Hauptstadtlage, der Existenz der FU sowie der traditionsgeladenen Namensgebung nach innen und außen unter einem größeren Legitimationsdruck als andere Universitäten der DDR. Die Feier zum 150. Jubiläum der Gründung der HU (1960) kann als Höhepunkt der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen der Ost- und Westberliner Universität angesehen werden – beide nahmen für sich in Anspruch, die (einzig) legitime Vertreterin der Humboldt’schen Tradition zu sein. Erst mit dem Bau der Mauer nahm diese Konfrontation ab und HU wie FU konzentrierten sich auf die Herausforderungen, die sich den Gesellschaften in Ost und West in den 1960er Jahren stellten.⁵³

1.3 Stabilisierungsphase in der DDR von 1961 bis 1971

Bereits vor dem Bau der Mauer im September 1961, der zur Stabilisierung des akademischen Arbeitsmarktes beitrug, setzte die SED-Regierung auf einen veränderten Kurs in der Wissenschaftspolitik. Die universitären Parteistrukturen wurden im Anschluss an die 2. Hochschulreform verbreitert. Innerhalb der Parteihierarchie gewannen sie an Wichtigkeit. So waren die SED-Betriebsgruppen der Universitäten dem ZK der SED direkt unterstellt und die „SED-Parteiorganisationen wurden zunehmend zum dominanten Macht- und Entscheidungszentrum“.⁵⁴ Überwachung und Kontrolle an den Fakultäten und in den Hochschulgruppen nahmen durch die Eingliederung von FDJ- und Parteisekretären zu, die auf diese Weise das Kräfteverhältnis zugunsten der SED veränderten. Der gewonnene Einfluss half, die Ausbildung von Kadern voranzutreiben, sowohl was die inhaltliche Ausgestaltung der Schulungen als auch die Auswahl der Kandidaten betraf.

⁵¹ Wittich, Erfahrungen an zwei ostdeutschen Nachkriegsuniversitäten, 496f.

⁵² Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 76.

⁵³ Ebd., 78ff.

⁵⁴ Ebd., 72.

Die Errichtung des „antifaschistischen Schutzwalls“ im Jahr 1961 erhöhte nochmals den Anpassungsdruck auf die Universitätsangehörigen, indem ihnen der Ausweg mittels Flucht genommen wurde und sie sich letztendlich mit der Situation in der DDR zu arrangieren hatten. Gleichzeitig entspannte sich der ostdeutsche akademische Arbeitsmarkt. Hochschulabgänger oder Lehrende konnten das Land kaum noch verlassen, zugleich beendete die erste Generation an DDR-Nachwuchswissenschaftlern gerade ihre Ausbildung. Auf diese Weise entstand eine Situation, in der die sozialistische Wissenschaftspolitik sich stabilisierte.⁵⁵

Doch schon vor dem Mauerbau hatte zum Ende der 1950er Jahre ein Umdenken in der Wissenschaftspolitik der DDR stattgefunden. Während man nach der II. Parteikonferenz (1952) in Anlehnung an die Sowjetunion noch den Ausbau der Schwerindustrie forcierte, schwenkte die Planung wenige Jahre später auf die vordringliche Förderung der Leichtindustrie und die Herstellung von Präzisionsinstrumenten sowie Konsumgütern um. Das betraf auch die Chemieindustrie, die eng mit wissenschaftlicher Forschung verknüpft war und gerade in Ostdeutschland eine lange Tradition vorweisen konnte, und als Teil der Konsumgüterproduktion galt.⁵⁶ Chemie avancierte zum Versprechen auf eine bessere Welt im Sozialismus und zur Heilsbringerin auf dem Weg zum Kommunismus. Dies ging einher mit einem sich wandelnden Verständnis von Wirtschaft, Wissenschaft und der Funktionsweise von Gesellschaft. Der von Walter Ulbricht 1958 geprägte Slogan „Chemie bringt Brot, wissenschaftlich-technischen Fortschritt, hohe Arbeitsproduktion und Wohlstand für das ganze Volk“⁵⁷ steht nicht nur symbolisch für den Ausbau der Chemieindustrie, sondern auch für die proklamierte wissenschaftlich-technische Revolution (WTR).⁵⁸ Diese Umgestaltungsphase fand gleichzeitig in der Sowjetunion statt und stand im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsreformversuch des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ (1963) bzw. seiner Modifizierung als „Ökonomisches System des Sozialismus“ (1967). Sie ging mit einem allgemeinen Glauben an Planung und Steuerung aller gesellschaftlichen Bereiche einher. Wissenschaft und Forschung sollten nicht nur mittels neuer Verfahren, Produkte sowie Materialien zu Fortschritten verhelfen, sondern mithilfe der neuen Disziplin der Kybernetik sogar eine systemische Steuerung der Produktion ermöglichen.

⁵⁵ Ebd., 88ff.

⁵⁶ Stefan Wolle, *Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971*, Bonn 2011, 159.

⁵⁷ Walter Ulbricht auf einer Chemiekonferenz in Leuna im November 1958, die nach dem V. Parteitag der SED anberaumt wurde und auf der ein umfassendes Chemieprogramm verabschiedet wurde. Zit. nach Wolle, *Aufbruch nach Utopia*, 161.

⁵⁸ Sigrid Meuschel weist darauf hin, dass diese Wendung im parteiüblichen Sprachgebrauch durchaus mit Problemen verbunden war, weshalb der schon früher geprägte Begriff der „Produktivkraft Wissenschaft“ weitaus öfter Verwendung fand. Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft*, 183.

Die WTR hatte selbstverständlich Auswirkungen auf die Wissenschaftslandschaft und -politik sowie ihre Akteure. Denn jetzt rückte die Wissenschaft als Ressource in den Fokus politischer Planung wirtschaftlicher Entwicklungen. Das Bestreben, Wissenschaft politisch einzubinden und für ökonomische Zwecke zu nutzen, wurde in den 1960er Jahren nochmals verstärkt. So erhöhte sich beispielsweise die Zahl der Forschungseinrichtungen der DAW zu Beginn der 1960er Jahre auf 109 (1957 waren es noch 75) und der Trend zur Bevorzugung der Naturwissenschaften an der DAW weitete sich aus.⁵⁹ Auch finanziell wurden die spezialisierten, meist technischen Hochschulen bei weitem mehr gefördert und die Volluniversitäten um solche Bereiche und Fächer erweitert, die wirtschaftsrelevante Forschung versprachen oder zumindest die Planung und Steuerung von Wirtschaftsvorgängen zum Gegenstand hatten. Forschungseinrichtungen und Industrie arbeiteten nun intensiver zusammen – die Bandbreite reichte von der Übernahme von Patenschaften bis zu vertraglich geregelten Kooperationen. Die allumfassende Bildungsexpansion und der Glaube, mittels Wissenschaft und Technik gesellschaftlichen Wohlstand und ökonomischen Aufschwung zu befördern, brachte laut Helmut Köhler eine neue „bildungspolitische Leitfigur“ hervor. Der „wissenschaftlich qualifizierte Experte, insbesondere der Hoch- bzw. Fachschulingenieur“⁶⁰ stand sinnbildlich für den Fortschritt des Sozialismus.

Der Steuerungsanspruch der WTR bezog sich jedoch nicht nur auf naturwissenschaftliche und technische Fächer, sondern griff auf den sozialen Bereichen über. Die relativ junge Disziplin der Kybernetik, in den 1940er Jahren im US-amerikanischen Wissenschaftsbetrieb entstanden, umfasste neben der Idee der Planung und Automatisierung der technischen Produktion auch den Versuch, menschliches Verhalten und gesellschaftliche Prozesse präzise zu erfassen und zu steuern.⁶¹ Die Beschäftigung mit der Kybernetik fesselte Akademiker in der Bundesrepublik wie in der DDR. Neben ihren philosophischen Grundlagen wurden ihre sozialen und geistigen Auswirkungen reflektiert. Bestimmte Entwicklungen im Wissenschaftssystem des 20. Jahrhunderts machten also am „Eisernen Vorhang“ nicht halt, wie der Aufstieg der Kybernetik zu einem transnationalen Phänomen zeigt. Und dies, obwohl die Kybernetik noch in den 1950er Jahren sowohl in der Sowjetunion als auch in der DDR als „bürgerliche Pseudowissenschaft“ des Westens galt, die nicht mit dem ML sowie dem Sozialismus zu vereinbaren sei.⁶²

⁵⁹ Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 158f.

⁶⁰ Köhler/Stock, Bildung nach Plan, 35.

⁶¹ Vgl. Thomas Rid, Maschinendämmerung. Eine kurze Geschichte der Kybernetik, Berlin 2016.

⁶² Slava Gerovitch, From Newspeak to Cyberspeak. A History of Soviet Cybernetics, Cambridge, Mass. 2002, 104.

Die Hoffnungen, die in der DDR an die WTR geknüpft waren – der Anspruch, die Entwicklung des technischen Fortschritts voranzutreiben und wissenschaftliche Neuorientierungen zu begünstigen, um international nicht den Anschluss zu verlieren – findet sich auch in anderen Ländern. In Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien und Schweden setzten in den 1960er Jahren ähnliche Diskussionen um Reformen des Wissenschafts- und Forschungssystems als Teil allgemeingesellschaftlicher Modernisierungsbestrebungen ein und selbst die Bundesrepublik wies einen vergleichbaren Fortschrittsglauben und die an ihn geknüpfte Technikeuphorie auf. Hier machte ab circa 1960 der Begriff der *Zweiten Industriellen Revolution* die Runde. An den Hochschulen und Universitäten gingen die „dynamischen Zeiten“ mit einer weiteren Öffnung der Studiengänge einher. Schon in den 1950er Jahren waren entsprechende Diskussionen geführt worden, ihren eigentlichen Höhepunkt erreichte die Bildungsexpansion aber erst nach der Etablierung des Hochschulrahmengesetzes (1976).⁶³ Auf Bundesebene wurde die Stärkung der Wissenschaftskompetenzen etwa mit dem Ausbau der Fraunhofer-Gesellschaft befördert. Zudem beteiligte sich gegen Ende der 1960er Jahre der Bund immer öfter an der Finanzierung von Forschungsvorhaben.⁶⁴

Trotz einer Vielzahl von Maßnahmen zur Ausweitung der „Produktivkraft Wissenschaft“ verliefen gerade die 1960er Jahre – anders als das vorangegangene Jahrzehnt – in der DDR viel ruhiger und weniger geprägt von Kursänderungen in der Wissenschaftspolitik. Das Wissenschaftssystem war in seinen Grundzügen aufgebaut und stabil. Die ABF etwa wurden an den meisten Universitäten wieder aufgelöst: Das Schulsystem der DDR war modifiziert worden und sollte die soziale Auswahl und Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern übernehmen. Das nachträgliche Korrektiv an den Hochschulen hatte ausgedient. Schon 1959 waren die Polytechnischen Oberschulen sowie die Erweiterten Oberschulen etabliert worden. Mit dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem von 1965 war zudem ein Prozess der Institutionalisierung des allumfassenden Anspruchs auf Erziehung und Bildung der gesamten Gesellschaft abgeschlossen. Es enthielt Regelungen für Schulen, aber auch Kinderkrippen, Abendschulen und Universitäten. Die geschilderten Entwicklungen bildeten Bausteine eines umfassenden Reformpakets der 1960er Jahre, das von Veränderungen im Bereich der Wirtschaft bis hin zur Umwandlung der DAW reichte.⁶⁵ Die recht allgemeinen Formulierungen über

⁶³ Kaiser, *Planungseuphorie*, 253f. Für die Wandlung von der universitären Elitenausbildung zur Massenhochschule vgl. Konrad A. Jarausch, *Das Humboldt-Syndrom. Die westdeutschen Universitäten 1945–1989. Ein akademischer Sonderweg?*, in: Ash (Hg.), *Mythos Humboldt*, 58–79, hier 63ff.

⁶⁴ Ash, *Konstruierte Kontinuitäten*, 230f.

⁶⁵ Hubert Laitko, *Das Reformpaket der sechziger Jahre – wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht-Ära*, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hgg.), *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*, Berlin 1997, 35–57, hier 47.

die Hochschulen im angesprochenen Gesetz sollten in der 3. Hochschulreform konkretisiert werden.⁶⁶

Mit der 3. Hochschulreform am Ende der 1960er Jahre ergab sich noch einmal eine grundlegende Veränderung der inneren Strukturen der Hochschulen. So wurde etwa die Vergabe von Qualifikationen und der Zugang zu akademischen Titeln und Stellen neu geregelt. Fast zeitgleich fand eine Reorganisation der DAW statt, die 1972 in Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) umbenannt wurde. All dies geschah im Zeichen einer Spezialisierung und Zusammenführung von Fachbereichen, um den Anforderungen der Wirtschaft an Forschung und Ausbildung besser gerecht zu werden. In diesem Zuge wurde, zumindest an den Universitäten, die traditionelle Struktur der Fakultäten abgeschafft und kleinere, themenspezifische Sektionen traten an ihre Stelle. Neben der besseren Kontrolle der Einrichtungen stand als Motiv eine vereinfachte Zusammenarbeit mit der Industrie im Vordergrund.⁶⁷ Mit der 3. Hochschulreform hatte die SED zudem das Ziel verknüpft, eine Verkürzung der bisher durchschnittlichen Studiendauer von fünf und einhalb auf eine Regelstudienzeit von vier bis fünf Jahren zu erreichen.⁶⁸

Im Anschluss an die 3. Hochschulreform 1968/1969 wurde etwa die bisherige Promotion in Promotion A umbenannt sowie die Habilitationsschrift als Qualifizierung für die Hochschullehrer durch die Promotion B ersetzt. Letztere stellte nunmehr keine notwendige Bedingung für die Berufung auf eine Professorenstelle mehr dar. Die Vergabe der Lehrbefugnis, die früher mit der Qualifikation erteilt wurde, sollte nun losgelöst von dieser erfolgen. Tätigkeiten im gesellschaftspolitischen Bereich galten neben der wissenschaftlichen Arbeit als Voraussetzung für die *Facultas Docendi*.⁶⁹

Nachdem bereits in den 1950er Jahren eine zu den traditionellen Institutionen der Universität parallele SED-Struktur aufgebaut worden war, deren Kontroll- und Entscheidungskompetenzen stetig anwuchsen, wurden mit der 3. Hochschulreform die Befugnisse der üblichen Leitungsgremien weiter eingeschränkt und im Gegenzug die Parteiorgane gestärkt. John Connelly bebildert die neuen Machtverhältnisse an einem Beispiel:

„Der Rektor, einst durch das Konzil gewählt und eine Art *Primus inter pares*, war jetzt eher ein Manager, dessen Aufgabe darin bestand, staatliche Maßnahmen an der Universität durchzusetzen und nicht etwa die Universität beim Staat zu repräsentieren. Das eigentliche Machtzentrum an der Hochschule verkörperte schon längst der erste Sekretär der SED-Hochschulleitung.“⁷⁰

⁶⁶ Auftrag an den Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen aus einem Ministerratsbeschluss zum Bericht über die Ergebnisse der IV. Hochschulkonferenz 1967 vom 5. April 1967 (ohne Signatur, Bestand Bundesarchiv).

⁶⁷ Connelly, Humboldt im Staatsdienst, 88f.

⁶⁸ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 232.

⁶⁹ Ebd., 259ff.

⁷⁰ Connelly, Humboldt im Staatsdienst, 89.

Noch Mitte der 1960er Jahre hatte es Diskussionen über Vor- und Nachteile westlicher Wissenschaftsstrukturen in der DDR gegeben. Das amerikanische Department-System erschien manchem Beobachter als Vorbild für eine „sozialistische Gemeinschaftsarbeit“. Kurze Zeit später wurden solche Debatten jedoch verunmöglicht, weil die politischen Zeichen wieder ganz auf Abgrenzung und Eigenständigkeit der DDR im Bereich Wissenschaft standen.⁷¹

1.4 Bedeutungsverlust der Universitäten ab der Mitte der 1970er Jahre

Matthias Middell fasst die 3. Hochschulreform folgendermaßen zusammen: „[D]em Anspruch nach sollte hier ein kompletter Bruch mit der alten Universitätsverfassung signalisiert und vollzogen werden.“⁷² Neben kleineren Veränderungen erfolgte eine weitgehende Umstrukturierung der alten Ordnung der Universitäten. Die Aufgaben der Institute und Fakultäten übernahmen fortan Sektionen, eine Maßnahme, die in der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakei in Anlehnung an das sowjetische Hochschulsystem bereits in den 1950er Jahren umgesetzt worden war. Die Aufgaben des Rektors, der Dekane und des Wissenschaftlichen Rats wurden neu verteilt. Der Wissenschaftliche Rat sollte als Gremium der einzelnen Fächer dem Rektor in wissenschaftsorganisatorischen Fragen konsiliarisch zur Seite stehen. Der neu gegründete Gesellschaftliche Rat diente als Schnittstelle für Vertreter der Hochschule und anderer gesellschaftlicher Bereiche wie Wirtschaft oder Partei.⁷³ Die Fakultäten blieben eingeschränkt erhalten und entschieden weiterhin über Promotionsverfahren, vergaben die Promotion B und die Lehrbefugnis, obwohl diese Aufgaben laut den Debatten über die Reform eigentlich den Sektionen zufallen sollten. Auch wenn dem Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR künftig das Zustimmungsrecht über die Berufungsvorschläge vorbehalten blieb, waren die Entscheidungsbefugnisse der Fakultäten außerordentlich wichtig für die Qualifizierung des akademischen Nachwuchses. Den Sektionen unterstand nun der Haushalt, die Durchführung der Lehre sowie die Betreuung der Nachwuchswissenschaftler. Trotz dieser Strukturreform konnten wohl nicht alle Elemente, wie etwa die Fakultäten, der alten Ordnung ohne Weiteres

⁷¹ Kaiser, Planungseuphorie, 255f.

⁷² Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 331.

⁷³ Ebd., 318. Für eine aussagekräftige Zeitzeugenperspektive auf die Wissenschaftlichen Räte vgl. Gregor Schirmer, Gesellschaftswissenschaften in der DDR. Leitung und Planung durch die SED, in: Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hgg.), Reformzeiten und Wissenschaft, Leipzig 2005, 155–172, hier 164–167. Gregor Schirmer (geb. 1932) war ab 1965 Stellvertreter des Staatssekretärs für Hoch- und Fachschulwesen. Nach der Umwandlung des Staatssekretariats in ein Ministerium bekleidete er bis 1976 den Posten eines Stellvertreters des Ministers. Von 1977 bis 1989 war er stellvertretender Leiter der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED.

geändert werden, da gerade die traditionsreichen Einrichtungen versuchten, ihre Konventionen beizubehalten.⁷⁴

Die Gründung der Sektion Marxismus-Leninismus weitete das Grundlagenstudium des ML auf alle Fächer aus und die Hochschullehrer waren angehalten, ihre Inhalte direkt in die thematischen Vorlesungen und Seminaren zu integrieren. Sie selbst mussten Fortbildungen zum Thema Marxismus-Leninismus besuchen. Die weitere „Politisierung“ der Lehrveranstaltungen erfolgte mittels neuer Lehr- und Studienpläne, welche die Lehrfreiheit der Dozenten einzuschränken drohten. Die Ausbildung der Studenten wurde enger mit der politischen Erziehung verknüpft und die „Einheit von Erziehung und Ausbildung“ beschworen.⁷⁵ Aus Wissenschaftlern und Forschern sollten sozialistische Vorbilder und Lehrer werden.

Die 2. Hochschulreform hatte die Förderung und Organisation des wissenschaftlichen Nachwuchses mittels klarer Förderpläne für Assistenten und Aspiranten geregelt und Kriterien zu ihrer Auswahl entwickelt. Die 3. Hochschulreform widmete sich eingehender der Lenkung der Absolventen. Sie mussten sich bereits während des Studiums für drei Jahre auf einen vorgegebenen Arbeitsplatz verpflichten.⁷⁶ Diese Maßnahmen sind wenig überraschend, bedenkt man den allgemeinen Planungseifer der DDR-Ministerien. Die Vorstellungen zielgenauer Zuordnung und erschöpfender Planung folgten der WTR und dem Glauben, wirtschaftliche Prozesse seien mithilfe staatlicher Strukturen steuerbar, ebenso die Verteilung von Absolventen auf dem Arbeitsmarkt. In diesem Klima gesellschaftlichen Hoffens auf wirtschaftlichen Aufschwung und zukunftsorientierter Technikeuphorie wurde ab 1967 vom Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen die Kooperation zwischen Wissenschaft und Industrie intensiviert. Dies betraf in der Regel den naturwissenschaftlichen und technischen Bereich der Wissenschaft und bezog sich vorrangig auf die Grundlagenforschung, die bisher über die Hochschulen und die Akademien vom Staat direkt finanziert wurde. Ihre Förderung sollte nun auftragsgebunden durch die Industrie erfolgen, sodass die wissenschaftlichen Einrichtungen besser auf die Bedürfnisse der Wirtschaft eingehen konnten. Daher wurde auch die Profilbildung und Etablierung wissenschaftlicher Forschungsschwerpunkte vorangetrieben. Ziel war die effektivere Anpassung der Hochschulen an die Ökonomie.⁷⁷

Der Abschluss der 3. Hochschulreform fiel mit der Ablösung Walter Ulbrichts als Erster Sekretär des ZK der SED durch Erich Honecker zusammen. Mit dem Personalwechsel der wichtigsten Position im SED-Staat endete im Mai 1971 nicht nur eine Ära, sondern es fand

⁷⁴ Middell, Weltgeschichtsschreibung, 978.

⁷⁵ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 263f.

⁷⁶ Köhler/Stock, Bildung nach Plan, 69.

⁷⁷ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 273f.

auch ein politischer Paradigmenwechsel statt, denn auf dem VIII. Parteitag der SED wurde das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ von 1963 abgebrochen und das Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verkündet. Da die wirtschaftlichen Probleme der DDR nicht abnahmen und die Partei die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung fürchtete, fand eine gewisse Abkehr vom Glauben an langfristigen technischen Fortschritt zugunsten der Konzentration auf konsumpolitische Lösungsansätze statt. Die Angst vor einem zweiten 17. Juni 1953 saß tief.⁷⁸ Aus diesem Grund sollten die anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht mehr durch Dezentralisierung und Leistungsanreize behoben werden, sondern mittels Investitionen im Bereich Wohnungsbau und Konsum. Im Programm der SED war noch 1976 zu lesen:

„Die Wissenschaft leistet einen ständig wachsenden Beitrag zur planmäßigen Vervollkommnung der Produktion und zur Entwicklung des materiellen und geistig-kulturellen Lebens der Werktätigen. Sie fördert den Wohlstand, die Gesundheit und die geistigen Bedürfnisse des Menschen im Sozialismus.“⁷⁹

Ziel war es, den Lebensstandard der Arbeiter zu erhöhen, um jede Kritik am Staat abzufangen und den Sozialismus als aufblühend und gedeihend zu präsentieren. Die Kehrseite der Modernisierung der Produktion, des Ausbaus der Konsumindustrie und der Lohnerhöhungen stellte eine massive Staatsverschuldung dar.⁸⁰

Der wirtschaftspolitische Strategiewechsel drängte die Wissenschaft also keineswegs ins Abseits, doch sollte ihr eine gewandelte Rolle zukommen. Investitionen in Grundlagenforschung wurden etwa zugunsten solcher Programme zurückgenommen, die der Entwicklung der Konsumindustrie dienten. International fand die DDR immer mehr Anerkennung durch andere Staaten und Staatenbündnisse. Auch mit der Bundesrepublik wurden Anfang der 1970er Jahre Verhandlungen über den „Grundlagenvertrag“ aufgenommen und 1975 unterschrieb die DDR die KSZE-Schlussakte von Helsinki.⁸¹ In diesem globalen Klima der friedlichen Verständigung und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit entschloss sich die DDR-Regierung, auf dem Gebiet der Wissenschaft internationaler aufzutreten, indem beispielsweise DDR-Wissenschaftler er sucht wurden, ihre Forschung im Ausland zu präsentieren, um im Vergleich mit der akademischen Konkurrenz die Leistungen des Sozialismus herauszustellen. Denn es war nicht mehr allein die Sowjetunion, die als Maßstab für Weltniveau galt, die DDR-Wissenschaft selbst sollte

⁷⁸ Ulrich Mählert, *Kleine Geschichte der DDR*, München 1998, 76. Diese Angst erwies sich nicht als völlig unbegründet, zeigten die Studierenden in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei in den folgenden zwei Jahrzehnten doch erhebliches Protestpotenzial gegen gesellschaftliche Zustände und staatliche Reformen. Vgl. Köhler/Stock, *Bildung nach Plan*, 59; Connelly, *Humboldt im Staatsdienst*, 96.

⁷⁹ Programm der SED (1976), 61, zit. nach Kocka, *Wissenschaft und Politik*, 440.

⁸⁰ Arnd Bauernkämper, *Sozialgeschichte der DDR*, München 2005, 29.

⁸¹ Hermann Weber, *Die DDR 1945–1990*, München 2006, 87.

sich auf dem Weltmarkt als konkurrenzfähig beweisen. Aus diesem Grund wurden internationale Kontakte und Kooperationen angeregt, Tagungen veranstaltet und besucht sowie der wissenschaftliche Austausch mit anderen Ländern forciert. Aber dieses Bestreben scheiterte häufig am Kontrollzwang der SED. Alle Initiativen mussten von den zuständigen Parteiinstanzen abgesegnet werden und zu oft wurden Anträge negativ beschieden, da ein Austausch mit der internationalen, meist westlichen Wissenschaftslandschaft als zu gefährlich erschien. So wurde etwa nur solchen Reisekadern die Teilnahme an Tagungen im Ausland gestattet, die politisch tragbar waren, mochten ihre Leistungen auch nicht immer wissenschaftlich exzellent sein.⁸²

In den 1950er und 1960er Jahren hatten höhere Bildung und Fachhochschulabschlüsse immer als erstrebenswert gegolten und die Figur des Wissenschaftlers war eindeutig positiv konnotiert gewesen, weil sie sinnbildlich für den wirtschaftlichen Ausschwing stand. Doch in den 1970er Jahren löste der Facharbeiter den Wissenschaftler als gesellschaftliche Leitfigur ab und rückte stärker ins Zentrum politischer Legitimationsstrategien. Seine Inszenierung stand für den Strategiewechsel in Richtung Bedürfnisbefriedigung und Konsum, der nicht zuletzt unter dem Eindruck des Prager Frühlings 1968 sowie der Streiks in Polen (1968 und 1970) erfolgte und gegen Forderungen nach Liberalisierung gerichtet war. Zugleich wurde das Ende der Bildungsexpansion eingeleitet. Die Ministerin für Volksbildung Margot Honecker (1927–2016) forderte bereits 1971: „Wir müssen die Tatsache, daß unsere Schule in erster Linie den hochqualifizierten Facharbeiternachwuchs vorzubereiten hat, mehr in das Blickfeld unserer Arbeit rücken.“⁸³ Das Studium an einer Universität oder Hochschule sollte nicht mehr für alle Schüler das Nonplusultra der Ausbildung darstellen. Vorrangiges Ziel der Bildungspolitik war fortan die Bereitstellung von Facharbeitern.⁸⁴

Nachdem die Hochschulen im Zuge der Bildungsexpansion und der WTR als Forschungseinrichtungen an Bedeutung gewonnen hatten, verloren sie mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker und der damit einhergehenden wirtschaftspolitischen Neuausrichtung diese starke Position. Im Rahmen ihrer Reformierung zwischen dem Ende der 1960er und dem Beginn der 1970er Jahre entwickelte sich die AdW immer mehr zur zentralen Institution für Forschungsvorhaben, die zwar mit den Hochschulen kooperierte, diese jedoch faktisch auf den „zweiten Platz“ verdrängte.⁸⁵

⁸² Andreas Malycha, *Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. Ansätze zu einer Gesamtsicht*, in: Burrichter/Diesener (Hgg.), *Reformzeiten und Wissenschaft*, 181–205, hier 199.

⁸³ Zit. nach Köhler/Stock, *Bildung nach Plan*, 61.

⁸⁴ Ebd., 59f.

⁸⁵ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 281. Vgl. auch Kroll, *Kultur, Bildung und Wissenschaft*, 47.

Mit der 3. Hochschulreform und der mit dem Regierungswechsel verbundenen Umorientierung waren die Strukturen des Bildungswesens und der Qualifizierung in der DDR gefestigt und erfuhren keine weiteren Änderungen oder gar einen Ausbau. Am Ende der 1970er Jahre wurden 65 Prozent der Schulabgänger eines Jahrgangs zu Facharbeitern ausgebildet, 20 Prozent absolvierten ein Hochschulstudium und 15 Prozent blieben ohne Qualifikation. Dieses Verhältnis änderte sich bis zum Zusammenbruch der DDR nicht.⁸⁶ Nachdem am Beginn der 1970er Jahre die Studierendenzahlen eingefroren worden waren,⁸⁷ planten die Verantwortlichen am Ende der 1980er Jahre sogar eine Kürzung der Studienplätze, was allerdings nicht mehr realisiert werden konnte. Ursachen waren geburtenschwache Jahrgänge und die Befürchtung, zu wenige Facharbeiter bereitstellen zu können.⁸⁸ Sowohl an Universitäten als auch an Technischen Hochschulen nahmen die Studierendenzahlen – besonders im Klima der WTR an den Technischen Hochschulen – bis 1970 zu, sanken anschließend allerdings wieder bzw. stagnierten.⁸⁹ Im Vergleich zur Bundesrepublik, wo sich die Zahl der Studenten von 1950 bis zum Beginn der 1980er Jahre auf über eine Million verzehnfachte,⁹⁰ fiel die Steigerung in der DDR moderat aus.

Neben den Bedeutungseinbußen der Hochschulen in der Ära Honecker wurde die Finanzierung des Bildungsbereichs reduziert. Verfügten die Hochschulen 1971 noch über 1,8 Prozent des Staatshaushalts, waren es 1987 nur noch 1,1 Prozent.⁹¹ In der Bundesrepublik betragen die Anteile am Gesamthaushalt 1950 1,1, 1960 1,8 und 1970 sowie 1980 jeweils 3,5 Prozent.⁹²

Mit der Schwerpunktsetzung auf die Ausbildung von Facharbeitern ging die weitreichende akademische Aus- und Weiterbildung der Arbeitskräfte in der DDR zurück, von der

⁸⁶ Köhler, *Bildung nach Plan*, 71.

⁸⁷ In den 1970er Jahren herrschte immer noch Mangel an Hochschulabsolventen, gleichzeitig waren auf vielen Stellen nominell zu niedrig qualifizierte eingestellt. Um keine Kündigungen aussprechen zu müssen, aber trotzdem den Hochschulabsolventen passende Arbeitsplätze anzubieten, wurden zusätzliche Stellen geschaffen. So mussten nach der erfolgreichen Bildungsexpansion in der Erwachsenenbildung einigen Stellen für Un- und Angelernte zu Facharbeiterstellen umgewandelt werden, ohne dass sich die Anforderungen an die Stelle änderten. Gerade unter jungen Menschen führte der Einsatz auf nicht der Qualifikation entsprechenden Stellen zu Fluktuation. Vgl. Köhler, *Bildung nach Plan*, 75ff.

⁸⁸ Ebd., 71.

⁸⁹ Middell, *Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem*, 361.

⁹⁰ Jarausch, *Das Humboldt-Syndrom*, 65.

⁹¹ Bezogen auf das Bildungswesen, also alle Bildungseinrichtungen. Vgl. Leszczensky/Filaretow, *Hochschulstudium in der DDR*, 7. Auch in Westdeutschland wurden in den 1970er Jahren die Finanzmittel für Forschung und Lehre eingefroren, zum einen aufgrund illusorischer Prognosen der Studierendenzahlen, aber auch, um Gelder im Bereich Wirtschaftsentwicklung einzusetzen und weil nach dem Ende des Technikoptimismus die Wissenschaftsförderung in den Hintergrund rückte. Vgl. Jarausch, *Das Humboldt-Syndrom*, 71.

⁹² Hedwig Rudolph/Rudolf Husemann, *Hochschulpolitik zwischen Expansion und Restriktion. Ein Vergleich der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik*, Frankfurt a.M. 1984, 161.

man sich wirtschaftliche Innovationen erhofft hatte.⁹³ Die Zulassungszahlen für Universitäten und Hochschulen orientierten sich noch enger an der Wirtschaftsplanung. Zugleich sollten sich die Zulassungskriterien ändern, geleitet von der Annahme, die sozialistische Gesellschaft kenne keine Ungleichheit bezüglich der sozialen Herkunft mehr. Fachliche Leistung und die Bereitschaft zur Arbeit in gesellschaftlichen Gremien bildeten nun die ausschlaggebenden Bewilligungsgründe für einen Studienplatz.⁹⁴

Am Ende der 1970er Jahre stellten die Universitäten als ehemaliger Hauptakteur der Wissenschaft nur einen von vier Wissenschaftsbereichen dar. Die AdW, die Industrieforschung und die parteieigenen Institute sollten – wenngleich nicht für die Lehre und nicht in allen Fachrichtungen – gerade zur Realisierung von Forschungsvorhaben ausgebaut werden.⁹⁵ Tobias Schulz resümiert: Die „überzogenen Vorstellungen an die Wissenschaft wurden etwas zurückgenommen, grundsätzlich blieb aber der Anspruch an die gesellschaftlichen Aufgaben der Universität bestehen und war auch in den 1980er Jahren noch Thema“.⁹⁶ Im letzten Jahrzehnt der DDR wurde die weniger präzente Stellung der Universitäten noch auf einer anderen Ebene deutlich, denn sowohl die infrastrukturelle Ausstattung als auch die Qualität der Ausbildung wiesen zunehmend Mängel auf. Lehrmaterial und technische Geräte waren veraltet, die Bücher entsprachen nicht mehr den neuesten Erkenntnissen: „Was an Forschungstechnik fehlte, sollte durch Kreativität, Engagement und hohen Personaleinsatz kompensiert werden“,⁹⁷ lautet die bissige Formulierung von Klaus Meier, ehemaliger Mitarbeiter der AdW in Berlin. In einem Bericht der Leitung des Instituts für marxistisch-leninistische Philosophie aus den 1980er Jahren wurden ebenfalls sehr deutliche Worte über den eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs formuliert, was wiederum ein Licht auf die Qualität der Ausbildung wirft. So hieß es, „[g]roße Teile blieben in der Mittelmäßigkeit stehen (unzureichendes Niveau der A-Dissertation, zu wenige B-Dissertationen, unzureichende Publikationstätigkeit, mittelmäßige Lehrveranstaltungen)“.⁹⁸

⁹³ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 343.

⁹⁴ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 179ff. u. 237ff.

⁹⁵ Industrieforschung betrieben Forschungszentren in großen Industriekombinaten, die vorrangig Herstellungsverfahren und für Produktpaletten entwickelten. Parteieigene Institute waren zum Beispiel das Institut für Marxismus/Leninismus oder auch das Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung. Beide waren Forschungseinrichtungen, beteiligten sich aber auch an der Lehre, die als politikberatend galt. Siehe Malycha, Wissenschaft und Politik in der DDR, 197f.

⁹⁶ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 290f.

⁹⁷ Klaus Meier, Auf Kosten der Zukunft. Zur Überalterung der Forschungstechnik und ihrer Folgen, in: Hansgünter Meyer (Hg.), Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR, Berlin 1990, 115–124, hier 117.

⁹⁸ Zit. nach Guntolf Herzberg, Philosophie an der Humboldt-Universität 1945–1990, in: Tenorth (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 6, 139–177, hier 172. Das genaue Jahr des Berichts ist laut Herzberg nicht zu ermitteln.

1.5 Die 1980er Jahre zwischen außenpolitischer Entspannung und innerer Erstarrung

Die 1980er Jahre standen in der DDR ganz im Zeichen von außenpolitischer Entspannung und Anerkennung sowie innenpolitischer Erstarrung und ökonomischer Krise. Das ZK der SED hielt in den frühen 1980er Jahren weiter am Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik fest. Auf die zunehmenden Probleme der DDR-Gesellschaft und der sozialistischen Mangelökonomie reagierte es nicht hinreichend, denn die Verschuldung des Staatshaushalts nahm weiter zu. Gleichzeitig führte die Erhöhung der weltweiten Erdölpreise zu einer Verteuerung verschiedener Importprodukte. 1983 und 1984 mussten Kredite der Bundesregierung die Zahlungsunfähigkeit der DDR abwenden. Grundlegende Reformen blieben aus, weil das ZK zu befürchten schien, dass eine Rücknahme der Subventionierung vieler Güter oder Lohnkürzungen eine innenpolitische Destabilisierung verursachen könnten. Allein zwischen 1975 und 1980 hatte sich das durchschnittliche Einkommen der Arbeiter und Angestellten um mehr als 10 Prozent von 897 auf 1030 Mark erhöht.⁹⁹

Der X. Parteitag der SED (1981) bestätigte die enge Bindung an die Sowjetunion, gleichwohl traten im Verlauf der 1980er Jahre Unstimmigkeiten in den Beziehungen beider Staaten zutage, besonders in der Verweigerungshaltung der DDR-Regierung gegenüber den sowjetischen Reformbemühungen.¹⁰⁰ Innenpolitisch wurden zum Ende der 1980er Jahre kritische Stimmen repressiv behandelt und der Führungsanspruch des ZK mit einem weiteren Ausbau des MfS unterstrichen. Gleichwohl bemühte man sich gegenüber den Bürgern, den Schein aufrechterhalten, wirtschaftlich und sozial verlaufe alles wie immer „nach Plan“ und (einzig) der Sozialismus könne Frieden und eine gesicherte Zukunft garantieren.¹⁰¹

Wichtige hochschulpolitische Änderungen gab es in den 1980er Jahren kaum. Den Wissenschaften und somit auch den Hochschulen kam weiterhin die Aufgabe zu, mit der Industrie zu kooperieren und wirtschaftliche Probleme zu lösen. Jedoch konnten die außeruniversitären Einrichtungen – etwa die Akademien – viel besser als die Hochschulen auf die Kooperationsmaßnahmen der Wirtschaft und der Industrie reagieren.¹⁰²

Die Planung von Wissenschaft und Hochschulen sowie Universitäten oblag weiterhin der Abteilung Wissenschaften des ZK sowie dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. So entwarf die Abteilung Wissenschaften etwa die Zentralen Forschungspläne für die gesellschaftswissenschaftlichen Sektionen an den Hochschulen, in denen ausformuliert war, welche Themenkomplexe untersucht und welche Projekte angestoßen werden sollten. Die Zuarbeit

⁹⁹ Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1999, 49.

¹⁰⁰ Weber, Die DDR 1945–1990, 96 u. 103. Vgl. auch Mählert, Kleine Geschichte der DDR, 146f.

¹⁰¹ Weber, Die DDR 1945–1990, 99.

¹⁰² Scheler, Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften, 292ff.

übernahmen der Wissenschaftliche und der Gesellschaftliche Rat sowie, in diesem Fall, die Einrichtungen der Gesellschaftswissenschaften. Die im Plan aufgeführten Forschungsvorhaben und Publikationen gaben eine grobe Richtung vor und wurden in der Regel vom ZK ohne Diskussion abgesegnet, da die vorherige Erarbeitung potenziell kritische Vorschläge zumeist schon herausgefiltert hatte. Die konkrete Ausgestaltung der Projekte und Vorhaben verblieb den jeweiligen Einrichtungen.¹⁰³ Auch die Studienplatzkontingente wurden zentral vorgegeben. Selbiges galt weiterhin für die Zahl der Dozenten-, Professoren-, Assistenten- und Aspiranturstellen. Da einige Fachrichtungen weniger beliebt waren, blieben Plätze in ingenieurtechnischen, wirtschaftswissenschaftlichen und pädagogischen Zweigen oftmals unbesetzt, während zugleich einige Bewerber ohne Studienplatz blieben.¹⁰⁴

Nachdem in den 1970er Jahren das Ideal des Facharbeiters betont worden war, um das Ende der Bildungsexpansion und den Ausbau der Volluniversitäten zu legitimieren,¹⁰⁵ verschob sich in den 1980er Jahren die Diskussion, nach welchen Kriterien die Hochschulabsolventen auszuwählen waren, abermals. Der wissenschaftliche Nachwuchs sollte nun vorrangig nach erbrachter Leistung und Begabung ausgelesen werden, womit der Abschied vom bisherigen Gleichheitsanspruch einherging.¹⁰⁶ Der stellvertretende Leiter der Abteilung Wissenschaften ließ 1984 verlauten: „Ein Kampf gegen das Mittelmaß [...] muß auf breiter Front geführt werden.“¹⁰⁷ Der sozialistischen Intelligenz – also all jenen, die über einen Hochschulabschluss verfügten – standen demgemäß bestimmte Privilegien zu und ihre Separierung von anderen Gesellschaftsschichten war erwünscht. Von ihr wurden Spitzenleistungen und internationale Konkurrenzfähigkeit erwartet. So konstatierte der damalige stellvertretende Leiter der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED, Gregor Schirmer, auf der Tagung des Präsidialrates des Kulturbundes der DDR 1980: Die „Hochschule hat meines Erachtens nicht die Aufgabe, enge Spezialisten auszubilden, sondern Absolventen, die die nötigen Grundlagen besitzen, um sich in der Praxis zu hervorragenden Spezialisten zu entwickeln“.¹⁰⁸ Eine bessere Entlohnung der

¹⁰³ Siegfried Baske, Das Hochschulwesen, in: Christoph Führ/Carl Ludwig Furck (Hgg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 6: 1945 bis zur Gegenwart, Zweiter Teilband: Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer, München 1998, 202–228, hier 217–219; Schirmer, Gesellschaftswissenschaften in der DDR, 167.

¹⁰⁴ Köhler/Stock, Bildung nach Plan, 79.

¹⁰⁵ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 343f.

¹⁰⁶ Köhler/Stock, Bildung nach Plan, 81ff. Auf dem XI. Parteitag der SED (1986) sprach Honecker in einer Rede vor den SED-Delegierten von „gleiche[n] Bildungschancen für alle Kinder des Volkes“. Der vormals vorrangig sozial bedingte ungleiche Zugang von Bevölkerungsschichten zur Bildung schien überwunden. Zit. nach Wolle, Die heile Welt der Diktatur, 52.

¹⁰⁷ Zit. nach Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 339.

¹⁰⁸ Kulturbund der DDR (Hg.), Aufgaben der Hochschulentwicklung in der DDR, Berlin 1980, 17.

Hochschulabsolventen blieb gleichwohl aus. Die Verärgerung der Arbeiter- und Bauernschichten, immer noch zentrale Gruppen für die Legitimation des sozialistischen Staates, durch eine materielle Privilegierung der Intelligenz, sollte vermieden werden.¹⁰⁹

Mitte der 1980er Jahre begannen erneut Diskussion um hochschulpolitische Reformen, die aber aufgrund der historischen Ereignisse nicht umgesetzt werden konnten. Angedacht war, die Kreativität und Eigenverantwortlichkeit der Studenten und angehenden Wissenschaftler zu stärken, denn der Mangel an wissenschaftlichen Koryphäen innerhalb der DDR-Forschung war unübersehbar.¹¹⁰ In einem Interview in der Zeitschrift der HU antwortete Herbert Steininger (geb. 1927), ordentlicher Professor an der Sektion marxistisch-leninistische Philosophie, auf die Frage, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssten, um das studentische Forschungspotenzial besser auszuschöpfen:

„Die Studenten müssen stärker in den Gesamtprozeß der wissenschaftlichen Arbeit an einem Forschungsgegenstand einbezogen sein, müssen teilhaben an Problemerkennntnis und Problemlösung, an den Schwierigkeiten, Risiken und Fortschritten des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses selbst. [...] Vor allem aber ist das eine Einstellungsfrage des Hochschullehrers zu seinen Studenten und zur Wissenschaft. Studenten als Partner in der wissenschaftlichen Arbeit ernst zu nehmen und zu fördern, das verlangt neben vielem anderen, in der wissenschaftlichen Arbeit selbst einen lebendigen, dynamischen Begriff von Wissenschaft zu vermitteln.“¹¹¹

Inwieweit es unter den gegebenen restriktiven Bedingungen möglich gewesen wäre, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen, steht auf einem anderen Blatt. Hier klang zumindest die Rückkehr zu den Humboldt'schen Idealen freier Forschung und Lehre an, mochten auch die politischen Grundsätze der Partei jeder Reform hin zu mehr Freiheit und Eigenverantwortung im Wege stehen.

Erst nach jahrelangen Diskussionen kündigten sich Reformbemühungen von staatlicher Seite an. Eine weitere Hochschulkonferenz wurde vorbereitet und in diesem Zuge Probleme und Veränderungsbedarf thematisiert. Den Hintergrund der Bemühungen stellte die Anpassung des Hochschulwesens an die „vorwärtsschreitende gesellschaftliche Entwicklung“¹¹² dar. Als Hauptschwierigkeit galt der Mangel an Risikobereitschaft, Selbstständigkeit und Eigenverantwortung sowie an „schöpferischer Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Praxis“. Der Minister für das Hoch- und Fachschulwesen formulierte Lösungsansätze: die frühere und stärkere Einbeziehung der Studenten in die Forschung, mehr Übungen, Seminare und Praktika

¹⁰⁹ Köhler/Stock, Bildung nach Plan, 81 ff.

¹¹⁰ Baske, Das Hochschulwesen, 222.

¹¹¹ „Der Hochschullehrer muß vorleben, was es heißt, den Anforderungen unserer Zeit gerecht zu werden“, in: Humboldt-Universität, Nr. 14/15-79/80, 5.

¹¹² Zit. nach Baske, Das Hochschulwesen, 221.

sowie eine größere Freiheit in der Wahl der Lehrveranstaltungen. Zudem sollte Lehrenden mehr Zeit für wissenschaftliche Arbeit eingeräumt werden. Die meisten Beiträge in der Debatte wiederholten die Ansätze des Ministers. Der sozialistischen Erziehung der Studenten kam weiterhin die größte Bedeutung zu. Aktivitäten sollten in den vorgegebenen Strukturen stattfinden und bezogen sich vorrangig auf politisches Engagement. An zweiter Stelle stand die Eigenverantwortung im Studium und die Fähigkeit zur selbstständigen wissenschaftlichen Arbeit. Diese Gewichtung signalisierte, dass keine größeren Änderungen der Strukturen an den Hochschulen angedacht waren. Wirkliche Impulse konnte die Debatte nicht setzen. Es blieb bei den engen Vorgaben und den politischen Implikationen, etwa bei der Vermittlung der Lehrinhalte.¹¹³ Das Verhältnis von Partei und Intelligenz war weiterhin von „marxistischer Prinzipienfestigkeit und offener kommunistischer parteilicher Konsequenz“¹¹⁴ geprägt, woran sich bis zum Ende der DDR nichts änderte. Erst mit ihrem Zusammenbruch in den Jahren 1989/1990 wandelte sich für die meisten Akteure fast alles. Die Kritik der Dekanin der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der HU kurz nach dem Beginn der politischen Umwälzungen von 1989 illustriert nicht nur die Diskussionen um mehr Eigenverantwortung, sie kann auch als Zustandsbeschreibung der Situation in der DDR während der 1980er Jahre gelesen werden:

„Trotz der Betonung der Selbstständigkeit wurde ein bisher im deutschen Hochschulwesen einzigartiges Korsett für Studenten und Lehrende geschaffen, bis zur schriftlichen Verordnung jeder Vorlesungsstunde durch den Minister. [...] Der Rückstand im Niveau der Lehre und Forschung an den Universitäten und Hochschulen der DDR gegenüber der internationalen Entwicklung ist groß und nicht nur auf mangelnde materielle und finanzielle Ausstattung zurückzuführen.“¹¹⁵

¹¹³ Ebd., 221f.

¹¹⁴ Kulturbund der DDR (Hg.), Aufgaben der Hochschulentwicklung, 22 (Gregor Schirmer).

¹¹⁵ Baske, Das Hochschulwesen, 223.

2. Berufungswege zwischen „Kaderplanung“ und Pragmatismus

Ziel des Kapitels ist eine allgemeine Betrachtung der Karrierewege der Hochschullehrer, die zwischen 1945 und 1990 an die Humboldt-Universität berufen wurden. Karrierewege sind jene Stationen, die Hochschullehrer zur Berufung auf eine Professur nehmen. Im Kontext der vorliegenden Arbeit interessiert vor allem, ob alle üblichen Stationen zwingend durchschritten wurden, oder ob sich das Hochschulsystem in der SBZ/DDR soweit veränderte, dass einige Stationen eventuell an Bedeutung verloren. Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit den Themen akademischer Qualifikation (Promotion und Habilitation), Entwicklung der Berufungen von Hochschullehrern, ihrem Berufungsalter sowie ihren Berufspositionen (Dozent und Professor).

2.1 Akademische Qualifikation

Mit der 3. Hochschulreform 1968/1969 kam es zu einem Bedeutungsverlust der Promotion und zur Abschaffung der Habilitation, doch sollen schon in den 1940er und 1950er Jahren häufig Personen berufen worden sein, die nicht über die notwendigen Qualifikationen verfügten. Davon profitierten gerade Spät- und Seiteneinsteiger, so Annette Vogt. Diese waren in der Regel gering oder gar nicht akademisch qualifiziert oder aufgrund der diskriminierenden Politik der Nationalsozialisten daran gehindert worden, Abschlüsse zu erlangen, sei es, weil sie Juden oder Kommunisten waren, oder weil sie ins Exil getrieben wurden.¹ Allerdings konnten offenbar nicht alle Remigranten mit Parteiausweis auf den Erlass der zur Berufung nötigen Qualifikationen hoffen. Auch Remigranten, die KPD/SED-Mitglied waren, wurden kritisch beäugt und mussten trotz Qualifikation längere Zeit auf eine Berufung warten.² Die Vergabe von Titeln bzw. Lehrstühlen ohne das Erbringen der üblichen akademischen Leistungen müsste dementsprechend einen Bedeutungsverlust der als „bürgerlich“ geltenden Zugangskriterien mit sich gebracht haben. Im Gegenzug, so eine häufige Forschungsthese, gewannen soziale Herkunft und Parteimitgliedschaft bei der Auswahl der Kandidaten an Bedeutung.³

Die administrative Abschaffung der Habilitation erfolgte im November 1968 mit der „Verordnung über die akademischen Grade“. Künftig sollte sich auch die Gewichtung der Be-

¹ Vogt, Die Berliner Humboldt-Universität, 141. Trotz Personalmangel in den 1940er Jahren gab es keine Versuche seitens der Universitäten, von Nazis verfolgte Wissenschaftler explizit anzuwerben. Allerdings liegt zu diesem Thema, gerade an der HU, kaum Forschungsmaterial vor. Gleichwohl handelte es sich bei einigen Spät- und Seiteneinsteigern um qualifizierte Remigranten. Vgl. ebd., 78f. u. 81f.

² Ebd., 83.

³ Vgl. Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 95, oder auch Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 37.

rufsaufgaben eines Wissenschaftlers ändern. Die beiden traditionell nicht zu trennenden Elemente des Forschens und Lehrens standen zur Disposition; im Zuge der 3. Hochschulreform erfolgte die Aufwertung der Lehrtätigkeit und des Erziehungsauftrags im Sinne des Sozialismus.⁴ Gleichzeitig konnten Wissenschaftler nun die Promotion B ablegen, mit der allerdings nicht automatisch eine Lehrbefugnis einherging. Die Bewerber auf eine Professur mussten weder Habilitation noch Promotion B nachweisen. Aus einer Muss- wurde eine Kann-Bestimmung.⁵ So formulierte Hochschulminister Prof. Hans-Joachim Böhme (1929–2012): „Die Promotion ist keine Pflichtübung für die Berufung. Die Promotion ist erwünscht, so würde ich die Frage stellen.“⁶ Die universitären Institutionen waren in nicht geringem Ausmaß entmachtet worden: „Damit bestand kein obligatorisches Verfahren mehr, in dem die exklusive disziplinäre Gemeinschaft mit Definitions- und Entscheidungsmonopol in Fragen wissenschaftlicher Kompetenz den Kreis der Zugangsberechtigten definierte.“⁷

Es ist also davon auszugehen, dass infolge der politischen Neuregelungen und den sie begleitenden Verlautbarungen die Zahl der Promotionen und Habilitationen zurückging, da schlicht keine Notwendigkeit mehr bestand, sich zu qualifizieren, bzw. die begehrten Stellen mittels anderer Kriterien erlangt werden konnten. Im Folgenden wird entsprechend der Frage nachgegangen, welche Bedeutung der Promotion und Habilitation auf dem Weg zu einem Lehrstuhl oder einer Dozentur an der HU (noch) zukam, und inwieweit staatliche Eingriffe sich auf die Praxis der akademischen Qualifikationen sowie die Karrierewege der Hochschullehrer auswirkten.

Ralph Jessen verdeutlicht in *Akademische Elite und kommunistische Diktatur* jedoch auch die Grenzen der Berufungen ohne Titel. Zwar war der Besitz des Parteibuchs in der neuen sozialistischen Welt von Vorteil, wenn nicht gar notwendig, den alleinigen Berufsgrund stellte er gleichwohl nicht dar, weil die politischen Instanzen nicht die einzigen Gremien in den Berufungsvorgängen und im Auswahlverfahren waren.⁸ Das Vorschlagsrecht lag weiter bei den Fakultäten, wenn auch die Zustimmung durch die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED

⁴ Jessen, *Zur Sozialgeschichte*, 139f., sowie ders., *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 405ff.

⁵ Mitunter wurde die Aufweichung der akademischen Regeln als Instrument in der Personalpolitik genutzt: „In anderen Fällen erfolgte die Berufung zum Professor ohne Habilitation, und bei genauerer Analyse erkennt man, daß dies immer dann geschah, wenn, anfangs vor allem das Staatssekretariat, den betreffenden ‚Kader‘ unbedingt berufen wollte. Bei denjenigen, die aus Sicht der Mitarbeiter des Staatssekretariats keine Professur bekommen sollten, wurde die Hürde Habilitation bewußt eingesetzt und die Ablehnung der Berufung auf eine Professur mit der fehlenden Habilitation begründet.“ Vogt, *Die Berliner Humboldt-Universität*, 161.

⁶ Zit. nach Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 126.

⁷ Jessen, *Zur Sozialgeschichte*, 139.

⁸ Ders., *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 76ff.; Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 258f.

eingeholt werden musste. Die letztlich begrenzten Möglichkeiten der hochschulpolitischen Behörden, sich gegen universitäre Strukturen durchzusetzen, die Abhängigkeit der SED von einzelnen Wissenschaftszweigen und ihre Angst, zu viele Wissenschaftler an die Bundesrepublik zu verlieren, eröffnete den Universitäten womöglich Freiräume, weiterhin eine eigene Personalpolitik zu betreiben und nicht ausschließlich Parteikader zu berufen. Der traditionelle Zugang zu Lehrstühlen wurde dementsprechend nicht gänzlich infrage gestellt.⁹ Denn den Verantwortlichen der SED-Gremien war bewusst, dass ein Parteibuch und die vermeintlich richtige soziale Herkunft nicht zwingend die Kenntnisse und Fertigkeiten garantierten, die ein Hochschullehrer vorweisen musste, um die dringend benötigten Spezialisten auszubilden,¹⁰ daher „akzeptierten die politischen Instanzen im Prinzip das Definitionsmonopol der Fachgemeinschaften über den Kreis der Berufungskandidaten“.¹¹ Teilweise konnten Stellen nicht besetzt werden, weil es schlicht keine Bewerber gab. Gerade in der Medizin sowie den Natur- und Agrarwissenschaften waren Berufungen ohne die fachspezifischen Kriterien laut Ralph Jessen fast unmöglich.¹² Inwieweit sich die politischen Interessen gegen die akademischen Qualifikationen durchsetzen konnten, oder ob die traditionelle Betonung von Promotion und Habilitation aufrechterhalten blieb, soll anhand der Karrierewege der Hochschullehrer an der HU gezeigt werden.

Die Entwicklung der Promotions- und Habilitationsabschlüsse unter den bis 1970 Berufenen zeigt keinen Rückgang, sondern im Gegenteil eine kontinuierliche Zunahme des Anteils der Hochschullehrer mit den üblichen akademischen Qualifikationen. Die Anzahl der Berufungen von Bewerbern mit Promotion oder Habilitation stieg also an. In der ersten Berufungskohorte (1945–1950) waren rund 80 Prozent der Hochschullehrer promoviert und laut des vorliegenden Datensatzes etwa 40 Prozent habilitiert. In der zweiten Kohorte (bis 1960) waren rund 87 Prozent der Hochschullehrer promoviert und fast 45 Prozent habilitiert, obwohl im Datensatz gleichzeitig die Berufung auf Professorenstellen im Gegensatz zu den Berufungen von Dozenten im zeitlichen Verlauf abnahm. Bis 1970 nahm der Anteil der Promovierten auf über 97 Prozent und jener der Habilitierten auf mehr als 48 Prozent zu.¹³ Offensichtlich wurden

⁹ Jessen, Zur Sozialgeschichte, 129ff.

¹⁰ Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 124f.; Vogt, Die Berliner Humboldt-Universität, 171.

¹¹ Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 80.

¹² Ebd., 80–83.

¹³ Von 1.948 Personen konnten für 1.815 Hochschullehrern die Promotionen (A) nachgewiesen werden. Darin sind auch Ehrendokortitel und Lizentiate beinhaltet. Für 133 Hochschullehrer fehlen Nachweise auf eine absolvierte Promotion. Zum einen kam es durchaus zur Berufung von Personen, die keine wissenschaftliche Qualifikation erlangt hatten, weil es sich beispielsweise um wichtige Persönlichkeiten handelte oder um Fachrichtungen, in denen diese Qualifikationen unüblich sind (z.B. in künstlerischen Bereichen) sowie in denen die Fähigkeiten, die in der Praxis gesammelt werden konnten, für eine Berufung ausreichten (z.B. in den Agrarwissenschaften oder bei

häufiger in der Ausnahmesituation kurz nach Kriegsende Hochschullehrer ohne akademische Titel und wissenschaftliche Erfahrung berufen, um personelle Engpässe zu überbrücken. Generell konnte sich das Bestreben, soziale Herkunft und politische Loyalität höher als akademische Abschlüsse zu gewichten, an der HU also nicht durchsetzen, auch wenn es sicherlich in Einzelfällen gelungen sein mag.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Lockerung der Qualifikationsanforderungen dem Bestreben geschuldet, den Personalmangel zügig zu decken und es politisch zuverlässigen Personen zu erleichtern, Hochschulposten zu erlangen. Nachdem sich die Situation auf dem akademischen Arbeitsmarkt im Anschluss an den Mauerbau entspannte und zudem deutlich wurde, dass die akademischen Titel eine Garantie für wissenschaftliche Qualität verbürgten, nahm ihre Bedeutung jedoch wieder zu. Die Promotion B etwa wurde zur Bedingung für eine Berufung auf eine Dozentur.¹⁴

Dementsprechend setzte sich der Trend auch über das Jahr 1970 hinaus fort. In der vierten (1971–1980) und fünften Berufungskohorte (1981–1990) hatten nachweislich über 95 Prozent der Hochschullehrer eine Promotion A und bis 1980 konnten mindestens über 50 bzw. bis 1990 über 70 Prozent der berufenen Hochschullehrer eine Promotion B vorweisen.

Die stetige Zunahme der akademischen Qualifikationen bestätigt auch Ralph Jessen, der Angaben zu Promotionen und Habilitationen auf dem gesamten Gebiet der SBZ/DDR zusammengetragen hat. Er weist einen Rückgang der Habilitationen in den Jahren 1971 und 1972 nach – also im Anschluss an die 3. Hochschulreform, da diese Qualifizierung kurzzeitig weniger Bedeutung für eine Berufung zu haben schien.¹⁵ Dieser Einbruch und der darauffolgende Anstieg (die Werte von 1970 wurden erst wieder 1977 erreicht) hatten möglicherweise zur Folge, dass einige Hochschullehrer, die schon für Berufungen eingeplant waren, keine Promotion B vorweisen konnten.

Ingenieuren). Zum anderen konnten für einige Personen keine Promotionen recherchiert werden, weil sie diese im Ausland erworben hatten oder weil die Promotionen als so gemein eingestuft wurden, dass die Übergabe in die Deutsche Nationalbibliothek (DNB) unterblieb, die auch Promotionen, die nicht für den Austausch gedacht waren, sammelte. Zudem konnte es vorkommen, dass bei der Digitalisierung der Zettelkataloge Angaben verloren gingen. Die DNB sammelt seit 1913 die Pflichtexemplare aller Promotionen, jedoch kann es vorkommen, dass Wissenschaftler dieser Pflicht nicht nachkommen. Auch das Bundesarchiv kann nicht alle Berufsakten bereitstellen, sodass für den vorliegenden Datensatz für einige Hochschullehrer keine Promotion nachgewiesen werden konnte, obwohl sie womöglich das Verfahren absolvierten. Siehe dazu auch Wilhelm Bleek/Lothar Mertens (Hgg.), *Bibliographie der geheimen DDR-Dissertationen*, 2 Bde., München 1994.

¹⁴ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 257–260.

¹⁵ Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 125. Jedoch beziehen sich die dortigen Zahlen auf die Abschlüsse insgesamt und nicht nur auf die der berufenen Hochschullehrer.

Wortmeldungen zu Beginn der 1970er Jahre äußerten über diese kurzweilige Tendenz einer Abnahme an akademischen Qualifikationen immer wieder die Sorge, dass die wissenschaftliche Qualität nachlassen und dem fachlichen Anspruch nicht mehr genügen würde. Die Teilnehmer an der Debatte waren jedoch nicht vorrangig Wissenschaftler, die ihre Kontrolle über den Zugang zur Hochschullehrerschaft noch stärker beschnitten sahen, sondern die Abteilung Wissenschaften des ZK und das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, denen daran gelegen war, dass die Hochschulen akademisch qualifizierte Wissenschaftler unter ihrem Dach versammelten.¹⁶

2.2 Entwicklung der Berufungen

Häufig präsentieren Arbeiten der historischen Forschung Zahlen zu Personen, die die Hochschulen aufgrund der Entnazifizierung verlassen mussten¹⁷, die aus dem Exil zurückkehrten oder in die westlichen Sektoren abwanderten. Genaue Angaben sind jedoch schwierig zu erheben, weil sich in den Wirren der Nachkriegszeit die administrativen Bestimmungen seitens der Alliierten überschlugen, die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an den Hochschulen unter provisorischen Bedingungen anlief und der Alltag der Menschen sich nur langsam normalisierte. Dementsprechend bieten statistische Daten oft nur Momentaufnahmen. Zudem beschränken sich die Untersuchungen häufig auf einzelne Fakultäten.¹⁸

Mit der 2. Hochschulreform wurde die Schwerpunktsetzung auf personalpolitische Entscheidungen verschoben und das Ziel des Elitenaustauschs sollte mit anderen Mitteln erreicht werden. Fortan erfolgte die Platzierung von Kadern gezielt über die Nachwuchsausbildung. Neben materieller Förderung bedeutete dies auch die politische Schulung künftiger Wissenschaftler. Um den Weggang des wissenschaftlichen Personals zu stoppen, verbesserte das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen auf Beschluss des Politbüros die Vergütung und die Altersvorsorge. In Einzelfällen wurden hoch dotierte Verträge abgeschlossen. Darüber hinaus sollte der infrastrukturelle Ausbau der Hochschulen finanziert werden und die Verleihung von Auszeichnungen und Preisen Anreize schaffen, in der DDR zu bleiben. Erst mit dem

¹⁶ Ebd., 124ff.

¹⁷ Connelly führt dazu treffend aus: „Allerdings ist es richtig, daß viele der entlassenen Professoren in Ostdeutschland wieder zur Lehre zugelassen wurden; bis Mitte der 1950er Jahre waren über ein Viertel der Professoren an DDR-Hochschulen ehemalige NSDAP-Mitglieder.“ Weil sie meist nicht den gleichen Fakultäten oder Instituten angehörten, „wurde die Kontinuität der einzelnen Milieus [...], weitgehend unterbrochen.“ Vgl. Connelly, Humboldt im Staatsdienst, 83f.

¹⁸ Patrice G. Poutrus geht etwa dem Verbleib der Hochschullehrer der Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der HU nach. Von 136 Personen waren nach dem Krieg nur noch 24 für die Universität auffindbar. Neben ihrer Verstrickung in die nationalsozialistische Politik nennt Poutrus auch den Personalmangel als Grund für die Auflösung der Fakultät. Vgl. Poutrus, Vor der Spaltung, 112.

Bau der Mauer (1961) endete diese Politik der Beschwichtigung und Umgarnung.¹⁹ Dennoch setzte schon zuvor ein Prozess ein, der die staatlichen Institutionen befähigte, ihre Interessen in der Berufungspolitik besser durchzusetzen.

Die III. Parteikonferenz der SED im März 1956 wies die Hochschulen mit Nachdruck darauf hin, in Berufungsanträgen politisch passende Kandidaten zu bevorzugen. Zwei Jahre später bekräftigen die „Verordnung über die weitere sozialistische Umgestaltung des Hoch- und Fachschulwesens“ und die II. Hochschulkonferenz nochmals die Interessen der Partei. Das klare Signal war, die „bürgerlichen“ Professoren zu verdrängen und durch parteitreuen Nachwuchs zu ersetzen. Die Auswahl von Studierenden und die Berufungen sollten nach „Kadergesichtspunkten“ umstrukturiert werden, indem stärker auf die soziale und politische Herkunft geachtet wurde. Dazu setzte man auf „[i]ndividuelle ‚Perspektivpläne‘“, die die „akademische Laufbahnen langfristig kalkulierbar und planbar machen“.²⁰ Gleichzeitig erfuhren die bisher als passiv und uneffektiv geltenden hochschulpolitischen Institutionen (wie die DVV und das Staatssekretariat für Hochschulwesen) eine Umstrukturierung, um dadurch an Durchsetzungskraft in den Berufungsverfahren zu gewinnen. Damit sollte der traditionelle Zugang zu einer Professorenstelle per Habilitation an Bedeutung verlieren und die SED-Parteimitgliedschaft als zunehmend wichtiges Kriterium im Berufungsvorgang etabliert werden. Einzig gegenüber den Naturwissenschaften und der Medizin agierten die SED-Funktionäre längere Zeit etwas vorsichtiger.²¹ Die vorliegende Arbeit zeigt, dass dieses Vorhaben offensichtlich gelang, ohne die akademischen Qualifikationen zu vernachlässigen.

Aufgrund von Empfehlungen des Wissenschaftsrats wurden Personalstellen schon in den 1960er Jahren und in einer zweiten Phase zwischen dem Ende der 1960er Jahre und 1974 deutlich erhöht. Gerhard Engel (geb. 1934), Stellvertreter des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen, erläuterte den Kurs der SED im Jahr 1980 folgendermaßen:

„Im Hochschulwesen der DDR arbeiten mehr als 33000 Wissenschaftler, darunter mehr als 2750 Professoren und über 3000 Dozenten. Der berufene Lehrkörper hat sich seit der IV. Hochschulkonferenz auf mehr als 170 Prozent erweitert. Eine weitere Vergrößerung des Lehrkörpers fassen wir bis 1985 für theoretische Disziplinen, für neue Wissenschaftsgebiete und für die Beseitigung einiger Disproportionen im Lehrkörper ins Auge. Darauf und auf den ab 1985 rasch steigenden Ersatzbedarf an Hochschullehrern ist die Entwicklung des zahlenmäßig notwendigen Nachwuchses gerichtet. Für viele Gebiete verfügen wir über langfristige Entwicklungs- und Kaderkonzeptionen, so daß wir über einen längeren Zeitraum die Nachwuchslenkung auf die für die Leistungsentwicklung entscheidenden Gebiete lenken können.“²²

¹⁹ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 64f. Siehe auch Jessen, Zur Sozialgeschichte, 129.

²⁰ Jessen, Zur Sozialgeschichte, 136.

²¹ Ders., Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 81f. u. 102.

²² Zit. nach Kulturbund der DDR (Hg.), Aufgaben der Hochschulentwicklung in der DDR, 12.

Gerade die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften profitierten vom Stellenausbau, obwohl die Studierendenzahlen kaum stiegen.²³ Trotz der qualitativen Mängel sowie des Endes der Bildungsexpansion und dem Einfrieren der Studentenzahlen, stieg die Anzahl der Hochschullehrer in den 1980er Jahren weiterhin an. 1970 gab es insgesamt 4.621, 1980 bereits 6.333 und 1989 sogar 7.516 Hochschullehrer in der DDR.²⁴

In der DDR folgte der Ausbau von Hochschullehrerplätzen einem festen Plan. Auch in der Bundesrepublik ist eine Erweiterung des Lehrkörpers gerade ab den beginnenden 1970er Jahren zu verzeichnen. Um die vielen Studienbewerber betreuen zu können und die Ausbildung von Akademikern für den Arbeitsmarkt zu gewährleisten, eröffnete eine Reihe neuer Hochschulen. Ingenieursschulen wurden gegründet und pädagogische Institute als Fachhochschulen anerkannt, da spezialisierte Absolventen leichter einen Arbeitsplatz fanden. Gerade an diesen Neugründungen fanden Nachwuchswissenschaftler leichteren Zugang. In den Universitäten in Westdeutschland änderte sich die Personalkapazität kaum, obwohl immer mehr Studenten in die Hörsäle strömten. Aufgrund der teilweise wenig berufsorientierten universitären Ausbildung fanden viele Absolventen nach dem Studium keinen Arbeitsplatz. Gleichzeitig wurden im Zuge der Ölkrise 1973 und der anschließenden wirtschaftlichen Rezession die Finanzmittel des Hochschulsektors gekürzt. Zudem gingen Demografen davon aus, dass sich die Studentenzahlen wieder verringern würden. Entgegen diesen Erwartungen entschieden sich dennoch immer mehr junge Menschen, einen höheren Abschluss anzustreben.²⁵ Am besten waren Absolventen von Fachhochschulen aufgestellt, die oftmals in der freien Wirtschaft Anstellung fanden. Absolventen der Universitäten hatten die geringsten Berufschancen.²⁶

Auch in anderen Ländern Europas stiegen die Zahlen der Hochschullehrer zwischen 1960 und 1980 an. In den Niederlanden und Finnland verdreifachte, in Norwegen vervierfachte, in Italien versechsfachte und in Portugal versiebenfachte sich die Zahl der Universitätsangestellten. Ähnliche Tendenzen zeigten sich in Osteuropa: In Polen stiegen die Zahlen der Hochschullehrer um 300 Prozent, in der Tschechoslowakei um 200 Prozent und in Rumänien um rund 150 Prozent. Da diese Entwicklung die Grenzen des Kalten Krieges überschritt, sind die Gründe offensichtlich nicht in nationalen Hochschulsystemen oder in der Größe der Länder zu suchen. Laut Thomas Finkenstaedt resultierte die Zunahme der Hochschullehrerschaft vor und hinter dem Eisernen Vorhang aus unterschiedlichen Politiken. Stark vereinfacht war in den

²³ Rudolph/Husemann, Hochschulpolitik zwischen Expansion und Restriktion, 57.

²⁴ Baske, Das Hochschulwesen, 223.

²⁵ Jaraus, Das Humboldt-Syndrom, 70ff.

²⁶ Windolf, Die Expansion der Universitäten, 200ff.

westeuropäischen Ländern der Ausbau des Hochschulsektors an die Steigerung der jeweiligen Studentenzahlen und an die Entwicklung der Fächer angelehnt, während die Hochschullehrerzahlen in den Ländern des Ostblocks zentral geplant und mit den Vorgaben der Planwirtschaft abgestimmt wurden.²⁷ Für die Vereinigten Staaten (USA) kann in den 1960er und 1970er Jahre ebenfalls ein Ausbau des Hochschulsektors festgestellt werden, der aufgrund ökonomischer Stagnation jedoch Ende der 1970er Jahre zum Stehen kam. Schließlich mussten die Universitäten sogar finanzielle Einschnitte hinnehmen.²⁸

Zwischen 1945 und 1970 stiegen die im Datensatz erfassten Berufungszahlen an. Gründe waren die Öffnung des Lehrkörpers für bisher benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die allgemeine Bildungsexpansion und der Ausbau vieler Fächer und Institute. Die Zunahme tritt phasenweise auf, weil die gesamtgesellschaftliche Situation, aber auch die personalpolitischen Vorstellungen der Partei bezüglich der Universitäten Veränderungen unterlagen. Wie bereits in der Einleitung dargelegt, konnten die Berufungen nicht vollständig erfasst werden, deshalb werden im Folgenden nur die Zahlen des Datensatzes wiedergegeben, denn erst die Auswertung nach Fachrichtung und sozialer Herkunft ist als Stichprobe aussagekräftig.

Im Datensatz sind 1.070 Personen erfasst, die zwischen 1945 und 1970 zu Dozenten oder Professor berufen wurden. Während in der ersten Berufungskohorte (1945–1950) die Zahl der neu eingestellten Hochschullehrer noch bei 208 lag, hatte sie sich zwischen 1951 und 1960 mit 408 nahezu verdoppelt (wobei zu beachten ist, dass die erste Kohorte nur sechs Jahre umfasste). Zwei der berufungsstärksten Jahre liegen in der ersten Kohorte, was zeigt, dass nach dem Krieg die Einstellung relativ vieler Hochschullehrer erfolgte, weil an der HU alle bestehenden Verträge zunächst aufgelöst wurden. Auch wer schon vor dem Krieg an der HU gelehrt hatte, musste neu berufen werden. Allerdings waren viele der kurz nach dem Krieg Berufenen oder als Emeriti Eingestellten relativ alt. Schon kurze Zeit nach ihrer Einstellung wurden sie wieder emeritiert, weshalb diese Posten abermals besetzt werden mussten.²⁹

Laut des Datensatzes kam es nach der 1. Hochschulreform 1951 sowie 1952 zu einer Zunahme der Berufungszahlen, 1953 wurden nur wenige Stellen neu besetzt. In der dritten Berufungskohorte (1961–1970) stieg die Anzahl der Neubesetzungen auf 454 an und nahm damit

²⁷ Finkenstaedt, Die Hochschullehrer, 154f. Ein Teilaspekt der Zunahme von Hochschulangehörigen in vielen Ländern der Welt war die fachliche Spezialisierung, mit der den Ansprüchen einer international immer stärker vernetzten Wissenschaft sowie sich globalisierenden wirtschaftlichen Interessen genügt werden sollte. Vgl. ebd., 154–159.

²⁸ Schmitt/Arnold/Rüde, Berufungsverfahren im internationalen Vergleich, 15.

²⁹ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 36.

gegenüber dem Jahrzehnt zuvor leicht zu. Dieser geringe Anstieg überrascht, da die Studentenschaft sich aufgrund der politisch initiierten Bildungsexpansion stark vergrößert hatte. Da aus den vorliegenden Daten nur bedingt hervorgeht, wie viele Hochschullehrer die Humboldt-Universität in den 1950er Jahren wieder verlassen haben, aber ein Großteil länger als ein Jahrzehnt dort verblieb, kann für die 1960er Jahre von einer Verdopplung des Lehrpersonals ausgegangen werden.³⁰

Nach dem Einstellungsboom bis 1952 entwickelten sich die Neuberufungszahlen recht stabil, bis ab 1969, nach Beginn der 3. Hochschulreform, wieder deutlich mehr Lehrende eingestellt wurden. Die geringen Studierendenzahlen während des Nationalsozialismus³¹ und die Immatrikulationspolitik der Alliierten, die vorrangig Erstsemester zuließen,³² hatten also zur Folge, dass sich erst Ende der 1950er Jahre der akademische Arbeitsmarkt stabilisierte und in den 1960er Jahren entspannte, weil nun die erste Studierendengeneration ihr Studium im Sozialismus abgeschlossen hatte und für die Lehre sowie für weiterführende Qualifikationen bereitstand. Der Mauerbau sowie das Ende des Ausbaus und der Neugründungen von Hochschulen trugen ebenfalls zur Entspannung des akademischen Arbeitsmarktes bei.³³ Die Ankunft der ersten Generation von Hochschullehrern, die ihre Ausbildung in der DDR absolviert hatten und die von der für sie günstigen politischen Konstellation oftmals profitieren konnten, lässt sich an der Person des fiktiven Professor Vogel ablesen, die der Soziologe Michael Hofmann zur Illustration sogenannter Bildungsaufsteiger in der DDR geschaffen hat:

„Von seiner Wohnung in der neuen Ringbebauung marschierte er jeden Morgen zu Fuß in die Universität. Er trug Pullover und Anorak und unterschied sich in seinem Einkommen und seinem Lebensstandard nicht maßgeblich von seinem Nachbarn, der als Brigadier in einem Maschinenbaubetrieb arbeitete. Die neue sozialistische Intelligenz der DDR hatte Ende der sechziger Jahre die wesentlichen Positionen im Sozial- und Gesundheitswesen, in der Bildung, Kultur und Verwaltung übernommen. Ihr Herkommen, Einkommen und ihre Integration in die paternalistischen Formen ‚sozialistischer Lebensweise‘ machten in dieser ersten Etappe ihre ‚Entbürgerlichung‘ offenbar.“³⁴

³⁰ Siehe auch Ulla Ruschhaupt, Die Universität nach der II. Hochschulreform 1951, in: Ausstellungsguppe an der Humboldt-Universität zu Berlin/Zentrum für Interdisziplinäre Frauenforschung (Hgg.), Von der Ausnahme zur Alltäglichkeit. Frauen an der Universität Unter den Linden, Berlin 2003, 173–196, hier 189.

³¹ Die Studentenzahlen gingen zwischen 1931 und 1939 um 61 % zurück. Vgl. Grüttner, Studenten im Dritten Reich, 101.

³² Studierende, die bereits während des Nationalsozialismus ein oder mehrere Semester eingeschrieben waren, galten als politisch belastet und durften ihr Studium nicht fortsetzen.

³³ Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 47.

³⁴ Michael Hofmann, Der Flug des Vogels. Der Aufstieg des Bürgertums im Osten Deutschlands, in: Der Freitag, 4. Oktober 1996, 15. Die Grundlage für den Zeitungsartikel bildeten eine Reihe von lebensgeschichtlichen Interviews, die Hofmann für eine soziologische Studie mit sogenannten Bildungsaufsteigern aus der DDR geführt hat.

Diese fast schon literarisch anmutende Beschreibung lässt erahnen, dass ein Bruch zu den vorherigen Generationen von Hochschullehrern in Stil und Erscheinungsbild stattgefunden hatte. Die im Sinne des Sozialismus an den DDR-Hochschulen ausgebildeten Wissenschaftler – insbesondere jene, die aus „bildungsfernen“ Schichten stammten – behielten ihren Habitus offensichtlich bei bzw. proletarisierten das Bild des Akademikers.

Die vierte Berufungskohorte (1971–1980) umfasst 364 Neuberufungen, die fünfte (1981–1990) 511. Die Aufschlüsselung der einzelnen Jahre für die Berufungskohorten vier und fünf verdeutlicht den Berufungsknick der 1970er Jahre (siehe Anhang, Abb. A). Der Rückgang der Neuberufungen könnte ein Zeichen des Bedeutungsverlustes des Hochschulsektors sein. Vom Ende der 1970er bis zum Ende der 1980er Jahre wurden im Durchschnitt knapp über 50 Stellen neu besetzt (mit Ausreißern 1982 und 1986). Im Jahr 1990 erfolgte schließlich die Berufung von nur noch 30 Personen. Die steigenden Neuberufungszahlen in den 1980er Jahren sprechen dafür, dass zu diesem Zeitpunkt die erste Kohorte jener Hochschullehrer in Rente ging, die schon in der DDR ausgebildet worden war. Diese frei werdenden Stellen konnten nun von der folgenden Generation besetzt werden, wenngleich – wie oben näher ausgeführt – das Ministerium für Fach- und Hochschulbildung bemängelte, dass der wissenschaftliche Nachwuchs mitunter nicht über die gewünschten Qualitäten verfügte.³⁵

2.3 Berufungsalter

Die historische Forschung zu Hochschullehrern in der SBZ/DDR hat das Problem der Überalterung bis in die 1950er Jahre hinein sichtbar gemacht.³⁶ Es gilt als Indikator für den erst spät einsetzenden Austausch der akademischen Elite, da gerade für jene Hochschullehrer, die in der DDR ausgebildet und gefördert worden waren, nur noch begrenzt freie Stellen vorhanden waren. Mit anderen Worten: Die Etablierung loyalen Personals erwies sich als schwierig, weil Lehrstühle bzw. Dozenturen für einen längeren Zeitraum blockiert waren. Erst ab der dritten Berufungskohorte kann von einem Austausch der Hochschullehrerschaft gesprochen werden, denn ein Großteil der zwischen 1961 und 1970 Berufenen hatte die akademische Ausbildung in der SBZ/DDR absolviert.³⁷

„Gleichwohl – die soziale Substanz der ‚Gelehrtenschaft‘, ihr bürgerliches Profil blieb auch nach diesen Maßnahmen [Entnazifizierung, U.B.] weitgehend erhalten, da kaum alternatives Personal zur Verfügung stand. 1938 hatte das durchschnittliche Berufungsalter zum Professor bei über 40 Jahren gelegen. Obwohl genauere Untersuchungen noch ausstehen, spricht nichts

³⁵ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 337f.

³⁶ Z.B. Vogt, Die Berliner Humboldt-Universität, 68.

³⁷ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 260.

für eine gravierende Senkung des Zugangsalters zur Professorenschaft an den ostdeutschen Universitäten nach 1945.³⁸

Die vorgesehene Berufungspraxis war also „mit der außerordentlichen Trägheit des akademischen Generationswechsels konfrontiert“³⁹ und die Verantwortlichen mussten in der zur wissenschaftlichen und politischen Ausbildung des akademischen Nachwuchses erforderlichen Zeit notgedrungen auf „bürgerliche Fachleute“ zurückgreifen.

Bei den Hochschullehrern, die eine erste Berufung⁴⁰ auf eine Professoren- bzw. Dozentenstelle beförderte, nimmt der Altersdurchschnitt von 1945 bis 1970 deutlich ab (vgl. Abb. 3). Der Grund für das hohe Durchschnittsalter in der ersten Berufungskohorte (1945–1950) ist die Wiedereinstellung von zuvor bereits emeritierten Professoren kurz nach Kriegsende.⁴¹ Als die aus dem Ruhestand Zurückberufenen Ende der 1940er Jahre aufgrund ihres Alters aus dem Universitätsbetrieb ausscheiden mussten, entstand wiederum eine Personallücke, weil der akademische Nachwuchs nicht schnell genug ausgebildet werden konnte.⁴² Für die zwischen 1961 und 1970 auf eine Professorenposition Berufenen lag der Altersdurchschnitt schließlich unter 45 Jahren. Ihre Biografien waren nicht mehr von Krieg und Nachkriegswirren gezeichnet, zugleich prägten die ideologischen Anforderungen des Plans, aber auch Blockaden im akademischen Bereich, ihre Karrierechancen. Das Durchschnittsalter der Dozenten sank bereits von der ersten zur zweiten Berufungskohorte merklich, stagnierte dann und verweilte bei circa 37 Jahren, da die meisten Dozenten- und Professorenstellen bereits an jene vergeben waren, die sehr früh nach dem Krieg ihre Ausbildung abgeschlossen hatten.

	1945–1950	1951–1960	1961–1970	1971–1980	1981–1990
Dozent	47,6	36,6	37,4	42,2	45,1
Professor	54,9	47,7	44,6	46,9	51,5

Abb. 3: Durchschnittsalter in Jahren zum Zeitpunkt der ersten Berufung (1945–1990), N=1.942

³⁸ Jessen, Zur Sozialgeschichte, 127.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Gemeint ist die *erstmalige* Berufung auf einen Dozenten- oder Professorenposten. Ausgeschlossen sind also Wechsel von einem Lehrstuhl zum anderen, von außerordentlichen zu ordentlichen Professuren oder zwischen verschiedenen Dozenturen.

⁴¹ Vgl. Vogt, Die Berliner Humboldt-Universität, 68.

⁴² Hubert Laitko, Wissenschaftler im Berlin der frühen Nachkriegszeit. Bausteine und Fragestellungen zu einem Soziogramm, in: vom Bruch/Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik, 373–392, hier 378.

Mit der Schließung der deutsch-deutschen Grenze (1961) nahm die hohe Fluktuation auf dem ostdeutschen universitären Arbeitsmarkt ab, Posten waren weniger schnell verfügbar, und jüngere Hochschullehrer konnten nur auf neu geschaffene Stellen hoffen. Infolge der zunehmenden Spezialisierung der Fächer waren diese Hoffnungen jedoch nicht ganz unbegründet.⁴³

Stefan Wallentin kommt zu dem Ergebnis, dass „nur reichlich vier Prozent des untersuchten Jenaer Lehrkörpers nach 1931 geboren wurden. Dies zeigt, daß es bis 1968 nicht in nennenswertem Umfang gelang, Personen in die verantwortlichen Positionen zu bringen, deren akademische Laufbahn sich ausschließlich unter sozialistischen Vorzeichen abspielte.“⁴⁴ Wallentins Studie untersucht die Jenaer Hochschullehrer zwischen 1945 und 1969 und ist damit gut mit den ersten drei Berufungskohorten in der vorliegenden Arbeit vergleichbar. An der HU waren in diesem Zeitraum 16,8 Prozent der Lehrstuhlinhaber nach 1931 geboren. Offenbar setzte hier der Austausch der Hochschullehrer schon früher ein oder die Nachwuchsausbildung verlief erfolgreicher, sodass ein Ziel der sozialistischen Hochschulpolitik schneller erreicht wurde. Denn der Anteil derer, die ihre Habilitation schon unter den Bedingungen der SED-Hochschulpolitik abgeschlossen hatten, in den Augen der Machthaber als politisch geschult und daher vertrauenswürdig galten, war viermal so hoch wie an der Universität Jena.

Ab den 1980er Jahren hatten sich die Umstände in vielerlei Hinsicht gewandelt: das Ende der Bildungsexpansion, stagnierende Studierendenzahlen, der Austausch des wissenschaftlichen Personals waren abgeschlossen. Daher ist kaum zu erwarten, dass sich der Trend zur Abnahme des Berufungsalters noch länger fortsetzte.

In der Tat nahm das Durchschnittsalter zur ersten Berufung in der vierten und fünften Kohorte soweit zu, dass es fast die Werte der Jahre zwischen 1945 und 1950 wieder erreichte (vgl. Abb. 3). Diese Entwicklung blieb den zuständigen Stellen im Ministerium nicht verborgen. Gregor Schirmer problematisierte schon 1980: „Wir müssen uns überlegen, was getan werden kann, um das Promotions- und Berufungsalter zu senken. Das aktive und schöpferische Wirken des Wissenschaftlers sollte möglichst bis ins hohe Alter verlängert werden.“⁴⁵ Die Aussage ist durchaus widersprüchlich: Zwar sollte Nachwuchswissenschaftlern ermöglicht werden, schneller in angemessene Positionen zu gelangen, gleichzeitig wurde aber von den bereits berufenen Professoren erwartet, solange wie möglich zu lehren und zu forschen. Inwieweit die

⁴³ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 384.

⁴⁴ Stefan Wallentin, Entbürgerlichung? Eine quantifizierende Untersuchung zur Struktur des Lehrkörpers der Friedrich-Schiller-Universität Jena vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur „Dritten Hochschulreform“ von 1968/69, in: Uwe Hossfeld/Horst Neuper (Hgg.), Hochschule im Sozialismus. Studien zur Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990), Köln 2007, 267–287, hier 271. Vgl. auch Kaiser, Planungseuphorie, 249.

⁴⁵ Zit. nach Kulturbund der DDR (Hg.), Aufgaben der Hochschulentwicklung in der DDR, 21.

Bindung der älteren Professoren an die Lehrstühle erfolgen konnte, ohne den Jüngeren Karriere wege zu verstellen, kann hier nicht näher erörtert werden. Tatsächlich mussten Nachwuchswissenschaftler nach erfolgreicher Qualifikation lange auf eine Berufung warten, wenn denn überhaupt Lehrstühle zu besetzen waren.

2.4 Berufungspositionen

Der folgende Abschnitt nimmt eine genauere Differenzierung der Berufungen nach der jeweiligen Position – Dozentur oder Professur – vor. Vordergründig wird untersucht, wie viele Dozenten und Professoren neu berufen wurden und auf was für eine Position die Hochschullehrer in einem zweiten Berufungsverfahren an der HU ernannt wurden. Auf diese Weise können die regulären Karriereschritte illustriert werden.

Der Datensatz umfasst 1.067 Erstberufungen zwischen 1945 und 1970⁴⁶ und zeigt, dass in den ersten Jahren nach dem Krieg vorrangig Professorenposten vergeben wurden. Im Verlauf nimmt die Berufung von Dozenten stark zu, während die Einstellung von Professoren parallel zurückgeht. Da einmal vergebene Lehrstühle meist für einen längeren Zeitraum nicht wieder verfügbar waren, kann von einem Schließungsprozess gesprochen werden. Der aufgrund steigender Studierendenzahlen wachsende Personalbedarf wurde in der Folge mittels Dozenten gedeckt.⁴⁷

⁴⁶ Erstberufungen erfassen Personen, die zum ersten Mal an die HU berufen werden. Die zweite Berufung ist eine weitere Berufung an der HU, beispielweise von außerordentlichen Dozenten zu einem ordentlichen Dozenten, von einer außerplanmäßigen Professur auf einen Lehrstuhl oder von einem Dozenten zu einem Professor mit Lehrauftrag.

⁴⁷ Die politisch gewollte Bildungsexpansion richtete sich auch an Beschäftigte in den Betrieben und förderte so die Zunahme der Studierende im Fernstudium. Zwischen 1960 und 1970 stieg ihre Zahl von 1.192 auf 6.059 an. Siehe Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 363. Ihre Ausbildung und Betreuung bedeuteten zusätzlichen Aufwand für die Lehrenden, da sie in der Regel ein Jahr länger als Direktstudenten an der HU eingeschrieben waren und spezielles Material benötigten, das neben der Organisation des generellen Studienablaufs erstellt werden musste. Ab 1955 wurde das Fernstudium massiv ausgeweitet. Es sollte Berufstätigen die Möglichkeit bieten, einen Hochschulabschluss zu erwerben, ohne die Lohnarbeit zu unterbrechen. Auch hier finden sich einheitliche Studienpläne, das Ausbildungsziel der gesellschaftspolitischen Erziehung und teilweise das Fremdsprachenstudium. Im sogenannten Konsultationsfernstudium lernten die Studierenden mithilfe von Lehrbriefen, Zeitschriften, Studienanleitungen, Exkursionen, audiovisuellen Mitteln und Seminarkursen. Den Werkträgigen im Selbststudium winkten, gerade wenn sie der Betrieb delegierte, materielle und zeitliche Vorteile. Vgl. Horst Siebert, Erwachsenenbildung in der DDR, in: Josef Olbrich (Hg.), Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, Opladen 2001, 271–304, hier 287f. Vgl. außerdem Karin Opelt, DDR-Erwassenenbildung, Münster 2005, 83f.

Berufung	Berufungs- position	1945–1950		1951–1960		1961–1970	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1.	Dozent	25	12,0	224	54,9	347	76,9
	Professor	183	88,0	184	45,1	104	23,1
	Gesamt	208		408		451	
2.	Dozent	2	2,3	54	24,4	27	9,9
	Professor	84	97,7	167	75,6	245	90,1
	Gesamt	86		221		272	
3.	Dozent	0	0,0	4	3,5	1	1,3
	Professor	24	100,0	111	96,5	79	98,7
	Gesamt	24		115		80	

Abb. 4: Verteilung nach Berufspositionen und -schritten (1945–1970), N=1.067

Weil die Angaben zu den verschiedenen Berufungen (auch qualitativ) recht unterschiedlichen Quellen entstammen, stellen sie nur eine Annäherung dar. Auffällig ist gleichwohl, dass in den fünf Berufungskohorten⁴⁸ neben 19 Wahrnehmungsprofessoren und 17 Gastprofessoren 43 Honorarprofessoren berufen wurden. Auf die Zeit von 1945 bis 1970 entfallen 19 Wahrnehmungsprofessoren, 15 Gastprofessoren, aber nur sechs Honorarprofessoren. Bei den Dozenten zeigt sich ein ähnliches Bild: Während in den ersten drei Kohorten 124 Wahrnehmungsdozenten, vier Gastdozenten und sieben Honorardozenten berufen wurden, ernannte die HU im gesamten Zeitraum 124 Wahrnehmungsdozenten, nur sechs Gastdozenten, aber immerhin 102 Honorardozenten.

1947/1948 erhielten in der SBZ die Professorentitel neue Bezeichnungen: Statt außerordentlicher (a. o.) Professor hieß die Position nun Professor mit vollem Lehrauftrag, der außerplanmäßige (apl.) Professor wurde zum Professor mit Lehrauftrag und ein ordentlicher (o.) Professor hieß fortan Professor mit Lehrstuhl. Die neuen Titel blieben jedoch nur bis zur 3. Hochschulreform erhalten; dann kehrte man zu den traditionellen Bezeichnungen zurück. Mit den Titeln Wahrnehmungsprofessor und Wahrnehmungsdozent war es den Hochschullehrern erlaubt, Vorlesungen auch ohne abgeschlossene Habilitation zu halten, wengleich sie aufgerufen waren, diese nachzuholen. Die Position des Honorarprofessors bzw. Honorardozenten zeigte an, dass die Hochschullehrer das Amt nebenher bekleideten, weil sie beispielweise noch an der DAW oder in einer anderen Institution tätig waren.⁴⁹

⁴⁸ Der vierten (1971–1980) und fünften (1981–1989) Berufungskohorte widmet sich Kapitel 2.

⁴⁹ Siehe Reimer Hansen, Von der Friedrich-Wilhelms- zur Humboldt-Universität zu Berlin, in: Jaraus/Middell/Vogt (Hgg.), Geschichte der Universität unter den Linden, Bd. 3, 17–124, hier 84; Wallentin, Entbürgerlichung, 279.

Zwischen 1945 und 1989 zeigt sich die deutliche Tendenz, mehr Honorarstellen sowie weniger Gast- und Wahrnehmungsstellen zu besetzen. Doch die Wahrnehmungsprofessuren und -dozenturen waren ein Phänomen der Nachkriegszeit. Sie erlaubten die Berufung von Wissenschaftlern, welche die eigentlich notwendigen Qualifikationen (noch) nicht vorweisen konnten – für die Berufung zum Dozenten mindestens eine Promotion und zum Professor die Habilitation. Die Einrichtung von Wahrnehmungsstellen hatte zweierlei Gründe: Zum einen sollten politisch aktive Hochschullehrer berufen werden, zum anderen hätte es der Personalmangel andernfalls nicht erlaubt, den Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten.⁵⁰ Die Berufung erfolgte auf unbestimmte Zeit und brachte alle Rechte und Pflichten mit sich, außer das Tragen des Titels Professor und die Berechtigung zur Weiterqualifizierung anderer Wissenschaftler. Erst mit der 2. Hochschulreform wurden die Vorgaben soweit geändert, dass bestimmte Qualifizierungen für eine (herkömmliche) Berufung nicht mehr notwendig waren. Dementsprechend konnte auch auf die Wahrnehmungspositionen verzichtet werden.⁵¹

Die Vergabe von Honorarprofessuren wurde gerade in der Nachkriegszeit auch an westdeutschen Universitäten und in anderen europäischen Ländern praktiziert. So führte zum Beispiel Schweden die Position des *adjungerad professors* ein. Auf diese Weise wurde nicht nur auf den Personalmangel nach dem Krieg reagiert, sondern auch die Konkurrenzfähigkeit angesichts veränderter globaler Verhältnisse befördert. Spezialisten aus der Praxis sollten für die universitäre Forschung und Lehre gewonnen werden, wenngleich ihnen die notwendige Qualifikation fehlte. Um in Forschungsfragen nicht den internationalen Anschluss zu verlieren, schufen Universitäten zudem häufiger Gastprofessoren und besetzten sie mit international anerkannten Wissenschaftlern.⁵² Letzteres Phänomen lässt sich für die DDR allerdings nicht beobachten. Im Gegenteil, der internationale Austausch über die Position der Gastprofessur beschränkte sich auf Gastvorträge und Studienaufenthalte im sozialistischen Ausland oder in sogenannten Entwicklungsländern wie Äthiopien, Angola oder Mosambik.⁵³

Bei der Betrachtung der Berufspositionen im zweiten Karriereschritt (vgl. Abb. 5) fällt auf, dass weit mehr Professoren- als Dozentenposten besetzt wurden. Die zweite Berufung

⁵⁰ Jarausch, Das Humboldt-Syndrom, 62.

⁵¹ Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 80. Vgl. auch Laitko, Wissenschaftler im Berlin der frühen Nachkriegszeit, 380.

⁵² Finkenstaedt, Die Universitätslehrer, 168.

⁵³ Wissenschaftliche Besuche und Austausch mit dem „westlichen Ausland“ wurden erst ab den 1970er und gerade in den 1980er Jahren relevant. In der Regel handelte es sich jedoch nicht um die Übernahme oder die Vergabe von Gastprofessuren, sondern um ein Auslandsstudium oder Studienreisen, Konferenzbesuche oder Vorträge. Vgl. Bärbel Last/Hans-Dieter Schaefer, Die Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen der ehemaligen DDR mit Osteuropa. Kompendium, Berlin 1992, 5f.

verschaffte Hochschullehrern also meist entweder erstmalig einen Professorentitel oder sie traten einen höheren Professorenposten an. In der zweiten Berufungskohorte ist allerdings ein Einschnitt zu beobachten (Rückgang von knapp 98 auf 76 Prozent), was die bereits formulierte Vermutung bestätigt, dass nach der ersten Berufungswelle in der direkten Nachkriegszeit eine zwangsläufige „Berufungspause“ einsetzte, da viele Posten schlicht vergeben und besetzt waren. Erst in den 1960er Jahren konnten bestimmte Stellen oder Lehrstühle erneut ausgeschrieben werden.

Wenig überraschend ist dementsprechend die Verteilung der Berufungsposten bei der dritten Berufung. In allen drei Kohorten werden fast alle Hochschullehrer zu Professoren berufen und es ist davon auszugehen, dass die meisten in der Regel bereits in einem früheren Karriereschritt einen Professorenposten erhielten. Das heißt, schon zur ersten oder zweiten Berufung entschied sich, ob ein Hochschullehrer Professor wird oder auf einer Dozentenstelle verharrt. Entweder die Kriterien, die ein Kandidat mitbrachte, passten zu einer Professur oder eine Person erfüllt die notwendigen Kriterien nicht und ihre Karriereentwicklung kam entsprechend zum Stillstand.

Der Datensatz zeigt, dass über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg die Zahl der Neuberufenen auf den unteren Sprossen der Karriereleiter (Dozentur) ansteigt. Nachdem unmittelbar nach Kriegsende diese Stellenart neu geschaffen worden war, kamen in den 1980er Jahren laut des vorliegenden Datensatzes mehr als 85 Prozent der Wissenschaftler in diesem Segment unter. Entsprechend belief sich der Anteil der Professuren auf nur knapp 14 Prozent, wobei zugleich an den absoluten Zahlen der schon mehrfach erwähnte Schließungsprozess auf den hochdotierten Posten deutlich wird. So wurden etwa in den 1970er Jahren nur 65 Professuren vergeben – 120 weniger als in der ersten Berufungskohorte (siehe Anhang, Abb. B).

Berufung	Berufungsposition	1971–1980		1981–1990	
		absolut	in %	absolut	in %
1.	Dozent	299	62,9	433	86,4
	Professor	65	37,1	78	13,6
	Gesamt	364		501	
2.	Dozent	11	6,0	21	19,6
	Professor	173	94,0	86	81,4
	Gesamt	184		107	
3.	Dozent	1	5,3	1	11,1
	Professor	18	94,7	8	88,9
	Gesamt	19		9	

Abb. 5: Verteilung nach Berufspositionen- und schritten (1971–1990), N=865

Die Gesamtzahl der Neuberufungen verringerte sich in den 1970er Jahren, um in den 1980er Jahren wieder anzusteigen (und die höchste Zahl zwischen 1945 und 1990 zu erreichen). Der allmähliche Anstieg und auch der „Knick“ in den 1970er Jahren folgen dem allgemeinen Klima: Mit der Proklamierung der WTR sollte die Anzahl der Professoren aller naturwissenschaftlichen und technischen Fächer innerhalb von sechs bis sieben Jahren verdoppelt werden. Der Amtswechsel von Ulbricht zu Honecker beendete jedoch den Personalausbau und zog den Rückgang der Studierendenzahlen nach sich, sodass die Berufungszahlen erst wieder in den 1980er Jahren anstiegen.⁵⁴ Da der Datensatz die Emeritierung, den Tod oder den Wechsel an andere berufliche Stellen von Hochschullehrern nicht nachzeichnen kann, sind durchaus Unsicherheitsmomente enthalten. So könnte der Anstieg der Berufungszahlen in den 1980er Jahren auch darauf hindeuten, dass die erste Kohorte der in der Nachkriegszeit ausgebildeten Hochschullehrer ihre Karriere beendete und damit Platz für Neuberufungen schaffte. Dennoch steht außer Frage, dass der Rückgang der Berufungen von Professoren bei einem gleichzeitigen Anstieg der Dozentenstellen darauf hinweist, dass letztgenannte Stellenart deutlich ausgebaut und verbreitert wurde.

Abbildung 5 lässt zudem vermuten, dass Dozentenstellen meist eine Station auf dem Weg zur Professur darstellten. Schon im zweiten Berufungsschritt, und erst recht im dritten, wurden Hochschullehrer kaum noch auf Dozenturen berufen. Die bisher referierten Daten suggerieren, dass vorrangig die Berufung von Dozenten und weitaus weniger Professoren an die HU erfolgte. Durch die Einbeziehung der weiteren Berufungsschritte kann dieser Eindruck korrigiert werden. Weil Dozenten im zweiten Berufungsschritt meist eine Professur antraten, wurden Dozentenstellen schnell wieder frei und mussten erneut besetzt werden (in die Angaben in Abbildung 5 sind also einzelne Hochschullehrer mitunter bis zu dreimal eingegangen).

2.5 Zwischenfazit

Das vorliegende Kapitel fragte nach den allgemeinen Karrierewegen der Hochschullehrer an der HU. Bevor die Datenlage für spezifische Kategorien differenziert wird, sollte die Gruppe der Hochschullehrer zunächst nur in der zeitlichen Dimension nach Veränderungen untersucht werden.

Es konnte gezeigt werden, dass es zu einer stetigen Zunahme an akademischen Qualifikationen unter den an der HU Berufenen kam. Immer mehr Hochschullehrer hatten zum Zeitpunkt ihrer Berufung eine Promotion oder Habilitation oder erlangten diese im weiteren Verlauf

⁵⁴ Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 44f.

ihrer akademischen Laufbahn. Für die Berufungen in der direkten Nachkriegszeit sind die wenigsten Qualifikationen nachweisbar: Die spezielle historische Situation zur Überbrückung personeller Knappheit machte es offenbar notwendig, Personen zu berufen, die nicht den bisherigen klassischen Weg an der Universität vorweisen konnten.

Im Gegensatz zu späteren Kapiteln wurde hier das Berufungsalter der HU-Hochschullehrer in der DDR thematisiert. Während es in der zweiten Hälfte der 1940er relativ hoch erscheint, nimmt es im zeitlichen Verlauf immer weiter ab. Damit bestätigt sich eine gängige Beobachtung in der historischen Forschung, dass in der Nachkriegszeit ältere Quereinsteiger, Remigranten oder bereits Emeritierte (wieder) berufen wurden, die dann nach und nach Jüngeren Platz machten. Zwischen 1980 und 1990 stieg das Berufungsalter jedoch wieder an. Wahrscheinlich gingen nun die ersten Professoren in Ruhestand, die in den 1950er und 1960er Jahren berufen worden waren, nachdem sich der akademische Arbeitsmarkt normalisiert hatte. In ihre Fußstapfen trat nun eine Generation an Lehrenden, die bereits länger auf freiwerdende Stellen gewartet hatte.

Eine Differenzierung der Berufspositionen konnte zeigen, dass zunehmend weniger Professoren und immer mehr Dozentenstellen besetzt wurden. Wie bereits oben angesprochen, blieben viele Professorenstellen mehrere Jahre besetzt und dementsprechend konnte keine neue Berufung stattfinden. Dennoch nahmen die Berufungen auf Dozentenstellen immer weiter zu. Die Fluktuation war dort weitaus höher, aber die Größe dieser Personengruppe an den Universitäten nahm auch deshalb zu, weil mehr Stellen geschaffen werden mussten, um das Lehrangebot bewältigen zu können. Allerdings nahm auch nach dem offiziellen Ende der Bildungsexpansion die Zahl der Berufungen von Dozenten nicht nennenswert ab.

3. Berufungen in den Fachrichtungen

Die historische Forschung scheint sich darüber einig zu sein, dass in den einzelnen Fachrichtungen unterschiedliche Ausgangsbedingungen herrschten und verschiedene Entwicklungen stattfanden, da sie für die SED nicht die gleichen Prioritäten hatten. Für die Naturwissenschaften galt, dass gerade in Berlin erhebliche Kriegsschäden an Forschungsmaterial und -einrichtungen die Ausgangssituation beeinträchtigten. In den Gesellschaftswissenschaften wurde im Gegensatz zu den anderen beiden Fachrichtungen nach dem Krieg ein umfassender Personalaustausch vorgenommen. Entsprechend herrschte lange Zeit ein Mangel an Lehrkräften. Zwar wurde in den Naturwissenschaften und den technischen Bereichen die Entnazifizierung strenger umgesetzt, doch führte der Anpassungsdruck an die neue politische Ausrichtung des Landes und die Installation vermeintlich politisch zuverlässiger Professoren durch die SMAD und die hochschulpolitischen Verantwortlichen der SED zu einem höheren Verlust an Personal in den Gesellschaftswissenschaften.¹ Einige Fächer, wie die agrarwissenschaftlichen, durchliefen zudem häufig Änderungen der Studienpläne und der Studienorganisation, sodass es immer wieder zu Umstrukturierungen kam, die den Ablauf effektiver gestalten sollten, wenn auch nicht immer erfolgreich.²

Gerade die Annahmen über den fachspezifischen Personalaustausch sollen anhand der personellen Entwicklung der Hochschullehrer an der HU überprüft und es soll erörtert werden, inwieweit sich die Umsetzung einer DDR-spezifischen Personalpolitik nachweisen lässt. Wie in den vorherigen Kapiteln unterteilt sich die Analyse der Fachspezifika nach der akademischen Qualifikation, der Verteilung der Berufungen sowie nach den Berufspositionen. Abschließend, und vorweggreifend auf das folgende Kapitel 4, wird die Sozialstruktur in den Fachrichtungen näher untersucht. Die einzelnen Fächer an der HU wurden drei Fachrichtungen zugeordnet: Agrarwissenschaften, Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften (letztere waren vor der 3. Hochschulreform größtenteils noch in der Geisteswissenschaftlichen Fakultät beheimatet).³ Über die unterschiedlichen Größen der Fachrichtungen gibt die Entwicklung der Studierendenzahlen bis 1970 Auskunft (Abb. 6). Aus den Zahlen ergab sich der Stellenwert der

¹ Beispielhaft: Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 29; Vogt, Die Berliner Humboldt-Universität, 58.

² Kirschke/Noack/Häger, Getrennte Wege und Wiedervereinigung, 647.

³ Um eventuellen Unklarheiten vorzubeugen, wird nur der Begriff der Gesellschaftswissenschaften verwendet, auch wenn die historische Bezeichnung eine andere war. Eine Auflistung, welche Institute und Fakultäten zu den drei Fachrichtungen gerechnet werden, findet sich in der Einleitung.

Fachrichtungen in der HU – zumindest für den Bereich Lehre – und damit auch für die zuständigen staatlichen Stellen, die die Immatrikulationszahlen kontrollierten.⁴ Während die Studierendenzahlen in den Agrar- und Naturwissenschaften nahezu proportional anwachsen, stiegen die Zahlen in den Gesellschaftswissenschaften nicht in diesem Maße an. Das folgende Kapitel wird zeigen, dass der Umfang der Hochschullehrerschaft sich zu diesem Ergebnis nicht synchron entwickelte.

	AW	GW	NW
1946/1947	117	820	223
1950	446	2.541	910
1960	1.190	3.919	1.221
1970	2.471	9.382	3.778

Abb. 6: Anzahl der Studierenden nach Fachrichtungen an der HU, 1946–1970⁵ (GW: Gesellschaftswissenschaften, NW: Naturwissenschaften, AW: Agrarwissenschaften)

3.1 Akademische Qualifikation

Im ersten Abschnitt des Kapitels soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit in den Fachrichtungen die Hochschullehrer an der HU eine unterschiedliche akademische Qualifikation aufwiesen. Ursächlich dafür könnten abweichende Anforderungen an die Fächer seitens der zuständigen Behörden oder eine je spezifische Fächerkultur gewesen sein. Abbildung 7 differenziert den Anteil der promovierten Hochschullehrer an der HU nach Fachrichtungen. Während die Zahlen in den Naturwissenschaften und den Gesellschaftswissenschaften bis 1970 steigen, nehmen die Zahlen in den Agrarwissenschaften bis 1960 zu, um dann in der letzten Kohorte wieder zu fallen. Prozentual zeigt die Verteilung der Promovierten in allen Fächern ein anderes Bild: in den Agrarwissenschaften nimmt der Anteil gleichbleibend ab, während die Naturwissenschaften relativ konstant bleiben, mit Ausnahme der 1960er-Jahre, in denen der Anteil unter den Promovierenden zugunsten der Gesellschaftswissenschaften zurückgeht. Diese bauen ihren Anteil unter den Promovierten stetig aus und verzeichnen ein Hoch von fast 60 Prozent in den 1960er Jahren, welches in der folgenden Kohorte leicht zurückgeht. Diese prozentuale Verteilung findet sich ähnlich in der Verteilung der Berufungen in diesen Fachrichtungen (Vgl. nächster Abschnitt in diesem Kapitel).

⁴ Vgl. Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 362. Ebenso Karin Zachmann, Mobilisierung der Frauen. Technik, Geschlecht und Kalter Krieg in der DDR, Frankfurt a.M. 2004, 268.

⁵ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 361. Vgl. auch Vogt, Die Berliner Humboldt-Universität, 89. Annette Vogt bezieht sich auf ein Protokoll der Senatssitzung vom 5. November 1946, das im Archiv der HU liegt. Matthias Middells Berechnungsgrundlage sind die statistischen Erhebungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, die im Bundesarchiv aufbewahrt werden.

	1945–1950		1951–1960		1961–1970		1971–1980		1981–1990		Gesamt
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	
AW	38	22,9	78	22,0	73	16,7	70	20,1	76	15,2	335
GW	82	49,4	208	58,6	245	55,9	214	61,3	310	62,1	1.059
NW	46	27,7	69	19,4	120	27,4	65	18,6	113	22,6	413
	166		355		438		349		499		1.807

Abb. 7: Anteil der promovierten Hochschullehrer nach Fachrichtungen, N=1.807 (AW: Agrarwissenschaft, GW: Gesellschaftswissenschaft, NW: Naturwissenschaft, abs.: absolut)

Ähnlich stellt sich das Bild für die Habilitationen dar: Während in der ersten Berufungskohorte rund 30 Prozent der Habilitierten aus den Naturwissenschaften kamen, geht die Zahl in der zweiten Berufungskohorte auf knapp 20 Prozent zurück und steigt zwischen 1961 und 1970 wieder auf über 30 Prozent an. Aus den Geisteswissenschaften hingegen stammten in den drei Berufungskohorten (1945–1970) immer über 50 Prozent. Dementsprechend lag der Anteil der Habilitierten aus den Agrarwissenschaften in der ersten Kohorte bei nicht einmal 20 Prozent, in der zweiten Berufungskohorte knapp über 25 Prozent und in der dritten sank er auf nur noch 15 Prozent. Bei der Analyse wird an dieser Stelle nicht nach Dozenten und Professoren unterschieden, jedoch im weiteren Verlauf dieses Kapitels. Viele der Dozenten wurden in einem zweiten Berufungsverfahren zum Professor ernannt und hatten sich in der Zwischenzeit habilitiert.

Das Ergebnis könnte auf eine Besonderheit der HU zurückgehen, die als Hauptstadtuniversität nur bedingt mit den anderen Hochschulen in der DDR vergleichbar ist. Durch die Zoneneinteilung Berlins ging der HU rund die Hälfte ihrer agrarwissenschaftlichen Gebäude und landwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen an die westlichen Sektoren verloren. Das Hauptgebäude, die Bibliothek und die Versuchsgüter waren kriegsbedingt stark zerstört und auch der Großteil des Personals sowie der Studenten waren verwundet oder nicht mehr aus dem Krieg zurückgekehrt. Die Gründung der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften 1951 setzte eine Trennung von Lehre und Forschung in Gang, die zwar nie völlig abgeschlossen wurde, aber zur Folge hatte, dass die Agrarwissenschaften an der HU ihren Schwerpunkt auf die Ausbildung von Fachkräften und Ingenieuren legten. Sie waren also viel stärker als andere Fächer auf Praxis und Anwendung ausgelegt und diese Schwerpunktsetzung auf die Lehre erforderte zusätzliche Hochschullehrer, die ohne die nötigen Qualifikationen berufen wurden, da sie „nur“ lehren und nicht forschen sollten.⁶

⁶ Kirschke/Noack/Häger, *Getrennte Wege und Wiedervereinigung*, 642–647.

Die Abbildung 7 zeigt die Verteilung der Promotion A auf die Fachrichtungen. An anderer Stelle wurde bereits verdeutlicht, dass die nachgewiesenen Berufungen im Datensatz in jeder Kohorte ansteigen. In allen drei Fachrichtungen ist eine Zunahme der Promotion A in absoluten Zahlen zu verzeichnen. Die Verteilung auf die Fächer pro Kohorte ergibt jedoch ein differenziertes Bild. Die naturwissenschaftlichen Fächer konnten ihren Anteil an Berufungen mit Promotion A über alle fünf Berufungskohorten fast verdoppeln (mit einem signifikanten Rückgang zwischen 1971 und 1980). In den Agrarwissenschaften nahm ihr Anteil zwischen 1971 und 1990 dagegen kaum zu. Auch in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern stieg der Anteil an berufenen Hochschullehrern mit Promotion A über die Jahre. In den Gesellschafts- und den Naturwissenschaften wurde möglicherweise stärker an wissenschaftlichen Standards festgehalten und diese per Qualifikation kontrolliert. Insofern umfassten Berufungsvorschläge an das Ministerium in der Regel nur promovierte Wissenschaftler. Offenbar gestanden Staat und Partei – an verwertbaren Ergebnissen interessiert – den Fächern eine innerwissenschaftliche Regulierung mittels der Qualitätsstandards zu. Ein weiteres Beispiel untermauert die Annahme, dass nach 1970 vermehrt Hochschullehrer mit akademischen Qualifikationen berufen wurden. Die Zeitschrift der Humboldt-Universität mit dem Titel *HU* veröffentlichte einmal im Semester die Neuberufungen und Emeritierungen. In diesen Bekanntmachungen finden sich neben den Namen und der Fakultät (bzw. später der Sektion) auch die akademischen Titel der neu eingestellten Wissenschaftler. Während es in den Anzeigen vom Herbstsemester 1966/1967 – also noch vor der 3. Hochschulreform – gerade in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern immer wieder Ausnahmen gab und etwa „nur“ promovierte Wissenschaftler Professorenposten übernahmen, verfügten laut der Aufstellung zum Herbstsemester 1983/1984 alle neu berufenen Professoren über eine Habilitation („habil.“) oder eine Promotion B („sc.“). Für eine Dozentur hatte sich schon in den Anzeigen von 1966/1967 die Promotion als obligatorisch erwiesen.⁷

3.2 Entwicklung der Berufungen

Wie bereits im Kapitel 1 ausführlich gezeigt wurde, war eines der wichtigsten Anliegen der Hochschulpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg die Entnazifizierung, die in allen Zonen der Alliierten erfolgen sollte. In der SBZ diente sie zwei Zielen: der Säuberung der Institutionen von

⁷ Dies ist den entsprechenden Jahrgängen der von der SED-Kreisleitung herausgegebenen Zeitschrift zu entnehmen: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Kreisparteiorganisation der Humboldt-Universität Berlin (Hg.). Humboldt-Universität. Organ der SED-Kreisleitung. 1957–1990 (<http://d-nb.info/012876127>).

NSDAP-Mitgliedern und der Rekrutierung einer neuen politischen Elite. Den durch Entnazifizierungsmaßnahmen entstandenen Mangel an Hochschullehrern verschlimmerten Zwangsdeportationen von Wissenschaftlern in die Sowjetunion sowie der Weggang vieler Akademiker in die westlichen Besatzungszonen. Aber auch die US-amerikanische Besatzungsmacht verbrachte viele Wissenschaftler in die USA, mit oder gegen ihren Willen. Zum einen wollte man selbst von den Spezialisten profitieren, zum anderen die Wissenschaftler nicht der konkurrierenden Sowjetunion überlassen. Es handelte sich in der Regel um Naturwissenschaftler oder Spezialisten aus technischen oder medizinischen Bereichen.⁸

Die Folgen für die weitere Entwicklung der SBZ/DDR waren einschneidend. Der gravierende Personalmangel auf dem akademischen Arbeitsmarkt⁹ zwang den SED-Organen bei der Schaffung einer neuen sozialistischen Elite immer wieder pragmatische Entscheidungen auf. So entgingen politisch belastete Professoren – gerade in den Naturwissenschaften und der Medizin – mitunter der Entlassung oder profitierten von Wiedereinstellungen, weil kein anderweitiger Ersatz verfügbar war. Das stärkte natürlich die Verhandlungspositionen der verbleibenden Hochschullehrer. Eine uneingeschränkte Kaderpolitik war vonseiten der SED also nicht möglich, zumindest nicht in allen Fächern. Hubert Laitko fasst das Dilemma der hochschulpolitischen Institutionen folgendermaßen zusammen:

„Die Prozedur der ‚Entnazifizierung‘, die auf Grundlage alliierter Befehle erfolgte und über Anweisungen deutscher Verwaltungsorgane ausgeführt wurde, überschichtete und verdrängte die Initiativen von unten und trug im Unterschied zu diesen formalistische Züge; formale Kriterien wie die bloße Zugehörigkeit zur NSDAP wurden zur wesentlichen Grundlage für Ausschlußentscheidungen. Der moralische Rigorismus, der mit diesen Aktionen verbunden war, dürfte jedoch weitgehend ins Leere gelaufen sein. Der bereits erörterte extreme Mangel an qualifiziertem Personal erzwang Ausnahmeregelungen und eine minder rigide Handhabung der Anweisungen in bestimmten Bereichen.“¹⁰

Die Gesellschaftswissenschaften und ihre Vertreter waren gleichwohl von Anfang an einem außerordentlichen Druck ausgesetzt, sich den neuen politischen Verhältnissen und Prämissen inhaltlich anzupassen. Dabei wurden die Entnazifizierungsverfahren in Berlin mit besonderer Anstrengung vorangetrieben, weshalb die Personallage dort extrem angespannt war.¹¹ Die HU hatte im Vergleich zu anderen Universitäten den größten personellen Verlust zu erleiden, weil

⁸ Jaraus, Das Humboldt-Syndrom, 61f.

⁹ Ash, Konstruierte Kontinuitäten, 215f.

¹⁰ Laitko, Wissenschaftler im Berlin der frühen Nachkriegszeit, 375.

¹¹ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 36; Laitko, Wissenschaftler im Berlin der frühen Nachkriegszeit, 373ff.

sie der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung direkt unterstellt war, die alle noch bestehenden Arbeitsverträge zwischen 1945 und 1946 aufgehoben hatte.¹²

Die im Folgenden dargestellte Differenzierung der Berufungen nach Fachrichtungen kann bei der Einschätzung helfen, welche Fächer bzw. Institute von staatlicher Seite als ausbauwürdig und damit als wichtig anerkannt wurden. Die vor allem in den 1960er Jahren stattfindenden Debatten um eine Modernisierung der Wirtschaft und die Rolle, die der Wissenschaft in diesem Prozess zukam, erzeugten laut Tobias Kaiser ein Klima der ‚Planungseuphorie‘:

„Der Glaube an Wissenschaftlichkeit, Planbarkeit und Fortschritt beherrschte die Diskussion und führte zu einer Stärkung naturwissenschaftlicher und technischer Bereiche der Universität. Auf die Kybernetik als Regelkreistechnik und den Bau von Rechenmaschinen wurden zeitweise sehr große Hoffnungen gesetzt.“¹³

Obwohl hier, wie oftmals in der historischen Forschung, gezeigt wurde, dass gerade die Naturwissenschaften und die technischen Bereiche eine gesteigerte Aufmerksamkeit erfuhren, gehe ich dennoch davon aus, dass keine gravierenden Unterschiede in den Berufungszahlen zwischen den Fachrichtungen festzustellen sind, sondern Programme wie die in der Ära Ulbricht forcierte WTR Auswirkungen auf alle Bereiche hatten, wenn auch nicht in gleichem Maße. Tobias Kaiser führt weiter aus, dass „auch die Planbarkeit gesellschaftlicher Prozesse [...] in solcherart technokratische Denkschemata“ rückte.¹⁴

Abbildung 8 zeigt die Neuberufungen an die HU zwischen 1945 und 1970 aufgeschlüsselt nach Fachbereichen.¹⁵ Der Kurvenverlauf in den drei Fachrichtungen ähnelt sich auffällig. Die Berufungsphasen unterlagen also weniger fachspezifischen Entwicklungen, sondern folgten offensichtlich allgemeineren hochschulpolitischen Entscheidungen. Die Humboldt-Universität als eine Gesamtuniversität blieb erhalten und bildete keine fachspezifische Schwerpunktsetzung in dem Sinne aus, dass ganzen Fachrichtungen weniger Personal zugeführt wurde.

¹² Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 36.

¹³ Kaiser, Planungseuphorie, 252.

¹⁴ Ebd. Siehe auch Budde, Frauen der Intelligenz, 55ff.; Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 387.

¹⁵ Umberufungen auf eine höhere Position oder in ein anderes Fach werden vernachlässigt. Im Kapitel 2 wurde auf die zweiten und dritten Berufungen genauer eingegangen.

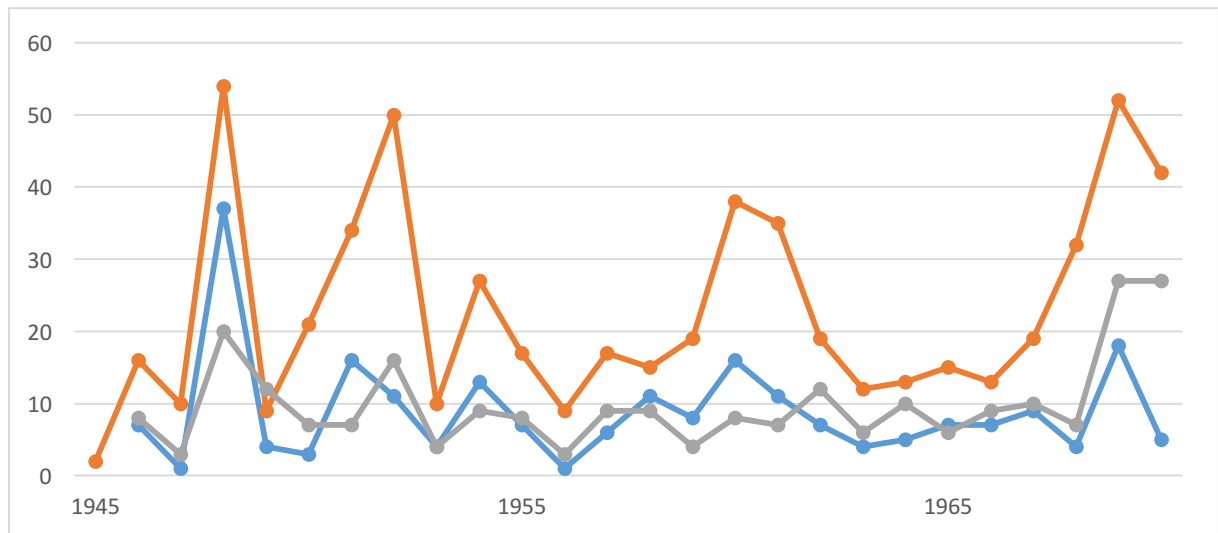


Abb. 8: Verteilung der Berufungen auf die Fachrichtungen (1945–1970), N=1.068 (blau: Agrarwissenschaft, orange: Gesellschaftswissenschaft, grau: Naturwissenschaft)

Deutlich sind allerdings die politischen Prämissen in der SBZ/DDR erkennbar. Beim allgemeinen Anstieg der Berufungszahlen 1948 verzeichneten die Agrarwissenschaften nahezu doppelt so viele Neueinstellungen wie die Naturwissenschaften. Da der Schwerpunkt der Agrarwissenschaften an der HU auf der Ausbildung von „akademischen Agrarfachkräften und von Agraringenieuren für leitende Aufgaben in der Agrargroßproduktion“¹⁶ lag, ist die Vergrößerung der Personaldecke wenige Jahre vor der II. Parteikonferenz der SED (1952), auf der die zunächst freiwillige, später erzwungene Kollektivierung landwirtschaftlicher Betriebe beschlossen wurde, wenig überraschend. Die HU sollte vor allem Fachkräfte für die Agrarproduktion ausbilden, während in den ehemaligen langwirtschaftlichen Einrichtungen und Gärtnereien der Berliner Universität in Dahlem, die nach dem Krieg der amerikanischen Besatzungszone angehörte, der Fokus auf internationaler Agrarentwicklung und Grundlagenforschung lag. In Ostberlin blieben weiterhin die traditionellen Arbeitsgebiete wie Landes- und Gartenkultur, Brauereiwesen, Zuckertechnologie und Milchwirtschaft bestehen, in Westberlin etablierte sich ab den 1960er Jahren darüber hinaus Forschung und Lehre der Agrarentwicklung in den Tropen und Subtropen.¹⁷

Diese Art der Internationalisierung und Professionalisierung war an der HU nur begrenzt möglich, weil zum einem eine allgemeine, wenn auch phasenweise, Abkehr von der

¹⁶ Kirschke/Noack/Häger, *Getrennte Wege und Wiedervereinigung*, 646.

¹⁷ Ebd., 647ff.

internationalen Forschungswelt erfolgte, indem Auslandsreisen nicht genehmigt oder die Benutzung ausländischer Literatur untersagt wurden.¹⁸ Zum anderen setzte sich in der Sowjetunion schon seit den 1930er Jahren in der Pflanzenzüchtung der Agrargenetiker Trofim Lysenko (1898–1976) durch.¹⁹

Genetiker an der HU, die Lysenkos Thesen nicht folgten, hatten es schwer, wie beispielsweise der Weggang des Agrarwissenschaftlers Hans Kapperts (1890–1976) von der HU im Jahr 1954 zeigte. Die meisten Nachwuchswissenschaftler der Biologie und der Agrargenetik erlernten nicht die klassischen genetischen Grundlagen, wie die Vererbungstheorie von Gregor Mendel (1822–1884), sondern die Ansichten Lysenkos, die nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die meisten sozialistischen „Bruderstaaten“ offiziell vertraten, obwohl wissenschaftliche Erfolge ausblieben.²⁰

Wie Abbildung 8 zu entnehmen ist, verblieben die Neueinstellungen in den 1960er Jahren bis zur 3. Hochschulreform auf einem niedrigen Niveau. Offensichtlich wurden wenig neue Stellen geschaffen, es kam kaum zu Emeritierungen und der Großteil jener Stellen, die kurz zuvor an in der DDR ausgebildete Wissenschaftler vergeben worden waren, blieben für mehrere Jahre besetzt. Zwar entstanden mit der Einrichtung außeruniversitärer Forschungszentren und Fachhochschulen sowie infolge des Bedeutungsgewinns der Akademien einige Professoren- und Dozentenstellen, jedoch nicht zwangsläufig an der HU. Entgegen der Vermutung, dass die Gesellschaftswissenschaften an der HU im Rahmen der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ an Bedeutung verloren, entfielen fast jedes Jahr über die Hälfte der Berufungen auf ihre Fächer. Die übrigen verteilen sich auf die anderen beiden Fachrichtungen, wobei sich der Schwerpunkt in den 1960er Jahren von den Agrar- in Richtung der Naturwissenschaften verschob. Vermutlich fiel einzelnen Fächern der Gesellschaftswissenschaften innerhalb der WTR bzw. ihren Vertretern, unter anderem als sogenannte Parteisolddaten, die Aufgabe zu, sowohl

¹⁸ Jens Niederhut, Wissenschaftsaustausch im geteilten Deutschland. Naturwissenschaftler in den deutsch-deutschen Beziehungen der 1960er Jahre, in: Jessen/John (Hgg.), Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre, 107–122, hier 108f.

¹⁹ Lysenko wurde „zum Inbegriff des pseudowissenschaftlichen Scharlatans und Ideologen [...]. Unter Rückgriff auf ältere russische Hypothesen verkündete er mit kräftiger Rückendeckung der Partei die ‚materialistische‘ Theorie von der prinzipiellen Prägung der pflanzlichen Erbmasse durch die Umwelt. Die bloße Veränderung der Lebensbedingungen [...] gebe dem Menschen einen leicht handhabbaren Schlüssel zur Ertragssteigerung in die Hand. Denn dies proklamierte Lysenko ebenso lautstark für seine ‚Theorie‘: daß sie unmittelbar praktisch sei und dazu beitragen könne, das wirtschaftliche Kardinalproblem der Sowjetunion zu lösen – die Bevölkerung besser zu ernähren. Lysenko stellte sich damit gegen den Rest der wissenschaftlichen Welt.“ Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, 577.

²⁰ Jörg Schulz, Biologie an der Humboldt-Universität nach 1945. Ihre Entwicklung im Spannungsfeld von Politik und Forschung, in: Tenorth (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 6, 583–605, hier 588–591.

die administrative und ministeriale Planung und Steuerung der vielen Rädchen des Wirtschaftsapparats als auch die Besetzung der Stellen der Kontrollstruktur in den Fabriken und Betrieben zu gewährleisten.²¹

Die Entwicklung der Neuberufungen in den einzelnen Fachrichtungen spiegelt gesellschaftliche sowie politische Prozesse wider, denn angesichts des oben beschriebenen historischen Kontexts, ist davon auszugehen, dass die naturwissenschaftlichen Fächer trotz des Endes der WTR die meisten Neuberufungen zu verzeichnen hatten, da in der Hochschulpolitik der DDR das Augenmerk stärker auf die technischen und naturwissenschaftlichen Fächer gelenkt wurde, um international nicht den Anschluss zu verlieren. In vielen westeuropäischen Ländern bemühte sich die Hochschulpolitik, bestimmte Bereiche zu besetzen, um aus Forschungserfolgen auch wirtschaftlichen Nutzen ziehen zu können. In der DDR sollte gleichzeitig das Konsumniveau für die Bürger angehoben werden, sodass weiterhin chemische und technische Entwicklungen für die Produktion im Fokus standen. Die Grundversorgung der Bevölkerung war in den 1970ern hingegen weitgehend gesichert. Dieter Kirschke, Karl-Heinz Noack und Astrid Häger beschreiben in ihrem Artikel über die Agrarwissenschaften an der HU die knappe Finanzausstattung. Möglicherweise nahm die Bedeutung der Agrarwissenschaften also ab. Auch die Gesellschaftswissenschaften dienten in den 1970er Jahren nur noch in beschränktem Maße den Legitimationsbestrebungen des Staates, wodurch sich zugleich ihre fachliche Bevormundung abschwächte.²²

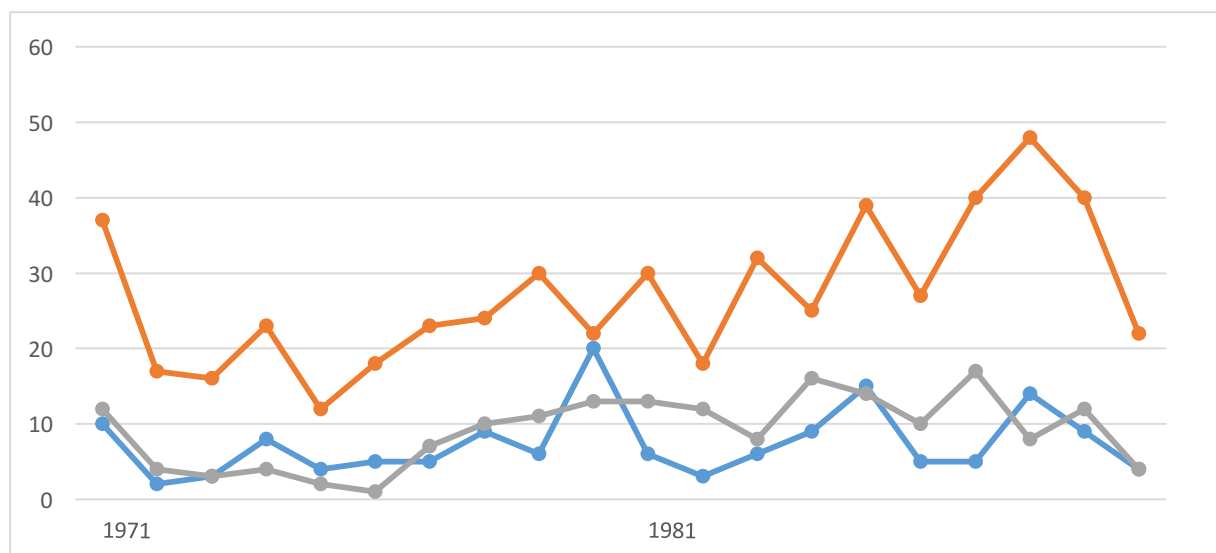


Abb. 9: Verteilung der Berufungen auf die Fachrichtungen (1971–1990), N=872 (blau: Agrarwissenschaft, orange: Gesellschaftswissenschaft, grau: Naturwissenschaft)

²¹ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 341.

²² Zu den Agrarwissenschaften: Kirschke/Noack/Häger, *Getrennte Wege und Wiedervereinigung*, 650. Zu den Geschichtswissenschaften beispielsweise: Wolfgang Hardtwig/Alexander Thomas, *Forschung und Parteilichkeit. Die Neuzeithistorie an der Berliner Universität nach 1945*, in: Tenorth (Hg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden*, Bd. 6, 333–360, hier 355.

Wie schon in den ersten drei Berufungskohorten (1945–1970) sind die Gesellschaftswissenschaften die Fachrichtung mit den meisten Neuberufungen (zwischen 40 und 75 Prozent), während auf die Agrar- und Naturwissenschaften jeweils 10 bis 25 Prozent der Einstellungen entfallen (vgl. Abb. 9). Die Berufungen in den Agrarwissenschaften und Naturwissenschaften bewegen sich zwischen 1970 und 1990 auf einem ähnlichen Niveau, auch wenn in den 1970er Jahren eine zeitweise Abnahme in den Naturwissenschaften stärker zu Buch schlägt. Eine Erklärung hierfür könnte im Bedeutungsverlust der Forschung nach dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker und dem damit einhergehenden Ende verschiedener Großforschungsprojekte liegen. Auch wenn die HU nicht Hauptträger dieser Forschungsprojekte war, kann doch von einem Verständniswandel ausgegangen werden, der auch Auswirkungen auf die stärker auf Lehre und Ausbildung konzentrierten Einrichtungen hatte, da der Schulung technischer und naturwissenschaftlicher Spezialisten keine Priorität mehr zukam. Im Gegensatz zu anderen Staaten war es in der DDR nicht gelungen, bei der Ausbildung von Fachkräften für Forschung und Entwicklung dem internationalen Tempo zu folgen; sie verlor in diesem Bereich immer mehr an wissenschaftlicher Bedeutung.²³

3.3 Berufungspositionen

Die Differenzierung der Berufspositionen nach Fachrichtungen wird aufzeigen, ob die Zunahme der Dozentenstellen und die Abnahme der Professorenstellen in allen Fächern vorlag. Die Verteilung der Berufungstitel nach Fachrichtung erfährt im Untersuchungszeitraum von 1945 bis 1970 eine deutliche Verschiebung (vgl. Abb. 10).

In der ersten Berufungskohorte werden etwa für die Gesellschaftswissenschaften 90 Professoren eingestellt, jedoch nur 17 Dozenten. Bereits zwischen 1951 und 1960 kippt dieses Verhältnis zugunsten der Dozenten und in der dritten Berufungskohorte sind schließlich nur noch ein Fünftel der neuen Hochschullehrer Professoren. In den Agrarwissenschaften zeigt sich anfänglich die Diskrepanz zwischen beiden Positionen am größten, mildert sich aber im Zeitverlauf ab. In der dritten Berufungskohorte finden sich schließlich mehr als doppelt so viele Dozenten wie Professoren. In eben dieser Kohorte werden in den Naturwissenschaften 96 Dozenten aber nur 24 Professoren berufen, noch im Jahrzehnt zuvor hatte sich das Verhältnis die Waage gehalten, obwohl auch in dieser Fachrichtung in den ersten Jahren nach dem Krieg deutlich mehr Professoren eingestellt worden waren.

²³ Lengwiler, Kontinuitäten und Umbrüche, 23.

		1945–1950		1951–1960		1961–1970		Gesamt	
		abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
AW	Dozent	3	5,8	35	37,6	53	68,8	91	41,0
	Professor	49	94,2	58	62,4	24	31,2	131	59,0
	Gesamt	52		93		77		222	
GW	Dozent	17	15,9	151	63,4	198	78,3	366	61,2
	Professor	90	84,1	87	36,6	55	21,7	232	38,8
	Gesamt	107		238		253		598	
NW	Dozent	5	10,2	38	49,4	96	80,0	139	56,5
	Professor	44	89,8	39	50,6	24	20,0	107	43,5
	Gesamt	49		77		120		246	

Abb. 10: Verteilung der Berufungspositionen in den Fachrichtungen (1945–1970), N=1.066 (AW: Agrarwissenschaft, GW: Gesellschaftswissenschaft, NW: Naturwissenschaft, abs.: absolut)

In allen drei Fachrichtungen kommt es, in unterschiedlicher Intensivität, zu einer Zunahme der Berufungen auf Dozentenstellen und zu einer Abnahme der Berufungen auf Professorenstellen. Dozenten als Stellen, die eigentlich nicht als Durchgangsstadium zur Professur verstanden werden sollten, wurden erst in der Nachkriegszeit geschaffen und mussten sich offensichtlich erst etablieren.²⁴ Die HU war gezwungen, Professorenstellen frühzeitig und schnell zu besetzen, um die Lehre und die Organisation der Institute sicherzustellen. Trotz anfänglicher Fluktuation, mit unterschiedlicher Ausprägung in den jeweiligen Fachrichtungen, blieben dann die Professorenstellen langfristig besetzt, während mehr Dozenten geschaffen wurden, um die Lehre und Forschung an den Instituten gewährleisten zu können.

Abbildung 11 gibt die Berufungspositionen für die drei Fachrichtungen in den Kohorten von 1971–1980 bzw. 1981–1990 wieder. Die Naturwissenschaften beispielsweise, die, zwar mit Ausnahmen, zeitweise viele Neuberufungen zu verzeichnen hatte, weil das Streben der DDR nach internationaler Anerkennung und der Steigerung der Konsumindustrie Forschungsvorhaben in diesem Bereich nötig machte, könnte eine der Fachrichtungen gewesen sein, die im Vergleich viele Professorenstellen zu besetzen hatte, da die Naturwissenschaften personell ausgebaut und durch die Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen Professoren zu außeruniversitären Stellen gewechselt haben, so dass (Professoren)Stellen neu besetzt werden konnten oder mussten. Faktisch nahm aber nur die Neubesetzung von Dozentenstellen zu.

²⁴ Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 189.

		1971–1980		1981–1990		Gesamt	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
AW	Dozent	64	88,8	70	92,1	134	90,5
	Professor	8	11,2	6	7,9	14	9,5
	Gesamt	72		76		148	
GW	Dozent	184	82,8	265	82,6	449	82,7
	Professor	38	17,2	56	17,4	94	17,3
	Gesamt	222		321		543	
NW	Dozent	51	76,1	98	86,0	149	82,3
	Professor	16	23,9	16	14,0	32	17,7
	Gesamt	67		114		181	

Abb. 11: Verteilung der Berufspositionen in den Fachrichtungen (1971–1990), N=872 (AW: Agrarwissenschaft, GW: Gesellschaftswissenschaft, NW: Naturwissenschaft)

Nachdem insbesondere die Anzahl der neuberufenen Professoren in der dritten Berufungskohorte – nach dem Ende der Bildungsexpansion sowie dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker – in allen drei Fachbereichen zurückgegangen war (vgl. Abb. 10), nahmen die Zahlen teilweise ab den 1970er Jahren langsam wieder zu. Abbildung 11 zeigt, dass zumindest in allen Fachbereichen eine Zunahme der Berufungen von den 1970er Jahren zu den 1980er Jahren festzustellen ist. Auffällig ist gleichwohl, dass nur in den Gesellschaftswissenschaften wieder das Niveau der 1960er Jahre erreicht wird – und auch dies nur für die Professuren. In den Agrarwissenschaften verblieben in den 1980er Jahren hingegen nur noch ein Viertel der Neuberufungen der 1960er Jahre, in den Naturwissenschaften immerhin 75 Prozent. Möglich wäre zum einen, dass in den Gesellschaftswissenschaften mehr neue Stellen für Hochschullehrer geschaffen wurden oder die Fluktuation der Stelleninhaber höher war als in anderen Fachrichtungen.

3.4 Sozialstruktur in den Fachrichtungen

Dieser Abschnitt geht der Frage nach, ob bestimmte soziale Gruppen in größerem Maße in den einzelnen Fachrichtungen anzutreffen sind und welche Aussagen sich über die soziale Mobilität in den jeweiligen Fächern treffen lassen. Es wäre denkbar, dass gerade in den Gesellschaftswissenschaften, die sich dem Meinungsmonopol der SED stärker unterordnen mussten und wo nach Kriegsende viele Hochschullehrer aufgrund ihrer „bürgerlichen“ Herkunft entlassen wurden (vgl. Kapitel 4), die Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien – der neuen, vermeintlich systemtragenden Gruppe – leichter Fuß fassen konnten. Ein Grund könnte sein, dass sie dort weniger mit den traditionellen Strukturen, die sich oftmals durch die Abhängigkeit von einem Professor auszeichneten, konfrontiert waren. Abbildung 12 zeigt, welche soziale Herkunft die Hochschullehrer in den jeweiligen Fachrichtungen aufwiesen.

		1945–1950		1951–1960		1961–1970		1971–1980		1981–1990		Gesamt	
		abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
AW	A	0	0	4	9,8	2	3,6	3	6,8	0	0	9	4,7
	B	2	12,5	6	14,6	13	23,6	7	15,9	11	32,4	39	20,5
	F/H	5	31,3	12	29,3	14	25,5	17	38,6	6	17,7	54	28,4
	G	0	0	0	0	1	1,8	0	0	0	0	1	0,5
	H/G	2	12,5	5	12,2	6	10,9	8	18,2	13	38,2	34	17,9
	L	3	18,8	5	12,2	11	20	6	13,6	3	8,8	28	14,7
	ODK	1	6,3	0	0	1	1,8	0	0	0	0	2	1,1
	UDK	3	18,8	9	22,0	7	12,7	3	6,8	1	2,9	23	12,1
	Gesamt	16		41		55		44		34		190	
GW	A	0	0	22	19,8	38	25,3	29	25,2	21	19,4	110	20,8
	B	3	6,5	1	0,9	5	3,3	5	4,4	2	1,9	16	3,0
	F/H	14	30,4	27	24,3	46	30,7	36	31,3	28	26	151	28,5
	G	3	6,5	3	2,7	4	2,7	2	1,7	1	0,9	13	2,5
	H/G	7	15,2	16	14,4	28	18,7	23	20,0	25	23,2	99	18,7
	L	3	6,5	15	13,5	11	7,3	9	7,8	9	8,3	47	8,9
	ODK	3	6,5	3	2,7	2	1,3	0	0	4	3,7	12	2,3
	UDK	13	28,3	24	21,6	16	10,7	11	9,6	18	16,7	82	15,5
	Gesamt	46		111		150		115		108		530	
NW	A	1	3,3	2	5,3	5	7,5	5	11,4	3	6,8	16	7,2
	B	0	0	1	2,6	3	4,5	3	6,8	2	4,6	9	4,0
	F/H	4	13,3	10	26,3	30	44,8	13	29,6	15	34,1	72	32,3
	G	2	6,7	0	0	0	0	0	0	1	2,3	3	1,4
	H/G	7	23,3	3	7,9	7	10,5	11	25,0	12	27,3	40	17,9
	L	3	10,0	10	26,3	9	13,4	2	4,6	3	6,8	27	12,1
	ODK	3	10,0	0	0	2	3,0	1	2,3	2	4,6	8	3,6
	UDK	10	33,3	12	31,6	11	16,4	9	20,5	6	13,6	48	21,5
	Gesamt	30		38		67		44		44		223	

Abb. 12: Verteilung der sozialen Herkunft auf die Fachrichtungen (1945–1990), N=934 (AW: Agrarwissenschaft, GW: Gesellschaftswissenschaft, NW: Naturwissenschaft, A: Arbeiter, B: Bauern, F/H: Facharbeiter/Handel, G: Geistliche, H/G: Handwerk/Gewerbe, L: Lehrer, ODK: obere Dienstklasse, UDK: untere Dienstklasse)

Während für den kompletten Zeitraum in den Agrarwissenschaften Personen aus Bauernfamilien nach jenen aus Facharbeiterelternhäusern die zweitgrößte Gruppe darstellen, sind sie in den anderen beiden Fachrichtungen kaum vertreten. Ähnliches gilt für die Berufenen mit proletarischem Familienhintergrund („Arbeiter“), die in den Gesellschaftswissenschaften die zweitgrößte Personengruppe stellen, jedoch in den anderen beiden Fächern kaum sichtbar sind. Für die Agrarwissenschaftler, deren Väter in der Landwirtschaft tätig waren, änderte sich zwar das Arbeitsfeld vom Hof zur Hochschule, inhaltlich blieben sie ihrem Herkunftsumfeld jedoch

nahe.²⁵ Wenn ein Student der Agrarwissenschaft nach dem Studium nicht an der Universität blieb um zu lehren, sondern wieder in die Landwirtschaft zurückkehrte, stellt sich freilich die Frage, ob es sich um die politisch versprochene Partizipation und den erwünschten Elitenaustausch handelte, oder um eine mehr oder weniger opportunistisch in Anspruch genommene Weiterbildungsmaßnahme. Klarheit über die beruflichen Werdegänge von Agrarwissenschaftlern außerhalb der Universität können hier nur weitergehende Studien bringen. Es spielt natürlich bei der Bewertung über das Erreichen der politischen Ziele der SED eine Rolle, ob ein studierter Bauernsohn nach seinem Studium eine LPG leitet oder als Landarbeiter eingesetzt wird. Auch die Präferenz der Arbeiterkinder für gesellschaftswissenschaftliche Fächer spricht auf den ersten Blick nicht dafür, dass ihnen die gleichen Partizipationsmöglichkeiten wie anderen sozialen Gruppen ermöglicht wurden. Denn gerade in den 1960er Jahren, im Zuge der WTR, erfuhren die Naturwissenschaften zumindest eine ideelle Aufwertung: In diesem Fachbereich waren aber kaum Vertreter proletarischer und bäuerlicher Schichten anzutreffen. Die Hochschullehrer aus der Bauern- und Arbeiterschicht konnten sich dennoch mit der Zeit, wenn auch nur in jeweils einer Fachrichtung, deutlich etablieren und stellten in den 1960er Jahren in „ihrem Fach“ jeweils etwa ein Viertel der Hochschullehrer. Gleichwohl kann die Konzentration von Angehörigen der Arbeiterschicht in den politisch relevanten gesellschaftswissenschaftlichen Fächern als Erfolg im Sinne der SED-Hochschulpolitik gewertet werden, galt die Arbeiterklasse doch in den Augen der Partei als per se loyal.

Die größte Gruppe in allen drei Fachrichtungen bilden Berufene aus Facharbeiterfamilien mit einem Anteil von jeweils circa 30 Prozent. Personen aus Handwerkerelternhäusern sind fachübergreifend sehr ausgeglichen verteilt. Entgegen der Vermutung, dass die Herkunft aus Lehrerfamilien eher zur Berufung in den Gesellschaftswissenschaften oder den Naturwissenschaften prädestinierte, ist ein Großteil der diesem Milieu Entstammenden in einem schulfernen Bereich, den Agrarwissenschaften zu finden.

Dass gerade die Arbeiterkinder in den Gesellschaftswissenschaften Fuß fassten, ergibt sich auch aus einem doppelten Neuanfang: Sie waren „Neuankömmlinge“ in der Institution Universität. Die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer wiederum entstanden teilweise neu – wie die Kulturwissenschaften –, oder mussten sich nach den Jahren des Nationalsozialismus und mit dem Übergang zur engen Bindung an die Sowjetunion „neu erfinden“, wie die Philo-

²⁵ Die Hoftradition wurde jedoch in den 1960er Jahren durch die Kollektivierung der Landwirtschaft gebrochen, da nach der Schaffung von LPGs keine Erbfolge mehr bestand. Vgl. dazu Bauernkämper, Die Sozialgeschichte der DDR, 34.

sophie, die Geschichte oder auch die Rechtswissenschaften. Alle waren in großem Maße gezwungen, sich den politischen Vorstellungen der SED anzupassen bzw. unterzuordnen. Diese inhaltliche Neuausrichtung bei gleichzeitiger Neubesetzung der Hochschulangehörigen aus den Schichten, die eine soziale Aufwärtsmobilität erfahren sollten, schuf offenbar ein Klima, das den Einzelnen die Orientierung und Partizipation erleichterte, gerade wenn ihnen der akademische Habitus fremd war. Es gestattete den Aufstieg in einem neu begründeten Zweig, wo die Zielgruppe der SED beweisen konnte, ob sie die geforderte Loyalität aufbrachte, indem sie die Inhalte mit den politischen Zielsetzungen der DDR zu verknüpfen wusste.²⁶

In den ersten drei Berufungskohorten (1945–1970) zeigen sich klare Tendenzen bezüglich der Arbeiter-, Bauern-, und Facharbeiterkinder. Vertreter aller drei Gruppen konnten sich im Zeitverlauf in allen drei Fachbereichen an der HU etablieren. Es ist davon auszugehen, dass sie die Anpassung an den universitären Habitus erfolgreich leisteten. Gleichzeitig dürften die sozialen Grenzen auch über die Universität hinaus in jenen Jahren durchlässiger geworden sein.

In den beiden letzten Berufungskohorten (1971–1990) schwächte sich die Überrepräsentanz einiger Personengruppen in einzelnen Fachrichtungen jedoch nicht ab. Die Hochschullehrer aus Bauernfamilien stellen in den Agrarwissenschaften eine der größten Personengruppen, während sie in den anderen beiden Fachrichtungen kaum in Erscheinung treten. Auch die Gruppe der Arbeiterkinder setzt den Trend der Berufungskohorten vor 1970 fort und ist vorrangig in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern anzutreffen. In den Agrarwissenschaften sind Arbeiterkinder fast gar nicht und in den naturwissenschaftlichen Fächern nur wenig stärker als in den Jahren 1945–1970 vertreten. Auch Vertreter aus Facharbeiter- und Handwerkerfamilien werden relativ gleichbleibend in alle drei Fachrichtungen berufen.

Obwohl mit den 1970er Jahren die explizite Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder endete, werden sie weiterhin als Hochschullehrer an die HU berufen, ohne dass ihr Anteil sonderlich abnahm und sich die soziale Zusammensetzung der Fächer bedeutend änderte. Womöglich hätte sich dies erst mit einem gewissen Zeitverzug, also erst nach 1990, gezeigt. Zudem reichte die politisch gewollte Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder offensichtlich nicht aus. Vielmehr mussten sich traditionelle Strukturen und ein fachspezifischer Habitus ändern, damit etwa naturwissenschaftliche Fächer für alle Sozialgruppen attraktiv wurden. Auch dieser Aspekt der Untersuchung der neuberufenen Hochschullehrer zeigt also: Die politisch angestrebte soziale Gleichheit konnte mit Blick auf die Verteilung auf die Fachrichtungen nicht realisiert werden.

²⁶ Als Beispiel sei an dieser Stelle auf die Philosophie an der HU verwiesen. Vgl. Herzberg, Philosophie an der Humboldt-Universität, 139–176.

3.5 Zwischenfazit

Zusammenfassend kann für die fachspezifischen Fragestellungen der Arbeit festgehalten werden, dass es in allen drei Fachrichtungen zu einer Zunahme der Promotion A in absoluten Zahlen kam. Die naturwissenschaftlichen Fächer konnten ihren Anteil an Berufungen mit Promotion A dementsprechend fast verdoppeln. Zwischen 1971 und 1990 nahm der Anteil beispielsweise in den Agrarwissenschaften hingegen kaum zu. Auch die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer hatten im Vergleich einen deutlich höheren Anteil an berufenen Hochschullehrern mit Promotion A.

Bei den Neuberufungen ließ sich zeigen, dass die Zu- und Abnahme von Berufungen in allen drei Fachrichtungen zeitlich ähnlich verlief. Die Berufungsphasen unterlagen also vorrangig allgemeinen hochschulpolitischen Entscheidungen und weniger fachinternen Entwicklungen.

Fast die Hälfte der Berufungen waren in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern zu verzeichnen, während die übrigen sich auf die anderen beiden Fachrichtungen verteilen, wobei sich die Zahlen in den Agrarwissenschaften und den Naturwissenschaften bei zeitweiligen Schwankungen meist auf einem ähnlichen Niveau bewegten. In allen drei Fachrichtungen kam es, in unterschiedlicher Intensivität, zu einer Zunahme der Berufungen auf Dozentenstellen und zu einer Abnahme der Berufungen auf Professorenstellen.

Die Ergebnisse für die Berufungskohorten zwischen 1971 und 1990 können die Vermutung nicht bestätigen, dass die Überrepräsentanz einiger Personengruppen auf einzelne Fachrichtungen deutlich abnehmen würde. Die Hochschullehrer aus Bauernfamilien in den Agrarwissenschaften stellen eine der größten Personengruppen dar und auch die Gruppe der Arbeiterkinder setzt den Trend der Berufungskohorten vor 1970 fort, vorrangig in die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer zu strömen. In den Agrarwissenschaften waren Arbeiterkinder fast gar nicht vertreten; in den naturwissenschaftlichen Fächern war ihre Anzahl sehr gering. Vertreter aus Facharbeiter- und Handwerkerfamilien wurden relativ gleichbleibend in alle drei Fachrichtungen berufen. Trotz dem Ende der expliziten Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern in den 1970er Jahren nahmen ihre Berufungszahlen an die HU nicht ab, ohne dass sich die soziale Zusammensetzung der Fächer bedeutend geändert hätte.

Für eine nähere Analyse müsste zukünftig die soziale Herkunft der Neulehrer einbezogen werden. Der vorliegende Datensatz bietet hierzu leider keine Informationen. Neulehrer wurden, ähnlich wie Neurichter, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in der SBZ ausgebildet, da die Mitglieder dieser beiden Berufsgruppen zum einen aufgrund des Nationalsozialismus als

politisch belastet galten, zum anderen wurde ihnen für die neue sozialistische Gesellschaftsform eine hohe Bedeutung zugesprochen und die SED wollte in diesen Berufen ihr genehmes Personal etablieren.

4. Die Bedeutung der sozialen Herkunft für die Berufswege

Während in der Frühphase der DDR die Hochschulen bemüht waren, auch Personengruppen aufzunehmen, die traditionell kaum Zugang zu höherer Bildung hatten, wurde insbesondere in den 1980er Jahren neben dem politischen Bekenntnis zum Staat die individuelle Leistungsbereitschaft zu einer gewichtigen Voraussetzung. Während immer weniger Arbeiter- und Bauernkinder als Studierende Eingang in die Hochschulen fanden, stieg der Anteil jener, deren Eltern der Arbeiterschicht entstammten, die aber nun in die sozialistische Intelligenz aufgestiegen waren und dem Staat politisch näherstanden als die vorherigen Kohorten. Insgesamt schienen sich also die vertikalen Mobilitätschancen im Vergleich zu den 1950er Jahren zu verringern.¹

Obwohl einige Arbeiten über die Universitätsangehörigen in der DDR ihren Untersuchungszeitraum Mitte der 1970er Jahre enden lassen, können ihre Erkenntnisse zur Reproduktion der sozialistischen Intelligenz auch auf die 1980er Jahre übertragen werden. So zeigt etwa Michael Leszczensky, dass die Großväter derer, die in den 1980er Jahren in der DDR studierten, größtenteils (Teil-)Facharbeiter waren, während ihre Väter mehrheitlich einen Fach- oder Hochschulabschluss vorweisen konnten.² In der Bundesrepublik stieg der Anteil der Arbeiterkinder von 16,7 Prozent im Jahr 1950 auf 22,5 Prozent im Jahr 1960 und betrug Mitte der 1980er Jahre circa 40 Prozent.³ Der Anteil bildungsferner Schichten an der Studentenschaft wurde in der Bundesrepublik also weiter ausgebaut, während er in der DDR stagnierte oder sogar rückläufig war:

„Diese Schließungsprozesse der Hochschulen wirkten sich vor allem zuungunsten von Arbeiter- und Bauernkindern aus, während Söhne und Töchter von Funktionären davon profitieren konnten. Die materielle Schlechterstellung der Intelligenz [...] minderte jedoch gleichzeitig die Attraktivität vieler akademischer Professionen.“⁴

Das folgende Kapitel soll die in der historischen Forschung gefällten Urteile über soziale Herkunft der Studierenden in der DDR ergänzen, indem am Beispiel der HU die soziale Herkunft der Hochschullehrer analysiert wird.

Die leitenden Forschungsfragen lauten, ob die geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der postulierten Ziele – wie Entnazifizierung und Egalisierung der Gesellschaft – führten und

¹ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 240f.

² Für die soziale Herkunft der Großväter der Studierenden der 1980 Jahre vgl. Leszczensky/Filaretow, Hochschulstudium in der DDR, 59. Für eine Aufschlüsselung der Bildungsabschlüsse der Väter in verschiedenen Kohorten vgl. Mertens/Voigt, Soziale Herkunft und Selbstrekrutierung, 166f.

³ Erika Haas, Arbeiter- und Akademikerkinder an der Universität. Eine geschlechts- und schichtspezifische Analyse, Frankfurt a.M. 1999, 27.

⁴ Budde, Frauen der Intelligenz, 41.

ob ein Ende der „bürgerlichen Tradition“ sowie die Schaffung einer „sozialistischen Universität“ sich in einer veränderten sozialen Zusammensetzung der Hochschullehrerschaft widerspiegeln. Ich gehe davon aus, dass sich die hochschulpolitischen Ziele, gerade bezüglich der sozialen Herkunft der Hochschullehrer, in der Zusammensetzung der Neuberufungen deutlich niederschlagen, auch wenn es der SED nie gelang, eine „Kaderpolitik“ zu betreiben, die nicht auch pragmatischen Kriterien Tribut zollte. Damit würde sich bei den Hochschullehrern der HU wahrscheinlich ein ähnlicher Trend zeigen wie bei den Studierenden, die im Verlauf der DDR zahlenmäßig abnahmen.⁵

4.1 Vorstudienanstalten und Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten

Die Vorstudienanstalten und die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) waren als Mittel zur Qualifizierung wissenschaftlichen Nachwuchses in der DDR neu eingeführt worden. Welche Bedeutung kam diesen Institutionen zur Schaffung einer „neuen sozialistischen Elite“ zu und inwieweit bildeten sie für Hochschullehrer der HU Stationen auf dem Weg zu einer Dozentur/Professur?

Das bildungspolitische Ziel hinter der Gründung der Vorstudienanstalten bzw. der ABF war nicht nur die Förderung gesellschaftlicher Chancengleichheit. Sie sollte auch einen Beitrag zum gesellschaftlichen Elitenwechsel leisten. Dieser sah vor, die traditionellen „bürgerlichen“ Eliten, unter anderem an den Universitäten, langfristig durch eine potenziell loyalere Gruppe, die „fortschrittliche Intelligenz“, zu ersetzen, um die Macht im sozialistischen Staat zu festigen und zu legitimieren.⁶ Schließlich hatten die Bemühungen der SED nicht nur den Zweck, den Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder unter den Hochschullehrern zu erhöhen. Der akademische Abschluss sollte die Absolventen in alle gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bereiche führen, um dort die Interessen der „Arbeiterpartei“ in Leitungspositionen zu vertreten. Die Hochschullehrer sind also nur eine Gruppe unter vielen, die beispielhaft auf den partizipatorischen Erfolg untersucht werden kann.

ABF wurden an allen Universitäten und Hochschulen der SBZ sowie der DDR eingerichtet. In der Regel konnte das allgemeinbildende Abitur in drei Jahren erlangt werden, da die

⁵ Grundsätzlich wäre es notwendig, die Analyse der sozialen Herkunft der Hochschullehrer der HU mit der gesamtgesellschaftlichen Zusammensetzung der DDR-Bevölkerung zu kontrastieren. Wie jedoch in der Einleitung sowie im Kapitelteil über die soziale Zusammensetzung der SED-Parteimitglieder an der HU bereits ausgeführt wurde, kann die soziale Zusammensetzung der DDR-Bevölkerung nicht hinreichend dargestellt werden, da sich sogar die Kategorisierung der DDR-Statistiken im Laufe der Zeit veränderte.

⁶ Ingrid Miethe, „Keine herrschende Klasse ist je ohne ihre eigene Intelligenz ausgekommen“ (Stalin). Der Beitrag der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) zum Elitenwechsel in der DDR, in: Jutta Ecarius/Lothar Wigger (Hgg.), Elitebildung – Bildungselite. Erziehungswissenschaftliche Diskussion und Befunde über Bildung und soziale Ungleichheit, Opladen 2006, 67–93, hier 67.

ABF auf einem 8.-Klasse-Abschluss aufbauten und eine Berufsausbildung voraussetzten. Hanna Behrend, später außerordentliche Dozentin für Anglistik an der HU, erinnert sich an ihre Zeit an der dortigen Vorstudienanstalt:

„Ich gehörte der Klasse VMde an. Das ‚M‘ stand für ‚mittlere Reife‘ und bedeutete, dass man ausreichend Vorkenntnisse hatte, um das Abitur in zwei Jahren zu schaffen. Die ‚G‘-(Grundschüler-)Klassen sollten es in drei Jahren schaffen. Ich wurde Anfang des Jahres 1949 in die nächsthöhere ‚M‘-Klasse eingestuft und bestand das Abitur somit in einem Jahr mit Auszeichnung.“⁷

Die Absolventen der ABF waren sicherlich vor eine größere Herausforderung gestellt als die Schüler an den Oberschulen, denn neben dem immensen Lehrstoff, den sie in kürzester Zeit behandeln mussten, war ihnen diese Form der (Aus)Bildung wahrscheinlich fremder als ihren zukünftigen Kommilitonen, weil es in den Familienhäusern kaum Erfahrungen mit höheren Schulen oder Universitäten gab. Zudem mussten Studierende, wie Hanna Behrend berichtete, trotz Stipendium teilweise nebenher arbeiten gehen.⁸ Insgesamt haben rund 40.000 Absolventen die Vorstudienanstalten und die ABF durchlaufen und waren damit automatisch für ein Universitätsstudium zugelassen. Zwar ist die Zuordnung zu Arbeiter- und Bauernfamilien nur schwer möglich, dennoch geht Ingrid Miethe davon aus, dass tatsächlich 70 Prozent der Absolventen aus einem bildungsfernen Haushalt stammten.⁹ Die SED-Parteimitgliedschaft war übrigens offiziell und wahrscheinlich auch tatsächlich kein Aufnahmekriterium.¹⁰

In der historischen Forschung gehen die Einschätzungen zur Bedeutung der ABF auseinander. So hält etwa John Connelly die Installation neuer Regularien in der Bildungspolitik für sehr bedeutsam: „Keine andere osteuropäische Führung hatte so gut begriffen, welches Potential das Bildungssystem für die Schaffung einer treuen Elite barg, wie die SED.“¹¹ Jedoch scheint der Erfolg der neuen Bildungseinrichtungen vorwiegend propagandistischer Art gewesen zu sein. Er trug zur Legitimation des jungen Staates und seiner politischen Ziele bei. Versuche, den Erfolg der gesellschaftlichen Umstrukturierung zu quantifizieren, relativieren die Bedeutung der ABF deutlich. Ingrid Miethe geht von zwei grundlegenden Denkfehlern der SED aus. Zum einen seien die Arbeiter- und Bauernkinder nicht grundsätzlich politisch loyaler gewesen und dementsprechend erfüllten sie nicht die an sie herangetragenen Erwartungen. Zum

⁷ Hanna Behrend, *Die Überleberin. Jahrzehnte in Atlantis*, Wien 2008, 251.

⁸ Ebd.

⁹ Miethe/Schiebel, *Biografie, Bildung und Institution*, 11f. (FN 4 u. 5).

¹⁰ Vgl. Michael C. Schneider, *Bildung für die neuen Eliten. Die Gründung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR*, Dresden 1998, 27. Schneider führt eine Empfehlung Anton Ackermanns aus dem Jahr 1949 an.

¹¹ Connelly, *Humboldt im Staatsdienst*, 92.

anderen habe die Förderung dieser eher bildungsfernen Schicht weniger gefruchtet als erhofft, weil sie entgegen aller Erwartung kein unbegrenztes Entwicklungspotenzial mitbrachte und die ABF es verpassten, mit pädagogischen Maßnahmen den Mangel an sozialem und kulturellem Kapital wettzumachen.¹² Diese These wird von dem Umstand gestützt, dass nur zwei Drittel der Aufgenommenen an den ABF erfolgreich das Abitur ablegten und letztendlich bloß 45 Prozent der ABF-Zugangsberechtigten im Anschluss ein Studium an einer Hochschule aufnahmen. Und auch hier waren nicht alle erfolgreich. Im Gegenteil: Ingrid Miethe berichtet von einer sehr hohen Abbruchquote, gerade im naturwissenschaftlich-mathematischen Fachbereich, in den sprachlichen Fächern sowie unter den Medizinstudierenden. Dies spricht jedoch nicht gegen einen grundlegenden sozialstrukturellen Wandel an den Hochschulen und keineswegs gegen einen Elitenaustausch in der DDR, denn schließlich gingen Arbeiter- und Bauernkinder auch den „normalen“ Weg über die Oberschule an die Universitäten und Hochschulen. Ingrid Miethe geht davon aus, dass die Bevorzugung von Arbeiter- und Bauernkindern beim Zugang zu Oberschule und Studium einen weit größeren Effekt hatte als die Etablierung der ABF.¹³

Die Auswertung des Datensatzes bezüglich der Teilnahme am sogenannten Arbeiterstudium¹⁴ zeigt folgendes Bild: Von den 1.071 zwischen 1945 und 1970 berufenen Hochschullehrern besuchten 59 nachweislich eine ABF. Allerdings muss hinzugefügt werden, dass die Recherche für die restlichen Personen keine entsprechende Angabe zutage förderte. Gleichwohl ist es unwahrscheinlich, dass der Besuch einer ABF keinen Eingang in den akademischen Lebenslauf fand, handelte es sich doch nicht um einen Makel, sondern einen Ausweis der eigenen Förderwürdigkeit. Im Zeitverlauf zeichnet sich ein leichter Anstieg ab: In der ersten Berufungskohorte (1945–1950) fanden sich keine Absolventen einer ABF, in der zweiten (1951–1960) waren es 5 Prozent und in der dritten (1961–1970) 8 Prozent der Hochschullehrer an der HU.

Dennoch überrascht der relativ kleine Anteil an Absolventen, war es doch die Aufgabe der ABF, „wissenschaftliche Fachkräfte aus den Reihen der Arbeiter und werktätigen Bauern heranzubilden, die mit hoher fachlicher und politischer Qualifikation bei der sozialistischen Umgestaltung der Hochschulen mitwirken und nach Abschluss des Studiums als Teil der sozialistischen Intelligenz die ihnen gestellte Aufgabe beim Aufbau des Sozialismus in der DDR

¹² Miethe, Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten, 69.

¹³ Ebd., 75f.

¹⁴ Über die Aufweichung der Herkunft der Arbeiter, „die in der Regel 2 Jahre als ungelernte, angelernte und gelernte Arbeiter tätig waren“, berichtet Schneider, Bildung für die neuen Eliten, 26. Die Öffnung der Kategorie verweist darauf, dass etliche Nicht-Arbeiter- und Bauernkinder an den ABF waren. Vgl. ebd., 43.

erfüllen“¹⁵ sollten. Das Ergebnis stützt also Ingrid Miethes Ausführungen, die ABF hätten keineswegs die von der sozialistischen Führung intendiert große Bedeutung beim Elitenaustausch in der DDR gehabt, zumindest nicht an den Universitäten und Hochschulen.¹⁶

Die SED-Regierung verfehlte auch deshalb ihre Ziele, weil nicht genug Arbeiter- und Bauernkinder für das Absolvieren der ABF gewonnen werden konnten. Daher überrascht es nicht, dass auch Kinder aus anderen sozialen Gruppen in die ABF aufgenommen wurden, die in abweichenden historischen Konstellationen ihren Hochschulzugang womöglich an einer weiterführenden Schule erworben hätten. Den Grund bildeten die Veränderungen der Ausbildungswege im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg, die Normalbiografien nahezu unmöglich machten. Viele Kinder und Jugendliche konnten ihr Abitur oder ihre Ausbildung nicht beenden, erlangten zum Beispiel nur das sogenannte Notabitur, das später nicht für einen Besuch an einer Hochschule anerkannt wurde, und dies galt eben für alle Klassen, Schichten und sozialen Milieus. Der Besuch einer ABF bot sich also für weit mehr Personen an, als von der SED geplant, sofern sie bereits einen 8.-Klasse-Abschluss erworben hatten und dennoch das Abitur benötigten, um an einer Hochschule studieren zu können.¹⁷ Ingrid Miethe weist darauf hin, dass etwa 22 Prozent der ABF-Absolventen nicht aus Arbeiter- und Bauernhaushalten stammten, sondern oftmals aus Handwerkerfamilien. Leider sind ihrer Studie keine Informationen zu entnehmen, inwieweit sich die soziale Herkunft der Absolventen in den 1950er und 1960er Jahren veränderte.¹⁸ Michael C. Schneider kann für die Vorstudienanstalten in Berlin nachweisen, dass von 1946 bis 1948 der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder nur zwischen 55 und 70 Prozent lag. Gerade der Anteil der Bauernkinder blieb deutlich hinter den Zielvorstellungen der SED zurück.¹⁹

¹⁵ Hans-Joachim Lammel, Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten der Universitäten und Hochschulen. Auswahlbibliographie, Berlin 1989, 6.

¹⁶ Die Zahlen im Datensatz widersprechen allerdings den offiziellen Angaben zur Dauer der Ausbildung an den ABF (drei Jahre; im Anschluss an die 8. Klasse). In der zweiten Berufungskohorte (1951–1960) verblieben nur 10 % der Absolventen drei Jahre an der ABF. Die große Mehrheit benötigte weniger als ein Jahr oder ein Jahr. Hingegen wurde in der dritten Berufungskohorte (1961–1970) eine längere Lehrzeit an der ABF die Regel. 39 % Absolventen benötigten zwei Jahre und bereits 29 % die vollen drei Jahre. Dies passt zum Befund von Connelly, Humboldt im Staatsdienst, 83: „Anfangs dauerten die Kurse weniger als ein Jahr, aber schließlich wurden sie auf drei Jahre [...] verlängert“. Es ist davon auszugehen, dass das Ministerium für Volksbildung bemüht war, die jungen Menschen schnell zu befähigen, ein Hochschulstudium aufzunehmen, auch jene, die mehr als einen 8.-Klasse-Abschluss vorweisen konnten. Obwohl der Datensatz keine Zahlen zur Aufenthaltsdauer der Absolventen zwischen 1945 bis 1950 enthält, gehe ich davon aus, dass auch hier die wenigsten drei Jahre benötigten, um das Abitur zu erwerben. Die unterschiedliche Dauer der Ausbildung an den ABF gründete auch in dem jeweiligen Vorwissen der Schüler. Vgl. dazu auch Behrend, Die Überleberin, 251.

¹⁷ Connelly, Humboldt im Staatsdienst, 82: „Sie [KPD- und SED-Funktionäre, U.B.] fanden aber wenig geeignete Kandidaten, weil die unteren sozialen Schichten auch an den Gymnasien unterrepräsentiert waren.“

¹⁸ Miethe, Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten, 73.

¹⁹ Schneider, Bildung für die neuen Eliten, 42.

Betrachtet man die Hochschullehrer an der Humboldt-Universität, dann bestätigen sich die Forschungsergebnisse über die ABF bezüglich der sozialen Herkunft (vgl. Abb. 13). So ist der Anteil an Berufenen, die einem Arbeiterhaushalt entstammen unter ABF-Absolventen in der zweiten und dritten Berufungskohorte im Gegensatz zu den anderen Gruppen am höchsten. Auch die Nachkommen von Handwerkern und Facharbeitern gehören zu den Absolventen der ABF. Ebenso sind Kinder aus bäuerlichen Familien unter den ABF-Absolventen anzutreffen, wobei ihr Anteil nur sehr gering ist. Allerdings stammen ohnehin nur äußerst wenige Hochschullehrer aus bäuerlichen Haushalten. Die sozialistischen Fördermaßnahmen zeigten bei den Arbeiterkindern einen weit größeren Erfolg als bei Kindern mit einem bäuerlichen Hintergrund.²⁰ Ab der dritten Berufungskohorte wird die Zusammensetzung der ABF-Absolventen diverser und es sind vereinzelt auch Repräsentanten anderer sozialer Schichten nachweisbar.

BK	A	B	F/H	G	H/G	L	ODK	UDK
1951–1960	43,8	6,3	18,8	0	31,3	0	0	0
1961–1970	28,6	8,6	37,1	0	14,3	2,9	2,9	5,7
1971–1980	29,0	12,9	25,8	0	22,6	3,2	0	6,5
1981–1990	16,0	12,0	16,0	0	48,0	4,0	0	4,0
1951–1990	28,0	10,3	26,2	0	27,1	2,8	0,9	4,7

Abb. 13: Verteilung der ABF-Absolventen der HU nach sozialer Herkunft in Prozent (1951–1990), N=107²¹ (B: Berufungskohorte, A: Arbeiter, B: Bauern, F/H: Facharbeiter/Handel, G: Geistliche, H/G: Handwerk/Gewerbe, L: Lehrer, ODK: obere Dienstklasse, UDK: untere Dienstklasse)

Trotz geringer Zahlen sollte die Bedeutung der ABF für die Hochschulen der DDR nicht unterschätzt werden. Es handelt sich um feste Institutionen in den Gedächtnissen der Hochschullehrer und ihre Absolventen leiteten einen Wandel der sozialen Zusammensetzung ein. Dennoch ist davon auszugehen, dass für die Hochschullehrer an der HU, die Teil dieser neuen Elite sein sollten, die ABF nur eine geringe Bedeutung hatten. Sehr wenige der berufenen Professoren und Dozenten hatten ihre Karriere den ABF zu verdanken, denn scheinbar waren die weiteren Hürden auf dem Weg zu einer Professur zu hoch. So wäre es denkbar, dass die Kinder der Arbeiter und Bauern nicht genügend kulturelles Kapital mitbrachten. Nach dem Aufbau eines vereinheitlichten Schulsystems verloren die ABF ihre Funktion, da die Arbeiterkinder nun auf der Erweiterten Oberschule oder berufsbegleitend den Hochschulzugang erwerben konnten. Die Mehrheit der ABF wurde zu Beginn der 1960er Jahre geschlossen.

²⁰ „Die Bauern waren den Arbeitern hinsichtlich ihres Stellenwerts für die politische Legitimation des SED-Regimes deutlich nachgeordnet.“ Vgl. Bauernkämpfer, Sozialgeschichte der DDR, 31.

²¹ Bei der Erhebung der sozialen Herkunft der ABF-Absolventen weist der Datensatz erhebliche Lücken auf. Die Interpretation der und der folgenden Angaben erfolgt unter diesem Vorbehalt. In der ersten Berufungskohorte sind keine ABF-Absolventen im Datensatz vorzufinden.

Bisher war fraglich, inwieweit die Wirkung der ABF sich auch noch in den 1970er und 1980er Jahren entfaltete und ob ihre Absolventen an die HU berufen wurden. Im vorliegenden Datensatz lässt sich die stetige Zunahme des Anteils von ABF-Absolventen auch in den 1970er Jahren nachweisen: In der vierten Berufungskohorte hatten fast 10 Prozent der Hochschullehrer eine ABF besucht. Dieser Wert ist höher als in den Kohorten vor 1970 und unterstreicht den Langzeiteffekt dieser Institution, obwohl die Bedeutung der sozialen Herkunft nach 1970 nicht mehr an prominenter Stelle auf der politischen Agenda der DDR rangierte. Erst in den 1980er Jahren nahm die Zahl der ehemaligen ABF-Besucher auf circa 6 Prozent ab. Unter den Absolventen der ABF wiesen bis in die 1980er Jahre die Arbeiter-, Bauern- und Handwerkerkinder den höchsten Anteil auf. Diese Entwicklung lässt sich ebenso in den einzelnen Fachrichtungen nachzeichnen, wobei der Bedeutungsverlust in den naturwissenschaftlichen Fächern nur minimal war. An den ABF wurden die Absolventen nicht auf das Studium in einer bestimmten Fachrichtung vorbereitet. Nimmt man daher die Verteilung der untersuchten ABF-Absolventen auf die Fachrichtungen in den Blick, zeigt sich zweierlei (vgl. Abb. 14): Es kam zu keiner auffälligen Verschiebung von der zweiten zur dritten Berufungskohorte. Zudem ähnelt die Verteilung auf die drei Fachgebiete den Neuberufungen in den Fachrichtungen (siehe Kapitel 3). Die größte Fakultät, nämlich die gesellschaftswissenschaftliche, beheimatete zugleich die meisten ABF-Absolventen.

BK	AW	GW	NW
1951–1960	25,0	60,0	15,0
1961–1970	18,4	63,2	18,4
1971–1980	22,2	61,1	16,7
1981–1990	16,7	50,0	33,3
1951–1990	20,2	58,9	21,0

Abb. 14: Verteilung der ABF-Absolventen nach Fachrichtungen in Prozent (1951–1990), N=124 (BK: Berufungskohorten, AW: Agrarwissenschaften, GW: Gesellschaftswissenschaften, NW: Naturwissenschaften)

Angesichts der bereits erwähnten hohen Quote an Studienabbrechern gerade im naturwissenschaftlich-mathematischen Fachbereich, in den sprachlichen Fächern sowie in der Medizin,²² ist davon auszugehen, dass Angehörige bildungsferner Haushalte auch zu einem späteren Zeitpunkt der Ausbildung mit größeren Problemen zu kämpfen hatten als „bürgerliche“ Studenten. Die vorliegende Studie kann nur Auskunft über jene Hochschullehrer geben, die das obere Ende der Karriereleiter erreichten – also eventuell auftretende Schwierigkeiten erfolgreich überwin-

²² Miethe, Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten, 73.

den konnten –, und dort ist nur noch ein sehr kleiner Kreis ehemaliger ABF-Absolventen anzutreffen. Damit kann Tobias Schulz' Resümee gefolgt werden: Einige ABF-Absolventen „stiegen zwar – mit schichtspezifischen Unterschieden – auch in Leitungsfunktionen auf und wurden Teil der „neuen Intelligenz“. Doch erreichten sie bis auf wenige Ausnahmen nicht die obersten Ränge des DDR-Staates.“²³

4.2 Akademische Qualifikation

Bisher gibt es in der historischen Forschung keine Untersuchung, die den Zusammenhang zwischen Qualifikation und sozialer Herkunft herstellt. Die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED war bis zur 3. Hochschulreform immer bemüht, einen Anstieg von Parteimitgliedern und Arbeitern unter den Hochschullehrern zu erreichen, während sie gleichzeitig den Zugang zu den akademischen Positionen generell erleichterte, indem Promotion und Habilitation offiziell an Bedeutung verlieren sollten.²⁴ Inwieweit die politische Bedeutung der sozialen Herkunft die akademischen Qualifikationen in den Berufungsverfahren ersetzte oder ob die von der SED-Politik geförderten Sozialgruppen ebenso promovierten und habilitierten, soll im Folgenden geprüft werden.

Die Aufstellung in Abbildung 15 zeigt den Anteil der Hochschullehrer mit Promotion, aufgeschlüsselt nach sozialer Herkunft.

	1945–1950		1951–1960		1961–1970		1971–1980		1981–1990	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
A	1	1,1	27	14,4	45	16,5	37	18,1	24	12,9
B	4	4,5	8	4,3	21	7,7	16	7,8	15	8,1
F/H	22	24,7	49	26,0	89	32,7	66	32,3	49	26,3
G	4	4,5	2	1,0	5	1,8	2	1,0	2	1,1
H/G	16	18	24	12,8	42	15,4	42	20,6	50	26,9
L	9	10,1	30	16,0	31	11,4	17	8,3	15	8,1
ODK	7	7,9	3	1,6	5	1,8	1	0,5	6	3,2
UDK	26	29,2	45	23,9	34	12,5	23	11,3	25	13,4
Gesamt	89		188		272		204		186	

Abb. 15: Anteil der Promotionen nach sozialer Herkunft (1945–1990), N=939 (A: Arbeiter, B: Bauern, F/H: Facharbeiter/Handel, G: Geistliche, H/G: Handwerk/Gewerbe, L: Lehrer, ODK: obere Dienstklasse, UDK: untere Dienstklasse)

Unter den promovierten Hochschullehrern sind in der ersten Berufungskohorte die Facharbeiter, die Handwerker und die untere Dienstklasse am häufigsten vertreten. Diese Gruppen haben

²³ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 41.

²⁴ Jessen, Zwischen diktatorischer Kontrolle und Kollaboration, 124–126.

auch in der Berufungskohorte der 1950er Jahre eine große Bedeutung, jedoch nimmt der Anteil der Arbeiterkinder sowie der Kinder von Lehrern deutlich zu. In der dritten Kohorte hat die untere Dienstklasse deutlich an Gewicht verloren, ebenso wie die Lehrerkinder, die wieder auf das Niveau der ersten Kohorte zurückfallen. Dafür steigen die Zahlen für Arbeiter- und Facharbeiterkinder ebenso wie für Nachkommen aus Bauernfamilien. Angehörige der oberen Dienstklasse verlieren dagegen über den gesamten Zeitraum an Anteilen. Im Vergleich mit den Berufungszahlen nach der sozialen Herkunft differenziert (vgl. Abb. 16.), gibt es kaum Unterschiede in der prozentualen Verteilung.

Insgesamt kann der Datensatz weder bestätigen noch widerlegen, dass Angehörige der von SED-Seite vorrangig geförderten Sozialgruppen seltener oder häufiger als die übrigen Hochschullehrer wissenschaftliche Qualifikationen wie Promotion vorweisen konnten. Die veränderte Hochschulpolitik bestand also in der Bevorzugung von Personen mit einem bestimmten sozialen Hintergrund, nicht jedoch im Erlassen der notwendigen wissenschaftlichen Leistungen.

Bei den Berufenen, die nachweislich eine Habilitation erlangten, stellt sich die soziale Herkunft in den ersten drei Kohorten fast identisch dar. Arbeiter- und Bauernkinder ebenso wie Facharbeiter- und Lehrerkinder bauen ihren Anteil unter den Habilitierten aus. Es ist davon auszugehen, dass Bauernkinder aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit ähnlich wie Kinder aus Arbeiterfamilien bevorzugt behandelt wurden, um den Anteil der „Arbeiter-und-Bauern-Kader“ zu erhöhen.

Ein Blick auf die soziale Herkunft der zwischen 1971 und 1990 Berufenen kann die vorliegenden Ergebnisse bezüglich der Abschlüsse nochmals nuancieren. Die meisten sozialen Gruppen unter den berufenen Hochschullehrern verlieren an Anteil in der vierten und letzten Berufungskohorte. Nur die Kinder der Handwerker und der oberen sowie unteren Dienstklasse bauen ihren Anteil prozentual aus, während insbesondere die politisch geförderten Gruppen rückläufige Anteile aufzeigen. Dies kann als weiteres Indiz gelesen werden, dass die Förderung zum Beispiel der Arbeiterkinder von staatlicher Seite eine geringere Bedeutung einnahm.

4.3 Entwicklung der Berufungen

Hubert Laitko konnte zwischen Kriegsende und 1950 keine relevanten Veränderungen in der Sozialstruktur der Wissenschaftler in Berlin nachweisen.²⁵ Tatsächlich erscheint es nachvollziehbar, dass die von den neuen Machthabern avisierte soziale Umgestaltung der Hochschulen

²⁵ Laitko, Wissenschaftler im Berlin der frühen Nachkriegszeit, 384.

eines längeren Vorlaufes bedurfte. Viele Historiker sehen den Wendepunkt in den 1960er Jahren, als die ersten Absolventen, die ihre Ausbildung nach 1945 an den Hochschulen der SBZ/DDR begonnen hatten, auf universitäre Stellen gelangten. Ralph Jessen belegt, dass sich der Anteil an Professoren, die aus der Arbeiter- und Bauernschaft stammten, in der gesamten DDR bis 1971 auf rund 32 Prozent vergrößerte.²⁶

	1945–1950		1951–1960		1961–1970		1971–1980		1981–1990	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
A	1	1,1	28	14,7	45	16,5	37	18,1	24	12,9
B	5	5,4	8	4,2	21	7,7	16	7,8	15	8,1
F/H	23	25,0	49	25,8	90	33	66	32,4	49	26,3
G	5	5,4	3	1,6	5	1,8	2	1,0	2	1,1
H/G	16	17,4	24	12,6	42	15,3	42	20,6	50	26,9
L	9	9,8	30	15,8	31	11,4	17	8,3	15	8,1
ODK	7	7,6	3	1,6	5	1,8	1	0,5	6	3,2
UDK	26	28,3	45	23,7	34	12,5	23	11,3	25	13,4
Gesamt	92		190		273		204		186	

Abb. 16: Verteilung der Berufungen nach sozialer Herkunft (1945–1990), N=945, (A: Arbeiter, B: Bauern, F/H: Facharbeiter/Handel, G: Geistliche, H/G: Handwerk/Gewerbe, L: Lehrer, ODK: obere Dienstklasse, UDK: untere Dienstklasse)

Abbildung 16 zeigt die Berufungszahlen der HU differenziert nach sozialer Herkunft. In der ersten Berufungskohorte (1945–1950) war der Anteil an Arbeiterkindern verschwindend gering, und nur etwa 5 Prozent aller Hochschullehrer entstammten bäuerlichen Elternhäusern. Schon in den 1950er Jahren kamen allerdings fast 15 Prozent der Berufenen aus Arbeiterfamilien, während der Anteil der Bauernkinder leicht rückläufig war. In der dritten Berufungskohorte (1961–1970) wächst sowohl der Anteil der Arbeiter- als auch der Bauernkinder, wenn auch nur marginal. Die deutliche Zunahme von Hochschullehrern aus Arbeiterfamilien nach 1950 lässt sich, wie oben gezeigt wurde, nur in sehr begrenztem Maße mit der Eröffnung der Vorstudienanstalten/ABF erklären, die vonseiten der SED mit der Aufgabe betraut waren, den unteren sozialen Schichten den Zugang zur Hochschule zu ebnen.

Ralph Jessens von der vorliegenden Studie deutlich abweichendes Ergebnis bezieht sich auf statistische Erhebungen des Staatssekretariats für das Hochschulwesen. Er geht davon aus, dass durch die inflationäre Verwendung der Begriffe „Arbeiter“ und „Bauern“ dieser Gruppe mehr Personen zugeschlagen wurden und der genaue Umfang damit eine Verfälschung erfuhr.

Jedoch hatten die Vorstudienanstalten ebenso wie ihre Nachfolgerinnen, die ABF, offenbar kaum positive Auswirkung auf Bauernkinder. Ähnlich verhält es sich für Kinder aus

²⁶ Jessen, Zur Sozialgeschichte, 125.

Facharbeiterfamilien, deren Anteil in der zweiten Berufungskohorte noch nicht stieg – wobei sie mit 25 Prozent der Neueinstellungen schon in großer Zahl vertreten waren – sich zwischen 1961 und 1970 dann aber leicht vergrößerte. Die rückläufigen Berufungszahlen von Angehörigen aus Familien von Geistlichen könnten auf die zwar ambivalente, aber oftmals diskriminierende Kirchenpolitik der SED zurückzuführen sein.²⁷

Überraschenderweise ist die Gruppe der aus Handwerkerfamilien stammenden Berufenen relativ konstant, obwohl sie auf der Förderagenda der SED keine exponierte Stellung einnahm. Der Anteil von über 17 Prozent zeigt, dass Aufstiegstendenzen dieser Gruppe bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges begonnen hatten, denn wer zwischen 1945 und 1950 berufen wurde, musste bereits vor oder während des Nationalsozialismus promoviert oder zumindest studiert haben. Es war also für Kinder aus Handwerkerfamilien vor 1945 offenbar doch einfacher, eine Zugangsberechtigung zur Hochschule zu erlangen. Inwieweit sich die soziale Aufwärtsmobilität im weiteren Verlauf der Karriere darstellt, wird im Abschnitt *Berufungspositionen* gezeigt werden.

Die Zahlen zur sozialen Herkunft der Universitätsangehörigen in der DDR bebildern nicht nur allgemeine Trends der gesellschaftlichen Partizipation von sozialen Gruppen, sondern verdeutlichen auch, dass der Verbleib der Arbeiterkinder an den Universitäten und Hochschulen im Vergleich zu anderen sozialen Gruppen deutliche Grenzen erfuhr, denn die Zahlen der Studierende waren weit höher als die der Hochschullehrer, die aus Arbeiter- und Bauernfamilien kamen.

Die Kinder der Arbeiterfamilien an der HU zeigten eine soziale Aufwärtsmobilität, die sich in den 1950er Jahren entwickelte. Damit erfüllte sich ein hochschulpolitisches Ziel der SED. Auch Angehörige aus Facharbeiterhaushalten konnten sich in größerer Zahl an der HU etablieren. Für die Kinder aus Bauernfamilien konnte keine erfolgreiche Umsetzung der Bemühungen der Partei zu ihrer Integration in den universitären Betrieb nachgewiesen werden.

Welche sozialen Gruppen finden sich unter den Neuberufungen der 1970er und 1980er Jahre? Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die bisherige Tendenz, nämlich die Zunahme der Gruppen, die von der SED eine besondere Förderung und Aufmerksamkeit erhielten, weiter anhielt. So ist es denkbar, dass mit der Abwicklung der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten (ABF) auch der Anteil der Arbeiterkinder unter den Berufungen zumindest nicht weiter stieg, sondern stagnierte oder abnahm.

²⁷ Kleßmann, Relikte des Bildungsbürgertums, 264. Auch Wolle, Die heile Welt der Diktatur, 251f., geht auf das ambivalente Verhältnis der Universitäten zu Studierenden aus christlichen Familienhäusern ein. Der Betrachtungszeitraum des Buchs fokussiert jedoch die Jahre unter Erich Honecker.

Wie Abbildung 16 verdeutlicht, nahm die Zahl der Hochschullehrer aus Arbeiterfamilien zwar in den 1970er Jahren noch zu (18 Prozent im Vergleich zu 16,5 Prozent in der dritten Berufungskohorte), fiel aber in der fünften Berufungskohorte (1981–1990) auf knapp 13 Prozent. Für die Hochschullehrer mit einem bäuerlichen Hintergrund stagnierten die Zahlen schon seit den 1960er Jahren. Auch der Anteil von Neuberufenen aus Facharbeiterfamilien nahm in den 1970er und 1980er Jahren leicht ab. Hochschullehrer aus Familien von Geistlichen machten in der vierten und fünften Berufungskohorte nur 1 Prozent aus, waren also kaum noch in der akademischen Gemeinschaft der HU vertreten. Die Angehörigen von Handwerkerfamilien hatten in den letzten beiden Berufungskohorten den größten Zuwachs zu verzeichnen (20 bzw. 26 Prozent im Vergleich zu 15 Prozent in den 1960er Jahren). Während der Anteil der Kinder von Lehrern unter den noch in den 1960er Jahren erreichten Anteil von über 10 Prozent sank, blieb der Anteil von Hochschullehrern aus Familien der oberen oder unteren Dienstklassen im Vergleich zur dritten Berufungskohorte beinahe unverändert.

Welche Gründe gab es für diese Entwicklungen? Nach der Schließung der ABF sollte die Förderung sozialer Schichten, die an den Hochschulen unterrepräsentiert waren, in den Polytechnischen und Erweiterten Oberschulen erfolgen. Die Zahlen lassen allerdings vermuten, dass diese recht allgemeine Strategie nicht die gewünschten Erfolge zeitigte. Schließlich rückte die Partei in den 1980er Jahren vom Grundsatz der sozialen Gleichheit mehr und mehr ab.

Während lange Zeit die politische Loyalität zum SED-Staat und die soziale Herkunft als Auswahlgründe für Berufungen dienten, wurde die Leistung eines Kandidaten zunehmend wichtiger und löste ein Stück weit die soziale Herkunft ab. Nicht zuletzt das allseits beklagte Mittelmaß unter den Wissenschaftlern der DDR führte zur Stärkung des Leistungsprinzips. Gregor Schirmer formulierte dies 1980 – wenngleich verbal abgeschwächt – so:

„Aber ebenso richtig ist das gezielte Auffinden und Ausbilden von Talenten, Begabungen. Das hat nichts mit Elite-Theorien zu tun, denn erstens suchen wir diese Talente und Begabungen nicht in einer bestimmten Schicht in unserer Bevölkerung, sondern überall. Und zweitens beabsichtigen wir nicht, diese Besten, diese Begabten in eine politisch-soziale Sonderstellung zu bringen, im Gegenteil. Wir sollen und müssen gerade der politisch-moralischen Erziehung von Spitzenkräften besonderes Augenmerk widmen in der Richtung, daß nicht überhebliche Leute heranwachsen, die von sich selbst überaus eingenommen sind, sondern selbstkritische, dem Kollektiv verbundene Kämpfer.“²⁸

Ein weiteres Phänomen ist der Selbstrekrutierungsprozess ehemaliger Bildungsaufsteiger. Diejenigen, die in den 1950er Jahren als Arbeiterkinder berufen worden waren, förderten ihre Kinder und forderten ihre Aufnahme an die Universitäten, obwohl diese streng genommen nicht

²⁸ Zit. nach Kulturbund der DDR (Hg.), Aufgaben der Hochschulentwicklung in der DDR, 20.

mehr den Status eines Arbeiterkindes innehatten. Gerade mit dem Ende der Bildungsexpansion und dem Einfrieren der Studierendenzahlen verringerten sich die Aufstiegschancen, weshalb Hochschullehrer nicht selten versuchten, sich gegen Nachrücker abzugrenzen. Dies spricht dafür, dass sich die ehemals geförderten Gruppen an den Universitäten etabliert hatten.²⁹

4.4 Berufungspositionen

Bei der Frage, ob Kinder aus den unteren Schichten Zugang zu den Universitäten fanden und in höhere Positionen gelangen konnten, muss zwischen der bloßen Ermöglichung eines Hochschulstudiums und der Karriere als Hochschullehrer unterschieden werden. Angesichts der Abbruchquoten hatten bereits die Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder in den Vorstudienanstalten und ABF sowie die Bevorzugung bei Studienplätzen nicht für den gewünschten Erfolg gesorgt. Dennoch stammten im Zeitverlauf zunehmend mehr Studierende und auch Hochschullehrer aus den unteren Schichten. In der Forschung über Ungleichheit aufgrund der sozialen Herkunft im akademischen Betrieb gibt es Hinweise, dass die Promotion die letzte Selektionsstufe der Karriereleiter darstellt, an der besonders Menschen aus Arbeiterhaushalten scheitern würden. Mit der bestandenen Promotion erfolge kaum noch eine soziale Ungleichbehandlung während der folgenden Karriereschritten aufgrund der sozialen Herkunft.³⁰ Dieser Annahme folgend und mit den Ergebnissen des Abschnitts über die Qualifikationen aus dem vorliegenden Kapitel im Hintergrund, soll untersucht werden, ob der sozialen Herkunft bei der Verteilung der Berufungspositionen (Dozent und Professor) an der HU eine Bedeutung zukam. Denn trotz des hochschulpolitischen Ziels der SED, die Schaffung einer gesellschaftlichen Elite, die sich aus vermeintlich politisch loyalen Gruppen – Arbeitern und Bauern – speisen sollte, wäre zu erwarten, dass nur wenige Angehörige dieser Gruppen auf den höheren Berufungspositionen, also Professuren, an der HU zu finden sind.³¹

Die Forschung erzählt mitunter eine Erfolgsgeschichte der SED-Hochschulpolitik bezüglich der Professoren. Laut Ralph Jessen entstammten zum Beispiel Mitte der 1950er Jahre rund 13 Prozent und Ende der 1960er Jahre fast 60 Prozent der neuberufenen Professoren in

²⁹ Middell, Weltgeschichtsschreibung, 978–981.

³⁰ Christina Möller, Herkunft zählt (fast) immer. Soziale Ungleichheit unter Universitätsprofessorinnen und -professoren, Weinheim 2015, 48ff.

³¹ Die „sowjetischen Funktionäre“ verfolgten in der direkten Nachkriegszeit mit der „Demokratisierung“ das Ziel, den Anteil von Studierenden aus der Arbeiter- und Bauerschicht auf über 60 % zu erhöhen und damit dem Anteil dieser Klasse in der Gesellschaft anzupassen. Vgl. Connelly, Humboldt im Staatsdienst, 82.

der DDR einer Arbeiter- oder Bauernfamilie.³² John Connelly geht davon, dass „nach 1965 [...] die Hälfte der neuen Professoren aus Arbeiter- und Bauernschichten“³³ kam. Zumindest Ralph Jessen übernimmt für die Angaben zur sozialen Herkunft der Professoren die Kategorisierung der DDR, reflektiert allerdings kritisch, dass sowohl die Hochschullehrer als auch die SED-Institutionen bei der Angabe dieser Information jeweils eigene Interessen verfolgten. Die statistischen Daten aus SED-Kreisen dürften also den Arbeiter- und Bauernanteil bewusst zu hoch angesetzt haben. Leider finden sich weder bei Connelly noch bei Jessen Erhebungen zur sozialen Herkunft der Dozenten an den Hochschulen und Universitäten der DDR.

		1945–1950	1951–1960	1961–1970	1971–1980	1981–1990	Gesamt
Dozentur	A	7,1	17,3	19,1	16,1	11,6	16,1
	B	0	1,8	7,1	6,0	10,2	6,5
	F/H	42,9	27,3	32,9	34,5	27,9	31,5
	G	0	2,7	1,8	1,2	0	1,4
	H/G	7,1	13,6	14,7	20,8	25,9	18,4
	L	7,1	13,6	11,1	8,3	5,4	9,5
	ODK	0	0,9	1,8	0,6	4,1	1,8
	UDK	35,7	22,7	11,6	12,5	15,0	14,9
Professur	A	0	11,3	4,4	27,8	18,0	10,0
	B	6,4	7,5	10,9	16,7	0	7,9
	F/H	21,8	23,8	30,4	22,2	20,5	23,7
	G	6,4	0	2,2	0	5,1	2,9
	H/G	19,2	11,3	19,6	19,4	30,8	18,6
	L	10,3	18,8	13,0	8,3	18,0	14,0
	ODK	9,0	2,5	2,2	0	0	3,6
	UDK	26,9	25	17,4	5,6	7,7	19,4

Abb. 17: Verteilung der sozialen Herkunft in den Berufspositionen in Prozent (1945–1990), N=943 (A: Arbeiter, B: Bauern, F/H: Facharbeiter/Handel, G: Geistliche, H/G: Handwerk/Gewerbe, L: Lehrer, ODK: obere Dienstklasse, UDK: untere Dienstklasse)

Abbildung 17 ist zu entnehmen, dass bis 1950 rund 7 Prozent der Dozenten aus der Arbeiterschicht und über 6 Prozent der Professoren aus der Bauernschicht stammten. Dass keine aus Arbeiterhaushalten stammenden Professoren berufen wurden, verwundert nur wenig, da die Förderprogramme gerade erst angelaufen waren und nur wenige Arbeiterkinder bereits die

³² Jessen, Professoren im Sozialismus, 223 u. 243. An anderer Stelle spricht Jessen davon, dass sich der Anteil von aus der Arbeiter- und Bauernklasse entstammenden Professoren in den 1960er Jahren auf 39 % erhöht habe. Ders., Zur Sozialgeschichte, 123.

³³ Connelly, Humboldt im Staatsdienst, 94.

Chance zum Studium oder zur Promotion hatten und für eine Berufung infrage kamen. Das bekräftigt auch die historische Forschung: „Zwischen 1945 und 1950 gibt es, was die soziale Herkunft betrifft, in der Berliner Wissenschaftspopulation noch keine Indizien für Strukturverschiebungen, auch nicht, wenn Ostberlin gesondert betrachtet wird.“³⁴ Unklar ist, warum bereits in der ersten Berufungskohorte Hochschullehrer mit einem bäuerlichen Hintergrund zu Professoren, nicht jedoch auf Dozenten berufen wurden.

In den 1950er Jahren kamen zusammengefasst über 18 Prozent der neuberufenen Professoren aus der Arbeiter- und Bauernschicht, in den 1960er Jahren nur noch rund 15 Prozent, was weit unter dem in der Forschung berichteten Anteil bleibt. Der Datensatz nähert sich diesen Zahlen nur an, wenn die Facharbeiter und Handwerker mit hinzugezählt werden (59 Prozent). Gerade die Nachkommen von Facharbeitern, aber auch aus Handwerkerfamilien, stellen einen erheblichen Anteil der Dozenten und Professoren in den ersten drei Kohorten.³⁵ Es zeigt sich zudem, dass Bauernkinder deutlich bessere Chancen hatten, sofort auf eine Professur berufen zu werden, als Arbeiterkinder, denn letztere erlangten, wenn überhaupt, in einem ersten Berufungsvorgang meist eine Dozentur. Alle vier hier angesprochenen Gruppen können ihren Anteil unter den Dozenten und Professoren im Zeitverlauf ausbauen, wenn auch unter den Dozenten stärker als unter den Professoren.

Eine weitere nicht unbedeutende Gruppe bildeten die Kinder der unteren Dienstklasse, die hinter den Facharbeitern fast immer die zweitgrößte Gruppe, sowohl bei den Professoren als auch bei den Dozenten, darstellten. Allerdings ging ihr Anteil stark zurück. Sie stellte in der ersten Kohorte die meisten Professoren, fiel aber in der dritten Kohorte auf Platz drei. Kinder der einfachen Staatsangestellten gehörten offenbar nicht zu den Gruppen, die als Teil der sozialistischen Elite galten. Auch die Gruppe der Lehrerkinder nahm eine nicht zu vernachlässigende Größe an, jedoch veränderte sich ihr Anteil weder bei den Dozenten noch unter den Professoren kaum, was nicht für eine Förderung, aber auch nicht für eine Blockade vonseiten der Funktionsträger spricht. Leider finden diese sozialen Gruppen in der historischen Forschung kaum Erwähnung.

Zusammenfassend kann für die Kohorten bis 1970 konstatiert werden, dass der Austausch der akademischen Elite und die Platzierung der gewünschten Kader auf Professuren an

³⁴ Laitko, Wissenschaftler im Berlin der frühen Nachkriegszeit, 384.

³⁵ Da die Angaben zur sozialen Herkunft im Datensatz der vorliegenden Arbeit nicht der Kategorisierung der DDR-Institutionen folgen, scheinen dort auch Handwerker und Facharbeiter als Arbeiter erfasst worden zu sein oder aber die Arbeiterklasse erfuhr eine allgemeine Weiterqualifizierung, sodass viele einfache Arbeiter nun Facharbeiter waren, wenngleich ihre soziale Herkunft sich nicht änderte.

den Hochschulen nur langsam voranschritten, da die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses Zeit benötigte, Professuren schon besetzt waren und der Mentalitätswandel in den Institutionen nur langsam vor sich ging. Die noch an den Hochschulen verbliebenen oder aufgrund des Personalmangels wieder eingesetzten Hochschullehrer zogen gegen die sozialistischen Aufsteiger eine „Verteidigungslinie gegen deren Eindringen [...]“. Indem man demonstrativ die Kenntnis der klassischen Bildungsgüter als Ausweis akademischer Respektabilität hervorhob, markierte man zielsicher den wunden Punkt der Neuen. Solange das Spiel nach alten Regeln ablief, mußten diese im Hintertreffen bleiben und die bürgerlichen Eliten größere Chancen haben.³⁶ Diese Tendenz war in den ersten Jahren nach dem Krieg wirksam, schwächte sich aber offensichtlich mehr und mehr ab.

Nachdem die Ergebnisse der Berufungskohorten von 1945 bis 1970 den – wenn auch langsamen – Einzug von Vertretern einzelner besonders geförderter sozialer Gruppen in die HU gezeigt hatten, wird nun geprüft, inwieweit sich diese Tendenz fortsetzte. Dabei wird zu klären sein, ob der schon erörterte Umschwung in der Hochschulpolitik der 1980er Jahre – weg vom Ideal der Gleichstellung, hin zum Leistungsprinzip – sich auch in den Daten widerspiegelt. Denn nachdem die institutionelle Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder zurückgenommen wurde, ist davon auszugehen, dass ihre Berufungszahlen nicht weiter wuchsen.

Dozenten aus Arbeiterfamilien konnten ihren Anteil in den ersten drei Berufungskohorten erheblich ausbauen. Keine andere Gruppe hatte höhere Zuwächse verzeichnet. Unter den Professoren war ihr Anteil bis 1970 jedoch gering (1951–1960: 11 Prozent; 1961–1970: 4 Prozent). Gerade hier zeigten dagegen Hochschullehrer aus proletarischen Familien in den 1970er Jahren massive Zuwächse (auf 28 Prozent). Auch in den 1980er Jahren blieb ihr Anteil mit 18 Prozent relativ hoch. Für die hoch dotierten und nicht zuletzt politisch wichtigen Stellen – die Professuren – kann also langfristig durchaus von einem Erfolg der SED-Hochschulpolitik an der HU gesprochen werden, wengleich der politische Wandel weg vom Gleichheitsanspruch in den 1980er Jahren die Entwicklung offensichtlich stoppte. Zudem erlauben die Werte allein natürlich keine Aussagen darüber, ob es sich bei den Stelleninhabern um loyale Akademiker im Sinne der Partei handelte. Gleichzeitig nehmen die Zahlen der Angehörigen von Arbeiterhaushalten bei den Dozentenberufungen ab: Waren es in den 1970er Jahren noch 19 Prozent, fiel der Wert nun auf 16 Prozent (1971–1980) bzw. 12 Prozent (1981–1990). Möglicherweise wechselten in diesen Berufungskohorten viele der Akademiker mit Arbeiterhintergrund von einer Dozentur auf eine Professur. Der Wandel der Berufungskriterien (Leistung versus soziale Herkunft) zeigt sich also in den Zahlen aus den 1980er Jahren noch nicht deutlich.

³⁶ Jessen, Zur Sozialgeschichte, 131f.

Auch bei Professoren, die aus einem bäuerlichen Elternhaus stammten, erhöhte sich der Anteil der Professoren in den 1970er Jahren von 11 Prozent (1961–1970) auf 17 Prozent. In den 1980er Jahren wurden keine Professoren mit bäuerlichem Hintergrund berufen, was aber durchaus an den geringen absoluten Zahlen dieser sozialen Klasse liegen kann. Kinder von Facharbeitern und Handwerkern blieben weiterhin die Gruppen, die einen Großteil der berufenen Hochschullehrer stellten, sowohl unter den Dozenten als auch unter den Professoren. Die Handwerker konnten ihre Anteile in der vierten und fünften Berufungskohorte ausbauen, Facharbeiter mussten leichte Rückgänge hinnehmen. Die obere Dienstklasse hatte gegen Ende der DDR unter den Dozenten einen Anteil von 4 Prozent, unter den Professoren lassen sich zwischen 1971 und 1990 keine Angehörigen dieser sozialen Gruppe mehr finden. Auch die Zahlen der unteren Dienstklasse (Angestellte und Staatsangestellte) gingen sowohl bei den Dozenten als auch bei den Professoren im Laufe der 1970er und 1980er Jahre zurück. Sie mussten also Verluste zugunsten aufsteigender Bildungsgewinner (Hochschullehrer aus Arbeiter- oder Handwerkerfamilien) hinnehmen. Die soziale Herkunft spielte also auch in den 1980er Jahren eine zentrale Rolle, wenngleich sich die Bewertungen und Zuschreibungen nach fast 40 Jahren sozialistischer Hochschulpolitik verändert hatten.

Dass die Frage der „bürgerlichen Herkunft“ offiziell inzwischen weniger wichtig war, belegt ein Artikel in der Zeitschrift *HU* aus dem Semester 1981/1982. Unter der Überschrift „Jeder Lehrinhalt ist geeignet, kommunistische Erziehung zu praktizieren“ formulierte Prof. Dr. Heinz A. F. Schulze, seines Zeichens Direktor der Nervenklinik der Charité, die Frage: „Wenn ein sozialistischer Hochschullehrer einen konkreten Lehrstoff vermittelt, sagen wir die Beschreibung einer bestimmten Labormethode, und ein bürgerlicher Hochschullehrer tut dasselbe, worin liegt der Unterschied?“ Sofern der Hochschullehrer die richtigen Inhalte vermitteln konnte, war also die soziale Herkunft nicht wichtig, wohl aber das Bekenntnis zur SED. Ohne dass dies konkret benannt wird, scheint die Trennungslinie zwischen den ‚bürgerlichen‘ und den ‚sozialistischen‘ Hochschullehrern die Parteimitgliedschaft in der SED darzustellen. Der Artikel argumentiert weiter, der Unterschied bestehe darin, den Studierenden als sozialistische Persönlichkeit gegenüberzutreten und ihnen als Vorbild zu dienen. Denn ihnen sei bewusst, dass „der, der da eine Labormethode vorträgt, eine eindeutige Position zu unserer Gesellschaft hat, einer, von dem man weiß, wie er auf diese oder jene politische Frage antworten würde, auch wenn er eben dies im Augenblick nicht tut.“³⁷ Prof. Dr. Niels Sönnichsen (Mitglied der

³⁷ Heinz A. F. Schulze, Jeder Lehrinhalt ist geeignet, kommunistische Erziehung zu praktizieren, in: Humboldt-Universität (Beilage „Charité“), Nr. 6, 13. Mai 1982, 1.

Bezirksleitung der SED, Direktor der Hautklinik der Charité) fasste es folgendermaßen zusammen: „Um es einfach zu sagen, alle Genossen Hochschullehrer müssen als Kommunisten wirksam werden.“³⁸

4.5 Zwischenfazit

Die Öffnung der Hochschulen und Universitäten für Menschen aus den unteren Schichten der Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg stellt in ihrer politischen Vehemenz eine neue Entwicklung dar. Dieses Kapitel hatte das Ziel, die Frage zu beantworten, ob sie sich auf lange Sicht gleichwohl an den Hochschulen behaupten konnten. Denn zugleich sollten alle in die Universität integrierten Gruppen dazu tendieren, den Zugang für nachdrängende Schichten zu schließen, weil akademische Titel nur einen sozialen Aufstieg bedeuteten, wenn sie begrenzt ausgegeben wurden.³⁹

Für die schnell nach dem Krieg gegründeten Vorstudienanstalten und die folgenden ABF konnte nachgewiesen werden, dass sie zum einen nicht nur Kinder aus Arbeiter- und Bauernhaushalten, sondern auch Facharbeiter- und Handwerkerkinder aufnahmen, auch wenn die Arbeiter die größte Gruppe bildeten. Ebenfalls konnte gezeigt werden, dass die ABF keinen großen Einfluss auf die Zusammensetzung der Professorenschaft der HU hatten. Die Gruppe der ehemaligen ABF-Absolventen unter den Professoren war relativ klein. Bei den Berufungen in den 1980er Jahren war ein Hoch an ABF-Absolventen zu verzeichnen. Erst jetzt standen diese für eine Berufung bereit, obwohl zu diesem Zeitpunkt die soziale Herkunft als karriereförderndes Merkmal bereits Einfluss eingebüßt hatte. Dennoch zeigte die Institution ABF eine Langzeitwirkung auf die soziale Zusammensetzung der Hochschullehrer an der HU. Insgesamt stiegen ehemalige Absolventen der ABF allerdings selten in höhere Positionen wie die eines Professors auf.

Bezüglich der akademischen Qualifikationen gibt es keine hinreichenden Hinweise, dass Berufungen seltener oder häufiger ohne akademische Qualifikationen ausgesprochen wurden. Die Annahme, dass die soziale Herkunft eine akademische Qualifikation ersetzen würde oder im Berufungsverfahren eine größere Rolle spielte, lässt sich für die Hochschullehrer an der HU nicht verifizieren.

Dennoch konnten die Arbeiterkinder ihren Anteil in der Hochschullehrerschaft deutlich ausbauen und erst in den 1980er Jahren waren die Berufungszahlen – wie bei den Facharbeitern

³⁸ Niels Sönnichsen, Zur Verantwortung der Hochschullehrer für die kommunistische Erziehung, in: Humboldt-Universität, Nr. 6., 13. Mai 1982, 3.

³⁹ Paul Windolf, Die Expansion der Universitäten 1870–1985. Ein internationaler Vergleich, Stuttgart 1990, 54f.

– diesbezüglich rückläufig, während die Handwerkernachkommen gerade in dieser Berufungskohorte nochmals zulegen. Der Anteil an Kindern aus Bauernfamilien stagnierte über den gesamten Zeitraum. Die Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern wies also unterschiedliche Erfolge auf. Heike Solga nannte dieses Phänomen „Redifferenzierung“ der Gesellschaft.⁴⁰

Wie bereits bei den Absolventen der ABF lässt sich festhalten, dass die Arbeiterkinder häufiger zu Dozenten berufen wurden und erst in den späteren Kohorten auch auf Professorenstellen. Der These, dass es nach der Promotion keinen Ausschluss aufgrund von sozialer Herkunft mehr gebe, kann in diesem historischen Kontext nicht uneingeschränkt zugestimmt werden. Die wenigen Berufungen auf Professorenstelle in den ersten Berufungskohorten legen den Schluss nahe, dass die soziale Herkunft durchaus noch eine Rolle spielte, denn die durchschnittlich benötigte Zeit für das Durchlaufen der akademischen Qualifikationen hätte bereits eine frühere Berufung von Arbeiterkindern auf Professuren zugelassen.

⁴⁰ Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft, 119.

5. Hochschullehrerinnen an der HU

Den Themenbereich Frauen an Hochschulen noch einmal gesondert in den Blick zu nehmen erscheint sinnvoll, da am weiblichen Erfolg oder Misserfolg im akademischen Betrieb staatliche Maßnahmen zur Förderung einzelner Bevölkerungsgruppen bzw. zur Veränderung der Sozialstruktur untersucht und damit gesellschaftliche Demokratisierungsprozesse verfolgt werden können. Er bietet sich auch deshalb an, weil Frauen vielfachen Teilhabebehürden ausgesetzt sind, da sie eine Gruppe bilden, die unabhängig von der sozialen Herkunft mit spezifischen kollektiven Rollenzuschreibungen konfrontiert ist. Von den Bereichen Ausbildung und (schulische wie berufliche) Qualifikation, die basale Voraussetzungen für einen Zugang zu materiellen Ressourcen und politischer Mitbestimmung darstellen, waren Frauen historisch lange Zeit gänzlich ausgeschlossen und ihre Möglichkeiten, gleichberechtigt zu partizipieren, entwickelten sich nur langsam. Die KPD/SED formulierte das politische Versprechen der Gleichheit von Frauen und Männern – spätestens mit der Verfassung der DDR von 1949¹ –, und diese sollte über den Zugang zur Arbeit realisiert werden.² Gleichzeitig folgte die sozialistische Politik der Gleichberechtigung ökonomischen Notwendigkeiten, wurde doch die Arbeitskraft von Frauen in der Produktion benötigt. Die Frauenförderung setzte erst in den 1960er Jahren ein und ihre Wirkung entfaltete sich frühestens in den 1970er Jahren, als sich bei den männlichen Kollegen teilweise bereits eine Verlangsamung der Karrierewege beobachten lässt.³

Das vorliegende Kapitel nimmt zur Annäherung an den Gegenstand die maßgeblichen Forschungsergebnisse⁴ auf, um diese anhand des Datensatzes für das Hochschulpersonal der HU zu interpretieren. Ziel ist es, eine differenzierte Bestandsaufnahme über die Stellung von Frauen an der HU für den Zeitraum von 1945 bis 1990 zu präsentieren und diese in gebotener

¹ Budde, Frauen der Intelligenz, 55.

² Das Verhältnis der sozialistischen Arbeiterbewegung und der KPD zur geschlechtlichen Gleichberechtigung war ambivalent. Einerseits sollten Frauen den Männern gleichgestellt und nicht mehr auf die heimische Sphäre beschränkt sein. Der Bereich der Erwerbsarbeit wurde ihnen geöffnet. Eine Egalisierung aller Qualifikationsstufen oder die Bezahlung von Hausarbeit waren jedoch in der Regel nicht angestrebt. Das Ende der Ungleichheit der Geschlechter sollte mit dem Ende des Kapitalismus einsetzen. Vgl. Bärbel Maul, Akademikerinnen in der Nachkriegszeit. Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Frankfurt a.M. 2002, 197–200.

³ Gunilla-Friederike Budde, Paradedfrauen. Akademikerinnen in Ost- und Westdeutschland, in: dies. (Hg.), Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997, 183–211, hier 184ff. Vgl. ebenso dies., Frauen der Intelligenz, 56f. Die Gründe für die Frauenförderung waren vielfältiger Natur und wahrscheinlich weniger dem politischen Anspruch auf Geschlechtergleichheit der SED geschuldet als gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen wie dem Bau der Berliner Mauer 1961 und dem zunehmendem Systemwettbewerb mit der Bundesrepublik. Siehe dazu Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 387.

⁴ Bei den Autoren und Autorinnen Gunilla-Friederike Budde, Ralph Jessen, Bärbel Maul, Matthias Middell und Annette Vogt finden sich Zahlen zu Hochschullehrerinnen in der DDR. Vgl. Budde, Frauen der Intelligenz; Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur; Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem; Annette Vogt, Die Berliner Humboldt-Universität. Bisher existiert zu Frauen als Hochschullehrerinnen an der HU keine umfassende Studie für alle Fachbereiche und die gesamte Zeit der DDR.

Knappheit – denn die Frauenförderpolitik der SED kann aus Platzgründen in ihren recht unterschiedlichen Phasen nicht bis ins letzte Detail dargestellt werden – mit den Zielen der sozialistischen Hochschulpolitik zu konfrontieren.

Obwohl sich Frauen bereits in der Weimarer Republik habilitieren und eine Laufbahn als Hochschullehrerin einschlagen konnten, wurden sie faktisch kaum zu Professorinnen oder Dozentinnen berufen.⁵ Der Nationalsozialismus begrenzte die Möglichkeiten einer akademischen Karriere für Frauen wieder und auch unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg stiegen die Berufungszahlen weder in den westlichen Besatzungszonen noch in der SBZ in größerem Maße. Während an westdeutschen Hochschulen 1949 der Anteil von Professorinnen bei 0,8 Prozent und jener der Dozentinnen bei 2,9 Prozent lag, waren an den Hochschulen der SBZ/DDR 1,7 Prozent der Lehrenden Professorinnen und 6,9 Prozent Dozentinnen.⁶

Auch wenn Debatten über die Gleichberechtigung von Frauen und ihre Einbeziehung in den Wissenschaften schon frühzeitig in der SBZ/DDR geführt wurden, setzte eine spezielle Förderung von Akademikerinnen durch konkrete Maßnahmen wie etwa das Frauensonderstudium erst seit dem Beginn der 1960er Jahre ein. Ein Beitrag aus der Zeitschrift *Das Hochschulwesen* von 1960 formulierte entsprechende Zielstellungen – wenn auch mittels einer instrumentellen Rhetorik – in der üblichen Parteiprosa:

„Der Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik fordert nicht nur von den Männern, sondern auch von den Frauen, daß sie sich weiterqualifizieren, daß sie die Wissenschaft und Technik meistern und sie zum Wohle der ganzen Menschheit anwenden. Immer mehr Frauen drängen danach, diese Forderung zu erfüllen. Für die volle Entfaltung aller Fähigkeiten der Frau besteht in der Deutschen Demokratischen Republik die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit, weil die Entwicklung aller ihrer schöpferischen Fähigkeiten im Interesse des Sozialismus liegt und damit die Gleichberechtigung der Frau gesellschaftlich notwendig ist.“⁷

Die Gründe, Frauen als potenzielle Wissenschaftlerinnen zu gewinnen, folgten also zunächst nicht einem Gleichstellungskalkül: Zum einen galt es für die SED, nach der Schließung der Grenze im August 1961 neue Legitimität für den Sozialismus herzustellen. Dies sollte mittels den zwar schon lange bekannten, aber bisher kaum realisierten Egalitätsbekundungen eingelöst werden. Zum anderen mangelte es noch immer an Arbeitskräften, weshalb die stärkere Integration von Frauen in den produzierenden Sektor angestrebt wurde. Schließlich hatten Frauen in

⁵ Ann Taylor Allen, Der lange Weg der Gleichstellung. Frauen im deutschen und amerikanischen Hochschulwesen, in: Ash (Hg.), *Mythos Humboldt*, 218–233, hier 220ff.

⁶ Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 383.

⁷ Ursula Henschel, Gleichberechtigung der Frau auch in der Wissenschaft, in: *Das Hochschulwesen* 8 (1960) 3, 124–126, hier 124.

den Jahren zuvor eine gewisse Loyalität der DDR gegenüber bewiesen, waren sie doch weitaus seltener in den Westen geflohen. Matthias Middell spricht, bezugnehmend auf eine Berechnung des DDR-Staatssekretariats von 3 Prozent Studentinnen gegenüber 6 Prozent Studenten, die 1960 die DDR Richtung Westen verließen.⁸ Die zunehmende Förderung von Akademikerinnen ab den 1960er Jahren verdankte sich nicht zuletzt den Hoffnungen, die in die WTR gesetzt wurden. Um mit dem Westen ökonomisch gleichzuziehen, bedurfte es gerade in den Bereichen Naturwissenschaft und Technik gut qualifizierter Wissenschaftler bzw. Wissenschaftlerinnen.⁹

Nachdem die bisherige Förderung von Frauen in der DDR vorrangig auf ihren Zugang zum Arbeitsmarkt abzielte, jedoch nur selten Qualifikationen für höhere Positionen ermöglichte, verschob sich der Fokus der SED mit der Veröffentlichung des sogenannten Frauenkommunikés¹⁰ unter anderem auf die Wissenschaften. So wurde die akademische Aus- und Weiterbildung von Frauen angeregt – um etwa mittels eines Fernstudiums zur Werkleiterin aufsteigen zu können. In geringerem Maße erfuhr auch die Weiterqualifizierung von Akademikerinnen eine Aufwertung. Das Staatssekretariat formulierte an die Hochschulen Vorgaben, wie den Forderungen des Frauenkommuniké nachzukommen sei. Das Frauenkommuniké wurde nach einem Beschluss des Politbüros vom 5. Dezember 1961 von der Frauenabteilung des ZK der SED und der Frauenkommission formuliert und sollte nicht nur eine Diskussion der bisherigen Versäumnisse auf dem Gebiet der Gleichberechtigung von Frauen in Gang setzen, sondern konkrete Maßnahmen erarbeiten, wie Frauen besser qualifiziert und auf höheren Leitungsebenen etabliert werden könnten.¹¹

Das Kommuniké und die anschließenden parteiinternen, aber auch in Tageszeitungen und Zeitschriften ausgetragenen Debatten schafften es, die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in die Öffentlichkeit zu tragen, auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen aufmerksam zu machen und weibliche Berufstätigkeit gleichzeitig aufzuwerten. Befragungen

⁸ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 38.

⁹ Vgl. Budde, Frauen der Intelligenz, 55ff.; Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 384; Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 387. Jens Giesecke weist darauf hin, dass Frauen wahrscheinlich eine größere innere Distanz zum SED-Staat aufwiesen. Folgt man dieser Annahme, dann sprechen die geringeren Fluchtzahlen nicht für eine stärkere Loyalität. Stattdessen müssten andere Gründe für sie vorlegen haben. Denkbar wäre, dass die Pflege und Betreuung von Angehörigen Frauen daran hinderten, sich häufiger für eine Flucht in den Westen entschieden. Vgl. Jens Giesecke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000, 267f.

¹⁰ Ohne Autorin, Die Frauen – der Frieden und der Sozialismus. Kommuniké des Politbüros des Zentralkomitees vom 16.12.1961, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hg.), Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. 8, Berlin 1962, 504–509.

¹¹ Maul, Akademikerinnen in der Nachkriegszeit, 267.

wurden in Auftrag gegeben, Konferenzen widmeten sich dem Thema, konkrete Frauenförderpläne wurden verabschiedet und ihre Umsetzung kontrolliert. So hatten die Hochschulen dem Staatssekretariat etwa Berichte vorzulegen, um über Erfolge und Hemmnisse der Frauenförderung zu informieren. Viele Institutionen waren fortan einem „Berichts- und Rechtfertigungszwang“¹² ausgesetzt. Betriebsleiter mussten Rede und Antwort stehen, warum nur wenige Frauen insbesondere höhere Positionen bekleideten. Auch in den Wissenschaften wurden Regelungen implementiert, jedoch erwiesen sich gerade die Universitäten als resistente Festungen gegen die Frauenförderungsmaßnahmen – etwa was die Erhöhung der Frauenquoten bei Promotionen und Habilitationen betraf. Zwar zeigten sich erste Erfolge in leicht ansteigenden Zahlen für die Berufungen von Frauen, doch wurden diese Hochschullehrerinnen vor allem als „Vorzeigefrauen“ wahrgenommen – sie waren bloße Ausnahmen, welche die schwer veränderbare Normalität illustrierten.¹³ An der HU gründete sich der erste zentrale Frauenausschuss auf Initiative der Universitätsgewerkschaftsleitung im April 1959 – im Vergleich mit anderen Universitäten der DDR sehr spät. Er trat in Verhandlungen mit der Universitätsleitung, um Beschlüsse und Empfehlungen zur Frauenförderung an der HU zu realisieren. Ein Ergebnis war der erste zentrale Frauenförderungsplan vom 8. März 1961, der als Ziel die Erhöhung des Frauenanteils in allen Statusgruppen sowie Leitungsgremien und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf formulierte. Am Ende blieb es aber bei Absichtserklärungen. Weder existierte eine ausreichende Kontrolle noch ein Anreiz- bzw. ein Sanktionssystem bei nicht Einhaltung der Vorgaben. Der Frauenausschuss verlor seine Unabhängigkeit, da er der Gewerkschaftsleitung unterstellt wurde und die Frauenfrage bzw. -förderung fiel fortan der Partei und der Gewerkschaft zu.¹⁴ In der Folge bildete die Geschlechtergleichstellung nur noch eine Subkategorie anderer, allgemeinerer Themen wie Erziehung und Ausbildung; ihr Stellenwert sank. Langfristig änderte sich daher wenig an den Rollenvorstellungen und es blieb eine große Diskrepanz „zwischen den Zielvorgaben der Frauenförderung und der Umsetzung im Universitätsalltag“.¹⁵

¹² Ebd., 268.

¹³ Budde, Frauen der Intelligenz, 62ff. Siehe auch dies., Wettkampf um Gerechtigkeit. Frauenförderung und Arbeiterkinder in den Hochschulreformdebatten in Ost und West, in: Jessen/John (Hgg.), Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre, 123–142.

¹⁴ Ulla Ruschhaupt, Frauenförderung in der Zeit von 1959–1989, in: Ausstellungsgruppe an der Humboldt-Universität zu Berlin/Zentrum für Interdisziplinäre Frauenforschung (Hgg.). Von der Ausnahme zur Alltäglichkeit, 215–234, hier 221–226.

¹⁵ Ebd., 228.

Zur Rolle der Frauen in der DDR liegen mittlerweile einige Untersuchungen vor.¹⁶ Auch wird die Situation der Akademikerinnen in den wichtigen allgemeinen Abhandlungen über das Hochschulsystem meist mit erwähnt.¹⁷ Es herrscht größtenteils Einigkeit, dass trotz politischem Willen und institutioneller Förderung die geschlechtsspezifische Diskriminierung in der DDR fortbestand und das Versprechen auf Gleichheit nicht gänzlich eingelöst werden konnte.¹⁸ Dieser Einschätzung widersprechen bisweilen Berichte von Zeitzeuginnen, die – wenngleich subjektiv, retrospektiv verzerrt und daher mit der nötigen Vorsicht zu genießen – betonen, dass ihnen die DDR gute Aufstiegschancen bot. Hildegard Maria Nickel (geb. 1948) etwa blickt unumwunden positiv auf ihr in den 1960er Jahren absolviertes Studium der Kulturwissenschaften an der HU zurück:

„Es war die Zeit, als Arbeiterkinder und insbesondere Mädchen in der DDR staatlicherseits gefördert wurden, sonst wäre ich wahrscheinlich nie zum Studium gekommen. [...] Im Nachhinein bin ich sehr froh, dass ich zufällig in der DDR aufgewachsen bin und das so gelaufen ist.“¹⁹

Zugleich betonen Akademikerinnen in der Rückschau oft, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf viel Kraft kostete. Während die staatliche Unterstützung sich auf den öffentlichen Bereich erstreckte, blieben die Frauen also mitunter im Privaten mit den traditionellen Aufgaben allein.

Neben der schon in Kapitel 1 genauer erläuterten Öffnung der Hochschulen für Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien bildete also die Förderung von Frauen eine weitere wichtige Dimension der Demokratisierung des Hochschulzugangs in der DDR. Allerdings wurden beide Phänomene weder zeitlich noch politisch gleich gewichtet. Die nicht nur chronologische Nachrangigkeit der Frauenförderung gegenüber den Arbeiter- und Bauernkindern hatte ihren Ursprung allerdings noch vor der Gründung der DDR. Ralph Jessen ordnet die Gewichtung der

¹⁶ Siehe dazu Anna Kaminsky, *Frauen in der DDR*, Berlin 2016, Helga E. Hörz, *Der lange Weg der Gleichberechtigung. Die DDR und ihre Frauen*, Berlin 2010; Claudia Wangerin, *Die DDR und ihre Töchter*, Berlin 2010; Karin Zachmann, *Mobilisierung der Frauen. Technik, Geschlecht und der Kalte Krieg in der DDR*, Frankfurt a.M. 2004.

¹⁷ Vgl. Matthias Middell, *Wie weiblich war die Humboldt-Universität?*, in: Jarausch/Middell/Vogt (Hgg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden*, Bd. 3, 384–394. Vgl. ferner das Kapitel „Nebenwidersprüche. Frauen in der sozialistischen Männeruniversität“ in: Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 383–398, sowie Ausstellungsguppe an der Humboldt-Universität zu Berlin/Zentrum für Interdisziplinäre Frauenforschung (Hgg.), *Von der Ausnahme zur Alltäglichkeit*.

¹⁸ Vgl. Salheiser, *Parteitreu, plangemäß, professionell?*, 183; Maul, *Akademikerinnen in der Nachkriegszeit*, 352f.; Middell, *Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem*, 393; Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 387.

¹⁹ Hildegard Maria Nickel, *Biographische Notiz*, in: Ulrike Vogel (Hg.), *Wege in die Soziologie und die Frauen- und Geschlechterforschung. Autobiographische Notizen der ersten Generation von Professorinnen*, Wiesbaden 2006, 261–273, hier 261.

Frauenförderung wie folgt ein: „Aufs Ganze gesehen hatte der Sohn eines Arbeiters an der vorsozialistischen Universität bessere Chancen auf ein Ordinariat als die Tochter des Professors.“²⁰ Trotz der gesetzlichen Gleichstellung von Frauen und Männern mit Gründung der DDR, änderte sich an dieser Hierarchisierung zunächst kaum etwas. Die Universitäten öffneten sich in der frühen Nachkriegszeit nur proletarischen Männern, obwohl doch auch Töchter „Arbeiterkinder“ waren. Die Hierarchisierung von Klasse und Geschlecht rief in den 1950er Jahren eine Konkurrenzsituation unter den Studienplatzanwärtern und -anwärterinnen hervor, die letztlich studierwillige Frauen gerade aufgrund der staatlichen Förderpraxis von den Universitäten fernhielt.²¹ Die Sprachwissenschaftlerin Erika Ising (geb. 1928) hatte 1947 ihr Abitur abgelegt: „Ich gehörte zu den ganz wenigen Mädchen, denen es gelungen war, an der Humboldt-Universität, der damals einzigen Berliner Universität, einen Studienplatz zu bekommen und zunächst an der Pädagogischen Fakultät eingeschrieben zu werden.“²² Es ist nicht verwunderlich, dass Ising sich für ein Lehramtsstudium an der Pädagogischen Fakultät entschied, wurden Studentinnen doch zu diesem Zeitpunkt auf „typische Frauenberufe“ reduziert.²³

Nachdem zum Anfang der 1960er Jahre das Thema Gleichstellung prominenter auf der politischen Agenda der SED platziert worden war, stieg der Frauenanteil im Hochschulstudium von 27 Prozent im Jahr 1966 auf 48 Prozent im Jahr 1975. Die Zahlen verblieben auf diesem Niveau, auch 1989 machten Frauen 49 Prozent der Studierenden aus. Die Volkszählung des Jahres 1981 illustriert den rasanten Qualifizierungszuwachs bei Frauen: Unter den 50-Jährigen verfügten in diesem Jahr 2,3 Prozent der Frauen über einen Hochschulabschluss, hingegen 11 Prozent der Männer. Unter den 30-Jährigen waren es immerhin 10 Prozent der Frauen, während der Anteil bei Männern nur wenig höher lag und kaum angestiegen war (13 Prozent).²⁴ Deutlich wird, dass Frauen gegenüber den Männern von der Bildungsexpansion stärker profitierten und sie jetzt dort ermutigt wurden, wo sie in den 1950er Jahren noch Ausschluss erfahren hatten.

²⁰ Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 383.

²¹ Budde, *Frauen der Intelligenz*, 95.

²² Erika Ising, *Ein bewegtes Leben*, in: Szepansky, *Die stille Emanzipation*, 153–185, hier 160f. Wie bereits im Forschungsstand erläutert, entstanden in den 1990er Jahren einige Sammelbände, die DDR-Bürger, entweder im Interview oder in autobiografischen Berichten, zu Wort kommen ließen. Dies gilt auch für Frauen, denen explizit Sammelbände gewidmet wurden, die auf ihre Erfahrungen und Herausforderungen in der DDR eingingen. Vgl. etwa Petra Lux/Erica Fischer, *„Ohne uns ist kein Staat zu machen.“ DDR-Frauen nach der Wende*, Köln 2018.

²³ Im Jahr 1960 richtete Ursula Henschel, nachdem sie ausgeführt hatte, dass nur 5,7 % der in den technischen Fachrichtungen eingeschriebenen Frauen seien, einen Appell an die wissenschaftliche Community: „Alle Wissenschaftler und Mitarbeiter der Universitäten und Hochschulen sollten sich überlegen, in welcher Form sie die Werbung von Frauen für das Studium und besonders für die technischen Wissenschaften unterstützen können, daß auch auf diesem Gebiet des naturwissenschaftlich-technischen Studiums die volle Gleichberechtigung der Frau erreicht wird.“ Vgl. Henschel, *Gleichberechtigung der Frau auch in der Wissenschaft*, 126.

²⁴ Köhler/Stock, *Bildung nach Plan*, 46.

Trotz der staatlichen Bemühungen sind gerade an den Hochschulen nicht die Erfolge nachweisbar, die den SED-Verantwortlichen in der Frauenförderpolitik vorschwebten. Zwar belegen einige Zahlen, wie etwa der Anteil von Frauen unter den Studierenden, bestimmte Erfolge, doch erwiesen sich hochschulinterne Strukturen der Gleichstellung von Frauen und Männern offensichtlich als nur bedingt wirksam. Es ist zu vermuten, dass der Frauenanteil unter den Neuberufenen an der HU in den frühen Nachkriegsjahren nicht den der Männer übertrifft und weitere Phänomene der Ungleichheit vorlagen wie etwa die Zuweisung in bestimmte Fachrichtungen. Die Förderpolitik mag von Dekade zu Dekade Erfolge verzeichnet haben, sodass sich die Berufungen von Männern und Frauen in den 1980er Jahren zumindest annäherten. Die folgenden beiden Abschnitte gehen diesen Fragen anhand des Datensatzes nach und richten erneut einen Blick über die Grenzen der DDR hinaus: Zunächst werden die akademische Ausbildung, Weiterqualifizierung und die Berufung von Frauen, also der Weg bis zu einer Position an der HU, berichtet. Anschließend werden die Fachrichtungen und die soziale Herkunft der Frauen an der HU thematisiert.

5.1 Akademische Qualifikation

Die hochschulpolitischen Fördermaßnahmen der SED-Regierung setzten größtenteils in der Ausbildungsphase der potenziellen Wissenschaftlerinnen an: Die Studentinnenquoten wurden erhöht, die Frauenförderaspirantur wurde 1968 etabliert und Frauensonderklassen sollten ab 1969 auch an Hochschulen arbeitenden Frauen zu höheren Abschlüssen verhelfen, um ihnen anschließend in den Betrieben, in der Verwaltung oder in der Forschung leitende Positionen anbieten zu können.²⁵

Im Wintersemester 1949/1950 betrug der Anteil der Studentinnen an allen DDR-Universitäten und -Hochschulen 28,4 Prozent. Diese Studentinnenquote schwankte in den kommenden Jahren: 1953 betrug sie 22 Prozent, 1958 27,9 Prozent und 1960 23,5 Prozent.²⁶ Die Gesamtzahl der Studierenden nahm in diesem Zeitraum deutlich zu, ohne dass dies am Ungleichverhältnis zwischen Männern und Frauen etwas geändert hätte.²⁷ Andere Berechnungen

²⁵ Zachmann, Mobilisierung von Frauen, 249–276.

²⁶ Budde, Frauen der Intelligenz, 94. Zum Wintersemester 1947/1948 betrug die Zahl immatrikulierter Frauen an den Hochschulen der SBZ 24 %, wobei diese Zahl im Vergleich zu den vorherigen Nachkriegssemestern bereits rückläufig war, weil ab 1946 den Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft der Vortritt gelassen wurde. Vgl. ebd., 84. Das gleiche Phänomen lässt sich auch in den westlichen Besatzungszonen beobachten. Vgl. Budde, Paradefrauen, 186. Im Westen wie im Osten galt, „daß das Gastspiel in den Führungsetagen für die meisten Akademikerinnen dann zu Ende ging, wenn die männliche ‚Erstbesetzung‘ wieder ihr Recht einklagte. Diese Erfahrung machten die meisten jedoch nicht 1945, sondern eher Ende der vierziger Jahre, womit sich die Zäsur des Kriegsendes hinsichtlich der Berufsverläufe von Akademikerinnen relativiert.“ Vgl. ebd., 187.

²⁷ Dies., Frauen der Intelligenz, 94.

geben für das Jahr 1960 folgende Studentinnenanteile an: für alle Universitäten und Hochschulen 25 Prozent, für die Universitäten allein 38,5 Prozent und für die Hauptstadtuniversität 43 Prozent. Die Zahlen nehmen bis zum Ende der 1980er Jahre deutlich zu, sodass an den Hochschulen und Universitäten Frauen die Mehrheit der Studierenden stellten: 1985 machten sie an den Universitäten und auch an der HU rund 57 Prozent aus, an den Hochschulen und Universitäten zusammen sogar 64,7 Prozent. Die Zuwächse im Anschluss an die Stärkung der Frauenförderung durch die SED ab 1961 sind also bemerkenswert.²⁸

In Westdeutschland wurden Frauen in der Nachkriegszeit nicht nur an den Hochschulen wieder in die zweite Reihe gedrängt, sondern generell aus dem Erwerbsleben entfernt. Während in der DDR die Berufstätigkeit von Frauen propagiert, benötigt und auch real befördert wurde, etablierte sich in der Bundesrepublik das idealisierte Modell der „bürgerlichen“ Kleinfamilie mit der sorgenden Hausfrau im Mittelpunkt. Dementsprechend lag die Quote der Studentinnen in den 1950er Jahren niedriger als 20 Prozent.²⁹ Auch wenn die Bundesrepublik Frauen nicht das gleiche akademische Ausbildungsniveau bot wie die DDR, erwiesen „sich in beiden Teilen Deutschlands vor allem die sechziger Jahre als eine Aufbruchszeit für künftige Akademikerinnen [...]. Sie rückten auf beiden Seiten der Mauer nun zunehmend ins Blickfeld des öffentlichen Interesses und bewegten die Bildungspolitiker beider Systeme.“³⁰ Im Zuge einer allgemeinen Bildungsexpansion erlangten Frauen in der DDR, aber auch im Westen, vermehrt das Abitur, drängten an die Hochschulen und waren später in entsprechenden Berufen tätig. Mitte der 1980er Jahre lag der Frauenanteil unter den Studierenden in Westdeutschland schließlich bei 40 Prozent³¹ und in den 1990er Jahren, also nachdem die Studentinnen aus dem Osten offiziell zum Westen gehörten, wurde die 50-Prozent-Marke überschritten.³²

Für die nur verhalten steigenden Studentinnenzahlen bis in die 1960er Jahre in der DDR gab es mehrere Gründe: Zum Beispiel war die Abbrecherinnenquote relativ hoch.³³ Frauen favorisierten oftmals Fächer, in denen nur eine begrenzte Anzahl von Studienplätzen verfügbar

²⁸ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 388–390. Eine weitere Quelle macht folgende Angaben zum Frauenanteil unter den Studierenden an Universitäten und Hochschulen. 1951: 21,2 %, 1955 und 1965: 25,5 % und 1969: 33,4 %. Vgl. Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 390. Technische Hochschulen hatten deutlich mehr männliche Studierende, deshalb ist der Frauenanteil an der Volluniversität HU höher, die sowohl eine medizinische als auch eine pädagogische Ausbildung anbot, was oftmals Studentinnen anzog. Da es eine quotierte Zuweisung gab, blieben traditionelle Fachvorlieben der Geschlechter erhalten. Vgl. Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 388.

²⁹ Budde, Paradenfrauen, 189. Vgl. auch Maul, Akademikerinnen in der Nachkriegszeit, 80.

³⁰ Budde, Paradenfrauen, 195.

³¹ Jaraus, Das Humboldt-Syndrom, 65.

³² Haas, Arbeiter- und Akademikerkinder an der Universität, 27.

³³ Lothar Mertens, Vernachlässigte Töchter der Alma Mater. Ein sozialhistorischer und bildungssoziologischer Beitrag zur strukturellen Entwicklung des Frauenstudiums in Deutschland seit der Jahrhundertwende, Berlin 1991, 143; Maul, Akademikerinnen in der Nachkriegszeit, 290f.

war bzw. die für Frauen begrenzt wurden, da die Verantwortlichen eine Feminisierung befürchteten, wie beispielweise in pädagogischen oder philologischen Fächern.³⁴ Manche Frauen kehrten in der Nachkriegszeit wieder in die häusliche Sphäre zurück, andere beendeten ihr Studium aufgrund der Unvereinbarkeit von Kindern und Studium oder aufgrund des rauen Klimas vorzeitig.³⁵ Obwohl die ABF formal alle Angehörigen proletarischer Schichten fördern sollten, waren es faktisch vorrangig Arbeitersöhne und nicht -töchter, die hier auf ein Hochschulstudium vorbereitet wurden. Es fällt jedenfalls auf, dass jene Frauen, die bis zum Ende der 1950er Jahre ihren Weg an die Universitäten fanden, vorrangig aus dem Bürgertum stammten.³⁶ Erst danach öffneten sich die Hochschulen auch Arbeitertöchtern, obwohl die offensive Arbeiterförderung bereits abebbte. Laut Budde wirkte sich auch die Krisenzeit vor dem Mauerbau positiv auf die Öffnung der Hochschulen für Frauen aus.³⁷ In den 1970er und 1980er Jahren wurden immer mehr Stipendien an Studierende vergeben, zudem entstanden den Hochschulen angegliederte Kindergärten und -krippen. Die materielle Förderung erleichterte die Vereinbarkeit von Familie und Studium und der Anteil der Frauen an den Hochschulen stieg entsprechend an.³⁸

Neben der vermehrten Zulassung von Studentinnen sollte die Vergabe von Assistenz- und Aspiranturstellen an Frauen begünstigt werden, um ihnen die Promotion oder Habilitation zu ermöglichen. Doch erst im September 1968 wurde die Sonderaspirantur für Frauen eingeführt, die neben einem Vollstipendium auch die Möglichkeit einer Kinderbetreuung gewährte.³⁹ Im gesamten Wissenschaftsbetrieb der DDR stellten sich Erfolge jedoch nur sehr langsam ein und von einer numerischen Gleichstellung der Geschlechter konnte keine Rede sein. Während der Frauenanteil an den Promotionen 1967, also vor der Einführung der Sonderaspirantur, bei 18,5 Prozent lag, stieg er auf 25,9 Prozent im Jahr 1978 und schließlich auf 37,6 Prozent im Jahr 1989. Bei der Habilitation bzw. Promotion B machten Frauen 1967 nur 7 Prozent aus, 1978 10,8 Prozent und 1989 15,3 Prozent.⁴⁰ Auf der höchsten Qualifizierungsstufe war der Anteil

³⁴ Maul, Akademikerinnen in der Nachkriegszeit, 282 u. 294.

³⁵ Zachmann, Mobilisierung der Frauen, 251, belegt beispielsweise für die TH Dresden die Rückkehr ehemaliger Wehrmatsangehöriger und weist darauf hin, dass aufgrund von Zerstörung und Personalmangel vorrangig Studienanfänger und untere Semester immatrikuliert wurden, was auf Frauen, die während des Krieges mit dem Studium begonnen hatten, nicht zutraf. Siehe auch Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 385; Maul, Akademikerinnen in der Nachkriegszeit, 290ff.

³⁶ Maul, Akademikerinnen in der Nachkriegszeit, 275f.; Budde, Frauen der Intelligenz, 112.

³⁷ Budde, Frauen der Intelligenz, 108–112.

³⁸ Mertens, Alma Mater, 144ff.

³⁹ Budde, Frauen der Intelligenz, 188; Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 390.

⁴⁰ Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 453f.

von Frauen also vergleichsweise gering. Die Auswertung der berufenen Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen an der HU bestätigt diesen Trend.

Auch wenn von umfassender Gleichstellung nicht gesprochen werden kann, studierten im Zeitverlauf immer mehr Frauen und auch ihr Anteil unter den Promovierten und Habilitierten stieg an. Doch unter welchen Bedingungen verfolgten diese Frauen ihre Karrieren? Sowohl Zeitzeuginnen als auch die historische Forschung⁴¹ reklamieren, dass Frauen in der DDR in weit größerem Ausmaß als Männer einer beruflich-familiären Doppelbelastung ausgesetzt waren, da die traditionellen Rollenzuschreibungen kaum reflektiert wurden und daher Frauen die Verantwortung für Haushalt und Kinder zu übernehmen hatten. So berichtet Ursula Heukenkamp (geb. 1938), ordentliche Professorin für Literatur in der DDR, von ihrer misslichen Lage in einem autobiografischen Bericht:

„Zum Schreiben der Dissertation kam ich eigentlich wegen der Kinder nur nachts. Trotz der großen Unterstützung durch meine Mutter habe ich durch diese Doppelarbeit an der Uni und zu Hause das Hauptleiden einer Frau kennengelernt: alles nur halb zu schaffen und danach ein schlechtes Gewissen zu haben.“⁴²

Es bestanden also trotz administrativer Unterstützung bei der Promotion oder Habilitation externe Faktoren – wie eben die Zuweisung der Sorgearbeit –, die es Frauen erschwerten oder gar verunmöglichten, in leitende und verantwortungsvolle wissenschaftliche Positionen vorzudringen, zumindest aber ihre akademischen Karrieren verzögerten. Was die Promotionen an der HU betrifft, sind die Altersunterschiede nicht sonderlich auffällig. Frauen sind zum Zeitpunkt der Ernennung zur Doktorin maximal zwei Jahre älter als Männer. Erst für die Habilitationen (Promotion B) zeigen sich gravierende Unterschiede, die sich aber im Zeitverlauf von 1945 bis 1990 reduzierten. Waren Männer zur Habilitation in der ersten Berufungskohorte (1945–1950) noch rund zehn Jahre jünger als Frauen, sank ihr durchschnittliches Alter zwischen 1961 und 1980 um zwei bis drei Jahre. In der letzten Berufungskohorte (1981–1990) waren sowohl Männer als auch Frauen beim Abschluss der zweiten Qualifikation durchschnittlich 41 Jahre alt. Im Gegensatz zu Männern benötigten Frauen zudem tatsächlich jeden Qualifikationsschritt, um eine Berufung zu erlangen, während ihre männlichen Mitbewerber mitunter auch ohne Dissertation zum Dozenten bzw. ohne Habilitation/Promotion B zum Professor ernannt wurden.⁴³ Die Gründe für diese Ungleichbehandlung sind unter anderem darin zu suchen, dass Männernetz-

⁴¹ Budde, *Paradefrauen*, 206.

⁴² Zit. nach Herzberg/Meier, *Karrieremuster*, 278.

⁴³ Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 395.

werke die Wissenschaften bestimmten und Qualifikationsstellen vorrangig an Kollegen verteilten. So berichten es auch Zeitzeuginnen.⁴⁴ Zudem verblieben viele Frauen im wissenschaftlichen Mittelbau,⁴⁵ wo weitere Qualifikationen nicht zwingend vorgesehen waren.

Weitere Gründe – sowohl für das höhere Alter auf den Qualifikationsstufen als auch für eine stagnierende akademische Karriere – waren die faktischen Auszeiten von Frauen vor und nach der Geburt von Kindern.

Ein Blick in die Berufungsakten belegt, dass bei der Beurteilung von Berufungsvorschlägen durchaus Gleichstellungsargumente eine Rolle spielten. So wird in einem Antrag des Dekans der Juristischen Fakultät der HU an den Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen aus dem Jahr 1965 angeführt, die weibliche Bewerberin „ist z. Zt. die einzige habilitierte Frau im Bereich des Völkerrechts und wird dies nach der Lage im wissenschaftlichen Nachwuchs wohl auch in den nächsten Jahren sein“,⁴⁶ was unter anderem den Ausschlag zu ihrer Berufung gab. Die Bevorzugung von Frauen war also in den 1960er Jahren weder nur Parteiorthorik noch die Forderung einiger weniger Frauen in den Betrieben und Hochschulen, sondern durchaus Teil der administrativen Abläufe in den Berufungsverfahren.

5.2 Entwicklung der Berufungen und Berufungspositionen

Der folgende Abschnitt prüft die Erkenntnisse, die zur Frage der Qualifikationsmöglichkeiten für Frauen unter den Bedingungen der sozialistischen Hochschulpolitik gewonnen werden konnten anhand der Berufungen von Hochschullehrerinnen an der HU. Konnte an der Hauptstadtuniversität mittels Frauenförderung oder infolge des gesellschaftlichen Wandels die traditionelle geschlechtliche Ungleichbehandlung überwunden werden? Auch wenn mehrfach auf die besondere Situation der HU hingewiesen wurde, ist zu vermuten, dass die Entwicklungen jenen in der restlichen SBZ/DDR ähnlich waren, also eine Verbesserung der Karrierechancen im Zeitverlauf erreicht wurde, die Ungleichverteilung zwischen Männer und Frauen jedoch auf höheren Positionen in der Universitätshierarchie länger bzw. deutlicher bestehen blieb.⁴⁷

⁴⁴ So berichtet es etwa die Physikerin Erika Bordag-Wettengel (1921–1975). Vgl. Budde, *Frauen der Intelligenz*, 179f.

⁴⁵ Ebd., 175. Siehe auch Middell, *Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem*, 376.

⁴⁶ Signatur: B6934, Berufungsakte, Bundesarchiv Berlin, Bl. 50–52, hier Bl. 52. Der Antrag bezieht sich auf die Berufung als Professor mit Lehrauftrag. In einem weiteren Antrag zur Berufung als Stellvertreter des Ministers für Internationale Beziehungen im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen aus dem Jahr 1969 wird abermals, neben vielem anderen, das Argument bedient, dass sie die einzige habilitierte Frau auf diesem Gebiet sei. Vgl. ebd., Bl. 86f.

⁴⁷ Vogt, *Die Berliner Humboldt-Universität*, 180 u. 185.

Der Datensatz umfasst 248 Frauen und 1.700 Männer.⁴⁸ Der Frauenanteil lag für den gesamten Betrachtungszeitraum also bei 14,8 Prozent. Die Verteilung auf die Berufungskohorten zeigt allerdings, dass an der HU zunehmend mehr Frauen zu Professorinnen und Dozentinnen berufen wurden.

Berufungskohorte	Berufungen Männer			Berufungen Frauen		
	absolut	Zuwachs in %	Anteil an allen Berufungen in %	absolut	Zuwachs in %	Anteil an allen Berufungen in %
1945–1950	200		96	8		4
1951–1960	371	+ 85	91	37	+ 362,5	9
1961–1970	419	+ 13,4	93	32	– 13,5	7
1971–1980	308	– 26,8	85	56	+ 75	15
1981–1990	396	+ 28,6	77	115	+ 105,4	23
1945–1990	1.694			248		

Abb. 18: Verteilung der Berufungen auf Frauen und Männer (1945–1990), N=1.942

Während in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre lediglich 4 Prozent der Stellen an Frauen vergeben wurden, waren es im letzten Jahrzehnt des Bestehens der DDR bereits 23 Prozent. In den 1970er Jahren – als die maßgeblichen Debatten um die Frauenförderung stattfanden und erste Unterstützungsmaßnahmen anliefen – nahmen die Neuberufungen von Frauen an der HU gleichwohl ab: Während ihr Anteil an allen Neuberufungen laut Datensatz in der zweiten Berufungskohorte (1951–1960) noch 9 Prozent betrug, ging er in der darauffolgenden (1961–1970) auf 7 Prozent zurück. Statt 37 wurden nur 32 Frauen berufen, während sich die Zahl der neu eingestellten Männer im gleichen Zeitraum von 371 auf 421 erhöhte (ein Zuwachs von 13 Prozent). In anderen Untersuchungen zeigt sich ebenfalls ein leichter Berufungsknick in den 1960er Jahren.⁴⁹ Die Frauenfördermaßnahmen waren offenbar mit der Trägheit staatlicher Institutionen, aber auch dem Widerwillen einzelner Fakultäten und Institute konfrontiert.⁵⁰ Zudem besteht die Möglichkeit – da wie oben gezeigt auch die Förderung des Frauenstudiums noch nicht weit gediehen war –, dass in den frühen 1960er Jahren nicht genügend qualifizierte Nachwuchswissenschaftlerinnen zur Berufung verfügbar waren.

Ein ähnlicher Trend lässt sich für die Bundesrepublik belegen. Laut einer Volks- und Berufungszählung aus dem Jahr 1950 waren 8,7 Prozent der Hochschullehrenden weiblich.⁵¹ Andere Berechnungen, die den Mittelbau (wissenschaftliche Hilfskräfte und Assistentinnen)

⁴⁸ Abweichungen zu den absoluten Zahlen in den themenbezogenen Tabellen ergeben sich über fehlende Daten. Beispielweise konnte in einzelnen Fällen die Berufungskohorte nicht recherchiert werden.

⁴⁹ Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 389.

⁵⁰ Middell, *Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem*, 392.

⁵¹ Bundesministerium für Arbeit (Hg.), *Die Frau im Erwerbsleben. Ein Zahlenbericht*, Bonn 1954, 34f., hier zit. nach Maul, *Akademikerinnen in der Nachkriegszeit*, 124.

unberücksichtigt lassen, kommen für das Jahr 1953 auf einen Frauenanteil von 3,2 Prozent. Obwohl sich bis 1960 die Zahl der Frauen an bundesdeutschen Hochschulen laut statistischem Bundesamt verfünffacht hatte, verdoppelte sich der Frauenanteil unter den Lehrenden auf nur 6 Prozent (aber auch hier finden sich widersprüchliche Befunde, von denen manche eine Stagnation oder gar einen Rückgang der Hochschullehrerinnen nahelegen). Bis zur Mitte der 1960er Jahre stieg der Anteil auf 7,6 Prozent (Angaben des Statistischen Bundesamtes), während sich die Zahl aller Stellen im wissenschaftlichen Bereich verdoppelt hatte. 1966 erreichten Lehrstuhlinhaberinnen, nach einem Rückgang seit Beginn der 1960er Jahre, erstmals einen Anteil von über 1 Prozent, obwohl auch die Zahl der Lehrstühle um 100 Prozent zugenommen hatte.⁵² Hans Anger kam bereits 1960 in einer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass mit zunehmendem Qualifizierungsniveau immer weniger Frauen an bundesrepublikanischen Universitäten anzutreffen waren.⁵³

Zwischen 1971 und 1980 waren 15 Prozent der berufenen Hochschullehrer an der HU weiblich, im letzten Jahrzehnt der DDR betrug der Anteil von Frauen rund 23 Prozent. Der Trend zu mehr Gleichstellung in den letzten beiden Berufungskohorten wird auch an den Zuwachsraten deutlich: Während der Anteil von Männern von der dritten zur vierten Berufungskohorte sank (minus 26 Prozent), von der vierten zur fünften leicht anstieg (plus 27 Prozent), waren die Steigerungen bei den Frauen beachtlich (plus 72 Prozent von der dritten zur vierten Kohorte und eine Verdopplung der Berufungszahlen von der vierten zur fünften). In Westdeutschland lag der Anteil des weiblichen Lehrkörpers 1980 bei 12,6 Prozent (5,3 Prozent bei den Professuren) und 1990 bei 17,7 Prozent (5,5 Prozent bei den Professuren).⁵⁴

Aber wer profitierte von der Öffnung der Hochschulen für Frauen? Sind es die älteren Generationen, die ihre Ausbildung vor 1945 absolviert hatten oder ist es die sogenannte Aufbaugeneration, die ihr Wissen und ihre Fähigkeiten in sozialistischen Bildungsinstitutionen erlangt hatte? In den ersten zwei Berufungskohorten überwiegen die zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und dem Beginn des Nationalsozialismus Geborenen. Zwischen 1961 und

⁵² Maul, Akademikerinnen in der Nachkriegszeit, 124–131.

⁵³ Ebd., 126.

⁵⁴ Vgl. Allen, Der lange Weg der Gleichstellung, 223. Den wohl gravierendsten Grund bildet die Zuteilung der Stellen, denn die „Vergabe einer Professur beruht auf einem separaten und höchst selektiven Auswahlverfahren“. In (West-)Deutschland war und ist es „die privilegierte Stellung deutscher Professoren“, die „ein gewaltiges Hindernis bei der Integration von Frauen in der Hochschullehre“ darstellt: „[I]hnen ist nahezu vollständige Kontrolle über sämtliche Anstellungsverträge und Berufungen an die Hand gegeben.“ Als eine Ausnahme in Deutschland und eine mögliche Parallele sieht Ann Taylor Allen die Fachhochschulen. Auf die DDR trifft dieses Urteil nur bedingt zu, denn dort waren es nicht nur die Professoren, sondern auch die Partei, die Einfluss ausüben und Interessen durchsetzen konnte. Dies scheint der entscheidende Punkt zu sein, warum die DDR, was den Frauenanteil unter den Hochschullehrern betrifft, andere Zahlen als die Bundesrepublik aufweist. Vgl. ebd., 225.

1970 wurden 16 Frauen berufen, die nach 1930 geboren wurden und zumindest ihre wissenschaftliche Ausbildung in der DDR absolviert hatten. 12 Hochschullehrerinnen kamen vor 1930 zur Welt und könnten entsprechend noch während des Nationalsozialismus studiert haben. Diese beiden Gruppen bleiben in den Berufungsverfahren bis zum Ende der DDR relevant, wengleich Berufungen der Vertreterinnen der älteren Generation immer seltener wurden. Allerdings fand kein radikaler Generationswechsel bei den Frauen statt: Die Fördermaßnahmen der 1960er Jahre vermochten es nicht, Vertreterinnen der jungen sozialistischen Aufbaugeneration bzw. vermeintlich loyale Mitarbeiterinnen in großer Zahl an die Hochschulen zu holen.

Wie standen nun aber an der Humboldt-Universität im Zeitverlauf die Chancen, als Frau auf einen Lehrstuhl oder eine Dozentur berufen zu werden? Unter den Neuberufungen finden sich zwischen 1945 und 1990 27 Professorinnen und 221 Dozentinnen.⁵⁵ Wie in Kapitel 1 berichtet, wurden in der frühen Nachkriegszeit mehr Professuren als Dozenturen besetzt, während sich das Verhältnis seit den 1950er Jahren umkehrte, also mehr Dozenten eingestellt wurden und viele Professorenstellen auf längere Zeit besetzt waren. Was die Professuren betrifft, steigt der Frauenanteil zwar im Zeitverlauf an – von 2 Prozent in der ersten Berufungskohorte auf zum Beispiel 14 Prozent in der vierten Berufungskohorte. Die durchgehend niedrigen absoluten Zahlen (zwischen 1971 und 1980 werden zwar die meisten Professorinnen eingestellt, es sind dennoch nur ganze neun; im Jahrzehnt zuvor war es gar nur eine Professorin) zeigen aber im Verbund mit dem generell sinkenden Niveau von Neuberufungen auf Lehrstühle, dass der steigende Frauenanteil kaum einer besonderen Förderung entspringt, sondern sich vor allem der zunehmenden Einrichtung von Dozenturen verdankt. Den einzigen Hinweis auf einen kleinen Erfolg der Gleichstellungspolitik liefert die vierte Berufungskohorte (1971–1980), wo sich trotz rückläufiger Neubesetzungszahlen auf Professuren die Zahl der Lehrstuhlinhaberinnen im Vergleich zur dritten Kohorte verneunfacht, während sich die der Lehrstuhlinhaber beinahe halbiert.⁵⁶ Im gesamten Untersuchungszeitraum werden allerdings 96 Prozent aller Lehrstühle an Männer vergeben. Als ergänzenden Wert fand Ralph Jessen für die 1960er und 1970er Jahre für alle Hochschulen der DDR einen leicht steigenden Frauenteil: 1960 wurden 3,6 Prozent, 1965 3,3 Prozent und 1970 schließlich 4 Prozent Professorinnen berufen. Bei den Dozentinnen lag der Anteil etwas höher: 1960 bei 4,9 Prozent, 1965 jedoch nur bei 1,4 Prozent und 1970 letztlich bei 12,5 Prozent.⁵⁷

⁵⁵ Bei einer Dozentin ist nicht überliefert, in welcher Kohorte sie genau berufen wurde.

⁵⁶ Man beachte jedoch, dass in der dritten Berufungskohorte nur eine einzige Professorin berufen wurde, was den Anstieg auf neun im darauffolgenden Jahrzehnt weniger außergewöhnlich erscheinen lässt.

⁵⁷ Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 389.

Im Bereich der Dozenturen fällt das Ergebnis etwas freundlicher aus. In der ersten Berufungskohorte gingen 16 Prozent der Dozenturen an Frauen. Allerdings wurden in den ersten sechs Nachkriegsjahren insgesamt nur 25 Dozentenstellen vergeben. Doch schon in den 1950er Jahren überstieg ihre Zahl jene der Lehrstühle. Der Frauenanteil sank nun zunächst auf bis zu 8 Prozent (1961–1970), um in der vierten Berufungskohorte wieder das Ergebnis der ersten zu erreichen. Im letzten Jahrzehnt des Bestehens der DDR war dann immerhin jede vierte Dozentenstelle an eine Frau vergeben. Gerade in der vierten und fünften Berufungskohorte könnte die Frauenförderung durchaus Erfolge gezeitigt haben, denn die Zuwächse im Vergleich zur vorherigen Kohorte lagen in beiden Jahrzehnten weit über jenen der Männer (– 21 Prozent bei Männern versus + 57 Prozent bei Frauen zwischen 1971 und 1980 und + 28 Prozent bei Männern bzw. + 134 Prozent bei Frauen zwischen 1981 und 1990).

BK	BP	Berufungen Männer			Berufungen Frauen		
		abs.	Zuwachs in %	Anteil an allen Berufungen in %	abs.	Zuwachs in %	Anteil an allen Berufungen in %
1945–1950	D	21		84,0	4		16,0
	P	179		97,8	4		2,2
1951–1960	D	195	+ 828,6	87,0	29	+ 625,0	13,0
	P	176	– 1,7	95,6	8	+ 100,0	4,4
1961–1970	D	317	+ 162,6	91,3	30	+ 3,4	8,7
	P	103	– 41,5	99,0	1	– 100,0	1,0
1971–1980	D	252	– 20,5	84,3	47	+ 56,7	15,7
	P	56	– 45,6	86,1	9	+ 900,0	13,9
1981–1990	D	323	+ 28,2	74,6	110	+ 134,0	25,4
	P	73	+ 130,6	93,6	5	– 44,4	6,4
1945–1990		1.695			248		

Abb. 19: Geschlechtliche Verteilung der Berufspositionen (1945–1990), N=1.942 (abs.: absolut, BK: Berufungskohorten, BP: Berufsposition, D: Dozentur, P: Professur)

Trotz staatlicher Förderung wurden Frauen also äußerst selten auf Professuren berufen, während sie vom Ausbau der Dozenturen, insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren, profitieren konnten – ohne dass eine Gleichstellung realisiert worden wäre. Der Frauenanteil am Lehrkörper war immer höher als jener an der Professorenschaft oder anders ausgedrückt: Je höher die Stufe der Karriereleiter, desto weniger Frauen waren auf ihr zu finden.⁵⁸ Die Gruppen der Lehrbeauftragten und Lektorinnen konnten im vorliegenden Datensatz nicht berücksichtigt werden. Ulla Ruschhaupt geht jedoch davon aus, dass es in diesen Gruppen, gerade in den 1950er Jahren, am stärksten zu einer Zunahme des Frauenanteils kam, und dieses Phänomen sich am deutlichsten an der Philologischen und Pädagogischen Fakultät zeigte.⁵⁹

5.3 Verteilung in den Fachrichtungen

Die wissenschaftlichen und parteipolitischen Akteure forderten in den Kampagnen und Debatten der 1960er Jahre neben der Anhebung des Qualifikationsniveaus von Frauen und einer generellen Erhöhung des Frauenanteils unter den Hochschulangehörigen auch die Öffnung von naturwissenschaftlichen und technischen Zweigen für Frauen. Dies geschah im Zuge der Propagierung der wissenschaftlich-technischen Revolution, die das Produktionsniveau des sozialistischen Staates anheben sollte.⁶⁰ Daher wird nachfolgend gefragt, inwieweit im zeitlichen

⁵⁸ Finkenstaedt, Die Universitätslehrer, 170.

⁵⁹ Ruschhaupt, Die Universität nach der II. Hochschulreform 1951, 189.

⁶⁰ Dass es dabei nicht (nur) um die Gleichstellung von Frauen und die Erhöhung der Erwerbsszahlen auf diesem Gebiet ging, verdeutlicht folgende Aussage des Ministers für Wissenschaft und Technik auf der 2. Frauenkonferenz im Bereich des Staatssekretariats 1969: „Aber was die Frauen uns bringen werden, davon bin ich überzeugt,

Verlauf naturwissenschaftliche oder technikahe Professuren oder Dozenturen an der HU mit Frauen besetzt wurden oder eben nicht. Annette Vogt weist darauf hin, dass in den 1960ern an der HU die Chancen für Frauen höher waren, in den Naturwissenschaften als in den Geistes- und Sozialwissenschaften berufen zu werden, obwohl weniger Studentinnen ein naturwissenschaftliches Fach gewählt hatten, da ein tradierter Konservatismus in den Fächern Frauen strukturell benachteiligte.⁶¹ Falls dem so sei, weil beispielweise der Erfolgsdruck in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern dringender war als der Wunsch, „unter sich“ zu bleiben, dann müssten die Berufungszahlen in den naturwissenschaftlichen Fächern im Gegensatz zu den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern stärker steigen.

Zum zehnjährigen Bestehen der Frauenausschüsse in der DDR forderte 1962 eine Konferenz des ZK der SED den vermehrten Zugang von Frauen in den Bereich Technik. So monierte Inge Lange (1927–2013, Leiterin der Arbeitsgruppe Frauen) in einem Referat:

„Die Zahl der Mädchen, die technische Berufe erlernen, stagniert bzw. geht zurück. Auch der Anteil der Mädchen und jungen Frauen, die das Studium in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern der Fach- und Hochschulen aufnehmen, sinkt. Aus diesem Zustand ergibt sich eine nüchterne Schlußfolgerung: Die Mädchen und jungen Frauen, die heute keinen Beruf erlernen, heute nicht an den Fach- und Hochschulen studieren, können morgen nicht Werkleiter, Ingenieur, LPG-Vorsitzender und Bürgermeister werden.“⁶²

Frauen blieb ohne die notwendige akademische Qualifikation in technischen oder naturwissenschaftlichen Fächern eben auch die Tätigkeit als Wissenschaftlerin und Hochschullehrerin ver-

sind wahrscheinlich bei der notwendigen Synthese der Wissenschaftsgebiete, die wir jetzt vornehmen, eine Reihe neuer Gedanken, die die Männer wahrscheinlich jetzt noch gar nicht sehen. Ich weiß nicht, ob ich es richtig sage, aber bei der Übersicht über die Grenzgebiete und der Zusammenfassung dieser Gebiete werden uns die Frauen noch viele neue technische Ideen bringen, die wir gegenwärtig noch nicht haben, weil wir die Frauen noch nicht so weit qualifiziert haben.“ Um international auf den Gebieten mithalten zu können, benötige es, so die Vorstellung, neue Innovationen in neuen Technikbereichen, die nunmehr gerade durch das Überschreiten von geschlechtsspezifischen Fächertraditionen hinweg, erreicht werden sollten. Zit. nach Zachmann, Mobilisierung der Frauen, 273.

⁶¹ Vogt, Die Berliner Humboldt-Universität, 182f.

⁶² Zentralkomitee der SED – Arbeitsgruppe Frauen, Die Aufgabe der Frauenausschüsse im Kampf für den Sieg des Sozialismus in der DDR, in: das. (Hg.), Die Frau – der Frieden und der Sozialismus. Konferenz des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Berlin am 5. und 6. Januar 1962, Berlin 1962, hier 48. Walter Ulbricht etwa ließ verlauten: „[E]s ist notwendig, daß die staatlichen Organe die Kaderpolitik ändern und eine größere Zahl junger Arbeiterinnen und anderer Mädchen und junger Frauen in die Hochschulausbildung, vor allen Dingen für bestimmte technische Berufe der Industrie, einbeziehen. [...] [W]ir können den Sozialismus nicht nur mit Friseurinnen aufbauen. Ich bin auch für schöne Frisuren, aber das wichtigste und interessanteste sind gerade die technischen Berufe.“ Vgl. Walter Ulbricht, Die Frau – aktive Mitgestalterin unseres sozialistischen Lebens, in: ebd., hier 16. In seinem Vorwort zum Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED betonte Ulbricht ebenfalls, dass „[s]chon bei der Planung der Berufsausbildung und der Ausbildung der Hoch- und Fachschulkader [...] die Rolle der Frau in der sozialistischen Gesellschaft und ihre Entwicklung auf technischen und naturwissenschaftlichen Gebieten mehr zu beachten“ sei. Vgl. Zentralkomitee der SED, Vorwort, in: Die Frau – der Frieden und der Sozialismus, hier 7.

sagt. Ralph Jessen merkt an, dass der Anteil der Hochschullehrerinnen an den landwirtschaftlichen sowie den naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultäten an verschiedenen Universitäten der DDR unter dem Landesdurchschnitt lag und in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern darüber.⁶³ Ähnliche Tendenzen lassen sich auch für die HU konstatieren, denn der steigende Frauenanteil unter den Lehrenden verteilte sich nicht gleichmäßig auf alle Fachrichtungen.

BK	FR	Berufungen Männer			Berufungen Frauen		
		absolut	Zuwachs je FR in %	Anteil an allen Berufungen in %	absolut	Zuwachs je FR in %	Anteil an allen Berufungen in %
1945–1950	AW	52		100,0	0		0,0
	GW	101		94,4	6		5,6
	NW	47		95,9	2		4,1
1951–1960	AW	90	+ 73,0	96,8	3		3,2
	GW	208	+ 106,0	87,4	30	+ 400,0	12,6
	NW	73	+ 55,3	94,8	4	+ 100,0	5,2
1961–1970	AW	74	+ 17,8	96,1	3	± 0,0	3,9
	GW	230	+ 10,6	90,2	25	– 16,7	9,8
	NW	116	+ 58,9	96,7	4	± 0,0	3,3
1971–1980	AW	68	– 8,1	94,4	4	+ 33,3	5,6
	GW	174	– 24,3	78,4	48	+ 92,0	21,6
	NW	63	– 45,7	94,0	4	± 0,0	6,0
1981–1990	AW	64	– 5,9	84,2	12	+ 200,0	15,8
	GW	232	+ 33,3	72,3	89	+ 185,4	27,7
	NW	100	+ 58,7	87,7	14	+ 200,0	12,3
1945–1990		1.692			248		

Abb. 20: Geschlechterverteilung in den Fachrichtungen (1945–1990), N=1.940 (BK: Berufungskohorten, FR: Fachrichtungen, AW: Agrarwissenschaften, GW: Gesellschaftswissenschaften, NW: Naturwissenschaften)

Während es in den Agrarwissenschaften in der ersten Berufungskohorte keine Professorin bzw. Dozentin gab, betrug der Anteil der Frauen unter den Berufenen im letzten Jahrzehnt der DDR immerhin 16 Prozent. In den Naturwissenschaftlichen Fächern, die auch die technischen Bereiche umfasste, waren 1945–1950 4 Prozent Frauen unter den Hochschullehrern und 12 Prozent am Ende der DDR. In den Gesellschaftswissenschaften ist ein Anstieg von 6 auf 28 Prozent zu verzeichnen.⁶⁴ Die These von Annette Vogt lässt sich somit nur bedingt bestätigen. In den

⁶³ Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 391. Zudem habe „sich die Frauenquote in den typischen ‚Frauendomänen‘ der geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächer widersprüchlich“ entwickelt. „Während sie in den Fächern der Philosophischen Fakultät auf beachtliche 10 % wuchs, ging sie in den harten Ideologiedisziplinen auf unterdurchschnittliche 2,4 % zurück.“ Vgl. ebd.

⁶⁴ Zur geschlechtsspezifischen Fächerwahl vgl. Mertens/Voigt, *Soziale Herkunft und Selbstrekrutierung*, 170.

1960er Jahren stagnierten die Berufungen in den naturwissenschaftlichen Fächern, während sie in den Gesellschaftswissenschaften sogar sanken. Und auch im Vergleich zu Stellenbesetzungen mit Männern konnten Frauen keinen Boden gut machen. Abbildung 21 zeigt zudem, dass die wenigen Frauen in den Naturwissenschaften in der Regel nicht auf eine Professur berufen wurden. Dem ausbleibenden Erfolg der Förderung von Frauen im Bereich von Technik und Naturwissenschaften lagen Ursachen zugrunde, die zum Teil über den kurzfristigen Verfügungsbereich der SED hinausgingen. Zunächst ist die Studienfachwahl von Männern und Frauen zu nennen. Junge Frauen studierten in den 1950er und 1960er Jahren überwiegend Medizin, Architektur oder im Lehramt. Junge Männer hingegen wählten eher technische Studiengänge. Sie waren zudem häufiger als Frauen bereit, sich in anderen Fachbereichen einzuschreiben, sofern bereits alle Studienplätze im gewünschten Zweig vergeben waren – Frauen hingegen ließen sich in diesem Fall häufig vom Studium zurückstellen.⁶⁵ Matthias Middell weist darauf hin, dass der Berufswunsch Lehrerin und die steigende Zahl der Lehramtsstudentinnen zu einer Feminisierung dieser Profession führten. Entsprechendes gilt für die Medizin: Viele Frauen absolvierten dieses Studium, sodass bereits Mitte der 1970er Jahre der Frauenanteil unter Medizinern bei 50 Prozent lag.⁶⁶

BK	BP	Berufungen Männer			Berufungen Frauen		
		abs.	Zuwachs in %	Anteil an allen Berufungen in %	abs.	Zuwachs in %	Anteil an allen Berufungen in %
1945–1950	D	4		80,0	1		20,0
	P	43		97,7	1		2,3
1951–1960	D	35	+ 775,0	92,1	3	+ 200,0	7,9
	P	38	– 11,6	97,4	1	± 0,0	2,6
1961–1970	D	92	+ 162,6	95,8	4	+ 33,3	4,2
	P	24	– 36,8	100,0	0	– 100,0	0,0
1971–1980	D	47	– 48,9	92,2	4	± 0,0	7,8
	P	16	– 33,3	100,0	0	± 0,0	0,0
1981–1990	D	85	+ 80,8	86,7	13	+ 225,0	13,3
	P	15	– 6,3	93,8	1		6,2
1945–1990		399			28		

Abb. 21: Geschlechterverteilung in den Naturwissenschaften nach Berufsposition (1945–1990), N=427 (BK: Berufungskohorte, Berufsposition)

⁶⁵ Budde, Frauen der Intelligenz, 113–115.

⁶⁶ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 389. Da die Medizin in dieser Studie ausgeklammert bleibt (vgl. Einleitung), dürfte der Frauenanteil unter den Lehrenden der HU etwas höher gelegen haben, als in diesem Kapitel berichtet, da zu vermuten ist, dass entsprechend mehr Medizinerinnen unter ihnen waren.

Als zweiter Grund sind innerfachliche und hochschulstrukturelle Merkmale anzuführen. Die Chancen für Frauen, ihre universitäre Laufbahn voranzubringen, unterschieden sich von Fach zu Fach. Mitunter wurden sie von der Weiterqualifikation abgehalten oder mit Aufgaben betraut, die eine Qualifikation verhinderten. Sie widmeten sich zudem oft „karrierehemmenden“ Themen“ bzw. „hochspezialisierter Nischenforschung“,⁶⁷ was zwar die Konkurrenz (auch gegenüber männlichen Kollegen) abschwächte, aber ebenso die Aussicht auf Dozenten- oder Professorenstellen. Gunilla-Friederike Budde konnte nachweisen, dass ab den 1960er Jahren in einigen Bereichen der Gesellschaftswissenschaften sehr kleinteilige und spezialisierte Promotionsthemen von Wissenschaftlerinnen bearbeitet wurden. Aber sie lässt auch die Physikerin Erika Bordag-Wettengel (1921–1971) zu Wort kommen, die konstatiert, Männer seien besser vernetzt gewesen und Frauen habe es an den nötigen persönlichen Kontakte in Berufungsverfahren gemangelt.⁶⁸ Ob Wissenschaftler ihre Kolleginnen absichtsvoll auf fachliche Nebengleise manövrierten oder ob Frauen sich Nischen suchten, um Einfluss und Verantwortung von sich fernzuhalten, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden, wiewohl dieses Thema bis heute nichts an Aktualität eingebüßt hat. Erika Ising (1928–2019) beschreibt in einem autobiografischen Bericht die ausgebliebene akademische Karriere sogar als Glücksfall:

„Heute, möchte ich sagen, bedauere ich das rückblickend doch nicht [die Ablehnung der Professur durch das ZK der SED, obwohl sie die erste in ihrem Fachgebiet habilitierte Frau war, U.B.], es hat mir in zweierlei Hinsicht Freiheit gelassen. Ich mußte nicht auf einem Katheder stehen und Dinge lehren, von denen ich nicht überzeugt war, und ich hatte doch mehr Zeit für die Familie und meine nicht kleine Kinderschar, Zeit, die ich bei einer Belastung als Hochschullehrerin ja so nicht gehabt hätte.“⁶⁹

Es gab in allen Fachrichtungen eine „vertikale geschlechtsspezifische Segregation“, die an die „Höhe der Berufsposition gekoppelt war.“⁷⁰ Und dieses Phänomen lässt sich auch für die HU feststellen. Die geschlechtsspezifische Segregation zeigt sich auch am Berufungsalter:

„Für die Berliner Universität muß detailliert gezeigt werden, was Charlotte Lorenz 1952 für die westdeutschen Universitäten und Hochschulen herausfand: die meisten Wissenschaftlerinnen waren als Lehrkräfte tätig, es gab kaum Professorinnen und wenn, dann waren diese meist überaltert. [...] Charlotte Lorenz ermittelt, daß Frauen überdurchschnittlich auf eine Ernennung als Professorin nach der Habilitation warten mußten, bis zu 17 Jahre.“⁷¹

⁶⁷ Budde, *Frauen der Intelligenz*, 176 u. 178.

⁶⁸ Ebd., 176–180, sowie vertiefend 184f.

⁶⁹ Ising, *Ein bewegtes Leben*, 167.

⁷⁰ Jeweils zit. nach Mertens, *Alma Mater*, 149.

⁷¹ Vogt, *Die Berliner Humboldt-Universität*, 178.

Für die Bundesrepublik gibt Bärbel Maul an, dass habilitierte Wissenschaftlerinnen am Anfang der 1950er Jahre zwischen neun und 26 Jahre auf ihre Berufung warten mussten und auf eine außerordentliche Professur immerhin noch zwischen sechs und sieben, in Ausnahmefällen bis zu 17 Jahre. Am Ende der 1950er Jahre waren Frauen zum Zeitpunkt der Habilitation immer noch durchschnittlich vier Jahre älter als ihre Kollegen.⁷²

Für die Humboldt-Universität – für die bislang keine Zahlen über unterschiedlich lange Ausbildungs- und Wartezeiten von Frauen und Männern vorliegen – lassen sich dem Datensatz folgende Tendenzen entnehmen: Das Durchschnittsalter bei der Beendigung der Promotion stieg insgesamt von rund 28 Jahren in der ersten (1945–1950) auf rund 32 Jahre in der letzten Berufungskohorte (1981–1990), sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen. In den dazwischenliegenden Kohorten waren Frauen durchschnittlich zwei Jahre älter als ihre Kollegen, aber die Differenz ist nicht gravierend. Verwunderlich ist, dass es überhaupt zu einem Anstieg des Promotionsalters kam, war doch die Hochschulpolitik der SED bemüht, die Ausbildung der „neuen Intelligenz“ effektiv zu gestalten, um die Akademiker schnell als Kader in den Betrieben oder Institutionen des Staates einsetzen zu können. Beim Habilitationsalter ist der Trend bei den Männern ähnlich, sie werden im Zeitverlauf immer älter, bis die in der letzten Kohorte berufenen Hochschullehrer durchschnittlich 41 Jahre alt sind. Dasselbe Alter wiesen die Hochschullehrerinnen zwischen 1981 und 1990 zum Zeitpunkt ihrer Habilitation auf, jedoch wurden die Frauen im Zeitverlauf jünger: Das durchschnittliche Habilitationsalter in der ersten Berufungskohorte lag bei rund 45,5 Jahren und damit 10 Jahre höher als bei den Männern.

Das durchschnittliche Berufungsalter von Professorinnen an der HU sank im Zeitverlauf deutlicher im Vergleich zu den Professoren. Während es zwischen 1945 und 1950 bei durchschnittlich 56,5 Jahren lag (55 bei den Männern), waren die in den 1980er Jahren berufenen Professorinnen rund 50 Jahre alt (51,6 bei den Männern). Eine Begründung könnte sein, dass Frauen ab den 1970er und 1980er Jahren vermehrt klassische Karrierewege beschritten und daher auch das Durchschnittsalter sank, weil es selbstverständlicher wurde und sie weniger Hindernisse überwinden mussten.

Bei den Dozentinnen ist die Entwicklung im Zeitverlauf weniger eindeutig: Die zwischen 1945 und 1950 berufenen Frauen waren durchschnittlich 44,8 Jahre alt, im folgenden Jahrzehnt 41,6 Jahre. Im Gegensatz dazu waren die Männer 48,7 bzw. 35,9 Jahre alt. In der dritten Berufungskohorte (1961–1970) sank das Alter weiter – auf 36,4 Jahre –, stieg in der nächsten Berufungskohorte aber wieder auf 43,4 Jahre an (bei den Männern 37,5 bzw. 42 Jahre). In den 1980er Jahren waren die berufenen Dozentinnen fast 45 Jahre alt, ebenso die

⁷² Maul, Akademikerinnen in der Nachkriegszeit, 126–130.

Männer. Offensichtlich profitierten junge Frauen ebenso wie Männer von dem Stellenausbau in den 1960er Jahren, als generell viele Dozenturen geschaffen wurden (vgl. Kapitel 2), da sie Aufgaben in der Lehre abdecken sollten. Als anschließend nur noch wenige neue Stellen geschaffen wurden bzw. die bestehenden Stellen besetzt waren, mussten Frauen wieder länger auf eine Berufung warten.

5.4 Soziale Herkunft

Wie bereits angemerkt, war es anfangs für Töchter aus Arbeiterfamilien, im Gegensatz zu Jungen und Mädchen aus „bürgerlichen“ Haushalten, fast unmöglich, einen Studienplatz zu erhalten.⁷³ Gleichzeitig hatten mehr junge Frauen einen Vater mit einem höheren Bildungsniveau als die gleichaltrigen Männer.⁷⁴ Jedoch war es auch für Mädchen aus „bürgerlichem“ Hause schwer, weil sie die vermeintlich falsche soziale Herkunft mitbrachten und nur bedingt als Aushängeschilder der jungen DDR geeignet waren. Ein Umdenken fand erst statt, als Frauen der „neuen Intelligenz“ Anfang der 1960er Jahre an Bedeutung gewannen.⁷⁵ Im Folgenden wird die soziale Herkunft der berufenen Hochschullehrerinnen näher betrachtet, um zu eruieren, wen die Frauenförderung erreichte, ob die Töchter der Arbeiter doppelt profitierten und welche Veränderungen sich im Zeitverlauf einstellten. Die allgemeine Zunahme an Berufungen wurde im Kapitel 2, der Anteil der Frauen in diesem Abschnitt dargestellt.

	1945–1950		1951–1960		1961–1970		1971–1980		1981–1990	
	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F
Arbeiter	1,2	–	15,1	11,1	15,9	22,7	18,9	13,8	11,5	18,4
Bauern	5,8	–	4,6	–	8,4	–	7,4	10,3	9,5	2,6
Facharbeiter/Handel	24,4	33,3	26,2	22,2	32,3	40,1	33,1	27,6	24,3	34,1
Geistliche	5,8	–	1,2	5,6	2,0	–	0,6	3,4	0,7	2,6
Handwerker/Gewerbe	18,6	–	12,8	11,1	14,3	27,3	19,4	27,6	27,7	23,7
Lehrer	10,5	–	16,3	11,1	12,3	–	8,0	10,3	8,1	7,9
Obere Dienstklasse	8,1	–	1,7	–	2,0	–	0,6	–	4,0	–
Untere Dienstklasse	25,6	66,6	22,1	38,6	12,7	9,1	12,0	6,9	14,2	10,3

Abb. 22: Soziale Herkunft der Hochschullehrerinnen und -lehrer in Prozent (1945–1990), N= 936⁷⁶ (M: Männer, F: Frauen)

⁷³ Zu Pfarrerstöchtern mit akademischer Ausbildung vgl. Kleßmann, Relikte des Bildungsbürgertums, 263.

⁷⁴ Mertens/Voigt, Soziale Herkunft und Selbstrekrutierung, 170.

⁷⁵ Budde, Frauen der Intelligenz, 52f.

⁷⁶ Bei der Erhebung der sozialen Herkunft weist der Datensatz erhebliche Lücken auf. Die Interpretation der Angaben erfolgt unter diesem Vorbehalt, da für die Frauen N=113.

Hochschullehrerinnen mit einem Arbeiterfamilienhintergrund wurden erst ab den 1950er Jahren berufen, wobei zwei der sechs Berufenen zwischen 1945 und 1950 als Vater einen Facharbeiter hatte. Im Vergleich zu den Männern konnten sich Frauen aus Arbeiterhaushalten zumindest in den 1960er und 1980er Jahren besser durchsetzen. Dies gilt ebenfalls für die Hochschullehrerinnen, die aus einem Facharbeiterhaushalt kamen. Eine Berufsgruppe, die von den Arbeitern nur schwer abzugrenzen ist. Die Töchter der Facharbeiter, ähnlich wie jene aus Handwerkerfamilien, gehören zu den Gruppen, die zunehmend Karrierechancen wahrnehmen konnten. Töchter un- oder angelernter Arbeiter nahmen numerisch zu, jedoch im Vergleich zu den beiden letztgenannten Gruppen der Hochschullehrerinnen, in Anbetracht der steigenden Berufungszahlen und der zusätzlichen Förderung für Arbeiterkinder war der Anstieg verhalten. Beispielsweise wurden zwischen 1951 und 1960 jeweils zwei Töchter von Arbeitern und Handwerkern berufen und vier Töchter von Facharbeitern. In den 1980er Jahren waren es hingegen sieben Töchter von Arbeitern, 9 von Handwerkern und 13 von Facharbeitern (für die prozentuale Verteilung siehe Abb. 22).

Dieses Phänomen lässt sich bereits in einem viel früheren Stadium der wissenschaftlichen Qualifikation aufzeigen, nämlich in den ABF, die das Ziel hatten, zu einer Hochschulzulassung zu befähigen. Dort wo eigentlich nur Arbeiter- und Bauernkinder Zugang finden sollen, wurden unterdurchschnittlich wenig Frauen aus dieser Schicht angeworben.

„Ihre [gemeint sind Wissenschaftlerinnen und Technikerinnen, U.B.] Aussichten sind also die Aussichten aller Arbeiter- und Bauern-Studenten: Der Fünfjahresplan sieht eine Steigerung auf 12.000 vor. Das ist ja auch verständlich, denn jeder junge Mensch, der zur ABF kommt, das ist ein zukünftiger Wissenschaftler, Techniker, der mithilft am Aufbau unserer Wirtschaft, an der Erringung des glücklichen Lebens. Ein besseres und glücklicheres Leben erstreben aber die Mädchen genauso wie die Jungen. Deshalb heißt unsere Parole: ‚Mehr Mädchen auf die Arbeiter- und Bauernfakultäten‘!⁷⁷

Dieser Ausschnitt aus einem Artikel der *Frau von heute* aus dem Jahr 1951 versuchte darüber hinwegzutäuschen, dass der Frauenanteil an den ABF unter 25 Prozent lag. Während die Söhne aus der Arbeiter- und Bauernschicht ihren Weg an die ABF fanden, blieb der Anteil der Frauen hinter den Vorstellungen der SED zurück. Im gleichen Jahr forderte Walter Ulbricht, dass „40 Prozent der Studenten an den Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten Mädchen sein müssen.“⁷⁸ Laut dem Statistischen Jahrbuch der DDR sank der Frauenanteil an den ABF kontinuierlich von 27,2 Prozent (1952) auf 18,4 Prozent (1961). Bis zum Jahr 1963 stieg der Anteil wieder leicht auf

⁷⁷ Zit. nach Budde, Frauen der Intelligenz, 139.

⁷⁸ Zit. nach ebd.

21 Prozent. Da die ABF dann größtenteils geschlossen wurden, fehlen weiterreichende Zahlen.⁷⁹

Nur wenige Mädchen und Frauen erhielten Unterstützung aus ihren meist bildungsfernen Elternhäusern. Trotz staatlicher Versprechen, dass nun endlich auch Kindern aus Arbeiterfamilien eine akademische Ausbildung und damit mehr gesellschaftliche Partizipation möglich sei, stand gerade die Elterngeneration dieser unbekanntem Welt skeptisch gegenüber. Bereits die Jungen wurden von ihren Eltern in der Regel kaum ermuntert, das ungewohnte Terrain zu erobern, für Mädchen muss es noch schwerer gewesen sein, ihren eventuellen Neigungen nachzugehen.⁸⁰ In den ABF wartete neben viel Lernstoff, der in kürzester Zeit verinnerlicht werden musste, auch Ideologisierung auf die Studierenden, bildeten sie doch als zukünftige Kader die Hoffnungsgeneration der jungen Republik. Die Klasse mit dem vermeintlich richtigen Bewusstsein sollte zur neuen sozialistischen Elite des Landes erzogen werden. Bei der Herausbildung ihrer Loyalität zur Partei wurde nichts dem Zufall überlassen. Auch nach Bestehen der ersten akademischen Eindrücke wehte den Absolventen der ABF ein eisiger Wind aus den Universitäten entgegen. Da sie bei der Studienplatzvergabe bevorzugt behandelt wurden, hegten viele „bürgerliche“ Studierende Ressentiments gegen die neuen Aufsteiger. So erinnert sich eine Dozentin für Mediävistik, die aus einem Arbeiterhaushalt stammte:

„[U]nd es fehlte nicht an Professoren und Dozenten, die aus ihren Vorbehalten gegenüber solchen Studenten keinen Hehl machten und sie, so sich Möglichkeiten fanden, auch bloßzustellen suchten. Mein (und gewiß nicht nur mein) psychischer und emotionaler Zustand war deshalb ein recht zwiespältiger: Meine Freude darüber, studieren zu können, wurde von ständigen Selbstzweifeln und Ängsten beeinträchtigt.“⁸¹

Angesichts dieses Klimas verwundert es kaum, dass bereits an den ABF die Abbruchquote unter Studentinnen höher war als unter den Studenten.⁸²

Geht man davon aus, dass für die ABF-Absolventen nach der Erlangung der Hochschulreife vier Jahre Studium und drei Promotions- und eventuell Habilitationsjahre folgten, dann müssten sie, großzügig gerechnet, circa zehn Jahre nach ihrer ABF-Zeit, also eine Berufungskohorte später, berufen worden sein. Die Zahlen aus dem vorliegenden Datensatz vermitteln

⁷⁹ Ebd., 138.

⁸⁰ Ebd., 135f. Tatsächlich stammten die Frauen, die eine ABF besuchten und später an die HU berufen wurden, nur aus sogenannten bildungsfernen Schichten: aus Arbeiter- (19 %), Facharbeiter- (38 %) und Handwerkerfamilien (44 %). Das heißt, trotz der zu niedrigen Rekrutierungszahlen von Frauen, die an die HU gelangten (im Datensatz nur 18 Frauen), wurden Frauen nicht als Frauen an die ABF delegiert, sondern als Arbeitertöchter. Zumindest diesen politischen Anspruch konnte die SED einlösen.

⁸¹ Zit. nach Budde, *Frauen der Intelligenz*, 142.

⁸² Ebd., 138ff.

ein anderes Bild. Der Frauenanteil der ehemaligen ABF-Studierenden unter den Hochschullehrern der HU lag in der dritten Berufungskohorte (1961–1970) bei 7,9 Prozent, 1971–1980 bei 27,7 Prozent und 1981–1990 bei 16,7 Prozent. Obwohl in den 1950er Jahren der Frauenanteil unter den ABF-Studierenden am höchsten war, wies die dritte Berufungskohorte den niedrigsten Frauenanteil auf. Umgekehrt: In den 1960er Jahren sank der Frauenanteil an den ABF, doch in den 1970er Jahren wurden die meisten Frauen mit ABF-Hintergrund an die HU berufen. Selbst in der letzten Berufungskohorte war ihr Anteil noch erstaunlich hoch, obwohl die ABF zu dieser Zeit größtenteils schon abgewickelt waren. Frauen, die ihren Hochschulzugang an einer ABF erlangt hatten, scheinen also meist länger als zehn Jahre benötigt zu haben, um die erforderlichen Qualifikationen zu erbringen bzw. erwies sich die Wartezeit bis zu einer Berufung als weitaus länger als vermutet.

5.5 Zwischenfazit

Die Auswertung des Datensatzes hat gezeigt, dass die Hochschullehrerinnen an der HU bis zum Ende der DDR in fast allen Aspekten der wissenschaftlichen Laufbahn geringere Erfolgschancen hatten als ihre männlichen Kollegen. Trotz staatlicher Förderung, gerade ab den 1960er Jahren, war es Frauen nicht in gleicher Weise und in gleichem Umfang möglich wie Männern, eine universitäre Karriere voranzutreiben. Obwohl die Studentinnenzahlen im Gegensatz zu technischen Hochschulen an der HU als Volluniversität relativ hoch waren,⁸³ besetzten Frauen in weit geringerem Maße als Männer Professuren. Frauen benötigten in den meisten Berufungskohorten länger als Männer, um die jeweiligen akademischen Positionen zu erlangen und in vielen Fällen wurden sie nur auf Dozenturen berufen, während ihnen der Weg auf die prestigeträchtigeren Professuren verschlossen blieb. Dabei bildeten Frauen keine homogene Gruppe: Nachkommen aus Arbeiter- und Bauernhaushalten hatten eine ungleich geringere Chance, Hochschullehrerinnen zu werden. Die Töchter der Arbeiter- und Bauernschicht, die eigentlich doppelt von staatlicher Förderung profitieren sollten, waren diejenigen, die am seltensten auf einer Professur anzutreffen waren, auch wenn sie gegenüber den Arbeitersöhnen gute Chancen hatten, jedoch nicht gegen andere Frauen mit einem anderen sozialen Hintergrund.

Die Gründe für die anhaltende Ungleichheit unter den Geschlechtern waren vielfältig und reichten von der nicht abnehmenden Doppelbelastung der Frauen durch Beruf und Familie

⁸³ Zachmann, *Mobilisierung der Frauen*, 252; Maul, *Akademikerinnen in der Nachkriegszeit*, 279.

bis hin zu verkrusteten Strukturen an den Hochschulen, die trotz staatlicher Anweisungen Frauen nicht als gleichwertige Mitglieder der wissenschaftlichen Gemeinschaft anerkannten.⁸⁴

Keine Gruppe an der HU musste derart vehement für ihre Rechte kämpfen wie Wissenschaftlerinnen. Trotz Regulierung bei der Studienplatzvergabe,⁸⁵ Sonderstudiengängen und Frauenförderplänen verpuffte der Kampf um Gleichberechtigung, da es kaum Sanktionierungen im Falle der Nichtumsetzung von Maßnahmen gab.⁸⁶ Die Frauenpolitik der SED zielte vorrangig auf die Nutzbarmachung von Frauen für den Arbeitsmarkt und nicht auf die Einlösung von Gleichberechtigung – Frauen sollten studieren und als Akademikerinnen tätig werden, aber nicht zwingend in leitenden akademischen Funktionen oder als Professorinnen. Ralph Jessen beschreibt die Chancenungleichheit für Frauen als einen „der größten Kontinuitätsfaktoren in der sozialen Verfassung der akademischen Elite“.⁸⁷ Die Rekrutierung weiblicher Wissenschaftlerinnen blieb ein Bereich, in dem die Wissenschaftspolitik der DDR wenig erfolgreich war. Neben den Grenzen der staatlichen Förderpolitik verhinderten aber auch viele andere gesellschaftliche Bedingungen in der DDR, dass Frauen in höhere Position gelangten.

Die Bezugnahme auf die Bundesrepublik hat gezeigt, dass geschlechtsspezifische Ungleichheit ein weit verbreitetes Phänomen war, aber gerade in Deutschland die Partizipationsmöglichkeiten sich erst gegen Mitte des 20. Jahrhunderts verbesserten. Die lange Benachteiligung von Frauen scheint also kein Phänomen der westlichen Länder oder der sozialistischen Welt gewesen zu sein,⁸⁸ sondern aus einer deutschen Tradition zu resultieren. Dennoch sind Befunde wie hohe Abbruchquoten bei Studentinnen, Vorurteile gegen Frauen in der Wissenschaft, die Bevorzugung von Fachnischen oder der Umstand, dass Frauen mehr für eine Professur leisten müssen,⁸⁹ in vielen Wissenschaftskulturen und -traditionen erkennbar, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen.⁹⁰ Wie früh und energisch die Ungleichheit bekämpft wurde, ist von Land zu Land unterschiedlich. Die DDR forcierte die Gleichstellungspolitik zwar politisch und konnte gewisse Erfolge vorweisen, wie am Beispiel der Hochschullehrerinnen an der HU verdeutlicht wurde, letztendlich verfehlte sie aber die hochgesteckten Ziele. Diese unvollendete Gleichstellung von Frauen war aber kein alleiniges Merkmal des Hochschulsektors, sondern findet sich auch in anderen gesellschaftlichen Zweigen der DDR, wie beispielweise Salheiser für die Industriekader nachweisen konnte.⁹¹

⁸⁴ Vogt, Die Berliner Humboldt-Universität, 181.

⁸⁵ Zachmann, Mobilisierung der Frauen, 269.

⁸⁶ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 393.

⁸⁷ Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 398.

⁸⁸ Vgl. Finkenstaedt, Die Universitätslehrer, 171.

⁸⁹ Budde, Frauen der Intelligenz, 183f.

⁹⁰ Allen, Der lange Weg zur Gleichstellung; siehe auch Rüegg, Geschichte der Universität in Europa, Bd. 4.

⁹¹ Vgl. Salheiser, Parteitreu, plangemäß, professionell?, 138.

6. Bedeutung der Parteizugehörigkeit an der HU

Dem antifaschistischen Gründungsmythos der DDR zufolge war der Versuch, einen sozialistischen Staat aufzubauen, unter anderem eine Konsequenz aus dem Nationalsozialismus, die strenge Abgrenzung zu diesem Teil der deutschen Geschichte also Programm. Viele politische Vorgaben resultierten aus den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus sowie dem Zweiten Weltkrieg. Das prominenteste Beispiel in Bezug auf Universitätsangehörige ist sicher die Entnazifizierung, die bereits in Kapitel 1 ausgiebig behandelt wurde.

Der Politikwissenschaftler Rolf Reißig (geb. 1940) resümiert dementsprechend seine Lebenserfahrungen in der DDR folgendermaßen:

„Ich stehe dazu: Die DDR war ein historisch legitimer Versuch. Auf den Zivilisationsbruch durch den Nationalsozialismus gab es zwei Antworten – die der DDR und die der Bundesrepublik. Auch die DDR entsprach Erwartungen eines Neubeginns. Insofern gab es die Chance eines anderen Entwicklungsweges“¹

Diese Hoffnung auf einen sozialistischen Neuanfang, gerade in Abgrenzung zu den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, lässt sich bei vielen weiteren Zeitzeugen beobachten und belegt die Legitimität und Unterstützung, auf die der junge Staat bauen konnte. Diese Loyalität zum antifaschistischen Staat konnte ein Motiv sein, Mitglied der SED zu werden – es war aber sicher nicht das einzige. In Teilen der historischen Forschung wird die Parteimitgliedschaft als Indiz für Staatsloyalität angesehen,² wogegen sich andere mit guten Argumenten verwehren, da die Motive darüber hinausweisen.³ Gerade die Bandbreite der Gründe für einen Parteieintritt spricht gegen die Lesart, jedes SED-Mitglied als staatstragend einzuordnen.

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit der Mitgliedschaft der Hochschullehrer der HU in der SED. Im Zentrum steht die Frage, welche Personengruppen sich häufiger für eine Parteimitgliedschaft entschieden und ob die SED-Mitgliedschaft die Karrierewege der Hochschullehrer zu befördern vermochte. Es ist möglich, dass gerade Personengruppen, die das Ziel politischer Fördermaßnahmen der SED waren, wie Frauen oder Arbeiterkinder, häufiger SED-Mitglieder wurden. In welchen Fachrichtungen und in welchen Berufungspositionen waren am häufigsten SED-Mitglieder zu finden? Es ist anzunehmen, dass in den Gesellschaftswissenschaften im Gegensatz zu den Agrar- und Naturwissenschaften mehr Parteimitglieder zu finden

¹ Menschen wollen mit gelebtem Leben ernst genommen werden. Interview mit Rolf Reißig, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 9. November 1994, <http://www.glasnost.de/pol/reissig.html> (letzter Zugriff: 19.02.2020; Rechtschreibung korrigiert).

² Vgl. Ralph Jessen/Jens Gieseke, Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft, in: Gieseke/Wentker (Hg.), Die Geschichte der SED, 16–60, hier 39.

³ Heike Solga, „Systemloyalität“ als Bedingung sozialer Mobilität im Staatssozialismus, am Beispiel der DDR, in: Berliner Journal für Soziologie 4 (1994), 523–542; Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 399.

sind, weil in den erstgenannten Fächern der politische Anpassungsdruck höher war als in den als politikfern geltenden Fächern. Zudem ist denkbar, dass unter den Professoren mehr SED-Mitglieder zu finden sind als unter den Dozenten, da eine Berufung zum Professor die SED-Mitglied möglicherweise voraussetzte.⁴ Falls sich Hochschullehrer an der HU aus strategischen und weniger aus politischen Gründen zu einer Parteimitgliedschaft in der SED entschieden haben sollten, um ihre Karrierechancen zu erhöhen, mag dies erst zu einem recht späten Punkt der Karriereplanung der Fall gewesen sein, eventuell während einer Dozentur.

Die Motive derjenigen, die in die SED eintraten, gestalteten sich ambivalent und änderten sich im Verlauf des Bestehens der DDR. Sie reichten von ideologischer Überzeugung gegenüber dem Projekt Sozialismus als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus bis zur Abkehr von der eigenen Verstrickung in selbigen, von einem traditionsgeleiteten Gefühl der Loyalität zur Arbeiterklasse bis zur strategischen Überlegung und Gewissheit, nur als Parteimitglied in viele Bereiche und Positionen zu gelangen.⁵ Die Bedeutung der Mitgliedschaft variierte für die einzelnen Akteure, die SED selbst, die Hochschullehrer und die Hochschulleitung. Über die Wichtigkeit der SED für die DDR-Gesellschaft und ihre Funktionsweise gibt es abweichende Interpretationen innerhalb der historischen Forschung.⁶ Für die vorliegende Arbeit wird die SED als eine Partei verstanden, die versuchte, in alle gesellschaftlichen Bereiche einzudringen, um sie zu kontrollieren und damit die eigene Macht aufrechtzuerhalten. Obwohl sie nicht parlamentarisch legitimiert war, beanspruchte die SED das Wahrheitsmonopol und damit die alleinige Herrschaft mittels unterschiedlichen Legitimationsstrategien. Die Bezugnahme auf den Antifaschismus und die Tradition der Arbeiterbewegung sind nur zwei von mehreren sinnstiftenden Topoi, auf die sich die Partei bis zum Ende der DDR stützte.⁷ Trotz alleinigem Herrschaftsanspruch des ZK der SED und allumfassender Kontrolle außerhalb, aber auch innerhalb der Partei durch die Staatssicherheit, darf die DDR nicht auf einen diktatorischen Staat reduziert werden, in dem Politik nur von „oben“ und nur von der SED bestimmt wurde.⁸ Ralph Jessen und Jens Gieseke beschreiben einen Teil der Herrschaftsausübung als soziale Praxis, in der die

⁴ Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 259ff.

⁵ Jessen/Gieseke, Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft, 47.

⁶ Vgl. Jens Gieseke/Hermann Wentker, Die SED – Umriss eines Forschungsfeldes. Zur Einleitung, in: dies., Die Geschichte der SED, 7–15.

⁷ Die neue Gesellschaft wurde von der SED-Regierung aus der eigenen Gesellschaftsanalyse heraus als antifaschistisch apostrophiert. Dies ermöglichte auch die Integration der deutschen Bevölkerung und ihren Freispruch von jeder Schuld, ebenso wie die Wiederberufung von Hochschullehrern, die mit dem Nationalsozialismus verstrickt waren. Siehe Vogt, Die Berliner Humboldt-Universität, 70. Auch die Selbstbeschreibung der SED als Arbeiterpartei muss kritisch reflektiert werden, da zum einen eine Vielzahl der politischen Kader keinen Arbeiterhintergrund hatten und zum anderen die SED definierte, wer als Arbeiter galt und wer nicht, weshalb auch Soldaten in der DDR zur Arbeiterklasse gezählt wurden. Siehe Andreas Malycha/Peter Jochen Winters, Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei, Bonn 2009, 413f.

⁸ Jessen/Gieseke, Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft, 16ff. u. 27ff.

Partei bemüht war, in der Bevölkerung Anerkennung und Legitimität zu erlangen, auch die Nicht-Mitglieder in einen politischen Prozess einzubeziehen und Möglichkeiten zum Arrangement und zur Zustimmung zu bieten. Gerade für die Personen, die in der DDR studierten, obwohl sie nicht zum traditionellen Kreis der Akademiker gehörten – wie zum Beispiel Arbeiterkinder, aber auch Frauen – bedeutete der Eintritt in die SED eine Identifikation mit dem Staat, dem sie auf diese Weise eine gewisse Form der Dankbarkeit entgegenbrachten. Hildegard Maria Nickel (Jahrgang 1948), ehemalige Professorin für Soziologie an der HU, entstammte einem Arbeiterhaushalt und begründete ihren Parteieintritt in die SED folgendermaßen:

„Das Studium war eine Möglichkeit, mich mit der komplizierten Realität auseinanderzusetzen, die ich auf meinem familiären Hintergrund als sehr widersprüchlich wahrgenommen habe. Das Studium hat mir eine Identifizierung ermöglicht, die ich bis dahin nicht kannte. Ich war – und das symbolisiert das ganz gut – im Unterschied zu den meisten nicht in der FDJ, bin aber während des Studiums in die SED eingetreten.“⁹

Wer sich für die Mitgliedschaft in der SED entschieden hatten, zeigte nicht nur Loyalität gegenüber einer gleichgesinnten „sozialen Großgruppe“,¹⁰ die gleichzeitig von der Herrschaftselite repräsentiert wurde, sondern nahm weitreichende Konsequenzen für das eigene Leben in Kauf. Die Mitglieder waren an die Entscheidungen der Parteiführung gebunden, die in den Betrieben und staatlichen Einrichtungen durchgesetzt werden sollten. Die SED besaß eine eigene Parteigerichtsbarkeit und es herrschte Fraktionsverbot. Gleichzeitig besaßen nur die Mitglieder die Chance als Kader¹¹ in die Nomenklatur¹² aufgenommen zu werden. Zudem waren sie Teil einer Gruppe mit eigenen Sprachregelungen, Werten und einer vermeintlich gemeinsamen inneren Bindung. Die SED hatte in Betrieben und Einrichtungen eine eigene Parteistruktur und somit entsprechende Entscheidungsbefugnisse.¹³ Zudem könnte, auch wenn die SED-Mitglieder Zeit für Sitzungen und Veranstaltungen aufzubringen hatten,¹⁴ der dort erfolgende Zugang zu Informationen ein oftmals entscheidender Vorteil gegenüber den Nicht-Mitgliedern gewesen sein, beispielsweise in der Karriereplanung.

⁹ Nickel, Biographische Notiz, 261f.

¹⁰ Jessen/Gieseke, Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft, 23.

¹¹ Zur Erläuterung des Begriffs „Kader“ sowie der Bedeutung der Kaderpolitik in der DDR vgl. Einleitung.

¹² Mit Nomenklatur ist eine Sammlung von Führungspositionen im Staat und der SED sowie eine Gruppe von Personen, die diese Positionen einnahmen, gemeint.

¹³ Jessen/Gieseke, Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft, 23. Siehe auch Lutz Priß, Parteimitglieder und Funktionäre, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hgg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, 144–148.

¹⁴ Vgl. Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 376.

6.1 Akademische Qualifikation, Berufungen, Parteieintrittsalter

Der folgende Abschnitt informiert über die akademische Qualifikation der SED-Mitglieder unter den Dozenten und Professoren an der HU. Auf ihre Bedeutung im wissenschaftspolitischen Verständnis der SED bzw. in den Karriereverläufen der HU wurde bereits in den Kapiteln 1 und 2 eingegangen. Offen bleibt die empirische Prüfung des Zusammenhangs zwischen SED-Mitgliedschaft und Berufung auf eine Dozentur oder Professur. Der Forschungsstand legt die Arbeitshypothese nahe, dass zumindest in den ersten Jahrzehnten die Bedeutung der Parteimitgliedschaft höher als die akademische Qualifikation (Promotion und Habilitation) gewogen hat oder diese eventuell gar ersetzte.¹⁵

Die Hochschullehrer und -lehrerinnen an der HU, die ihre Hochschulzugangsberechtigung über die ABF erlangten, wiesen wahrscheinlich einen ansteigenden Anteil an SED-Mitglieder auf. Da nicht garantiert werden kann, dass wirklich alle Mitglieder recherchiert wurden bzw. Mitgliedschaften nach der Berufung aufgenommen oder beendet wurde, können die Zahlen des Datensatzes nur Annäherungen liefern.¹⁶ Nachweislich sind zum Berufungszeitpunkt auf eine Dozentur oder Professur in den 1950er Jahren 40 Prozent der ABF-Absolventen SED-Mitglieder, in den 1960er Jahren 71 Prozent, in den 1970er Jahren 83,3 Prozent und in den 1980er Jahren 56,6 Prozent. Gerade die Zahlen für die 1950er und 1960er Jahre lassen vermuten, dass entweder an den ABF stärker rekrutiert wurde und der Anpassungsdruck hoch war oder die Mitgliedschaften eine hohe Bindung zum SED-Staat ausdrücken und die Absolventen aus Dankbarkeit für die Aufstiegschancen in die Partei eintraten. Denkbar wäre auch, dass die Parteimitgliedschaft fehlendes soziales Kapital ausgleichen half und als zusätzlicher Bonuspunkt in den Berufungsverfahren wahrgenommen wurde. Kapitel 4, das auf die Vorstudienanstalten / ABF eingeht, zeigte, dass überdurchschnittlich viele der ABF-Absolventen aus bildungsfernen Familien stammten. Im Verlauf dieses Kapitels wird deutlich werden, dass die SED-Mitglieder überdurchschnittlich häufig aus Arbeiterhaushalten kamen, was auch andere Untersuchungen, zumindest bis 1960, bestätigen.¹⁷

Wie bereits im Kapitel 2 ausgeführt, veränderte sich die Bewertung der akademischen Qualifikation innerhalb des DDR-Hochschulsystems im Zeitverlauf. Die Promotion B ersetzte die Habilitation und die Lehrbefugnis musste separat erworben werden. Zeitweise wirkte es, als

¹⁵ Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 400; Middell, *Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem*, 382.

¹⁶ N=124 ABF-Absolventen, davon nachweislich SED-Parteimitglieder N=82.

¹⁷ Vgl. Malycha/Winters, *Geschichte der SED*, 413. Da ab 1962 auch die hauptamtlichen Funktionäre der Partei und der Massenorganisationen sowie die Soldaten und Polizisten als Arbeiter in der Sozialstatistik eingingen, wurde die Sozialstruktur der Parteimitglieder zunehmend divers. Vgl. ebd., 414.

würden die traditionellen akademischen Qualifikationen eine Entwertung erfahren, wobei gleichzeitig politische Loyalitätsbekundungen ein größeres Gewicht zukam.¹⁸ Vermutlich wog also in Kaderplanungen oder Berufungsverfahren eine SED-Parteimitgliedschaft schwerer als akademische Qualifikationen oder ersetzte letztere gar. Allerdings nahm die akademische Qualifikation der SED-Mitglieder im Datensatz, wie jene der Gesamthochschullehrerschaft, kontinuierlich zu. Dennoch weisen die SED-Mitglieder geringere akademische Qualifikationsniveaus auf. Bei den SED-Mitgliedern, die auf eine Dozentur berufen wurden, lag der Anteil der Promovierten in den 1950er Jahren bei 23,8 Prozent, stieg in den folgenden Berufungskohorten auf 52,5 Prozent, 64,1 Prozent bzw. in den 1980er Jahren, auf 64,3 Prozent (für alle Berufenen waren es 88,4 Prozent, 98,3 Prozent, 96 Prozent und 97,7 Prozent). Bei den Berufungen der SED-Mitglieder auf Professuren liegen die Zahlen ebenfalls unter dem Anteil der Gesamthochschullehrerschaft: In den 1950er Jahren waren 15,5 Prozent der SED-Mitglieder, die zum Professor berufen wurden, habilitiert, in den folgenden Berufungskohorten 19,6, 36,4 bzw. 43,9 Prozent (für die alle Berufenen waren es 39 Prozent, 54,4 Prozent, 50,8 Prozent und 52,6 Prozent). Offensichtlich konnte die akademische Qualifikation nicht gänzlich durch eine Parteimitgliedschaft ersetzt werden. Für Einzelfälle mag dies so gewesen sein, aber es scheint sich nicht als Regel manifestiert zu haben. Zudem kann für die Hochschullehrer der HU nicht davon gesprochen werden, dass die Bedeutung der akademischen Qualifikation abnahm – erst recht nicht zugunsten der Parteimitgliedschaft.

Der Anteil der SED-Parteimitglieder¹⁹ an der berufstätigen Bevölkerung der DDR²⁰ betrug 1950 21,8 Prozent, 1960 20,3 Prozent, 1970/1971 rund 24,6 Prozent und 1980/81 rund 26,4 Prozent. Im Gegensatz dazu nahm der Anteil der SED-Mitglieder unter den Hochschullehrern der Humboldt-Universität im Verlauf des Bestehens der DDR viel deutlicher zu. Für den Datensatz muss eingeschränkt werden, dass unter Umständen einige Hochschullehrer an der HU SED-Mitglieder waren, dies jedoch nicht recherchiert werden konnte. Die Auswertung umfasst also nur die nachweislichen Mitglieder der SED – die realen Anteile könnten höher gewesen sein. Vergleicht man die vorliegenden Ergebnisse mit dem Anteil der SED-Mitglieder an der Gesamtbevölkerung, liegen die Zahlen unter den Dozenten und Professoren an der HU, auch

¹⁸ Vgl. Vogt, Die Berliner Humboldt-Universität, 83; Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 95.

¹⁹ Inklusiv der Kandidaten. Vgl. Malycha/Winters, Geschichte der SED, 412 u. 415. Die 1940er Jahre sind zunächst ausgenommen, weil die Zwangsvereinigung von KPD und SPD sowie der Fusion der Mitgliederparteien eine gewisse Zeit erforderte, um alle, die der Vereinigung nicht zustimmten, offiziell aus den Registern streichen. Trotz etlicher Neuaufnahme sank die Mitgliederstärke zunächst. Vgl. ebd., 409–411.

²⁰ Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, Berlin, 8 u. 17.

wenn die Zahl der Parteigenossen kontinuierlichen stieg,²¹ bereits in den 1950er Jahren höher als der Anteil in der Gesamtgesellschaft am Ende der DDR.²² In den späten 1980er Jahren erreichte die SED ihren Mitgliederhöchststand und jeder fünfte bis sechste Bürger der DDR war Parteigenosse, während an der HU über 60 Prozent der neuberufenen Hochschullehrer Mitglied waren.²³ Nimmt man den Anteil an SED-Mitgliedern unter den Neuberufungen in den Blick, ist die Zunahme der SED-Mitglieder unter den Dozenten und Professoren offensichtlich. Spätestens ab den 1970er Jahren wurden durchschnittlich pro Berufungskohorte mehr Genossen als Nicht-Genossen an die HU berufen und ihr Anteil zunehmend ausgebaut. Es ist also deutlich erkennbar, dass die neuberufenen Hochschullehrer im Zeitverlauf immer häufiger eine SED-Mitgliedschaft mitbrachten.

Matthias Middell bemerkt für die Humboldt-Universität (inklusive der Medizinischen Fakultät) von 1960 bis zum Ende der DDR einen kontinuierlichen Rückgang der SED-Mitgliedschaften unter den neuberufenen Hochschullehrern. Er geht davon aus, dass sich mehr Dozenten und Professoren aufgrund fachlicher Qualifizierung durchsetzen konnten und die SED-Mitgliedschaft als Karrierekatalysator nicht benötigten. Gleichwohl ist von Parteieintritten auch im Anschluss an Berufungen auszugehen.²⁴

Ein Blick an andere Universitäten der DDR verdeutlicht die Schwierigkeit, den Anteil der SED-Mitgliedschaft in einer Zahl auszudrücken. Zusätzlich zum berichteten Auf und Ab der Gesamtmitgliedszahlen divergiert der Anteil an SED-Mitgliedern nach Personengruppe und Fachrichtung. Eine weitere Studie von Matthias Middell zur Universität Leipzig zeigt Unterschiede im Anteil der SED-Mitglieder für verschiedene Personenkreise. 1962 waren 17,2 Prozent aller Leipziger Universitätsangehörigen Parteimitglied. An der Medizinischen Fakultät

²¹ Die 1940er Jahre davon ausgenommen. Vgl. Malycha/Winters, Die SED, 409f.

²² Ebd., 410ff. Die hohen und dann schnell absinkenden Mitgliederzahlen nach der Vereinigung von KPD und SPD resultierten daraus, dass zunächst beide Parteikarteien übernommen wurden und sich erst nach und nach herausstellte, wer weiterhin Beiträge zahlte und damit die eigene Mitgliedschaft bestätigte. Auch änderte die SED die Mitgliederpolitik: Eine zweijährige Anwartschaft (Kandidatur) bildete eine Hürde, gegen die Parteidisziplin verstoßende Mitglieder wurden gestrichen. (15 Personen im Datensatz waren nachweislich SPD-Mitglieder, aber nicht bei allen konnte eruiert werden, inwieweit es sich um bloße „Karteileichen“ nach der Zwangsvereinigung handelte.) Das spätere allmähliche Ansteigen der Mitgliederzahlen hatte verschiedene Gründe: Zum einen erlaubte die Partei ab einem gewissen Zeitpunkt ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, „Genosse“ zu werden. Zum anderen bildete die SED-Mitgliedschaft die Voraussetzung für eine Anstellung beim Staat. Damit entwickelte sich die Sozialstruktur der SED weg von einer Arbeiterpartei – eine Selbstbezeichnung, die die SED bis zum Ende für sich reklamierte. Zudem gelang es der Partei nur in begrenztem Maße, sich zu verjüngen. Das durchschnittliche Alter der Mitglieder lag immer über dem gesamtgesellschaftlichen Altersdurchschnitt. Dieses Problem machte allerdings auch anderen Parteien – nicht zuletzt in westlichen Ländern – zu schaffen. Darüber hinaus vermochte es die SED nicht, andere Bevölkerungsgruppen – etwa Frauen – in größerem Maße einzubinden. Dies Dilemma kannten bereits die „Vorgängerparteien“ KPD und SPD.

²³ Jessen/Gieseke, Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft, 23. Der höchste Stand betrug 1987 2,33 Millionen.

²⁴ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 382.

zählte die SED allerdings nur 7,9 Prozent Mitglieder. Der Anteil der Genossen variierte also je nach Fachbereich stark. Unter Ausschluss der Medizinischen Fakultät fanden sich unter den Universitätsangehörigen 25,6 Prozent mit SED-Ausweis. Abzüglich der Angestellten und Arbeiter, die nur einen Mitgliederanteil von 8 Prozent aufwiesen, erreichten die Hochschullehrer mit den Assistenten (inklusive der Mediziner) rund 49 Prozent.²⁵

Stefan Wallentin ermittelte für die Hochschullehrer der Universität Jena, dass zwischen 1945 und 1968/1969 rund ein Drittel Parteigenossen waren. Aber auch in seiner Studie ist die Differenzierung nach Fachrichtungen und Berufsposition äußerst erhellend, selbst wenn er keine zeitliche Veränderung erfasst. Der Anteil der SED-Mitglieder rangiert zwischen 6,3 Prozent an der Theologischen Fakultät und 52,2 Prozent an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Auch die Berufsposition (in seiner Studie Dozent und Professor mit Lehrstuhl) weist deutliche Unterschiede auf, denn außer an der Medizinischen Fakultät liegt der Anteil unter den Dozenten bei 10 Prozent und bei 40 Prozent unter den Professoren.²⁶ Wie also in besagten Studien zuvor nahm der Anteil der SED-Mitglieder im zeitlichen Verlauf zwar zu, differierte aber nach Position und Fachrichtung. Auch wirkte die SED-Parteimitgliedschaft nicht als kompensierendes oder zwingend notwendiges Element im Rekrutierungsprozess.

Die meisten Hochschullehrer der HU traten nicht erst kurz vor der Berufung in die Partei ein, sondern waren in der Regel bereits mehrere Jahre bis Jahrzehnte Mitglieder. Viele entschieden sich bereits während ihres Studiums zu einer SED-Mitgliedschaft. Das durchschnittliche Eintrittsalter der SED-Mitglieder unter den Hochschullehrern lag in den 1950er bis 1970er Jahren zwischen 25 und 27 Jahren. Der überwiegende Teil der Dozenten und Professoren war also vor der Berufung bereits der SED beigetreten. Auch in Leipzig, Halle und Jena waren bereits 1946/1947 rund ein Drittel der Studierende Parteimitglied.²⁷ Eine hohe Mitgliederzahl unter den Studierenden verweist nicht zwangsläufig auf einen ebenso hohen Anteil an Parteimitgliedern unter den Hochschullehrern. Nur wenige entschieden sich kurz vor einer Berufung oder im gleichen Jahr zu diesem Schritt und nur sehr wenige traten zwischen Dozentur und Professur in die SED ein. Solch späte Manöver sind durchaus als Karrieregarantie zu bewerten und sollten eine zukünftige Weiterberufung begünstigen. Nach Erlangung eines Lehrstuhles finden sich

²⁵ Middell, Weltgeschichtsschreibung, 883.

²⁶ Wallentin, Entbürgerlichung, 281–283.

²⁷ Connelly, Humboldt im Staatsdienst, 84.

kaum noch Parteieintritte. Dieses Phänomen beschränkt sich allerdings auf die ersten drei Berufungskohorten (1945–1970) und lässt sich, zumindest im vorliegenden Datensatz, in den 1970er und 1980er Jahren gar nicht mehr beobachten.²⁸

Die Mitgliedschaft in den Massenorganisationen der DDR könnte ebenfalls Auskünfte über die Loyalität zum sozialistischen Projekt bieten. Die von den Hochschullehrern im Datensatz genannten Organisationen waren vorrangig Freie Deutsche Jugend (FDJ), Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), Deutscher Turn- und Sportbund (DTSB), Kulturbund und Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse (ab 1966 die Kurzform: Urania). Die Mitgliedschaft in der FDJ war jedoch auch nur bedingt freiwillig, denn gerade in der späten DDR konnte eine Widersetzung zu Nachteilen bei der Zulassung zu weiterführenden Schulen oder Hochschulen führen. Wer sich gegen die Mitgliedschaft in der DSF (nach dem Freier Deutscher Gewerkschaftsbund FDGB²⁹ die zweitgrößte Massenorganisation) entschied, musste sich mindestens vor Partei- und Gewerkschaftsfunktionären oder auch vor anderen staatlichen Institutionen rechtfertigen. Die Teilnahme an organisierten Sportangeboten setzte die Mitgliedschaft im DTSB voraus, da ansonsten keinerlei Verbände oder Organisationen existierten, die sportliche Aktivitäten ermöglichten. Dennoch gab es die Option, die Zugehörigkeit auszuschlagen. Die Mitgliedschaft in Kulturbund und Urania beruhte stärker auf Freiwilligkeit, erwies sich deshalb aber als weniger karrierefördernd. Insgesamt gilt, dass die Motive für einen Beitritt in eine Massenorganisation sehr weitgefächert und oftmals nicht selbst gewählt waren. Sie reichten von Loyalitätsversicherungen, über idealistischen Aufbauwillen bis zum Karrierestreben. Mitglieder der Massenorganisationen mussten allerdings nicht zwangsläufig auch Mitglieder der SED sein. Ob die Mitgliedschaft in einer Massenorganisation eventuell als Ausgleich für eine Nicht-Mitgliedschaft in der SED angesehen und auch anerkannt wurde, muss an dieser Stelle offenbleiben.

Aufgrund der Diversität der Massenorganisationen und des unterschiedlichen Druckes zur Mitgliedschaft, erweist sich die Auswertung als nur bedingt aussagekräftig. Weitere Auskünfte auf einen eventuellen Zusammenhang zwischen der Nähe zum SED-Staat und der Karriereentwicklung könnte die Übernahme von politischen Ämtern an der HU geben. So schreiben

²⁸ Eventuell spekulierten diese Dozenten auf eine spätere Professur oder wollten ihre weiteren Karrierewege mit dem Eintritt in die Partei absichern. Offenbar wurde der Parteieintritt direkt im Studium in den letzten beiden Berufungskohorten zur Normalität – immer mehr, auch junge Menschen entschlossen sich zu diesem Schritt. Freilich stützte die allgegenwärtige propagandistische Beeinflussung diese vermeintliche Normalität.

²⁹ Nicht eingeschlossen wurden Personen, die nur die Mitgliedschaft im FDGB angegeben hatten, da dieser keine Aussagekraft zukommt, weil ab Mitte der 1980er Jahre rund 98 % der werktätigen Bevölkerung im FDGB organisiert war.

etwa Lothar Mertens und Dieter Voigt über die politische Loyalität der promovierten Intelligenz in der DDR:

„Als signifikantes Zeichen für die politische Loyalität der Promovenden galt die Mitgliedschaft in der SED und/oder den gesellschaftlichen Massenorganisationen wie FDJ, FDGB, DSF oder DFD.³⁰ Neben der bloßen Mitgliedschaft war insbesondere die aktive Teilnahme durch Übernahme einer Funktion innerhalb der Organisation ein deutlicher Ausdruck für die staatlich gewünschte ideologische Verbundenheit mit dem sozialistischen System.“³¹

Insgesamt waren nachweislich etliche Hochschullehrer im Verlauf der SBZ/DDR als Funktionäre für die FDJ oder den FDGB politisch aktiv. Darunter fielen zum Beispiel Ämter als Sekretär der Bezirksleitung Berlin, des FDGB (Bundesvorstand) oder auch der FDJ. In den Datensatz gingen alle Ämter und Funktionen außerhalb der HU mit ein. Gleichzeitig übernahmen Personen (darunter auch Frauen) nachweislich Ämter und Funktionen an der HU. Dies waren etwa: Sekretär der Parteiorganisation an der Sektion Geschichte, Mitglied der Parteileitung an der HU oder auch 2. Sekretär der FDJ-Kreisleitung an der HU. Einige Personen waren sowohl außerhalb als auch an der HU politisch aktiv. Leider erlauben die Fallzahlen keine systematische Analyse. Gerade die Übernahme politischer Ämter war oftmals temporär. Angesichts der sehr unterschiedlichen Motive für einen Eintritt in eine Massenorganisation wäre ein direkter Rückschluss auf Systemloyalität vorschnell.

6.2 Fachrichtungen und Berufspositionen

Im Folgenden wird die Verteilung der SED-Parteimitglieder in den Fachrichtungen sowie auf die Berufsposition untersucht. In der Nachkriegszeit sah sich die SED einem Zielkonflikt gegenüber: Die vielen Entlassungen aufgrund der Entnazifizierung hatten einen eklatanten Personalmangel hervorgerufen (vgl. Kapitel 1). Trotzdem sollten, gerade in den vermeintlich politisch brisanten sowie in den neugegründeten Fächern, politisch zuverlässige Hochschullehrer eingesetzt werden. Dies hatte zur Folge, dass die Parteimitgliedschaft über fachliche Qualifikationen gestellt wurde. Doch spätestens in den 1970er Jahren verabschiedete sich die SED von der Priorisierung der Parteimitgliedschaft, weil die Vernachlässigung der wissenschaftlichen Qualität Forschung und Lehre zu sehr beeinträchtigten (vgl. Kapitel 2).³²

Für die Fachrichtungen ist folgendes festzustellen: In den Gesellschaftswissenschaften, die am stärksten von personellen Neubesetzungen gekennzeichnet waren, finden sich ab 1945 rund 75 Prozent aller neuberufenen SED-Mitglieder, während der Fachbereich nur etwas mehr

³⁰ Demokratischer Frauenbund Deutschlands.

³¹ Mertens/Voigt, *Soziale Herkunft und Selbstrekrutierung*, 171f.

³² Vgl. Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 257–260.

als die Hälfte aller Neuberungen auf sich vereinte. Es wird also deutlich, dass die SED-Mitglieder in den Gesellschaftswissenschaften durchaus überrepräsentiert sind. Ihr Anteil stieg in den 1950er Jahren noch weiter auf rund 80 Prozent (während der Anteil der Berufungen in den Gesellschaftswissenschaften circa 58 Prozent betrug), und sank ab den 1960er Jahren kontinuierlich. In den Agrar- und Naturwissenschaften sind die SED-Mitglieder in den ersten beiden Berufungskohorten (1945–1960) dagegen unterrepräsentiert. Für die Naturwissenschaften steigt der Anteil der SED-Mitglieder schon in der dritten Berufungskohorte (1961–1970), so dass er das Niveau des Anteils der Naturwissenschaften an allen Berufungen erreicht. In den beiden letzten Berufungskohorten (1971–1990) entspricht die Verteilung der SED-Mitglieder dann in allen Fächern nahezu deren Anteil an allen Berufungen. In den agrarwissenschaftlichen und den naturwissenschaftlichen Fächern wurde nach 1945 das wissenschaftliche Personal offensichtlich nur in begrenzterem Maße ausgetauscht. Die fachliche Qualifikation der Wissenschaftler wog stärker und der politische Anpassungsdruck war geringer, wohl auch, um die Hochschullehrer nicht an den Westen zu verlieren. Wie vermutet fanden sich in den frühen Jahren des Bestehens der DDR dagegen in den Gesellschaftswissenschaften überproportional viele SED-Mitglieder. Die Veränderungen seit den 1970er Jahren – also die proportionale Gleichverteilung der SED-Mitglieder auf alle drei Fachrichtungen – lassen zwei Schlüsse zu: Die SED könnte in den Agrar- und Naturwissenschaften, gerade unter jüngeren Hochschullehrern, ihren Einfluss und ihre Attraktivität ausgebaut haben. Die Fächer standen der SED traditionell zwar weniger nah, doch wuchs ihre gesamtgesellschaftliche Bedeutung, etwa im Rahmen der WTR (Vgl. Kapitel 1). Gleichzeitig könnte es sein, dass das ideologische Interesse an den Gesellschaftswissenschaften zugleich nachließ und damit die überproportionale Besetzung der gesellschaftswissenschaftlichen Stellen mit SED-Mitgliedern zurückging.

Berufungskohorte	FR	Verteilung der Berufungen auf die Fachrichtungen	Verteilung der SED-Mitglieder auf die Fachrichtungen
1945–1950	AW	25,0	12,5
	GW	51,4	75,5
	NW	23,6	12,5
1951–1960	AW	22,8	11,6
	GW	58,3	80,2
	NW	18,8	8,1
1961–1970	AW	17,0	12,0
	GW	56,4	62,0
	NW	26,5	26,0
1971–1980	AW	19,9	18,9
	GW	61,5	59,7

	NW	18,5	21,3
1981–1990	AW	14,8	16,8
	GW	62,8	63,5
	NW	22,3	19,7

Abb. 23: Verteilung der Berufungen auf die Fachrichtungen und der SED-Mitglieder auf die Fachrichtungen in Prozent (1945–1990), N=849 (FR: Fachrichtung, AW: Agrarwissenschaften, GW: Gesellschaftswissenschaften, NW: Naturwissenschaften)

Ralph Jessen konstatiert in seiner Studie über die Professoren verschiedener Hochschulen in der Ulbricht-Ära eine ähnliche Entwicklung. Da er eine andere Einteilung der Fächer vornimmt, sind die Zahlen nur bedingt vergleichbar, zudem beschreibt er den Gesamtanteil der SED-Mitglieder an den Professoren und nicht nur unter den Neuberufungen, dennoch unterstreichen seine Ergebnisse die hier beschriebene Tendenz, dass die Gesellschaftswissenschaften früher einen höheren Anteil an SED-Mitgliedern als andere Fächer aufwiesen:

„An den Human- und Veterinärmedizinischen, Technischen, Theologischen, Mathematisch-Naturwissenschaftlichen, Land- und Forstwissenschaftlichen Fakultäten mit ihrer ausgeprägten personellen Kontinuität blieb der professorale SED-Anteil [...] weit unter dem Durchschnitt. In der Philosophischen Fakultät läßt sich dagegen während der fünfziger Jahre ein rasches Wachstum beobachten, das 1962 die 60%-Marke überschritt, und in den ‚Gesellschaftswissenschaften‘ wurden bereits in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre Werte von über 70% erreicht.“³³

Da Jessen ausschließlich über die Professoren in der DDR schreibt, lohnt sich eine Differenzierung nach Berufspositionen. Deshalb wird im Folgenden der Anteil der SED-Mitglieder auf Dozenten und Professuren unterschieden. Es wäre denkbar, dass der Anteil unter den Professoren höher als unter den Dozenten war. Möglicherweise war für eine Berufung zum Dozenten, im Gegensatz zu einer professoralen Berufung, eine SED-Mitgliedschaft keine zwingende Voraussetzung und fachliche Qualifikation wogen hier schwerer. Überraschenderweise sind die SED-Mitglieder unter den neuberufenen Professoren jedoch über alle Berufungskohorten hinweg unterrepräsentiert, bei den Dozenten ist es umgekehrt (vgl. Abb. 24). In die Auswertung ging jedoch jeder Hochschullehrer nur einmal ein, d.h. sofern ein Dozent SED-Mitglied wurde nicht nochmal als Professor gezählt, so dass der Anteil der SED-Professoren leicht nach unten verzerrt ist. Ob sich der Anteil der SED-Mitglieder unter den neuberufenen Professoren ab der 3. Hochschulreform deshalb auch an der HU auf 80 Prozent belief, wie Ralph Jessen für die gesamte DDR-Professorenschaft annimmt, bleibt fraglich.³⁴

³³ Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 402.

³⁴ Ebd., 123. Frank-Lothar Kroll geht von aus, dass der Gesamtanteil der SED-Mitglieder unter den Professoren an den Hochschulen der DDR 1954 bei 29 % lag, und bereits 1971 bei rund 61 %. Vgl. Kroll, Kultur, Bildung und Wissenschaft, 49. Leider bleibt die Herkunft der Daten bei Kroll unklar.

Entgegen der bereits geäußerten Annahme, dass sich viele HU-Wissenschaftler erst kurz vor der Berufung zum Professor zu einer SED-Mitgliedschaft entschlossen, weil sie sich Vorteile für diesen Karriereschritt versprachen, wurden die Eintrittsentscheidungen offenbar zu anderen Zeitpunkten der Karriereplanung getroffen. Denkbar ist, dass der Parteieintritt ein diffuses Zugehörigkeitsgefühl ausdrückte, eine Dankbarkeit gegenüber dem sozialistischen Staat bereits während des Studiums widerspiegelte oder aber als Ausdruck einer langfristigen (schon vor der ersten Berufung) Karriereplanung war. Die jungen Wissenschaftler versprachen sich also einen beruflichen Vorteil oder rechneten damit, dass die Verweigerung gegenüber der Partei das Karriereende bedeuten konnte.

Berufungskohorte	BP	Verteilung aller Berufungen auf die Berufspositionen	Verteilung der SED-Mitglieder auf die Berufspositionen
1945–1950	D	12,0	20,8
	P	88,0	79,2
1951–1960	D	54,9	66,3
	P	45,1	33,5
1961–1970	D	76,9	88,0
	P	23,1	12,0
1971–1980	D	82,1	88,0
	P	17,9	12,0
1981–1990	D	84,7	88,3
	P	15,3	11,7

Abb. 24: Verteilung der Berufungen auf die Berufspositionen und der SED-Mitglieder auf die Berufsposition in Prozent (1945–1990), N=484 (BP: Berufsposition, D: Dozentur, P: Professur)

Selbstverständlich finden sich nicht nur SED-Mitglieder unter den berufenen Dozenten und Professoren der HU. Da allerdings zu den anderen Parteien keine genauen Zahlen vorliegen, sei an diese Stelle nur so viel ergänzt: Mehrere Dutzend Personen, unter ihnen auch Frauen, waren nachweislich Mitglied einer der sogenannten Blockparteien (LDPD,³⁵ CDU,³⁶ DBD,³⁷ NDPD³⁸ sowie ausländische Kommunistische Parteien). Einige traten zu einem späteren Zeitpunkt in die SED über. Für die einzelnen Fachrichtungen ergibt sich folgendes Bild: In den Agrarwissenschaften lassen sich die meisten Hochschullehrer finden, die in anderen Parteien Mitglied waren (in der DBD – zwei von ihnen wechseln vor ihrer Berufung allerdings in die SED –, sehr wenige in LDPD, NDPD und CDU). Die höhere Anzahl der DBD-Mitglieder in den Agrarwissenschaften ist wenig überraschend. Viele der Agrarwissenschaftler hatten einen

³⁵ Liberal-Demokratische Partei Deutschlands.

³⁶ Christlich Demokratische Union Deutschlands.

³⁷ Demokratische Bauernpartei Deutschlands.

³⁸ National-Demokratische Partei Deutschlands.

bäuerlichen Familienhintergrund (vgl. Kapitel 3) und die Partei vertrat nominell die Interessen dieses Milieus. Sowohl die DBD als auch die NDPD standen der SED gleichwohl sehr nahe. In den Naturwissenschaften lassen sich nur sehr wenige Hochschullehrer einer der Blockparteien zuordnen, von denen wiederum einige später in die SED überwechselten. In den Gesellschaftswissenschaften finden sich kaum Hochschullehrer, die einer anderen Partei als der SED angehörten. Aufgrund des bereits beschriebenen hohen Anpassungsdrucks kann davon ausgegangen werden, dass in den Gesellschaftswissenschaften fast ausschließlich SED-Mitglieder auf eine Professur berufen wurden.

Laut dem vorliegenden Datensatz wurden Mitglieder der Blockparteien eher auf Dozenturen berufen als auf Professuren. Ralph Jessen untersucht in seiner Studie auch die Assistenten und Oberassistenten. Auf diesen niedrigeren Positionen der Personalthierarchie lag der Anteil an Blockparteimitgliedern deutlich höher, zumindest bis in die 1960er Jahren hinein. Die größere Gruppe der Blockparteimitglieder beispielsweise in den Agrarwissenschaften habe „ganz auf der Linie der offiziellen politischen Arithmetik [...], die den Blockparteien jeweils eine bestimmte soziale Klientel zuwies [..]“³⁹ gelegen. Der Rückgang der Blockparteimitglieder unter den neuberufenen Hochschullehrern im Zeitverlauf kann für die HU nicht bestätigt werden. Sie wurden kontinuierlich auf Stellen berufen, wenn auch häufiger auf Dozenturen.

6.3 Geschlecht

Der folgende Abschnitt untersucht den Anteil der Frauen mit Parteibuch unter den Hochschullehrerinnen an der HU. In Kapitel 5 wurde auf das besondere Augenmerk der SED auf Frauen an Hochschulen näher beschrieben. Dementsprechend leitet sich die Frage ab, ob sich für Hochschullehrerinnen ein höherer Anteil an SED-Mitgliedschaften nachweisen lässt. Drückten sie darüber ihre Loyalität gegenüber dem Staat aus? Oder erachteten sie das Parteibuch als karrierefördernd?

Bevor die Ergebnisse für die HU ausgewertet werden, sei ein kurzer Blick auf die generelle Lage in der DDR erlaubt. Als Vergleichsfolie ist daher der Frauenanteil in der SED insgesamt zu berücksichtigen. Obwohl Frauen prozentual den größeren Teil der Gesamtbevölkerung ausmachten, waren sie unter den SED-Mitgliedern unterrepräsentiert. Dort stieg ihr Anteil langsam zwischen 1946 und 1960 von 21,5 auf 23,5 Prozent⁴⁰ und erhöhte sich bis 1988 auf rund 36 Prozent.⁴¹

³⁹ Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 404.

⁴⁰ Zum Anteil von Frauen unter den SED-Mitgliedern siehe Malycha/Winters, Die SED, 414.

⁴¹ Beate Hoecker, Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46 (1996) 5, 23–33, hier 29.

Für die HU ergibt sich folgendes Bild: Der Anteil der weiblichen SED-Mitglieder entsprach in der Tendenz dem Anteil der Frauen in den einzelnen Berufungskohorten (vgl. Kapitel 5, Abb. 18), d.h. der Anteil der Frauen mit SED-Mitgliedschaft unter den Neuberufungen steigt proportional zum Anteil der Frauen an den Neuberufungen. Einzig in der ersten Berufungskohorte fand sich auf den neubesetzten Stellen keine Frau mit Parteibuch. Spätestens ab den 1950er Jahren sind jedoch keine Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen SED-Mitgliedern mehr sichtbar.

BK	Anteil Männer	Anteil Frauen	Anteil der männl. SED-Mitglieder	Anteil der weibl. SED-Mitglieder
1945–1950	96	4	100	0
1951–1960	91	9	92	8
1961–1970	93	7	90	10
1971–1980	85	15	85	15
1981–1990	77	23	76	24

Abb. 25: Geschlechterverteilung und SED-Mitgliedschaft unter den Neuberufungen in Prozent (1945–1990), N=849 (BK: Berufungskohorte, männl.: männlich, weibl.: weiblich)

Offensichtlich wurden also Frauen mit SED-Parteibuch bei den Berufungen nicht stärker als die Männer berücksichtigt. Dementsprechend konnten Frauen eine SED-Parteimitgliedschaft nicht besser als Männer karrierefördernd nutzen. Auffällig ist, dass die SED-Hochschullehrerinnen ihre erste Berufung häufiger als Dozentinnen erfuhren als ihre Kollegen. Was die Verteilung der Hochschullehrerinnen mit Parteibuch auf die einzelnen Fachrichtungen betrifft, zeigt sich ebenfalls keine maßgebliche Besonderheit gegenüber den männlichen SED-Mitgliedern bzw. gegenüber der geschlechtsspezifischen Auswertung der Fachrichtungen aus dem Kapitel zu den Hochschullehrerinnen (vgl. Kapitel 5). In den Agrarwissenschaften waren weibliche SED-Mitglieder ab den 1970er Jahren leicht überrepräsentiert, während das in den Gesellschaftswissenschaften nur in den 1970er Jahren und in den Naturwissenschaften fast ausschließlich in den 1950er Jahren der Fall war. Ich gehe allerdings davon aus, dass die Gründe hierfür in den Lücken des Datensatzes liegen, da die Differenz sehr gering ist.

6.4 Soziale Herkunft

Im Folgenden gehe ich auf die soziale Herkunft der Hochschullehrer und ihre Bedeutung für die SED-Mitgliedschaft ein. Da die SED sich bis zum Ende der DDR als Arbeiterpartei verstand, wäre zu erwarten, dass am häufigsten die Angehörigen der Arbeiterklasse der SED beitraten und dementsprechend über die Mitgliedschaft ihre Karrierechancen verbessern konnten.

Auch für Ralph Jessen wiegt in seiner Studie über die Professoren in der DDR die Parteimitgliedschaft schwerer als die soziale Herkunft.⁴² Dementsprechend könnten die Angehörigen der Arbeiterklasse ihre Chancen auf eine Berufung an der HU mit einer Parteimitgliedschaft erhöht haben. Insgesamt erwiesen sich jedoch andere Sozialgruppen wie Facharbeiter/Handwerker oder die untere Dienstklasse als erfolgreicher.

	1945–1950		1951–1960		1961–1970		1971–1980		1981–1990	
	VAB	VSM	VAB	VSM	VAB	VSM	VAB	VSM	VAB	VSM
A	1,1	0,0	14,7	23,5	16,5	24,1	18,1	21,3	12,9	14,3
B	5,4	4,8	4,2	4,4	7,7	5,7	7,8	8,1	8,1	10,7
F/H	25,0	38,1	25,8	29,4	33,0	34,8	32,4	28,7	26,3	29,5
G	5,4	0,0	1,6	0,0	1,8	0,0	1,0	0,7	1,1	0,9
H/G	17,4	14,3	12,6	13,2	15,4	18,4	20,6	23,5	26,9	23,2
L	9,8	4,8	15,8	11,8	11,4	8,5	8,3	8,1	8,1	6,3
ODK	7,6	19,0	1,6	1,5	1,8	1,4	0,5	0,7	3,2	3,6
UDK	28,3	19,0	23,7	16,2	12,5	7,1	11,3	8,8	13,4	11,6

Abb. 26: Verteilung der Berufungen und der SED-Mitgliedschaft nach sozialer Herkunft in Prozent, N=478 (A: Arbeiter, B: Bauern, F/H: Facharbeiter/Handel, H/G: Handwerk/Gewerbe, L: Lehrer, ODK: obere Dienstklasse, UDK: untere Dienstklasse, VAB: Verteilung auf alle Berufungen, VSB: Verteilung der SED-Mitglieder)

In der Tat sind die SED-Mitglieder unter den Angehörigen der Arbeiterklasse ab der zweiten Berufungskohorte überrepräsentiert. Das zeigt sich besonders deutlich in den 1950er und 1960er Jahren, wo fast ein Viertel der Parteimitglieder auf die Arbeiterklasse entfallen, ihre Vertreter aber nur jeweils etwa 15 Prozent der Berufungen bestritten. Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass die Nachqualifizierung der Arbeiterkinder über die ABF und die dortige Rekrutierung in die SED letztlich Wirkung entfaltet hatte. In der letzten Berufungskohorte ging der Anteil der Berufenen aus Arbeiterfamilien zurück und die SED-Mitglieder aus Arbeiterfamilien waren nur noch leicht überrepräsentiert. Es dürfte sich um einen Effekt der bereits konstatierten zunehmenden Selbstrekrutierung der Intelligenz handeln.⁴³ Da der Staat die Förderung von Arbeiterkindern an den Hochschulen weitgehend eingestellt hatte, konnten die Kinder der Intelligenz, deren Eltern womöglich noch selbst Arbeiterhaushalten entstammten, stärker an die Universitäten drängen. Die Bedeutung der sozialen Herkunft hatte im Vergleich zur Parteimitgliedschaft oder zu fachlichen Qualifikationen an Bedeutung verloren. Vergleicht man die Ergebnisse aus Abbildung 26 mit der allgemeinen Sozialstruktur der SED, fällt auf, dass es sich an der HU um einen zeitlich verzögerten Trend handelt, da sich der Anteil der Arbeiter in der SED

⁴² Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 403.

⁴³ Vgl. etwa Solga, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft?*

seit 1947 bis 1961 stetig reduzierte, bis 1962 eine andere Zuordnung von Personengruppen der Kategorie Arbeiter vom Sekretariat des ZK beschlossen wurde.⁴⁴

Auch die SED-Mitglieder aus Facharbeiter- und Handwerkerfamilien waren zumindest in den ersten beiden Berufungskohorten deutlich überrepräsentiert. Im Gegensatz zu den Berufenen aus Arbeiterhaushalten, wurden aus der Gruppe der Facharbeiter/Handwerke ohnehin die meisten (2., 3. und 4. Berufungskohorte) bzw. zweitmeisten (1. und 5. Berufungskohorte) Personen berufen. Die Parteimitglieder aus Bauernfamilien wurden durchgängig nahezu proportional zu ihrem Gesamtanteil berufenen, was etwas überrascht, gehörten sie doch wie die Arbeiter zu einer Sozialgruppe, der die Partei eine besondere Aufmerksamkeit schenkte. Im Arbeiter- und Bauernstaat sollte für beide Gruppen das Versprechen auf sozialen Aufstieg durch Bildung eingelöst werden. Die SED pflegte aber vorrangig ein Selbstverständnis als Arbeiterpartei und die Bauern sollten seit 1948 in der DBD organisiert werden.

Auch in der Gruppe der Lehrer, die eigentlich als systemloyale Schicht galt, waren die Parteimitglieder an der HU durchweg leicht unterrepräsentiert. Nach dem Nationalsozialismus war es zu weitreichenden Entlassungen sowie der Ausbildung und dem Einsatz politisch geschulter Neulehrer gekommen. Auch nach 1989/1990 wurden viele Hochschullehrer der Pädagogik nicht weiter beschäftigt, weil die Lehrerausbildung als politisch stark gefärbt galt. Offensichtlich wurden systemübergreifend Lehrer nach politischer Verbindlichkeit von den jeweiligen Machthabenden geprüft und eingestellt. Ein Grund für das kontraintuitive Ergebnis mag darin liegen, dass sie sich durchschnittlich seltener für ein gesellschaftswissenschaftliches Fach entschieden haben als andere Gruppen. Ähnlich gestaltet es sich bei den Kindern der unteren Dienstklasse – auch hier waren die berufenen SED-Mitglieder in allen Berufungskohorten unterrepräsentiert. Die Gruppe der Angestellten, die für den Staat in der Verwaltung tätig war und dementsprechend als systemloyal gelten könnte, hat (was die Wissenschaftler an der HU betrifft) diese Nähe zum Staat offenbar kaum an ihre Kinder weitergegeben. Erwartungsgemäß waren Parteimitglieder aus der Gruppe der Kinder mit kirchlichem Hintergrund bei den Berufungen unterrepräsentiert. Im Zuge der Kirchenpolitik der SED wurden diese Familien in der Regel benachteiligt, auch wenn ihnen nicht zwingend die Möglichkeit der akademischen Ausbildung verwehrt wurde. Stefan Wolle führt dazu aus:

„Vor allem war es für christliche Schüler schwer, Zugang zur Erweiterten Oberschule (EOS) zu erhalten. Da höchstens zehn Prozent eines Jahrgangs den Weg zum Abitur beschreiten konnten und stets viel mehr Bewerbungen vorlagen, verlangten die Zulassungskommissionen nicht nur hervorragende Zensuren, sondern auch ‚gesellschaftliche Tätigkeit‘ und ‚klare politische

⁴⁴ Malycha/Winters, Geschichte der SED, 413f.

Positionen⁴. Vor dem Studium befanden sich noch einmal dieselben Hürden. Dennoch waren sie nicht so hoch, daß nicht bisweilen jemandem ihre Überwindung gelang.⁴⁵

Dennoch führte das Leben der erzwungenen Distanz zum Staat dazu, dass nur sehr wenige der Kinder mit einem kirchlichen Hintergrund sich für eine SED-Mitgliedschaft entschieden.

6.5 Zwischenfazit

Generell nahm die Zahl der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen an der HU, die Parteimitglieder der SED waren, im Zeitverlauf zu. Ab den 1970er Jahren wurden mehr SED-Mitglieder berufen als Hochschullehrer ohne Parteizugehörigkeit. Die meisten traten wider Erwarten noch während des Studiums in die SED ein. In den geisteswissenschaftlichen Fächern waren Hochschullehrer mit Parteibuch anfangs klar überrepräsentiert, in der 4. Berufungskohorte änderte sich das Bild und in den 1980er Jahren war die Differenz nur noch gering. Während in den Agrar- und Naturwissenschaften die SED-Mitglieder zunächst deutlich unterrepräsentiert waren, änderte sich dies in den 1970er und 1980er Jahren insoweit, dass nun die Anteile der Parteimitglieder dem generellen Berufsanteil der Fachrichtungen weitgehend entsprachen.

Unter den Dozenten waren SED-Mitglieder im Zeitverlauf stets überrepräsentiert, unter den Professoren verhielt es sich umgekehrt, auch wenn die Differenzen eher gering waren. Wie bereits erwähnt, entschieden sich die Hochschullehrer der HU aber meist schon vor ihrer ersten Berufung zu einer SED-Mitgliedschaft, oftmals bereits während des Studiums.

Zwei Personengruppen, die sehr häufig Dozenten wurden, aber weniger häufig auf eine Professur berufen wurden, waren Frauen und Arbeiterkinder. Die Auswertung der Hochschullehrerinnen an der HU und der Hochschullehrer aus Arbeiterfamilien, die jeweils von der SED-Hochschulpolitik eine besondere Förderung erfuhren, hat gezeigt, dass in beiden Gruppen Parteimitglieder leicht überrepräsentiert waren – jedoch nicht in dem Maße, wie es das Selbstverständnis der SED erwarten ließ. Möglicherweise war also die zielgerichtete Förderung durch den Staat in einer erhöhten Bereitschaft zum Parteieintritt resultiert, um die eigene Dankbarkeit und Loyalität zu signalisieren. Gleichzeitig hatten es beide Gruppen traditionell schwerer an wissenschaftlichen Einrichtungen, stießen häufiger an Grenzen oder erlebten Ausschlüsse aus der akademischen Gemeinschaft. Die Parteimitgliedschaft hatte womöglich auch die Funktion, vermeintliche Mängel, etwa fehlendes kulturelles Kapital, zu kompensieren.

⁴⁵ Wolle, Die heile Welt der Diktatur, 251f.

Dennoch legen die Ergebnisse eine differenzierte Beurteilung der Parteimitgliedschaft nahe. Zweifelsohne nahm ihre Bedeutung zu, sowohl weil der Eintritt in die SED gesellschaftlich wichtiger und erwünschter wurde – zum Beispiel um bestimmte Stellen und Funktionen zu erlangen –, aber auch weil tatsächlich mehr Menschen in die SED eintraten. Dennoch sollte die Bedeutung der SED-Mitgliedschaft auch nicht überbewertet werden, denn trotz Mitgliedschaft war die Chance auf eine Professur nicht für alle Personengruppen an der HU gleich groß. Auch andere Kriterien als soziale Herkunft oder Geschlecht konnten eine Rolle für die Realisierung der Karriere spielen. Ähnlich beurteilt Axel Salheiser die SED-Mitgliedschaft in einer Studie über die Industriekader in der DDR,⁴⁶ das Bild an der HU entsprach also durchaus dem anderer Universitäten in der DDR.

⁴⁶ Salheiser, Parteitreu, plangemäß, professionell?, 160.

7. Räumliche Mobilität der HU-Hochschullehrer

Mobilität ist eine nicht zu unterschätzende Anforderung an Wissenschaftler, um in Austausch mit anderen Forschern und Forschungszentren zu treten.¹ Gleichzeitig ist sie dringend notwendig, da die Möglichkeiten für sogenannte Hausberufungen rechtlich stark eingeschränkt sind² und in der Wissenschaftscommunity als verpönt gelten. Für die DDR wird hingegen konstatiert, dass der Regelfall die Hausberufung war.³ Um dieses Forschungsfeld näher zu betrachten, wird sich das folgende Kapitel mit der räumlichen Mobilität der Hochschullehrer an der HU beschäftigen. Zudem wird ein Blick auf die Mobilität von Wissenschaftlern zwischen den westlichen Zonen und der SBZ bzw. zwischen der Bundesrepublik und der DDR geworfen. Im Zentrum steht natürlich die Mobilität innerhalb der SBZ bzw. DDR sowie die Migration in das oder aus dem sozialistische(n) und nicht-sozialistische(n) Ausland. Generell beziehe ich jedoch nicht nur die Migration in ein anderes Land ein, sondern auch kurzfristige Auslandsaufenthalte aus Gründen wie beispielweise einem Studium.

In der Nachkriegszeit herrschte ein sehr hoher Bedarf an Hochschullehrern in der SBZ⁴ und der frühen DDR. Zudem grenzte sich das Land hochschulpolitisch am Ende der 1950er Jahre⁵ und bis spätestens zum Mauerbau 1961 von der Bundesrepublik ab. Dies erschwerte den wissenschaftlichen Austausch. Daher lässt sich vermuten, dass zumindest die deutsch-deutsche Mobilität deutlich abnahm und die ostdeutschen Hochschullehrer vorrangig an Universitäten der DDR wissenschaftlich ausgebildet wurden und Anstellung fanden. Zu prüfen ist zudem, ob die These, dass Berufungen in der DDR meistens hausintern abliefen, ob die Mobilität der HU-Hochschullehrer, zum Beispiel aufgrund der Zunahme der Anzahl der Hochschulen, innerhalb der DDR zunahm, und ob der Austausch mit anderen sozialistischen Partnerländern gestärkt wurde. In welchen Ländern und Regionen wurden die Hochschullehrer der HU geboren und veränderten sich die geografischen Herkunftsorte im zeitlichen Verlauf? Nahm die wissenschaftliche Mobilität aufgrund der deutsch-deutschen Nachkriegspolitik ab? Verbrachten Hochschullehrer deshalb ihre wissenschaftliche Laufbahn in einem regional begrenzten Raum? Lässt sich eine Verringerung internationaler Mobilität zugunsten nationaler verzeichnen?

Die hochschulpolitische Abgrenzung der SED zum westlichen Teil Deutschlands setzte nicht sofort mit der Gründung der DDR ein, sondern erst rund zehn Jahre später im Rahmen

¹ Vgl. Niederhut, Wissenschaftsaustausch im geteilten Deutschland, 107f.

² Michael Hartmer/Hubert Detmer (Hgg.), Hochschulrecht – Ein Handbuch für die Praxis, Heidelberg 2011, 75f.

³ Vgl. Zachmann, Mobilisierung der Frauen, 95; Jessen, Professoren in Sozialismus, 233.

⁴ Laitko, Wissenschaftler im Berlin der frühen Nachkriegszeit, 375.

⁵ Niederhut, Wissenschaftsaustausch im geteilten Deutschland, 107f.

einer grundlegenden Änderung in der Ausrichtung gegenüber der Bundesrepublik, als auf beiden Seiten die Politik einer nationalen Einheit aufgegeben wurden. Diese sich immer weiter verstärkende Abgrenzung betraf nicht nur das Reisen, sondern auch die Zusammenarbeit in wissenschaftlichen Gesellschaften oder die Platzierung von Fachpublikationen. Da die Abwanderung von Wissenschaftlern aus der DDR in die Bundesrepublik ungleich größer war als in die andere Richtung, bemühte sich das Politbüro der SED, Wissenschaftler aus der Bundesrepublik abzuwerben. Die Erfolgsbilanz war ernüchternd und geheime Berufungsverhandlungen wurden Mitte der 1950er Jahre wieder eingestellt.⁶ Die Möglichkeit ins westliche Ausland zu reisen unterlag der gesamtpolitischen Lage in der DDR und ihre Intensität zeigte verschiedene Phasen. Während es bis 1957 für Wissenschaftler aus der DDR verhältnismäßig einfach war, in die Bundesrepublik zu reisen, wurden nach der Grenzschießung alle Reisen verboten. Erst ab Mitte der 1960er Jahre war wieder eine Zunahme an Reisen in westliche Länder zu verzeichnen. Insgesamt verschlechterten sich die deutsch-deutschen Beziehungen zunehmend, ein Prozess, den auch die Bundesrepublik forcierte, indem sie etwa nach dem Mauerbau die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen der DDR abschwächte, aber die privaten Kontakte zwischen Wissenschaftlern zu fördern versuchte. Die DDR orientierte sich immer stärker am Wissenschaftssystem der Sowjetunion und förderte dementsprechend den wissenschaftlichen Austausch mit sozialistischen Partnerländern, die es ihren Forschern im Gegensatz zur DDR eher ermöglichten, nicht in die wissenschaftliche Isolation zu geraten. Dennoch unterliefen einige Wissenschaftler der DDR die politischen Begrenzungen, denn auch wenn sie vielleicht nicht mehr in den gleichen Fachgesellschaften Mitglied sein konnten, pflegten viele persönliche Kontakte und nicht jeder Beitrag für eine (internationale) Fachzeitschrift konnte von den DDR-Behörden verhindert werden.⁷

Die wenigen existierenden Ausführungen der historischen Forschung zur Mobilität der DDR-Hochschullehrer sind vorrangig qualitativer Natur und beschränken sich, wie die Beiträge von Hubert Laitko⁸ oder auch Annette Vogt,⁹ auf die Nachkriegszeit bis 1950 und auf den deutsch-deutschen Austausch oder konzentrieren sich, wie Jens Niederhut,¹⁰ trotz allgemeinerer Ausführungen auf die Ulbricht-Ära oder einen bestimmten Personenkreis (Niederhut untersucht den Austausch zwischen Naturwissenschaftlern der DDR und der Bundesrepublik). Die Mobi-

⁶ Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, 299f.

⁷ Niederhut, *Wissenschaftsaustausch im geteilten Deutschland*, 108–115.

⁸ Laitko, *Wissenschaftler im Berlin der frühen Nachkriegszeit*, 373–392.

⁹ Vogt, *Die Berliner Humboldt-Universität*, 77ff.

¹⁰ Niederhut, *Wissenschaftsaustausch im geteilten Deutschland*, 107–121.

lität innerhalb der DDR ist ein randständiges Thema in der Forschung und wird nur von wenigen Wissenschaftlern analysiert. Matthias Middell und Ralph Jessen fragen nach der Bedeutung von Mobilität für die Karrierewege der Hochschullehrer in der DDR. Während Middell für die Zeit ab den 1980er Jahren eine steigende Mobilität an der HU nachweist,¹¹ belegt Jessen für die Mitte der 1960er Jahre, dass fast 85 Prozent der Vorschläge für Erstberufungen junge Wissenschaftler aus den eigenen Institutionen nominierten, die Hochschulen also offensichtlich auf den eigenen Nachwuchs setzten, statt einen Austausch mit anderen Hochschulen anzustreben.¹² Beide Beobachtungen zeigen, dass es eine Tendenz zu Hausberufungen gab, die jedoch im zeitlichen Verlauf, aber auch in den einzelnen Fachrichtungen, unterschiedlich stark ausgeprägt war.

Der vorliegende Datensatz beinhaltet Angaben zum Geburtsort, Studienort, zu den Orten von Promotionen A und B bzw. den Habilitationen sowie zu Tätigkeiten an anderen Orten. Der Fokus der Auswertung liegt auf längerfristigen Ortswechseln der Hochschullehrer der HU wie beispielsweise Stellenwechsel oder Studienaufenthalte. Diese Ergebnisse werden mit Karten¹³ dargestellt, was eine plastischere und der Dimension des Raumes angemessene Visualisierung erlaubt. Gleichzeitig bieten sie die Möglichkeit, auch kurzfristige Bewegungen wie Auslandsaufenthalte zu untersuchen. Bereits mehrfach (vgl. etwa Kapitel 1) wurden die hochschulpolitischen Veränderungen am Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren thematisiert. Daran anschließend wird die 3. Hochschulreform und das Ende der Ulbricht-Ära als Scheitelpunkt herangezogen. Die Auswertung vergleicht also die ersten drei Berufungskohorten (1945–1970) mit den letzten beiden (1971–1990). Eine ausführliche Differenzierung nach Fachrichtungen, sozialer Herkunft und Geschlecht ist für den hier gesetzten Rahmen nicht zwingend notwendig.

Die vorliegende kollektivbiografische Untersuchung erfasst knapp 2.000 Menschen. Auch wenn nicht alle biografischen Daten lückenlos recherchiert werden konnten, liegen in der Regel pro Person mindestens zwei bis drei ortsbezogene Angaben vor. Allein die Anzahl der Geburtsorte übersteigt die Darstellbarkeit per Tabelle oder Diagramm. Auch aus diesem Grund erfolgte der Rückgriff auf Karten. Zudem können so wichtige Informationen, wie Himmelsrichtung, Ballungsräume oder Grenzverläufe bzw. -übertritte gut bebildert werden. Gerade letzteres ist für die deutsche bzw. deutsch-deutsche Geschichte enorm bedeutsam. Die bekannten Grenzverschiebungen hatten durchaus Auswirkungen auf akademische Netzwerke.¹⁴

¹¹ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 380.

¹² Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, 120.

¹³ Ich danke Eric Losang (Leibniz-Institut für Länderkunde Leipzig) für die Erstellung der Karten.

¹⁴ Laitko, Wissenschaftler im Berlin der frühen Nachkriegszeit, 375.

Die Angaben des Datensatzes reichen über die fünf Berufungskohorten (1945–1990) hinaus bis weit ins 19. Jahrhundert zurück. Entsprechend umfasst diese Zeit neben dem geteilten Nachkriegsdeutschland mindestens drei weitere politische Systeme (Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus). Auf die in diesen mehr als 100 Jahren erfolgten Grenzverschiebungen, die regelmäßig auch die Umbenennung von Ortsbezeichnungen in die jeweilige Landessprache nach sich zogen, wurde bereits hingewiesen. Für die Vergabe von Ortsnamen in einem Datensatz müssen also verschiedene Kriterien Berücksichtigung finden: Bezeichnungen müssen das Bezeichnete eineindeutig identifizieren, historische und geografische Synonyme müssen reduziert werden. Zugleich muss ein Gespür für die politische Logik von Bezeichnungen entwickelt werden, wie etwa den Gebrauch der Abkürzung BRD durch die Organe der DDR.¹⁵ Schließlich sind die persönlichen Angaben daraufhin zu befragen, unter welchen politischen Bedingungen sie erfasst bzw. abgegeben oder auch verweigert und manipuliert wurden. Hier ist etwa an die Parteisäuberungen gegen sogenannte Westexilanten am Anfang der 1950er Jahre in der DDR zu denken. Das vermeintlich falsche Exilland konnte in tiefen Einschnitten in Leben und Karriere resultieren.

Die Kategorisierung bildet in einem zweiten Schritt aus dem standardisierten Vokabular theorie- und forschungsinteressegeleitete Begriffscluster. Ziel ist es, mittels Informations- und Komplexitätsreduktion eine angemessene Darstellbarkeit zu erreichen. Erst so entstehen nachvollziehbare Schematisierungen, die sich mit den Forschungsfragen verknüpfen lassen. So ermöglicht etwa die Kategorisierung der Forschungsreisen der untersuchten Hochschullehrer in „westliches Ausland“ und „osteuropäisches Land“ Aussagen darüber, ob der Besuch von Tagungen und Kongressen den politischen Vorgaben der Partei entsprach, ob also ein Austausch einzig mit den „sozialistischen Bruderländern“ erfolgte, oder die Wissenschaftler in einem umfassenden und die politischen Konfliktlinien übersteigenden Sinne international an- und eingebunden waren.

Wissenschaftliche Kategorisierungen knüpfen an bestehende Ordnungssysteme an. Menschen und Institutionen kategorisieren freilich interessegeleitet, subjektiv, uneinheitlich sowie unter politischen Vorzeichen. Darauf wurde an früherer Stelle schon in Bezug auf die Angaben zu den Berufen der Väter hingewiesen, die zur Bestimmung der sozialen Herkunft der Hochschullehrer an der HU herangezogen wurden. Gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden diese von SED-Organen manipuliert und an die Anforderungen eines Staates angepasst,

¹⁵ Die Bundesrepublik verwendet diese Abkürzung seit den 1970er Jahren nicht mehr, um sich von der abwertenden Verwendung in der DDR abzugrenzen. In der DDR war die Abkürzung BRD hingegen die gängige Bezeichnung für die Bundesrepublik.

der explizit die Schicht der Arbeiter und Bauern förderte. Den Menschen waren diese Kategorien bewusst und sie versuchten, diese teils zu bedienen, sich ihnen teils aber auch zu entziehen. Auch die Institutionen wie die DDR-Meinungsforschung¹⁶ oder die Statistischen Jahrbücher der DDR¹⁷ verwendeten unterschiedliche Einteilungen, obwohl sie sich alle an den Vorgaben des Klassenschemas des Marxismus-Leninismus orientierten. Sofern diese im historiografischen Kontext übernommen werden, gilt es, ihre Herkunft und die Funktion innerhalb der Propaganda der DDR zu reflektieren. Die recht einfache Vorstellung vom Aufbau der Gesellschaft wird andernfalls im schlechtesten Fall reproduziert. Sozialwissenschaftliche Kategorien müssen also die vorgefundenen Angaben ordnen sowie möglichst wertfrei bündeln.

7.1 Geburtsorte

Bevor die Auswertung der wissenschaftlichen Wege der Hochschullehrer der HU veranschaulicht und interpretiert wird, gehe ich auf die Geburtsorte näher ein. Dabei werden die Geburtsorte derjenigen, die vor 1970 zum ersten Mal an die HU berufen wurden mit denen jener verglichen, die nach 1970 erstmalig an die HU kamen. Die Vermutung liegt nahe, dass zunehmend mehr Wissenschaftler, sofern sie nach 1949 geboren wurden, in der DDR geboren wurden. Der geografische Kreis der Herkunft und die Mobilität dürften sich stark eingegrenzt haben. Für 1.683 Personen liegen die Geburtsorte vor, wobei nicht alle in deutschem oder ehemals deutschem Gebiet geboren wurden, sondern etwa auch in Island oder dem Iran. Die Darstellung konzentriert sich jedoch auf grenznahe Gebiete.

Der Vergleich der Abbildungen 28 und 29 zeigt, dass die nach 1970 an der HU neu Berufenen deutlich häufiger auf dem (späteren) Gebiet der DDR geboren wurden und ihre wissenschaftliche Ausbildung und Karriere in dieser Region erhalten haben. Dennoch überraschen die ähnlichen Verteilungsmuster. Daraus ergeben sich zwei Schlussfolgerungen. Erstens scheinen die meisten Wissenschaftler ihre wissenschaftliche Ausbildung nicht sehr weit weg vom Geburtsort absolviert zu haben. Dort mochten sie Kontakte geknüpft haben und verblieben, obwohl Wissenschaft eine gewisse Mobilität voraussetzt, in der Region. Dieses Interpretationsangebot schließt eine zeitweise Abwesenheit aber nicht aus. Zudem wurden viele (681 von 816) Hochschullehrer des zweiten Betrachtungszeitraums (1971 bis 1990) vor dem Ende des Krieges

¹⁶ Niemann, Meinungsforschung in der DDR, 82ff. Die Kategorien waren: Arbeiter, Angestellte, Intelligenz, Handwerk/Gewerbetreibende, Genossenschaftsbauern oder in der Landwirtschaft Beschäftigte, etc.

¹⁷ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik hrsg. von d. Staatl. Zentralverwaltung für Statistik, Berlin, 1955–1990. Sowie: Statistisches Jahrbuch der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin, hrsg. von der Staatlichen Zentral-Verwaltung für Statistik, Bezirksstelle Groß-Berlin, Berlin, 1961–1983.

und vor Gründung der DDR geboren, sodass sie eventuell bereits in der Wissenschaftshauptstadt Berlin oder in der regionalen Nähe Fuß gefasst hatten, egal ob sie aus München oder Jena kamen.

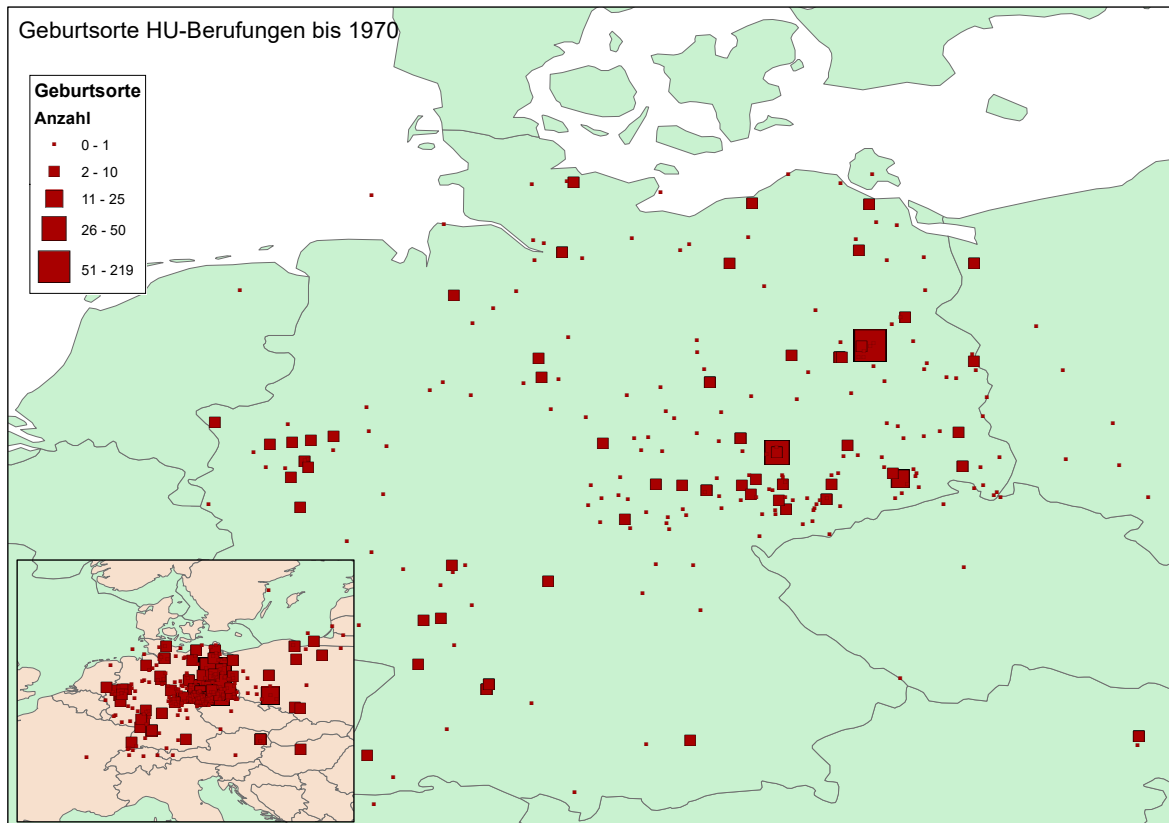


Abb. 27: Geburtsorte der HU-Hochschullehrer der Berufungskohorten 1–3, N=446

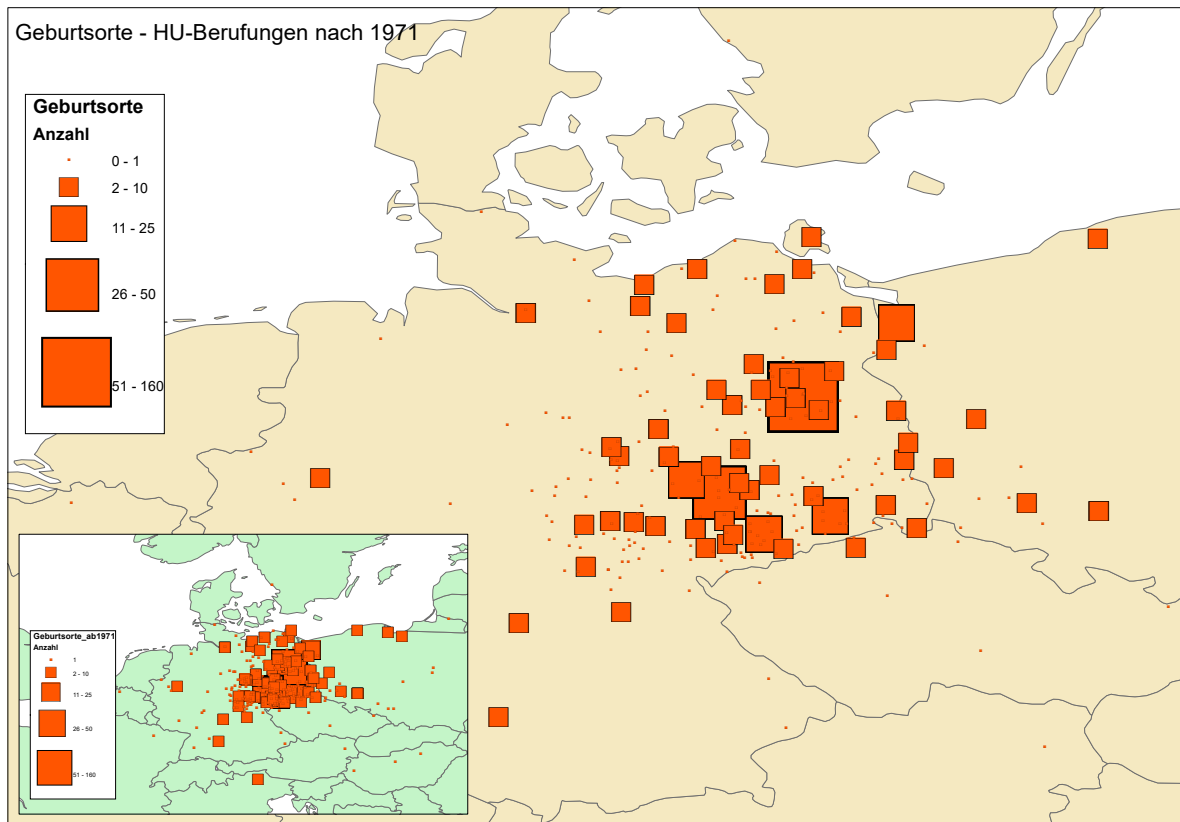


Abb. 28: Geburtsorte der HU-Hochschullehrer der Berufungskohorten 4–5, N=830

7.2 Studienorte

Bereits in der ersten Kohorte hatte über die Hälfte der an die HU berufenen Hochschullehrer auch hier studiert (vgl. Abb. 29). Obwohl diese Kohorte ihr Studium größtenteils in der Weimarer Republik oder während des Nationalsozialismus absolviert hatte, verbrachten knapp 45 Prozent ihr gesamtes Studium an der HU, während zusätzliche 19 Prozent das Studium zumindest an der HU abschlossen. In den zwei folgenden Berufungskohorten hatten immer mehr spätere Stelleninhaber auch an der HU studiert. 61 und 78 Prozent studierten gar ausschließlich hier. Abbildung 29 ist zudem zu entnehmen, dass der Anteil jener, die ihr Studium an einem anderen Ort begannen, aber an der HU abschlossen („x – HU“) deutlich zunahm, während der Anteil an Stelleninhabern mit dem entgegengesetzten Studienweg („HU – x“) schon ab der dritten Berufungskohorte verschwindend gering war. Auch die Berufungen von Hochschullehrern, die nicht an der HU studiert hatten, nahm im Zeitverlauf stark ab. Da die Immobilität der Hochschullehrer also zunahm, kann angenommen werden, dass es zu einer Zunahme von Hausberufungen in der DDR kam.

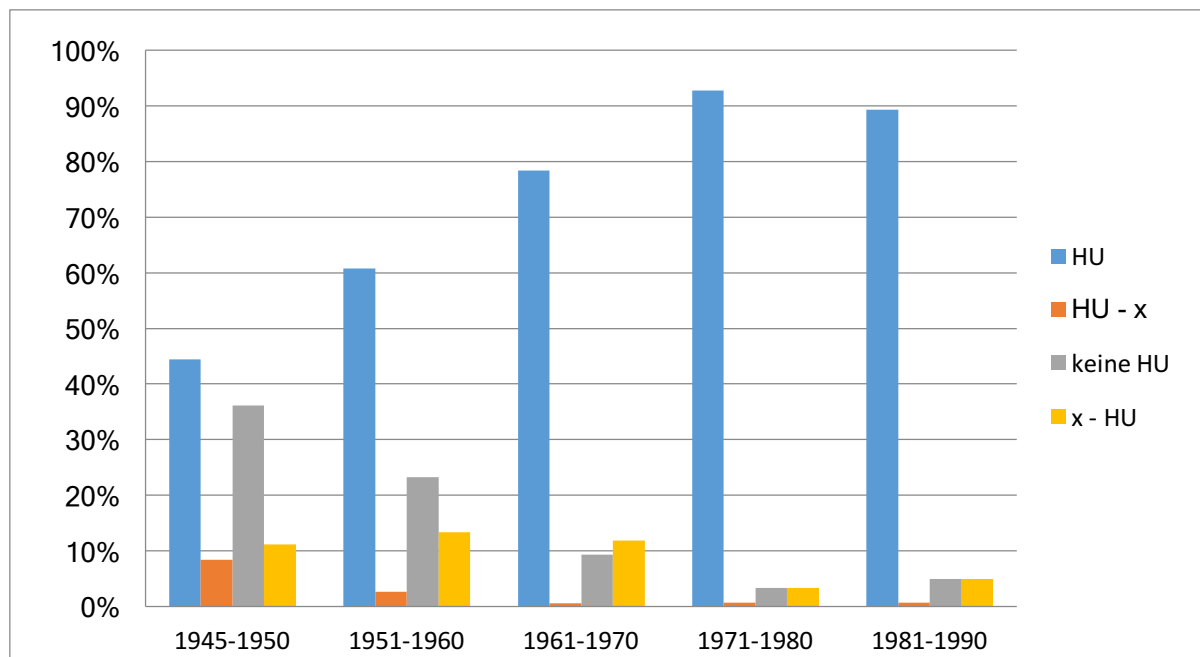


Abb. 29: Studienorte der HU-Hochschullehrer, N=635 Personen

Von den 342 Hochschullehrern, die in den ersten drei Kohorten berufen wurden und für die sich Angaben zum Studium nachweisen lassen, absolvierten 22 ihr Studium im Ausland. Im Zeitverlauf fällt eine leichte Verschiebung der Studienorte vom Westen in den Osten Europas auf, wobei Großbritannien und die Sowjetunion in allen drei Kohorten vertreten sind. Für die 293 Hochschullehrer, die in den letzten beiden Kohorten berufen wurden, liegen für 21 Personen Informationen vor, dass sie im Ausland studierten. Die Länderangaben beschränken sich hier allerdings auf andere sozialistische Länder wie China, die Sowjetunion, Rumänien oder Polen. Nur eine Person gab an, unter anderem in England studiert zu haben. Sie wurde allerdings während des Zweiten Weltkrieges im Vereinigten Königreich geboren. Die Hochschullehrer dieser beiden Berufungskohorten studierten zum überwiegenden Teil (1971–1980: 93 Prozent, 1981–1990: 89 Prozent) und in der Regel fast ausschließlich an der HU. Neben der nunmehr begrenzten Auswahl an Universitäten scheinen die Hochschullehrer während des Studiums bereits so weit in die Struktur der Universität eingebunden (eventuell über Kontakte und Anstellungen neben dem Studium) gewesen zu sein, dass sie später dort in den Kaderplänen berücksichtigt und auch berufen wurden. Jeweils 5 Prozent der Hochschullehrer hatte an der HU teilweise oder zweiweise studiert. Im nächsten Kapitel wird untersucht, ob der Großteil auch die Promotion und Habilitation bzw. die Promotion B an der HU absolvierte oder für diese wissenschaftliche Weiterqualifikation an eine andere Universität ging. Erst dann kann ein Urteil über die Frage nach Hausberufungen an der HU gebildet werden. Dringend notwendig ist auch

eine fachspezifische Analyse, da nicht an allen Universitäten der DDR alle Forschungsschwerpunkte vertreten waren, sodass Wissenschaftler nicht beliebig an andere Einrichtungen wechseln konnten.¹⁸

7.3 Akademische Qualifikation

Bei der Betrachtung der Promotionsorte zeigt sich ein ähnliches Phänomen wie bei der Auswertung der Studienorte der Hochschullehrer der HU. Unter denjenigen, für die der Ort bekannt war, kommt es zu einer klaren Verschiebung zur HU als Promotionsort. Die HU greift im Verlauf der ersten drei Kohorten bei den Berufungen zunehmend auf Hochschullehrer zurück, die auch am eigenen Haus promoviert haben. In der ersten Berufungskohorte lassen sich nur weniger als 3 Prozent Hochschullehrer nachweisen, die an der HU promoviert wurden, während es bereits in der Zweiten fast 39 Prozent waren und in der dritten über 63 Prozent. In den letzten beiden Berufungskohorten beträgt ihr Anteil 68 bzw. 78 Prozent.

Auch jene, die nicht an der HU promovierten, gaben über 100 Mal Berlin als Promotionsort an. Obwohl in der Hauptstadt traditionell sehr viele Forschungs- und Lehreinrichtungen ansässig waren und ab 1948 die FU als eine weitere Universität hinzukam, ist es durchaus möglich, dass sich hinter der Angabe dennoch auch die HU verbergen könnte. 12 Personen wurden nachweislich in Berlin promoviert: an der Parteihochschule Karl Marx bzw. an der Akademie der Wissenschaften.

Die folgenden Abbildungen geben Auskunft über Promotionsorte außerhalb von Berlin (Abb.30 für 1945–1970 und Abb.31 für 1971–1990). Während die Promotionsorte der vor 1971 Berufenen auch außerhalb der Region lagen, das ab 1949 zum Staatsgebiet der DDR gehörte, konzentrierten sich die Promotionsorte der ab 1971 berufenen Hochschullehrer der HU auf Ausbildungsstätten in der DDR sowie in Moskau. Der regionale Schwerpunkt lag auch vor 1971 in Berlin, jedoch spielten auch Städte wie Frankfurt am Main, Hamburg oder Göttingen, Basel, Kopenhagen oder Paris eine Rolle. Die in den letzten beiden Kohorten berufenen Hochschullehrer wurden nicht nur an einer Institution auf dem Gebiet der DDR, sondern auch nach 1948 promoviert. Die Mobilität der Hochschullehrer nahm also nicht gänzlich ab, beschränkte sich aber auf die DDR und das sozialistische Ausland.

¹⁸ Kroll, Kultur, Bildung und Wissenschaft, 49.

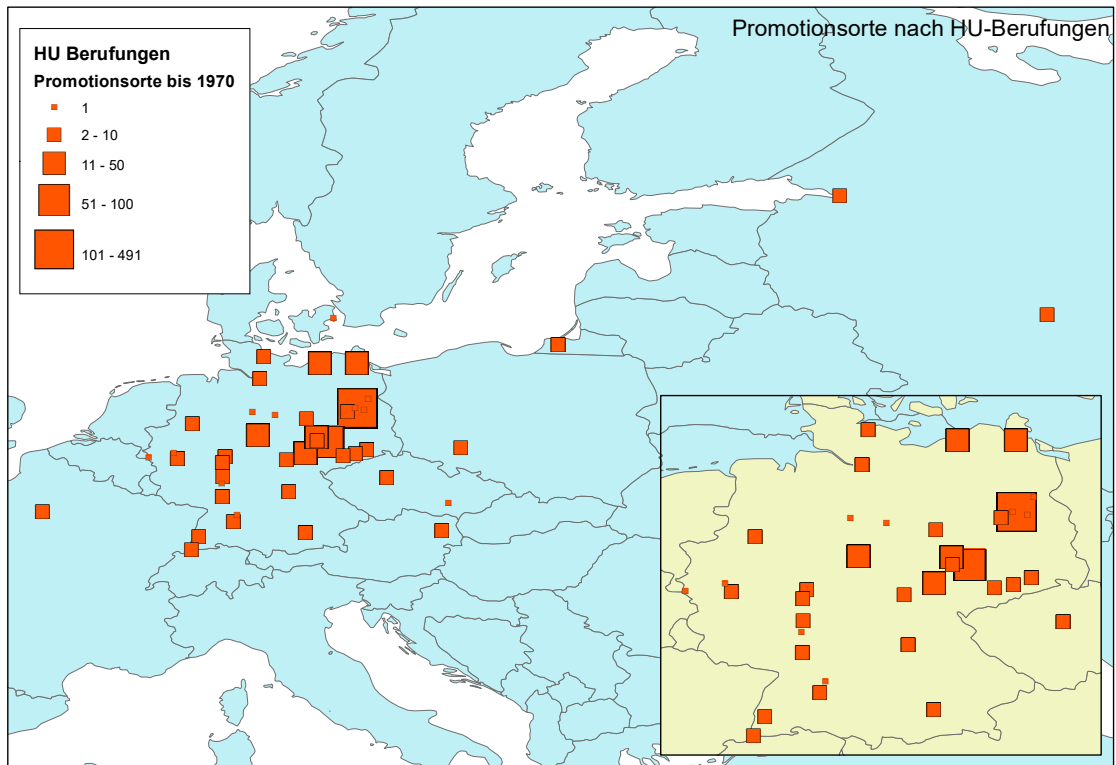


Abb. 30: Promotionsorte der HU-Hochschullehrer der Berufungskohorten 1–3, N=598

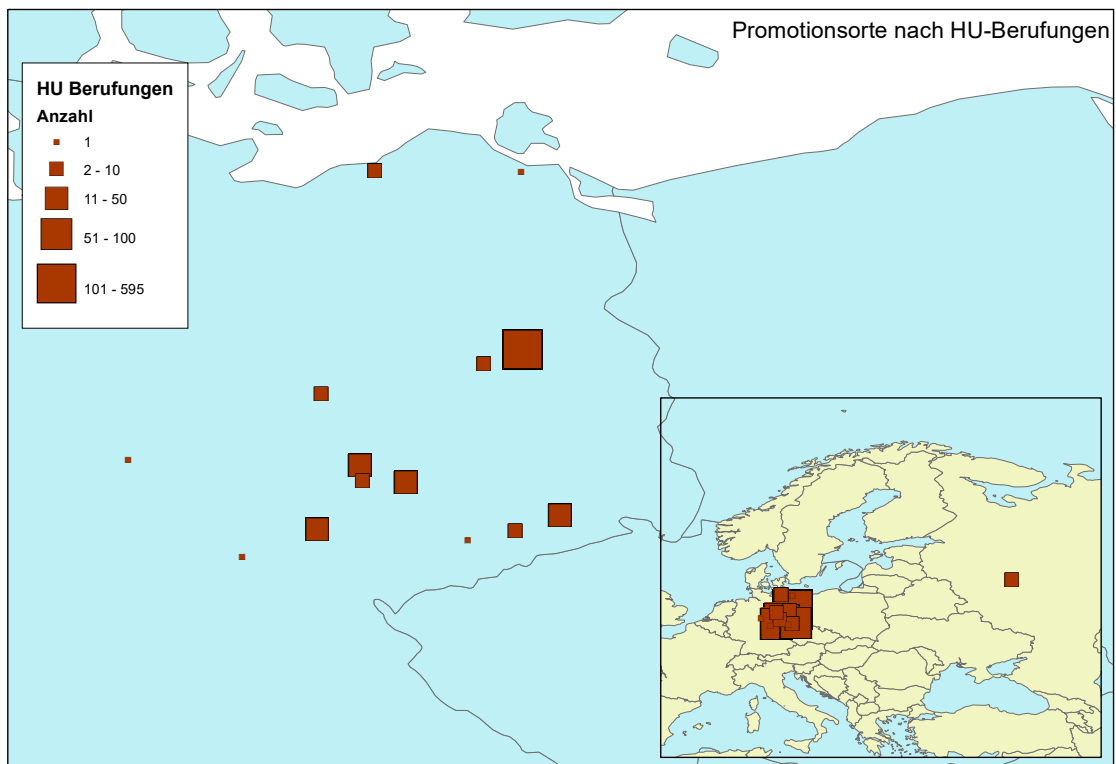


Abb. 31: Promotionsorte der HU-Hochschullehrer der Berufungskohorten 4–5, N=746

Im Folgenden wird untersucht, an welchen Orten die Hochschullehrer der HU ihre Habilitation bzw. ihre Promotion B ablegten. Wie entwickelte sich die Mobilität in diesem Qualifikationsschritt? Zwar schrieben die Hochschullehrer ihre Promotion (A) zunehmend in Berlin und an der HU, es ist aber durchaus möglich, dass sie sich vor ihrer Berufung an einer anderen Einrichtung weiterqualifiziert hatten. Dies würde zumindest der jahrhundertealten Praxis entsprechen, dass sich Nachwuchswissenschaftler in einen inhaltlichen Austausch mit anderen Schulen und Denkrichtungen begeben und an anderen Einrichtungen praktische Erfahrungen sammeln.¹⁹

Für die Promotionen (A) konnte relativ vollständig ermittelt werden, wer diese abschloss und wer nicht, auch wenn es nicht möglich war, allen Qualifikationen die entsprechenden Institutionen und somit Orte zuzuordnen. Im Fall der Habilitationen und Promotionen B (wie sie nach der 3. Hochschulreform genannt wurden) ist dies weniger klar. Aufgrund fehlender Daten sind die Fallzahlen hier deutlich geringer.

Es zeugt sich ein bekanntes Bild: Wie schon für Promotionen beschrieben, stieg auch unter den Habilitierten der Anteil derer, die ihre Habilitation an der HU abschlossen im Zeitverlauf. Im Gegensatz zu den Promotionen galt dies allerdings bereits in der ersten Berufungskohorte für knapp 15 Prozent der Hochschullehrer. 1951–1960 waren es dann über 60 Prozent, 1981–1990 schließlich 90 Prozent. Zwar unterscheiden sich als die Ergebnisse für Promotionen und Habilitationen nicht gravierend, und dennoch wird deutlich, dass eine Habilitation an der HU häufig auch zu einer Berufung ebendort führte. Über diejenigen Wissenschaftler, die an der HU habilitiert, aber an einer anderen Hochschule oder Universität berufen wurden, liegen leider keine Zahlen vor. In den 1980er Jahren vor oder nach der Berufung nicht an der HU habilitiert worden zu sein, stellte eine Ausnahme dar. Das heißt, nur jede zehnte Stellenbesetzung war keine Hausberufung.

Der Vergleich der Karten über die regionale Verteilung der Habilitationsorte der Hochschullehrer, die vor oder ab 1971 an die HU berufen wurden (Abb. 32 und 33), zeigt eine ähnliche Tendenz wie die Verteilung der Promotionsorte. Die berufenen Hochschullehrer der ersten drei Kohorten habilitierten an unterschiedlichen, teilweise nichtdeutschen Städten, während sich die folgenden beiden Berufungskohorten fast ausschließlich innerhalb der DDR qualifizierten. Dies verwundert kaum, fanden doch die Habilitationen der nach 1971 Berufenen ausschließlich nach 1949 statt.

¹⁹ Niederhut, Wissenschaftsaustausch im geteilten Deutschland, 107f.

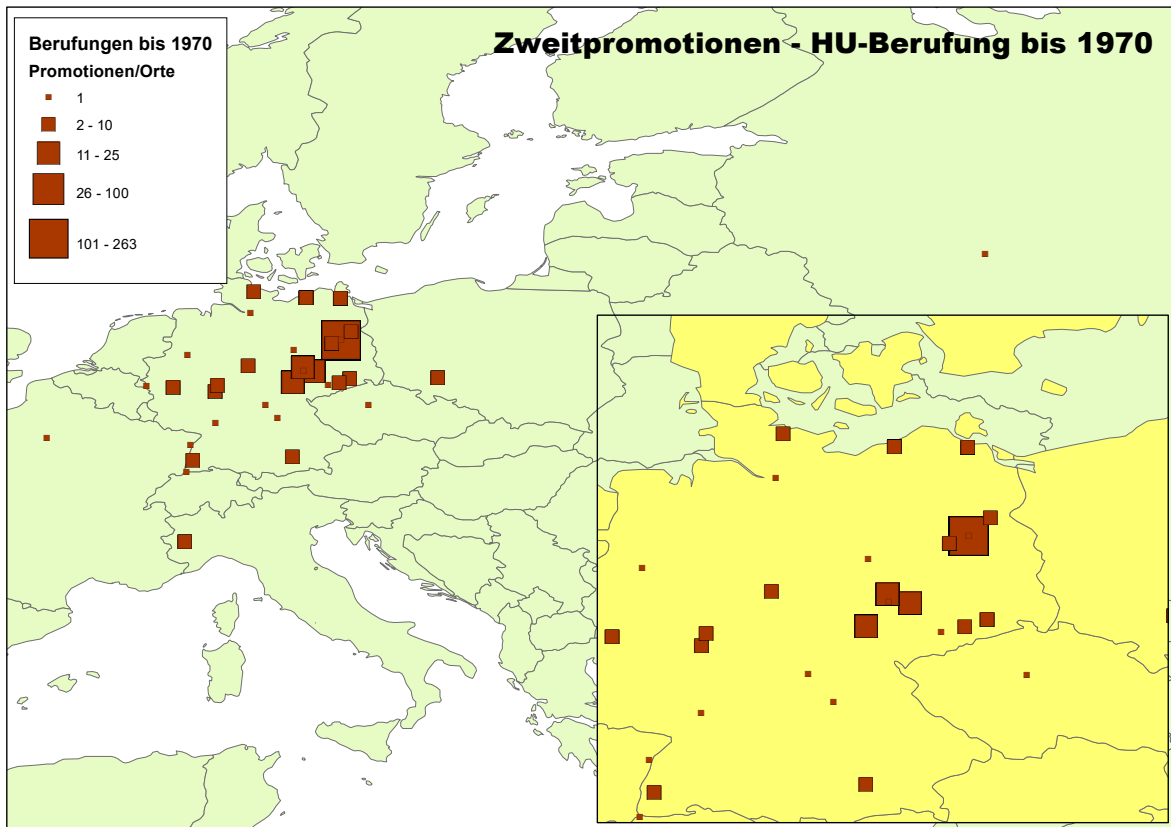


Abb. 32: Habilitationsorte der HU-Hochschullehrer der Berufungskohorten 1–3, N=447

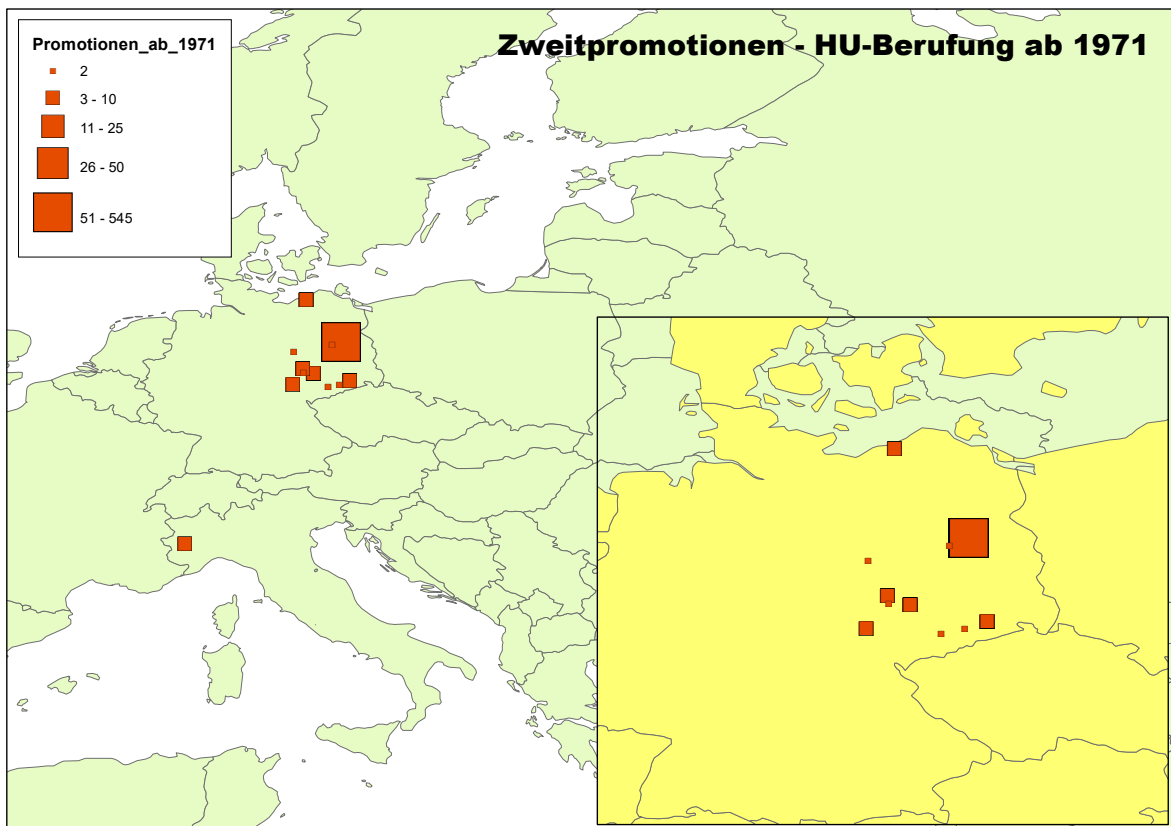


Abb. 33: Habilitationsorte der HU-Hochschullehrer der Berufungskohorten 4–5, N=559

Des Weiteren fällt auf, dass, zumindest vor 1971, Habilitationen seltener als Promotionen im Ausland stattfanden. Zugleich zeigt sich deutlich die eingeschränkte Mobilität, die aus der wissenschaftspolitischen Abschottung gegenüber westlichen Staaten folgte. Generell bestätigt die Verteilung der Habilitationen die naheliegende Vermutung: Eine Habilitation an der HU prädestinierte auch zu einer späteren dortigen Berufung. Und sie spricht für eine These Matthias Middells, laut der die HU vielen Wissenschaftlern lange als „Wunsch-Universität“ galt, sie also das Ziel verfolgten, gerade dort berufen zu werden.²⁰

Die Selbstisolation gegenüber dem westlichen Ausland allein kann allerdings nicht die steigende Anzahl von Hausberufungen erklären. Zwar limitierte sie die Auswahl an Wissenschaftlern, doch führt etwa Bernhard Nitz noch einen rein pragmatischen Grund an (wenn auch aus einer fachspezifischen Sicht):

„Es mag den heutigen Leser befremdlich anmuten, dass hier wie selbstverständlich von Hausberufungen die Rede ist, aber dieses Verfahren war in der Geographie der DDR bis in die 1980er Jahre hinein allgemein üblich und wegen der kleinen wissenschaftlichen Geographengemeinde auch verständlich, es bot den Vorteil wissenschaftlicher Kontinuität über lange Zeitabschnitte, beinhaltete aber auch die Gefahr wissenschaftlichen Inzests. Dahinter standen aber auch handfeste praktische Gründe, die vorrangig in der Wohnungsnot zu suchen waren und so die Immobilität des wissenschaftlichen Personals mit erklären.“²¹

7.4 Berufspositionen

Der folgende Abschnitt untersucht einen weiteren Aspekt der Mobilität und geht den Berufungsorten vor und nach der Tätigkeit an der HU sowie eventuellen Interimsstationen zwischen Berufungen an der HU nach. Für 222 Hochschullehrer liegen Informationen vor, in welchem Bereich (Wissenschaft, Hochschulen, Politik, Wirtschaft etc.) und in welcher Stadt sie vor ihrer Berufung an die HU tätig waren. Der Großteil war an Orten oder Institution angestellt, die sich auf dem Gebiet befand, das ab 1949 zur DDR gehörte. Nur acht Personen hielten sich nachweislich fernab des (zukünftigen) Staatsgebiets auf (zwei in Österreich, eine in Mexiko, andere in Städten wie Hamburg, Essen, Marburg, Bonn oder Bamberg). Nur eine Person kam aus einem sozialistischen Land (Bulgarien). Da die Fallzahlen recht gering sind, wurde auf eine grafische Darstellung verzichtet.

Von 109 Hochschullehrern ist bekannt, wohin sie nach ihrer Tätigkeit an der HU gingen. Auch hier verblieb der überwiegende Teil in der DDR. Wer die DDR verließ, entschied sich meist noch bevor 1961 die Berliner Mauer errichtet wurde. Aus diesem Personenkreis waren

²⁰ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 380.

²¹ Bernhard Nitz, Zur Geschichte der Geographie an der Humboldt-Universität zu Berlin zwischen 1945 und 1990. Von einem Augenzeugen berichtet und kommentiert, in: ders. (Hg.), 1810 – 2010: 200 Jahre Geographie in Berlin, Berlin 2011, 323–356, hier 314f.

viele in Städten wie Köln, Göttingen, Heidelberg, Westberlin, München oder Münster tätig, was darauf hindeutet, dass sie an den dortigen Universitäten Anstellung fanden. Die wenigsten verließen die HU in Richtung Ausland, wenngleich Beispiele für Tätigkeiten im Iran, in den Vereinigten Staaten und Argentinien vorliegen. Es ist keine Person bekannt, die dauerhaft in ein sozialistisches Land übersiedelte. Ebenso liegen nur wenige Informationen zu Hochschullehrern vor, die gleichzeitig zu ihrer Tätigkeit an der HU auch an anderen Orten arbeiteten. Von 42 Personen, bei denen dies der Fall war, waren nur zwei außerhalb der DDR beschäftigt (Marburg und Schweden). 40 Personen arbeiteten nebenbei für Behörden oder an anderen Hochschulen der DDR. Nachweislich unterbrachen fünf Hochschullehrer ihre Tätigkeit an der HU, um im Ausland als Gastprofessor, Gastdozent oder Lektor tätig zu sein. Hier waren die Ziele für einen längerfristigen Auslandsaufenthalt die Vereinigten Staaten, die Tschechoslowakei, die Sowjetunion, Frankreich, Japan bzw. Georgien. Die meisten Hochschullehrer verbrachten längere Auslandsaufenthalte, jedoch liegen über die zeitlichen Rahmen kaum Informationen vor.

Auch wenn der Datensatz keine systematische Auswertung zulässt, wurde doch deutlich, dass auch die Hochschullehrer der HU Erfahrungen im Ausland sammelten, sei es fern ab dem Studium oder durch die längerfristige Übernahme von Stellen, Studienreisen, Konferenzteilnahmen oder auch Gastaufenthalte an wissenschaftlichen Institutionen. Die Möglichkeit eines kurzfristigen Auslandsaufenthalts hatten nachweislich nur 13 an der HU tätige Personen. Dabei besuchten sie sozialistische Länder wie die Sowjetunion und die Tschechoslowakei, oder auch den Sudan, westeuropäische Länder wie Österreich, England, Schweden und Dänemark, aber auch die Vereinigten Staaten, Argentinien und Brasilien. Die Auslandsaufenthalte beschränkten sich also nicht vorrangig auf sozialistische Länder, aber die Fallzahlen erlauben keine vollständige Analyse.

7.5 Zwischenfazit

Dieses Kapitel ging davon aus, dass sich die Mobilität der HU-Hochschullehrer veränderte, weil die Abgrenzungspolitik der SED-Hochschulpolitik gegenüber dem Westen wissenschaftlichen Austausch erschwerte bzw. auf bestimmte Räume beschränkte. Die Auswertung des Datensatzes konnte aufgrund fehlender Daten nicht systematisch erfolgen, dennoch bestätigen die Ergebnisse tendenziell diese Vermutung.

In allen Untersuchungskategorien bildete die Region eine nicht zu vernachlässigende Bezugsgröße für die Auswahl des Ausbildungsortes. Bereits für die Geburts- und Studienorte der vor dem Mauerbau und vor der 3. Hochschulreform berufenen Hochschullehrer konnte nachgewiesen werden, dass der Großteil aus Berlin und der weiteren Umgebung kam. Auch

wenn die regionale Nähe nach 1971 nochmals zunahm, ist auffällig, dass vor 1970 keine gleiche Verteilung der Geburts- und Studienorte auf alle Teile des ehemaligen Deutschen Reichs vorlag. Nach 1971 wurde Berlin (und es ist davon auszugehen, dass dies vorrangig bedeutet: die HU) zum häufigsten Studienort. Eine große Zahl zwischen 1971 und 1990 berufenen Hochschullehrer hatte bereits an einer DDR-Hochschule studiert. Auch für die Promotionsorte (A und B) lässt sich zeigen, dass Berlin und die HU präferierte Orte der wissenschaftlichen Weiterqualifizierung waren. Besonders nach 1971 erfolgte die Promotion/Habilitation vieler Dozenten und Professoren nicht nur auf dem Gebiet der DDR, sondern in Berlin bzw. an der HU. Bei einem Großteil der Berufungen an der HU handelte es sich also tatsächlich um Hausberufungen, wie dies Heinz-Elmar Tenorth in der Einleitung zum Band 6 der Geschichte der Universität „Unter den Linden“ konstatiert: „Wie in der gesamten DDR wiederum sind auch an der Humboldt-Universität die Rekrutierungsprozesse sehr stark von hochschuleigenen Rekrutierungswegen bestimmt“.²²

Eine fachspezifische, stärker chronologische und nach soziodemografischen Merkmalen wie Geschlecht und soziale Herkunft differenzierende Analyse wäre wünschenswert, konnte hier aber nicht geleistet werden.

²² Tenorth, Selbstbehauptung einer Vision, 25.

Schlussbetrachtung

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Ergebnisse werden im Folgenden noch einmal rekapituliert und – um die historischen Erfahrungen der Angehörigen der Berufungskohorten noch genauer zu erkunden und einzuordnen – um eine zusätzliche Differenzierung der Hochschullehrer nach Geburtsjahren erweitert. Die bisherigen Ausführungen zu den Themen Ausbildung, Berufswege, Fachspezifika, Geschlecht, Parteizugehörigkeit und Mobilität konnten folgendes verdeutlichen: Die Etablierung des sozialistischen Herrschaftsanspruchs der SED im Jahr 1946 hatte keinen sofortigen Personalaustausch an den Universitäten (und auch der HU) zur Folge. Erst im Laufe der 1950er und 1960er Jahre hielt eine neue Generation von Wissenschaftlern an den Hochschulen Einzug. Das Vorhaben der Partei, die Hochschulangehörigen in der SBZ/DDR im Rahmen der Entnazifizierung durch eigene Kader zu ersetzen, scheiterte allerdings, weil es an geeignetem – und das heißt: politisch loyalem – Personal mangelte, um die Studierenden auszubilden. Berlin hatte in diesem Zusammenhang aufgrund der massiven kriegsbedingten Zerstörungen¹ und der zu leistenden Reparationen besondere Probleme zu bewältigen, nicht zuletzt, weil hier die Entnazifizierung im Vergleich zu anderen Regionen rigorosier durchgesetzt wurde. Spätestens ab den 1960er Jahren standen allerdings diejenigen zur Berufung bereit, die ihre wissenschaftliche Ausbildung schon größtenteils in den Einrichtungen der DDR absolviert hatten. Der personelle Austausch erfolgte jedoch langsam und nicht in dem Umfang, wie es den hochschulpolitischen Vorstellungen der SED entsprach.

Um dieser Entwicklung nachzugehen, hatte die vorliegende Studie fünf Berufungskohorten konstruiert. Die wichtigsten Erkenntnisse werden abschließend rekapituliert. Zusätzlich erfolgt eine Kontrastierung mit den wichtigsten Geburtskohorten, wobei „Ausreißer“ aus früheren bzw. späteren Geburtskohorten außen vor blieben. Für die getroffene Auswahl an Hochschullehrern wurden die Merkmale zusammengefasst, die im Vergleich zu den Personen der restlichen Berufungskohorten wesentliche Abweichungen aufwiesen. Dadurch konnte ein Bogen über den gesamten Betrachtungszeitraum gespannt und wiederkehrende sowie divergente Phänomene herausgearbeitet werden.

Abbildung 34 zeigt, welchen Geburtsjahrzehnten die zwischen 1945 und 1990 neu berufenen Hochschullehrer an der HU entstammten. Deutlich zu erkennen ist, dass sich die Vertreter bestimmter Geburtskohorten in entsprechenden Berufungskohorten ballen.

¹ Laitko, Wissenschaftler im Berlin der frühen Nachkriegszeit, 376.

Berufungskohorte	Häufigste Geburtskohorte
1945–1950	1881–1910
1951–1960	1901–1930
1961–1970	1921–1940
1971–1980	1921–1950
1981–1990	1931–1960

Abb. 34: Die häufigsten Geburtskohorten der HU-Hochschullehrer, N=1.421

Die Hochschullehrer, die zwischen 1945 und 1950 an die HU berufen wurden, gehörten zum Großteil den Geburtskohorten zwischen 1881 und 1910 an und waren damit zum Berufungszeitpunkt durchschnittlich 50 Jahre alt. Sie erlebten daher unmittelbar die Zeit des Ersten Weltkriegs mit all ihren Begleiterscheinungen wie Kriegseuphorie und -propaganda, Hungerjahre, Zusammenbruch und Kapitulation sowie die Transformation des deutschen Kaiserreichs in eine parlamentarische Demokratie. Im Gegensatz zu den folgenden Geburtskohorten lernten sie daher auch eine auf politische Pluralität setzende Kultur kennen, nicht nur totalitäre Systeme. In der Vorstellung der sozialistischen Machthaber der SBZ/DDR galten sie gleichwohl als Teile des Bürgertums, standen für „reaktionäres Gedankengut“ und wurden als tragende Säulen einer ungerechten kapitalistisch-imperialistischen Welt geschmäht.

Insbesondere die Wissenschaftler, die zwischen 1920 und 1931 geboren wurden, waren in der Zwischenkriegszeit, gemeinsam mit den vor 1920 Geborenen, Zeugen bürgerkriegsähnlicher Zustände auf den Straßen der Weimarer Republik, der Weltwirtschaftskrise, des Kampfs der politischen Ideen sowie des Versagens der jungen Demokratie.² Auch wenn der Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus eine Erfahrung der vor etwa 1925 Geborenen war, wird er maßgeblich die Jahrgänge ab 1915 geprägt haben, die wichtige Phasen ihrer Sozialisation – also auch die wissenschaftliche Ausbildung – unter nationalsozialistischem Einfluss verbrachten.³ Die zwischen 1945 und 1960 Berufenen durchlebten, teilweise als Kinder, den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg sowie sein Ende – mitunter in Kriegsgefangenschaft. Einige Hochschullehrer dieser ersten beiden Berufungskohorten wurden bereits vor dem Krieg interniert oder mussten ins Exil fliehen und nahmen den Krieg aus einem größeren räumlichen Abstand wahr.⁴

Die Hochschullehrer der Geburtsjahre dieser Berufungskohorten waren es dennoch, die in der frühen Nachkriegszeit entweder ihre Tätigkeiten an den Universitäten fortsetzen, auf die alten Lehrstühle zurückkehren konnten oder aber mithilfe alter Netzwerke erstmalig berufen wurden.⁵ Da es kurz nach 1945 kaum Akademiker gab, die über den von SMAD bzw. SED

² Dirk Blasius, *Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933*, Göttingen 2005.

³ Peter Longenrich, *Die braunen Bataillone. Geschichte der SA*, Augsburg 1999.

⁴ Vogt, *Die Berliner Humboldt-Universität*, 4ff.

⁵ Ebd., 6f.

gewünschten sozialen und politischen Hintergrund verfügten, nahmen größtenteils die Nachkommen von Universitätsangehörigen, Angestellten, Lehrern und vereinzelt Facharbeitern bzw. Händlern sowie Handwerkern bzw. Gewerbebetreibenden die freien Stellen an der HU ein (vgl. Abb. 13). Unter den bis 1950 berufenen Dozenten und Professoren waren dagegen kaum Angehörige aus Arbeiter- und Bauernhaushalten – die eigentliche künftige sozialistische Elite – zu finden. Der Personalmangel verhinderte, dass die Idee der kommunistischen Partei, eine neu strukturierte Gesellschaft aufzubauen, sofort umgesetzt werden konnte.

Am häufigsten entstammten die Hochschullehrer dieser ersten Kohorte Facharbeiterfamilien und der unteren Dienstklasse, gefolgt von Nachkommen aus Handwerks-, Lehrer- und kirchlichen Familien sowie der oberen Dienstklasse. Bauern- und Arbeiterkinder waren stark unterrepräsentiert. Obwohl bereits ab 1946 die Vorstudienanstalten Arbeiter- und Bauernkindern einen Hochschulzugang ermöglichen sollten, konnten für diese Hochschullehrerkohorte noch keine Hinweise auf einen Erfolg der sozialistischen Hochschulpolitik verzeichnet werden.

Zwischen 1945 und 1950 wurde der Großteil der Hochschullehrer auf Professuren berufen (vgl. Abb. 4). Weil sich nicht wenige jedoch entschieden, in die westlichen Zonen oder die Bundesrepublik zu gehen, mussten einige Lehrstühle häufiger neu besetzt werden.⁶ Dabei fiel die Bewertung der Abwanderungen vonseiten der SED durchaus unterschiedlich aus, je nachdem, welchem Fach die Akademiker verlorengingen. Anton Ackermann (1905–1973), damals Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Leiter des Instituts für wissenschaftliche Forschung, äußerte sich über den Weggang von Geisteswissenschaftler im Mai 1949 etwa folgendermaßen: „Einem Teil quittieren wir das nur mit einem Lächeln; denn wenn ein reaktionärer Philosoph oder Historiker die Ostzone verlässt, so kann uns das nur freuen.“⁷ Aber eben nur einem Teil. Anders verhielt es sich, wenn Physiker, Mathematiker oder Techniker der SBZ und später der DDR den Rücken kehrten. Denn für den Aufbau des Landes und die Ausbildung von Fachkräften war man dringend auf sie angewiesen und kurzfristiger Ersatz war nur schwer zu finden. Gerade in den ersten Jahren nach dem Krieg und nach der Gründung der DDR wurden viele Gast- oder Wahrnehmungsprofessoren an die HU berufen. Diese Stellen waren schlechter dotiert und ihren Inhabern fehlten mitunter die eigentlich nötigen Qualifikationen. Sie waren vor allem mit Lehraufgaben betraut, die in späteren Berufungskohorten Dozenten übernahmen. Unter den Gesellschaftswissenschaftlern dieser Geburtsjahre gab es dementsprechend viele Professoren, die ohne Habilitation berufen wurden. In den Agrar-

⁶ Im Datensatz sind nachweislich 37 Hochschullehrer der Berufungskohorten bis 1970 in die Bundesrepublik oder in Länder wie die Vereinigten Staaten abgewandert. Dabei muss es sich nicht immer um eine Entscheidung gegen die SBZ/DDR gehandelt haben. Es kann sich durchaus auch um „normale“ Mobilität aus wissenschaftlichen Beweggründen gehandelt haben.

⁷ Zit. nach Connelly, Humboldt im Staatsdienst, 95.

und Naturwissenschaften hatten die Hochschullehrer hingegen im Durchschnitt schon den höheren Qualifizierungsschritt absolviert.

Der Großteil der Hochschullehrer, der zwischen 1945 und 1950 berufen wurden, erhielt sofort eine Professur. Auch wenn es sich dabei teilweise nur um Honorarprofessuren handelte, zeigt sich, dass nach dem Krieg viele leitende Funktionen an der HU neu besetzt werden mussten. Die Neuberufenen waren teilweise formal unterqualifiziert. Die Notwendigkeit, an den Universitäten möglichst schnell wieder Studierende auszubilden, hatte zur Folge, dass weder sonderlich viel Wert auf formale Qualifikationen noch auf die der SED eigentlich wichtige politische Zuverlässigkeit gelegt wurde.

Der Frauenanteil lag in dieser Nachkriegskohorte bei rund 5 Prozent – die geringste Quote in der Geschichte der SBZ/DDR. Auch fanden sich nur etwa 16 Prozent SED-Mitglieder, einige von ihnen waren aber bereits in der KPD oder SPD gewesen. Die Angehörigen dieser Kohorte erfuhren wichtige Prägungen im Nationalsozialismus und im Zweiten Weltkrieg, durch Mitgliedschaften in Organisationen des Nationalsozialismus, Dienst in der Wehrmacht oder Kriegsgefangenschaft. Einige hatten im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Für manche Akademiker endeten die politischen Auseinandersetzungen nach 1945 nicht, denn sie wurden (oftmals trotz SED-Mitgliedschaft) entlassen oder mit Parteitügen sanktioniert, weil sie nicht bereit waren, sich der politischen Neuausrichtung unterzuordnen. Dennoch war der Bedarf an fähigen Mitarbeitern so hoch, dass auch ohne stringente Berufsbiografien Berufungen erfolgten.

Die zwischen 1951 und 1960 berufenen Hochschullehrer entstammten den Geburtskohorten der Jahre 1901 bis 1930 und waren damit zum Berufszeitpunkt meist etwas älter als 40 Jahre und so durchschnittlich jünger als die Vertreter der vorherigen Kohorte.

Für alle vor 1931 Geborenen war der Nationalsozialismus von entscheidender Bedeutung, da das eigene Handeln zwischen 1933 und 1945 die weitere Biografie prägte: Die Mitverantwortung an der Herrschaft und den Verbrechen der Nazis hatte mitunter Auswirkungen auf die berufliche Zukunft. Auch wenn die Entnazifizierung in der SBZ nicht in der umfassenden Weise umgesetzt wurde, wie die einen hofften und die anderen befürchteten, bildete sie einen wirkmächtigen Gründungsmythos der DDR.⁸ Was die meisten der bis 1970 berufenen Hochschullehrer außerdem einte, waren die Erfahrungen in den Wirren der Nachkriegszeit bis zur Gründung der zwei deutschen Staaten. Zumindest in Ostdeutschland brachte dies einen Paradigmenwechsel mit sich. Erst die Geburtskohorte von 1931 bis 1940 gilt als vom Nationalsozialismus unbelastet, das heißt, ihre Motivationen, sich am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu beteiligen, konnten anders gelagert sein als die Motive ihrer Vorgänger. Sie musste

⁸ Gieseke, Machtfaktor – Utopie – Hypothek, 86–113.

sich allerdings nicht unbedingt mit den Vorstellungen der SED decken. Es konnte den Wissenschaftlern auch nur um die Teilhabe am sozialen Aufstieg gehen.⁹

Die soziale Zusammensetzung dieser Berufungskohorte hatte sich im Gegensatz zur vorherigen verändert. Unter den Dozenten und Professoren befanden sich nun rund 16 Prozent Arbeiterkinder und 6 Prozent Bauernkinder. Auch die Hochschullehrer aus Facharbeiterfamilien machten in dieser Kohorte einen größeren Anteil aus. Dagegen waren die Neuberufungen von Angehörigen der oberen und unteren Dienstklassen rückläufig. Einige Vertreter vormals nichtprivilegierter Gruppen holten ihren Abschluss an den ABF nach und studierten anschließend an der HU.

Auch wenn diese Kohorte am stärksten durch Kinder von Facharbeitern sowie der unteren Dienstklasse geprägt war, nahm der Anteil von Arbeiterkindern langsam zu (sie waren ähnlich stark vertreten wie Lehrerkinder und hatten die Nachkommen von Handwerkern/Gewerbetreibenden bereits überholt). Ob dies ausschließlich den Fördermaßnahmen der SED zu verdanken ist, bleibt fraglich, denn die Quote der Bauernkinder war im Vergleich zur vorherigen Kohorte sogar zurückgegangen.

In dieser Berufungskohorte wird bereits ein Trend deutlich, der später Bestand haben sollte. Die vom vermeintlichen Arbeiter- und Bauernstaat vorrangig geförderten Gruppen benötigten deutlich länger für die notwendigen wissenschaftlichen Qualifikationen, wurden aber im Gegenzug früher berufen. Die soziale Herkunft spielte also durchaus eine entscheidende Rolle in den Berufungsverfahren. Allerdings kamen viele der sozialen Aufsteiger über eine Stelle als Dozent nicht hinaus. Die längeren Qualifizierungsphasen zeigen, dass trotz der Fördermaßnahmen vonseiten der SED das fehlende kulturelle Kapital der Abkömmlinge aus Arbeiter- und Bauernfamilien nicht ohne Weiteres kompensiert werden konnte. Wissenschaftler aus Facharbeiterfamilien oder der unteren Dienstklasse hatten weit größere Chancen auf eine Professur. Das galt auch für Bauernkinder, die ebenfalls von Maßnahmen wie den ABF profitieren sollten, aber nur selten unter den Hochschullehrern anzutreffen waren. Im Gegensatz zu den Arbeiterkindern bekamen sie allerdings häufiger eine Professur. Hier spielten auch fachspezifische Gründe eine Rolle, denn beide sozialen Gruppen sind häufig in unterschiedlichen Fachrichtungen anzutreffen. Die Hochschullehrer mit einem bäuerlichen Hintergrund lehrten meist in den Agrarwissenschaften, die Nachkommen aus einem proletarischen Umfeld hingegen in den Gesellschaftswissenschaften, also jener Fachrichtung, die sich strukturell und politisch am stärksten an die sozialistische Staats- und Wirtschaftsform anpassen musste.

Die Chancen auf eine reguläre Professur waren für diese Kohorte immer noch sehr hoch, auch wenn sie mitunter erst in einem zweiten oder dritten Berufungsschritt erreicht wurde. Der

⁹ Bernd Lindner, Die Generation der Unberatenen. Zur Generationsfolge in der DDR und ihren strukturellen Konsequenzen für die Nachwendezeit, in: Schüle/Ahbe/Gries (Hgg.), Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive, 93–112, hier 96.

Frauenanteil hatte sich im Vergleich zur vorhergehenden Kohorte auf rund 11 Prozent verdoppelt.

Häufiger als die Vertreter der ersten Kohorte wiesen die zwischen 1950 und 1960 Berufenen eine Promotion oder Habilitation auf. Die Qualifizierungsquote hatte sich jeweils mehr als verdoppelt. Zudem waren auch erstmals Absolventen der Vorstudienanstalten und der ABF vertreten – die Fördermaßnahmen des jungen Staates entfalteten offenbar erste Wirkungen. Die Analyse der Orte der wissenschaftlichen Qualifikation hat gezeigt, dass mindestens ein Drittel der später berufenen Hochschullehrer schon an der HU studierte. Dieser Anteil steigt fortan kontinuierlich an und es kam immer häufiger zu Hausberufungen.

Für die dritte Berufungskohorte (1961–1970) ist auffällig, dass der Großteil der Akademiker zwischen 1921 und 1940 geboren wurde. Zum Zeitpunkt der ersten Berufung an die HU waren sie knapp 40 Jahre alt und damit wiederum etwas jünger als die Hochschullehrer der vorherigen Kohorte.

Viele Phänomene, die sich bereits in den 1950er Jahren zeigten, hatten auch für die zwischen 1961 und 1970 Berufenen Bestand. Die Angehörigen dieser Kohorte werden heute in der historischen Forschung als die sogenannte Aufbaugeneration¹⁰ oder auch als „erste FDJ-Generation“ bezeichnet.¹¹ Sie waren es, die als Jugendliche oder junge Erwachsene den Neubeginn nach dem Krieg bewusst miterlebten und eventuell an der Errichtung der SBZ bzw. der Gründung der DDR aktiv mitwirkten.

Der Anteil der Arbeiterkinder unter den Hochschullehrern an der HU blieb in der dritten Berufungskohorte konstant. Weiterhin waren sie meist in den Fächern der Gesellschaftswissenschaften zu finden. Ähnliches gilt für die Agrarwissenschaftler, die immer noch häufig einen bäuerlichen Familienhintergrund aufwiesen. In den 1960er Jahren erlangte eine weitere Personengruppe verstärkt Zugang zu den Berufspositionen, nämlich Frauen. Auch ihnen kam seitens der SED eine spezielle Förderung zu und angesichts der steigenden Anteile unter den Berufenen schien diese auch zu fruchten (vgl. Kapitel 5).

Insgesamt blieb die Verteilung der Neuberufungen in den Fachrichtungen über alle Berufungskohorten hinweg relativ konstant und nahm insgesamt kontinuierlich zu (vgl. Abb. 6). Die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer verzeichneten die meisten Neuberufungen, dort waren aber auch die meisten Studierenden eingeschrieben. In den agrar- und naturwissenschaftlichen Fächern finden sich im zeitlichen Verlauf im Verhältnis relativ wenige Neuberufungen.

¹⁰ Lindner nennt diese Geburtenjahrgänge die „HJ-Generation“, wobei er den Zeitrahmen enger fasst und mit dem Geburtsjahr 1930 beginnen lässt. Vgl. ebd.

¹¹ Ina Merkel, Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hgg.), Sozialgeschichte der DDR, 359–382, hier 365f.

In allen Fachrichtungen wurden ab den 1960er Jahren weit mehr Dozentenstellen besetzt als Professuren (vgl. Abb. 10). Um der Bildungsexpansion und dem einhergehenden Anstieg der Studierendenzahlen zu begegnen hatten insbesondere Dozenten die Lehre zu bewältigen.¹² Ein Teil der Professuren war seit der ersten Berufungskohorte, spätestens mit der zweiten besetzt und dies blieb teilweise für mehrere Jahrzehnte so.

Für die Agrarwissenschaftler blieb die Aussicht auf eine Berufung vergleichbar mit den beiden ersten Kohorten: Ein Fünftel der vergebenen Stellen entfiel auf diesen Fachbereich. Der Frauenanteil verringerte sich gegenüber der zweiten Berufungskohorte (1951–1960). Dafür waren die Berufungschancen für SED-Mitglieder höher als jemals zuvor: Mehr als jeder zweite Hochschullehrer an der HU war Mitglied der Partei.

Der Großteil der Hochschullehrer wurde im Laufe der akademischen Karriere zum Professor berufen, jedoch nur jeder Fünfte bei der ersten Berufung. Weitaus häufiger erfolgte die Ernennung zum Dozenten und erst in einem späteren Schritt erlangten die Wissenschaftler eine Professur. Fast alle Vertreter dieser Kohorte (1961–1970) waren promoviert, knapp die Hälfte habilitiert. Das Qualifizierungsniveau stieg im Vergleich zu den vorherigen Kohorten also an. Etwa zwei Fünftel der Berufenen hatten nunmehr an der HU studiert und etwa 10 Prozent der Hochschullehrer waren Absolventen einer ABF. Diese Kohorte weist den höchsten Anteil an Arbeiterkindern auf. Dasselbe gilt für die Kinder aus Facharbeiterfamilien, die in dieser Berufungskohorte 25 Prozent aller Berufenen ausmachten. Auch Handwerkerkinder finden sich häufig.

In der vierten Berufungskohorte (1971–1980) wurden die Hochschullehrer größtenteils zwischen 1921 und 1950 geboren. Das Alter der Hochschullehrer lag zum Berufszeitpunkt bei Mitte 40.¹³ In der dritten Berufungskohorte (1961–1970) war dies ähnlich, wenngleich der Schwerpunkt der Geburtsjahre in den 1920er Jahren lag, während er in der vierten Berufungskohorte in den 1930er Jahren zu finden ist. Diese Hochschullehrer erfuhren ihre wissenschaftliche Sozialisation also zumeist schon in der SBZ/DDR und gehörten der sogenannten Aufbaugeneration an, die sowohl den Nationalsozialismus und seine Konsequenz, den 2. Weltkrieg,

¹² Matthias Middell geht davon aus, dass die Erhöhung der Hochschullehrerstellen sich verzögerte und erst nach dem Anstieg der Studierendenzahlen, ab den 1970er Jahren, einsetzte. Quellen des Bundesarchivs belegen, dass ab den 1970er Jahren Professorenstellen in der DDR außerdem in höherem Maße zunahm als Dozentenstellen. Vgl. Middell, *Weltgeschichtsschreibung*, 978.

¹³ Der Zusammenhang zwischen Geburts- und Berufungskohorte und wie weit sich zeitliche Verschiebungen entwickelten, wird auch beim Blick auf die einzelnen Fächer deutlich. Im Beitrag über die Mathematik im Band 6 der HU-Geschichte werden alle relevanten Wissenschaftler mit biografischen Eckdaten vorgestellt und ihr Schaffen gewürdigt. Dabei ähneln die Angaben zu Geburts- und Berufungsjahren denen der vorliegenden Studie. Vgl. Helmut Koch/Jürg Kramer, *Die Mathematik nach 1945*, in: Tenorth (Hg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden*, Bd. 6, 683–697, hier 691–693.

miterlebt hatte als auch, teilweise gerade deshalb, den sozialistischen Staat im Nachkriegsdeutschland aufbauen wollte oder musste. Diese und auch die folgende Berufungskohorte musste sich weniger mit Schuldfragen beschäftigen, auch wenn sie ein staatlich verordneter Antifaschismus politisch immer begleiten sollte, weil dieser als Gründungsmythos der DDR zumindest offiziell auch zur politischen Sozialisation der Hochschullehrer gehörte.¹⁴

Die Hochschullehrer der Berufungskohorte von 1971 bis 1980 waren fast vollständig promoviert und größtenteils zum Berufszeitpunkt auch habilitiert. Damit setzen sie einen Trend fort, der sich bereits in den vorherigen Berufungskohorten abzeichnete. Er war, wie gezeigt wurde, auch politisch gewollt, da die akademischen Titel weiterhin Bestand hatten und wissenschaftliche Qualität garantieren sollten. Während in der ersten Hälfte der Berufungskohorte häufiger Stellen in den Agrarwissenschaften als in den Naturwissenschaften neu besetzt wurden, kehrte sich das Verhältnis in der zweiten Hälfte um, während in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern relativ kontinuierlich Neuberufungen erfolgten. Diese Kohorte umfasste nochmal mehr Arbeiterkinder, sodass die Förderung dieser Gruppe vonseiten der Hochschulpolitik weiter Früchte trug, während die Berufungszahlen von Bauernkindern seit den 1960er Jahren stagnierten. Obwohl in dieser Kohorte die meisten Hochschullehrer vertreten sind, die an einer ABF ihre Hochschulzugangsberechtigung erlangt hatten, steht der Erfolg dieser Institutionen infrage. Beide Gruppen, Angehörige von Arbeiter- und Bauernfamilien, zeigen einen fachlichen Schwerpunkt. Bei Letzteren liegt er weiterhin in den Agrarwissenschaften und bei den Arbeiterkindern in den Gesellschaftswissenschaften. Das Gros der Angehörigen auch dieser Kohorte entstammte Facharbeiterfamilien, gefolgt von Handwerkerkindern. Abgenommen hatte der Anteil von Arbeiter- und Bauernkindern insgesamt. Kinder von Lehrern und aus der oberen Dienstklasse, die bisher in den Kohorten gleichbleibend vertreten waren, verloren an Bedeutung.

Auch zwischen 1971 und 1980 blieb der Anteil der vormals besonders geförderten Sozialgruppen hoch. Dies lässt aber keinen Rückschluss auf die Leistungsniveaus der Arbeiter- und Bauernkinder zu, weshalb die oftmals vorgebrachte These, dass die Wichtigkeit fachlicher Qualifikation zurückging, mit den vorliegenden Daten nicht bestätigt werden kann. Der geplante, wenn auch nicht realisierte Rückgang der Studentenzahlen hatte keine offensichtlichen Auswirkungen auf die Berufungen zwischen 1971 und 1990. Die Berufungszahlen in den Naturwissenschaften gingen zurück, was der bekannten Auslagerung von Forschungsvorhaben an außeruniversitäre Wissenschaftseinrichtungen geschuldet war.

Zudem ist ein steigender Frauenanteil zu verzeichnen: Rund 15 Prozent der Berufenen waren Frauen. Diese Kohorte war stark durch Gesellschaftswissenschaftler geprägt, die knapp

¹⁴ Merkel, Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR, 365f.

60 Prozent des Lehrpersonals ausmachten. Agrarwissenschaftler und Naturwissenschaftler verteilten sich nahezu gleichmäßig auf die übrigen 40 Prozent. Diese Verteilung blieb laut Datensatz bis zum Ende der DDR relativ konstant. Im ersten Berufungsschritt wurde die Mehrheit zu Dozenten ernannt und in der Regel erst im zweiten auf eine Professur berufen. Der akademische Aufstieg verlief nicht mehr so schnell wie in den vorherigen Berufungskohorten. Die meisten Hochschullehrer waren promoviert und weit über 50 Prozent hatten zum Berufszeitpunkt eine Habilitation bzw. Promotion B vorzuweisen. Der Anteil an ABF-Absolventen war der höchste aller Kohorten. Auch hatten fast 45 Prozent der Hochschullehrer bereits an der HU studiert. Vor allem unter den Berufenen in den Gesellschaftswissenschaften waren SED-Mitglieder anfangs überrepräsentiert, in den Berufungskohorten vier und fünf jedoch waren die Parteimitglieder in allen Fächer proportional verteilt. Unter den Dozenten waren die SED-Mitglieder über den gesamten Zeitverlauf überrepräsentiert; im Fall der Professuren verhält es sich jedoch umgekehrt, in den ersten drei Berufungskohorten war dieses Muster ausgeprägter als in den letzten beiden.

Der Großteil derer, die in den 1980er Jahren Professuren bzw. Dozenturen übernahmen, gehörten zu den Geburtskohorten von 1920 bis 1950, waren zum Berufszeitpunkt knapp 50 Jahre alt und damit wieder deutlich älter als ihre Kollegen in den vorherigen Kohorten. Die meisten Hochschullehrer der fünften Berufungskohorte dürften die politischen Veränderungen rund um den Bau der Berliner Mauer entscheidend geprägt haben, nahmen sie doch zu dieser Zeit ihr Studium auf oder befanden sich auf einer der anschließenden Qualifikationsstufe. Der Mangel an Konsumwaren, Wohnungen und Infrastruktur der Nachkriegszeit sowie die Konstituierungsphase der sozialistischen Welt inklusive atomare (Be)Drohungen durch den Kalten Krieg und Parteisäuberungsverfahren werden dagegen für die wenigsten einen sonderlich prägenden Eindruck hinterlassen haben. Die in den 1940er Jahren geborenen Menschen erlebten die DDR vorrangig als politisch stabile Gesellschaft ohne Überraschungen, mit wenig Spannung sowie mit einer Regierung, die vorhersehbare Entscheidungen traf.¹⁵

Die Angehörigen der letzten Berufungskohorte (1981–1990) waren nochmals häufiger promoviert und habilitiert, das heißt, dass die Qualifizierungspflicht für Berufungen, zumindest an der HU, sich immer stärker ausprägte. In dieser Kohorte wurden öfter als in der vorherigen Kohorte Hochschullehrer in gesellschaftswissenschaftliche Fächer berufen. Obwohl sie bereits über die meisten Stellen verfügten, erlebten diese Fächer nochmals eine Hochphase. Der Anteil der Arbeiterkinder in der letzten Berufungskohorte ging zurück, jedoch wurden die wenigen Arbeiterkinder häufiger als in den vorhergehenden Kohorten auf Professuren berufen. Allge-

¹⁵ Wolle, Die heile Welt der Diktatur.

mein erlangten die Professoren des Samples bereits im auf eine Dozentur folgenden Berufungsschritt ihre Professuren. Verändert hat sich nur das durchschnittliche Alter zum Berufungszeitpunkt. Es erhöhte sich sowohl bei den Berufungen zum Dozenten als auch zum Professor um mehrere Jahre.

Für Angehörige der Gesellschaftswissenschaften aus den Geburtskohorten der 1940er und 1950er Jahre verringerten sich die Aufstiegschancen aufgrund der Konzentration der ostdeutschen Hochschulpolitik auf die sogenannte wissenschaftlich-technische Revolution. Hinzu kam, dass viele Vertreter aus früheren Geburtskohorten die attraktiven und höheren Stellen besetzten.

Auch wenn die Berufungen in den 1980er Jahren wieder zunahmen, kann in Anlehnung an Ralph Jessen und Jens Gieseke von der HU als einer „blockierten“ Universität gesprochen werden. Wer den geburtenstarken Jahrgängen der Nachkriegszeit¹⁶ entstammte, profitierte nicht mehr von den Fördermaßnahmen, die in den 1960er Jahren ausliefen, und konkurrierte ab den 1970er Jahren zudem um die reduzierten Studienplätze. Die knapper werdenden Stellen an den Hochschulen standen nicht mehr den Kindern von Arbeitern und Bauern gleichermaßen offen und es begann eine „soziale Abkopplung und Selbstrekrutierung der systemloyalen Intelligenz“.¹⁷

Es zeigte sich, dass die sozialen Gruppen, die seit der Frühzeit der SBZ/DDR eine staatliche Förderung erfuhren, bis zum Ende der 1970er Jahre einen steigenden Anteil der Hochschullehrerschaft ausmachten. Dieser Anteil variierte in den Fachrichtungen und je nach Berufsposition. Mit dem Ende der administrativen Unterstützung in den 1980er Jahren verringerte sich allerdings die Präsenz der weniger privilegierten Gruppen wieder. Besonders deutlich wird die Blockade an der Häufung von Dozenten, auf denen Hochschulabsolventen mitunter sehr lange Zeit verweilen mussten. Insbesondere in den 1970er Jahren wurden relativ wenige Hochschullehrer berufen, während in den 1980er Jahren die Aufstiegschancen wieder anstiegen. Matthias Middell spricht von einem quantitativen Ausbau des Personals auf etwa 170 Prozent zwischen der 3. Hochschulreform (1968/1969) und der V. Hochschulkonferenz 1980. Die Universitäten profitierten allerdings weitaus weniger als die Ingenieursschulen, die methodisch-diagnostischen Zentren oder die Lehr- und Forschungseinrichtungen von diesem Zuwachs.¹⁸

Frauen hatten im Vergleich zu den zurückliegenden Berufungskohorten in den Jahren 1981–1990 die besten Chancen, berufen zu werden: Sie machten ein Viertel der Neueinstellungen aus. Den prestigeträchtigeren Professorinnentitel erlangten sie gleichwohl seltener als noch

¹⁶ Jessen/Gieseke, Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft, 51.

¹⁷ Middell, Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, 345.

¹⁸ Ebd., 337.

in den 1970er Jahren. Allerdings waren sowohl im ersten als auch in den folgenden Berufungsschritten weitaus weniger Professuren neu besetzt worden als in den Jahrzehnten zuvor. Der Karriereweg war gewissermaßen blockiert, obwohl der Anteil der Hochschullehrer mit Promotion B auf knapp 75 Prozent gestiegen war. Außer in der ersten Berufungskohorte, in der sich unter den Frauen kein SED-Mitglied befand, war die Aufteilung der Parteimitglieder auf die beiden Geschlechter stets proportional zum jeweiligen Anteil an den Berufungen.

Die Zahl der Arbeiterkinder hatte sich noch weiter verringert, sie machten weniger als 4 Prozent der Hochschullehrer an der HU aus. Auch die Anteile von Bauernkindern, der Nachkommen der oberen Dienstklasse sowie von Lehrern lagen bei nur 3 Prozent. Angehörige der unteren Dienstklasse waren mit 5 Prozent vertreten, während die Facharbeiter- und Handwerkerkinder jeweils rund zehn Prozent der Hochschullehrer stellten.

Beitrag zur Forschung

Die vorliegende Arbeit fragte einerseits nach Erfolg oder Misserfolg bei der Umsetzung der hochschulpolitischen Ziele der SED in der SBZ/DDR die Berufungspolitik betreffend, andererseits nach einer sich damit veränderten Sozialstruktur der Hochschullehrer in der DDR. Die Fragen sollten am Beispiel aller Fachrichtungen der Humboldt-Universität zu Berlin von 1945 bis 1990 beantwortet werden.

Was die Umsetzung der SED-Hochschulpolitik betrifft, konnten die obigen empirischen Analysen verschiedene Annahmen der historischen Forschung über die Hochschullehrer in der DDR anhand der Daten zur HU bestätigen. Andere Urteile bedürfen einer erneuten Reflektion oder doch zumindest einer weiteren Differenzierung. So sollten bestimmte Annahmen der bisherigen Forschung in ihrer Dimension oder Intensität korrigiert werden. Der Auswertung war zu entnehmen, dass insbesondere die prestigeträchtigen Professuren ab den 1970er Jahren größtenteils besetzt waren und ein Stau die Karrierewege nachrückender Akademiker an der HU versperrte. Bis in die 1960er Jahre war die Aufstiegsmobilität hoch, seit den 1970er Jahren setzte die Blockade der „Nachrücker“ ein.¹⁹ Das Berufungsalter stieg an, es wurden häufiger Dozenturen und weitaus seltener Professuren vergeben. Im Vergleich zur unmittelbaren Nachkriegszeit und zur Konsolidierungsphase der DDR verlangsamte sich der akademische Aufstieg der HU-Wissenschaftler.²⁰ Zugleich waren immer mehr Hochschullehrer an der HU hoch qualifiziert: Für die 1970er und 1980er Jahren liegen die höchsten Quoten an Promotionen bzw.

¹⁹ Helmut Steiner, Qualifikation, politische Loyalität und soziale Herkunft als zentrale Determinanten für die Erklärung von Rekrutierungsmustern und Karriereverläufen der DDR-Eliten, in: Best/Gebauer (Hgg.), *Dysfunktionale Differenzierung?*, 41–44, hier 42.

²⁰ Best, *Platzierungslogiken und Rekrutierungsregime*, 22.

Habilitationen vor, nachdem in den frühen Berufungskohorten mitunter andere Berufungskriterien eine größere Rolle gespielt hatten. Doch diese Ersetzung traditioneller Qualifikationsmerkmale ließ sich offenbar nicht auf Dauer durchsetzen.

Obwohl die SED die Förderung der namensgebenden Schichten des Arbeiter- und Bauernstaates anstrebte, hielten sich die Erfolge an der HU in Grenzen: Zwar zeigen sich in den ersten Nachkriegsjahren positive Entwicklungen bei der Inklusion von Akademikern aus Arbeiterfamilien, doch schon in den 1970er Jahren stoppt dieser Trend. Letztendlich kann keineswegs davon gesprochen werden, dass jene Schichten, die in den Augen der SED eine gleichsam natürliche Loyalität zum Sozialismus mitbrachten, erfolgreich an der HU Fuß fassen konnten. Aber auch eine in Teilen der historischen Forschung behauptete Reproduktion der Intelligenz kann für die HU nicht konstatiert werden. Anders als in einigen Forschungsarbeiten behauptet, waren die instrumentell motivierten und erst ab den 1960er Jahren angestrebten Geschlechtergleichstellungsbemühungen der SED (zumindest an der HU) kaum erfolgreich. Erst in den 1980er Jahren besetzten die Hochschullehrerinnen hier ein Viertel der Stellen – in den Jahren zuvor war der Frauenanteil weit geringer. Wenn sich Fortschritte zeigten, dann vor allem im Bereich der weniger prestigeträchtigen Dozenturen. Wenig überraschend hingegen waren die Ergebnisse zum Anteil der SED-Mitglieder unter den Hochschullehrern der HU: Die Zahlen stiegen über alle Berufungskohorten hinweg kontinuierlich an. In formeller Hinsicht gelang es der SED also, loyale Akademiker an der HU zu platzieren, doch ob die Mitgliedschaft in der SED tatsächlich als zuverlässiges Zeichen politischen Einverständnisses gegenüber der Partei und der DDR insgesamt gelten kann, konnte anhand der ausgewerteten Daten nicht eruiert werden. Die Analyse der Mobilität der Hochschullehrer der HU konnte zeigen, dass es sich zunehmend um Hausberufungen handelte, weil viele der Professoren und Dozenten bereits an der HU studiert und sich weiterqualifiziert hatten.

Die grundlegenden Prämissen und Ziele der SED bezüglich der sozialen Zusammensetzung der Hochschullehrerschaft konnten sich also an der HU in moderater Weise durchsetzen. So wurden mehr Arbeiter- und Bauernkinder oder auch Frauen berufen. Dennoch stießen die Umsetzungen der politischen Vorstellungen an Grenzen, sodass beide Gruppen oftmals nicht die höchsten wissenschaftlichen Stellungen erlangten und Frauen erst im letzten Jahrzehnt der DDR häufiger berufen wurden. Inwieweit es sich um eine Spezifik der Humboldt-Universität oder um eine Spezifik der DDR handelte, kann die Arbeit nicht erschöpfend klären.

Trotz der breit angelegten Studie, die nahezu alle Fachbereiche²¹ in die Auswertung aufnahm, sich auf die Jahre 1945 bis 1990 erstreckte und eine Vielzahl sozialer und demografischer Merkmale der Hochschullehrerschaft einbezog, blieben Fragen unbeantwortet und The-

²¹ Mit Ausnahme der Medizin (vgl. Einleitung).

men unbehandelt. Die Fokussierung auf die statistische Analyse des außergewöhnlichen Datensatzes erlaubte es nur minimal, qualitative Informationen und anderweitige Quellen wie (Auto-)Biografien, Interviews mit ehemaligen Hochschullehrern der HU einzubeziehen. Dennoch wäre eine weitere Verfolgung der Fragestellung mit Konzentration auf die Lebensläufe einzelner Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sinnvoll, um gezielt Fragen nach dem Selbstverständnis der Akademiker angesichts der widerspruchsvollen Umsetzung einer realsozialistischen Hochschulpolitik beantworten zu können.

Ausblick

Abschließend sei auf drei Themen hingewiesen, die die Forschung bereichern würden, aber in dieser Arbeit keinen Platz fanden.

Ein systematischer Vergleich der Humboldt-Universität mit (mindestens) einer anderen Hochschule oder Universität der DDR könnte die vorliegenden Ergebnisse zusätzlich validieren. So ließen sich einige Aussage dahingehend spezifizieren, ob es sich womöglich um Besonderheiten der Hauptstadthochschule handelte. Gleichzeitig kann auch nur schwer auf die DDR-Berufungspolitik an sich oder auf eine andere Hochschule geschlossen werden. Die Voraussetzung hierfür wäre freilich das Vorliegen ähnlich umfassender Datensätze zur Berufsstruktur für weitere Hochschulen.

Eine offene Frage ist, wie sich die DDR-Berufungspolitik angesichts der sich wandelnden Sozialstruktur der Hochschullehrer im internationalen Kontext verorten lässt. Denn die umfangreichen gesellschaftlichen Transformationen im Anschluss an den 2. Weltkrieg, die bisweilen als Entwicklung zur Spätmoderne bezeichnet werden, waren selbstverständlich nicht auf die DDR, und auch nicht auf die sozialistischen Staaten beschränkt. Daher stellen sich Fragen wie: Lassen sich die Maßnahmen und Vorgaben der hochschulpolitischen Akteure blockübergreifend, als internationale Tendenz beobachten? Waren ähnliche Dynamiken der Wissenschaftspolitik auch in anderen Ländern zu finden? Ziel wäre es nachzuzeichnen, inwieweit analoge wissenschaftspolitische Entscheidungen unabhängig von politischen Systemen oder nationalen Grenzen und Traditionen in Europa und darüber hinaus verfolgt wurden. Die Historikerin Stefanie Middendorf forderte für die Wissenschaftsgeschichte einen vergleichenden und transnationalen Zugang. Ausgangspunkte könnten weiterhin die „nationalen ‚Wissensordnungen‘“ sein, jedoch ohne diese als „gegeneinander abgeschlossene Einheiten zu verstehen“. Middendorf versteht die nationale Wissenschaftslandschaft als „ein Erfahrungs- und Deutungskontext [...], der in einem komplexen Zusammenspiel mit internationalen Transfers und europäischen Verbindungen

sowohl die spezifische Entstehung als auch die jeweilige Wirkung wissenschaftlicher Perspektiven formte“.²²

Eine stärkere Einbettung in den internationalen Kontext könnte klären, ob die Veränderungen der Sozialstruktur der Hochschullehrer ein Alleinstellungsmerkmal der akademischen Landschaft der DDR waren. Einige der aufgezeigten Entwicklungen dürften sich sowohl in den sozialistischen „Bruderländern“ als auch in europäischen Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs wiederfinden. Schließlich schrieb sich die DDR sowohl in eine gemeinsame deutsche – was etwa ein hohes Maß an Hochschulautonomie bedeutete – als auch in eine geteilte europäische Wissenschaftstradition ein.

Um die Lebens- und Arbeitswelt der Hochschullehrer genauer verstehen und darstellen zu können, wäre zudem die Auswertung lebensgeschichtlicher Quellen wünschenswert. Dokumente wie Interviews, (Auto-)Biografien, aber auch Schriften aus dem wissenschaftlichen Werk der Akademiker (nicht zuletzt, wenn sie auf eventuelle weltanschauliche Unterströme hin befragt würden) könnten davor bewahren, gerade angesichts der Konzentration auf quantitative Daten die Hochschullehrer als homogene Gruppe zu zeichnen. Die individuellen Lebenswege weisen auf stark abweichende Erfahrungshorizonte hin, die eine entsprechend differenzierte Bewertung verlangen. Für die vorliegende Arbeit wurden vier Hochschullehrer interviewt. Die Ergebnisse der mit narrativen Interviews im Anschluss an Fritz Schütz²³ erhobenen Informationen konnten aus arbeitsökonomischen Gründen nicht in größerem Umfang in die Arbeit eingehen.

Das den Datensatz ergänzende Material könnte Einblicke in den Lebens- und Arbeitsalltag der untersuchten Gruppe gewähren. Ergänzend zu den quantitativen Informationen würde nachvollziehbar, inwieweit die Hochschullehrer Veränderungen im politischen, gesellschaftlichen wie beruflichen Umfeld wahrnahmen und bewerteten. Diese subjektiven Erinnerungen wären in der Lage, ein Stimmungsbild der Zeit, der Institution Humboldt-Universität und der Tätigkeitsbereiche zu zeichnen. Zeitzeugenberichte stellen

²² Am Beispiel Deutschlands und Frankreich um 1900 arbeitet Stefanie Middendorf die Verbindung, aber auch die institutionellen Unterschiede beider Wissenschaftssysteme heraus, ohne die ähnlichen gesellschaftlichen Entwicklungstrends in ihrer spezifischen Intensität und Geschwindigkeit aus dem Blick zu verlieren. Vgl. Stefanie Middendorf, Massenwissenschaften in Frankreich und Deutschland um 1900, in: Hübinger (Hg.), Europäische Wissenschaftskulturen, 51–78, hier 52f. Ähnlich argumentieren auch die Herausgeber und Herausgeberinnen des Themenschwerpunkts im Jahrbuch für Universitätsgeschichte 18 (2015), der passenderweise den Titel „Transnationale Universitätsgeschichte“ trägt. Ähnlich auch Matthias Middell, Weltgeschichte^{DDR}. Die DDR in globalgeschichtlicher Perspektive, in: Ulrich Mähler (Hg.), Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016, 149–156.

²³ Vgl. Ivonne Küsters, Narrative Interviews. Grundlagen und Anwendungen, Wiesbaden 2009; Arnd-Michael Nohl, Interview und dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis, Wiesbaden 2012.

gleichwohl immer nur eine individuelle (und damit möglicherweise subjektiv verzerrte) Sichtweise auf die Realität dar, verändern sich zusätzlich oftmals im Laufe des Lebens einer Person, da neue Informationen oder die Perspektiven anderer Akteure die eigenen Wahrnehmungen beeinflussen.²⁴ Dementsprechend müsste das Material kritisch reflektiert und im Abgleich mit flankierenden Informationen historisch eingeordnet werden.

²⁴ Vgl. etwa Harald Welzer, Das soziale Gedächtnis, in: ders. (Hg.), Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburg 2001, 9–21.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Primärquellen

Kopien aus Berufsakten von Hochschullehrern der Humboldt Universität Berlin (Auftr. Nr. 1827) (CD)

Auftrag an den Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen aus einem Ministerratsbeschluss zum Bericht über die Ergebnisse der IV. Hochschulkonferenz 1967 vom 5. April 1967 (ohne Signatur, Bestand Bundesarchiv)

Gedruckte Quellen

Behrend, Hanna: *Die Überleberin. Jahrzehnte in Atlantis*, Wien 2008.

Böhme, Waltraud (Hg.): *Kleines politisches Wörterbuch*, Berlin 1973.

Henschel, Ursula: Gleichberechtigung der Frau auch in der Wissenschaft, in: *Das Hochschulwesen* 8 (1960) 3, 124–126.

Hofmann, Michael: Der Flug des Vogels. Der Aufstieg des Bürgertums im Osten Deutschlands, in: *Der Freitag*, 4. Oktober 1996, Nr. 14, 15.

Erika Ising, Ein bewegtes Leben, in: Szepansky, Gerda: *Die stille Emanzipation. Frauen in der DDR*, Frankfurt a.M. 1995, 153–185.

Kantorowicz, Alfred: *Deutsches Tagebuch. Zweiter Teil*, Berlin 1979.

Kulturbund der DDR (Hg.): *Aufgaben der Hochschulentwicklung in der DDR und ihre geistigen Probleme. Tagung d. Präsidialrates d. Kulturbundes d. DDR vom 25. Jan. 1980*, Berlin 1980.

Müller-Enbergs, Helmut/Wielgoß, Jan/Hoffmann, Dieter (Hgg.), *Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon*, Bonn 2000.

Nickel, Hildegard Maria: Biographische Notiz, in: Ulrike Vogel (Hg.), *Wege in die Soziologie und die Frauen- und Geschlechterforschung. Autobiographische Notizen der ersten Generation von Professorinnen*, Wiesbaden 2006, 261–273.

Ohne Autorin: Die Frauen – der Frieden und der Sozialismus. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees vom 16.12.1961, in: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hg.), *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. 8*, Berlin 1962, 504–509

- Schulze, Heinz A. F.: Jeder Lehrinhalt ist geeignet, kommunistische Erziehung zu praktizieren, in: *Humboldt-Universität* (Beilage „Charité“), Nr. 6, 13. Mai 1982, 1.
- Sönnichsen, Niels: Zur Verantwortung der Hochschullehrer für die kommunistische Erziehung, in: *Humboldt-Universität*, Nr. 6., 13. Mai 1982, 3.
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Kreisparteiorganisation der Humboldt-Universität Berlin (Hg.): *Humboldt-Universität. Organ der SED-Kreisleitung*, Berlin: 1957–1990 (inklusive der Beilage „Charité“).
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.): *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin, 1955–1990.
- Staatliche Zentral-Verwaltung für Statistik, Bezirksstelle Groß-Berlin (Hg.): *Statistisches Jahrbuch der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin*, Berlin, 1961–1983.
- Statistisches Amt der DDR (Hg.): *Statistisches Jahrbuch der DDR*. Staatsverlag der DDR, Berlin 1989.
- Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hg.): *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats*, Bd. 8, Berlin 1962.
- Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – Arbeitsgruppe Frauen (Hg.): *Die Frau – der Frieden und der Sozialismus. Konferenz des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Berlin am 5. und 6. Januar 1962*, Berlin 1962.

Sekundärliteratur

- Allen, Ann Taylor: Der lange Weg der Gleichstellung – Frauen im deutschen und amerikanischen Hochschulwesen, in: Mitchell G. Ash (Hg.), *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*, Wien 1999, 218–233.
- Alvermann, Dirk/Spieß, Karl-Heinz (Hgg.): *Universität und Gesellschaft. Festschrift zur 550-Jahrfeier der Universität Greifswald 1456–2006*, 2 Bde., Rostock 2006.
- Ash, Mitchell G.: Konstruierte Kontinuitäten und Neuanfänge nach 1945, in: Michael Grüttner et al. (Hgg.): *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010, 215–246.
- Backhaus, Klaus et al. (Hgg.): *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*, Berlin 2016.
- Bartz, Olaf: *Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinie der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007*, Stuttgart 2007.

- Baske, Siegfried: Das Hochschulwesen, in: Christoph Führ/Carl Ludwig Furck (Hgg.), *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 6: 1945 bis zur Gegenwart, Zweiter Teilband: Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer*, München 1998, 202–228.
- Bauer, Babett: *Kontrolle und Repression. Individuelle Erfahrungen in der DDR (1971–1989). Historische Studien und methodologischer Beitrag zur Oral History*, Göttingen 2006.
- Bauernkämper, Arnd: *Sozialgeschichte der DDR*, München 2005.
- Becker, Klaus-Peter/Große, Klaus-Dietrich: *Sechzig Jahre Pädagogik für Behinderte an der Humboldt-Universität zu Berlin 1947–2007. Ein geschichtlicher Abriss*, Münster 2007.
- Belwe, Katharina: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der DDR, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hgg.), *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz*, Düsseldorf 1989, 125–143.
- Bessert-Nettelbeck, Joachim: Zur Berufung von Hochschullehrern in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, Diss., Freie Universität Berlin, 1982.
- Best, Heinrich/Hornbostel, Stefan/Gebauer, Roland: Einführung, in: Heinrich Best/Roland Gebauer (Hgg.), *(Dys)funktionale Differenzierung? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe der DDR-Funktionseleiten* (Sonderforschungsbereich 580, H. 3), Jena 2002, 5–7.
- Best, Heinrich: Platzierungslogiken und Rekrutierungsregime von DDR-Funktionseleiten. Ergebnisse einer Korrespondenzanalyse, in: ders./Roland Gebauer (Hgg.), *(Dys)funktionale Differenzierung? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe der DDR-Funktionseleiten* (Sonderforschungsbereich 580, H. 3), Jena 2002, 21–26.
- Ders.: Wenn Quantität in Qualität umschlägt. Die Prosopographie der DDR-Funktionseleiten als ein Beitrag zur Hermeneutik der realsozialistischen Lebenswelt, in: Michael Bayer/Sören Petermann (Hgg.), *Soziale Struktur und wissenschaftliche Praxis im Wandel*, Wiesbaden 2004, 137–155.
- Blasius, Dirk: *Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933*, Göttingen 2005.
- Bleek, Wilhelm/Mertens, Lothar (Hgg.): *Bibliographie der geheimen DDR-Dissertationen*, 2 Bde., München 1994.
- Bruch, Rüdiger, vom/Kaderas, Brigitte (Hgg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002.
- Budde, Gunilla-Friederike: Paradenfrauen. Akademikerinnen in Ost- und Westdeutschland, in: dies. (Hg.), *Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945*, Göttingen 1997, 183–211.

- Dies.: *Frauen der Intelligenz. Akademikerinnen in der DDR 1945 bis 1975*, Göttingen 2003.
- Dies.: Wettkampf um Gerechtigkeit. Frauenförderung und Arbeiterkinder in den Hochschulreformdebatten in Ost und West, in: Jürgen John/Ralph Jessen (Hgg.), *Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre (Schwerpunkt des Jahrbuchs für Universitätsgeschichte 8 [2005])*, 123–142.
- Bungert, Heike/Lerg, Charlotte (Hgg.): *Transnationale Universitätsgeschichte. Schwerpunkt*, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte 18 (2015)*, 35–247.
- Connelly, John: Humboldt im Staatsdienst. Ostdeutsche Universitäten 1945–1989, in: Mitchell G. Ash (Hg.), *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*, Wien 1999, 80–104.
- Ders.: *Captive University. The Sovietization of East German, Czech, and Polish Higher Education, 1945–1956*, London 2000.
- Ders./Grüttner, Michael (Hgg.): *Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, Paderborn 2003.
- Ernst, Anna-Sabine: „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus.“ *Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961*, Münster 1997.
- Finkenstaedt, Thomas: Die Universitätslehrer, in: Walter Rüegg (Hg.), *Geschichte der Universität in Europa, Bd. 4: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*, München 2010, 153–187.
- Friedrich-Schiller-Universität Jena. Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hg.): *Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995*, Köln 2008.
- Gebauer, Roland/Remy, Dietmar/Salheiser, Axel: Die Nationale Volksarmee (NVA) – eine Arbeiter- und Angestelltenarmee? Empirische Befunde zur Rekrutierung von Offizieren in der DDR, in: *Historical Social Research 32 (2007) 3*, 299–318.
- Gerovitch, Slava: *From Newspeak to Cyberspeak. A History of Soviet Cybernetics*, Cambridge, Mass. 2002.
- Giesecke, Jens: *Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90*, Berlin 2000.
- Ders.: Machtfaktor – Utopie – Hypothek. Die SED und die Sowjetunion, in: ders./Hermann Wentker (Hgg.): *Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme*, Berlin 2011, 86–113.
- Ders./Wentker, Hermann: Die SED – Umriss eines Forschungsfeldes. Zur Einleitung, in: dies. (Hgg.), *Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme*, Berlin 2011, 7–15.

- Girnus, Wolfgang/Meier, Klaus (Hg.): *Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen - Einblicke – Analysen*, Leipzig 2010.
- Gries, Rainer/Ahbe, Thomas: Gesellschaftsgeschichte als Generationsgeschichte. Theoretische und methodologische Überlegungen am Beispiel der DDR, in: Annegret Schüle/Rainer Gries/Thomas Ahbe (Hgg.), *Die DDR aus generationsgeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*, Leipzig 2006, 475–573.
- Grüttner, Michael: *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995.
- Ders.: Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz, in: John Connelly/ders. (Hgg.): *Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, Paderborn 2003, 67–100.
- Haas, Erika: *Arbeiter- und Akademikerkinder an der Universität. Eine geschlechts- und schichtspezifische Analyse*, Frankfurt a.M. 1999.
- Hader, Sonja: Sozialporträt der Pädagogischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg von ihrer Gründung 1946/47 bis zu ihrer Auflösung 1955. Strukturwandel vs. bürgerliche Kontinuität, in: Peter Hübner (Hg.), *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*, Köln 1999, 381–404.
- Hansen, Reimer: Von der Friedrich-Wilhelms- zur Humboldt-Universität zu Berlin, in: Konrad Jarausch/Matthias Middell/Annette Vogt (Hgg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – Die Humboldt-Universität zu Berlin 1945 – 2010*, Berlin 2012, 17–124.
- Hardtwig, Wolfgang/Thomas, Alexander: Forschung und Parteilichkeit. Die Neuzeithistorie an der Berliner Universität nach 1945, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 6: Praxis ihrer Disziplinen. Selbstbehauptung einer Vision*, Berlin 2012, 333–360.
- Havránek, Jan: Die tschechischen Universitäten unter der kommunistischen Diktatur, in: John Connelly/Michael Grüttner (Hgg.), *Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, Paderborn 2003, 157–172.
- Hermann, Ulrich: Was ist eine „Generation“? Methodologische und begriffsgeschichtliche Explorationen zu einem Idealtypus, in: Annegret Schüle/Rainer Gries/Thomas Ahbe (Hgg.), *Die DDR aus generationsgeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*, Leipzig 2006, 23–46.
- Herzberg, Guntolf/Meier, Klaus (Hgg.): *Karriermuster. Wissenschaftlerporträts*, Berlin 1992.

- Herzberg, Guntolf: Philosophie an der Humboldt-Universität 1945–1990, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 6: Praxis ihrer Disziplinen. Selbstbehauptung einer Vision*, Berlin 2012, 139–177.
- Heyden, Ulrich, van der: Die Afrikanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin, in: ders., *Die Afrikawissenschaften in Berlin. Eine akademische Disziplin zwischen Exotik und Exempel. Eine wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung*, Münster 1999, 102–129.
- Hildermeier, Manfred: *Geschichte der Sowjetunion. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998.
- Ders.: *Die Sowjetunion 1917–1991*, München 2001.
- Hoecker, Beate: Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46 (1996) 5, 23–33.
- Hörz, Helga E.: *Der lange Weg der Gleichberechtigung. Die DDR und ihre Frauen*, Berlin 2010.
- Hornbostel, Stefan: Die besten Vertreter der Arbeiterklasse. Kaderpolitik und gesellschaftliche Differenzierungsmuster im Spiegel des zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrats der DDR, in: ders. (Hg.), *Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR*, Opladen 1999, 177–210.
- Hossfeld, Uwe/Neuper, Horst/Mestrup, Heinz (Hgg.): *Hochschule im Sozialismus. Studien zur Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990)*, Köln 2007.
- Hübner, Peter (Hg.): *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*, Köln 1999
- Hübinger, Gangolf: Der marxistische und bildungsbürgerliche Weg in die Sozialdemokratie: Rudolf Hilferding und Gustav Radbruch, in: ders. (Hg.), *Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte*, Göttingen 2006, 200–226.
- Ders. (Hg.): *Europäische Wissenschaftskulturen und politische Ordnungen in der Moderne (1890–1970)*, München 2014.
- Huinink, Johannes/Mayer, Karl Ulrich (Hgg.): *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach*, Berlin 1995.
- Jansen, Christian: Einleitung, in: ders., *Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935*, Göttingen 1992, 11–16.
- Jaraus, Konrad A.: Das Humboldt-Syndrom. Die westdeutschen Universitäten 1945–1989 – Ein akademischer Sonderweg?, in: Mitchell G. Ash (Hg.), *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*, Wien 1999, 58–79.
- Ders.: Universität in Umbrüchen. Nachkrieg – Experiment sozialistische Hochschule – Erneuerung. Zur Einleitung, in: ders./Matthias Middell/Annette Vogt (Hgg.), *Geschichte der*

- Universität unter den Linden, Bd. 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010*, Berlin 2012, 9–16.
- Jessen, Ralph: Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, in: Hartmann Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hgg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, 217–253.
- Ders.: Zur Sozialgeschichte der ostdeutschen Gelehrtenschaft (1945–1970), in: Martin Sabrow/Peter Th. Walther (Hgg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*, Leipzig 1995, 121–143.
- Ders.: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor. Die Neukonstruktion des Hochschullehrerberufs in der SBZ/DDR, 1945–1969, in: Richard Bessel/ders. (Hgg.), *Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996, 76–107.
- Ders.: *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära*, Göttingen 1999.
- Ders.: Zwischen Bildungspathos und Spezialistentum. Werthaltungen und Identitätskonstruktionen der Hochschullehrer in West- und Ostdeutschland nach 1945, in: Peter Hübner (Hg.), *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*, Köln 1999, 361–380.
- Ders.: Zwischen diktatorischer Kontrolle und Kollaboration. Die Universitäten in der SBZ/DDR, in: John Connelly/Michael Grüttner (Hgg.), *Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, Paderborn 2003, 229–265.
- Ders./Gieseke, Jens: Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft, in: Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hgg.), *Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme*, Berlin 2011, 16–60.
- Ders.: Akademie, Universitäten und Wissenschaft als Beruf. Institutionelle Differenzierung und Konflikt im Wissenschaftssystem der DDR 1949–1968, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*, Berlin 2002, 95–116.
- John, Jürgen/Jessen, Ralph (Hgg.): Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Schwerpunkt, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 8 (2005), 7–156.
- Jordan, Carlo: *Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung 1945–1989*, Berlin 2001.

- Kaiser, Tobias: Planungseuphorie und Hochschulreform in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz, in: Michael Grüttner et al. (Hgg.), *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010, 247–260.
- Kaminsky, Anna: *Frauen in der DDR*, Berlin 2016.
- Kelle, Udo/Kluge, Susann: *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*, Wiesbaden 2010.
- Kirschke, Dieter/Noack, Karl-Heinz/Häger, Astrid: Getrennte Wege und Wiedervereinigung. Die universitären Agrarwissenschaften in Berlin seit 1945, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 6: Praxis ihrer Disziplinen. Selbstbehauptung einer Vision*, Berlin 2012, 641–659.
- Kleißmann, Christoph: Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: Hartmann Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hgg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, 254–270.
- Koch, Helmut/Kramer, Jürg: Die Mathematik nach 1945, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 6: Praxis ihrer Disziplinen. Selbstbehauptung einer Vision*, Berlin 2012, 683–697.
- Kocka, Jürgen: Wissenschaft und Politik in der DDR, in: ders./Renate Mayntz (Hgg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin 1998, 435–460.
- Ders. et al. (Hgg.): Universitäten und Eliten im Osten nach 1945. Schwerpunkt, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998) 1, 5–87.
- Ders.: Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, in: *Historical Social Research Supplement*, No. 18, 2006, 47–51.
- Köhler, Helmut/Stock, Manfred: *Bildung nach Plan? Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR 1949 bis 1989*, Opladen 2004.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: *Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 2003.
- Kroll, Frank-Lothar: *Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert*, München 2003.
- Kubitscheck, Hans Dieter: *Das Südostasien-Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zur Geschichte der Südostasienwissenschaften*, Berlin 1996.
- Küstners, Ivonne: *Narrative Interviews. Grundlagen und Anwendungen*, Wiesbaden 2009.
- Laitko, Hubert: Das Reformpaket der sechziger Jahre – wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht-Ära, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hgg.), *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*, Berlin 1997, 35–57.
- Ders.: Wissenschaftler im Berlin der frühen Nachkriegszeit. Bausteine und Fragestellungen zu einem Soziogramm, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hgg.), *Wissenschaften*

- und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002, 373–392.
- Ders.: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis in der DDR – Facetten der fünfziger Jahre, in: Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hgg.), *Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“*, Leipzig 2002, 105–140.
- Ders.: Die Fachrichtung Chemie nach 1945, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 6: Praxis ihrer Disziplinen. Selbstbehauptung einer Vision*, Berlin 2012, 611–640.
- Lammel, Hans-Joachim: *Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten der Universitäten und Hochschulen. Auswahlbibliographie*, Berlin 1989.
- Last, Bärbel/Schaefer, Hans-Dieter: *Die Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen der ehemaligen DDR mit Osteuropa. Kompendium*, Berlin 1992.
- Lengwiler, Martin: Kontinuitäten und Umbrüche in der deutschen Wissenschaftspolitik des 20. Jahrhunderts (1900–1990), in: Dagmar Simon/Andreas Knie/Stefan Hornbostel (Hgg.), *Handbuch Wissenschaftspolitik*, Wiesbaden 2010, 13–25.
- Lenhardt, Gero/Stock, Manfred: *Bildung, Bürger, Arbeitskraft. Schulentwicklung und Sozialstruktur in der BRD und DDR*, Frankfurt a.M. 1997.
- Leszczensky, Michael/Filaretow, Bastian: *Hochschulstudium in der DDR. Statistischer Überblick*, Hannover 1990.
- Lindner, Bernd: Die Generation der Unberatenen. Zur Generationsfolge in der DDR und ihren strukturellen Konsequenzen für die Nachwendezeit, in: Annegret Schüle/Thomas Ahbe/Rainer Gries (Hgg.), *Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*, Leipzig 2006, 93–112.
- Longerich, Peter: *Die braunen Bataillone. Geschichte der SA*, Augsburg 1999.
- Lux, Petra/Fischer, Erica: *„Ohne uns ist kein Staat zu machen.“ DDR-Frauen nach der Wende*, Köln 2018.
- Mählert, Ulrich: *Kleine Geschichte der DDR*, München 1998.
- Malycha, Andreas: *Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950*, Berlin 1996.
- Ders.: „Produktivkraft Wissenschaft“ – Eine dokumentierte Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945–1990, in: Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hgg.), *Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“*, Leipzig 2002, 39–104.

- Ders.: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. Ansätze zu einer Gesamtsicht, in: Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hgg.), *Reformzeiten und Wissenschaft*, Leipzig 2005, 181–205.
- Ders./Winters, Peter Jochen: *Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei*, Bonn 2009.
- Ders./Winters, Peter Jochen: *Die SED. Geschichte einer deutschen Partei*, München 2009.
- Maul, Bärbel: *Akademikerinnen in der Nachkriegszeit. Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*, Frankfurt a.M. 2002.
- Maurer, Trude: Einleitung. Ein neuer Weg zur Sozialgeschichte der russischen Universität. Kollektivbiographie der Professoren, in: dies., *Hochschullehrer im Zarenreich. Ein Beitrag zur russischen Sozial- und Bildungsgeschichte*, Köln 1998, 1–24.
- Mayer, Karl Ulrich/Solga, Heike: Mobilität und Legitimität. Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten DDR und der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen? Ralf Dahrendorf zum 65. Geburtstag, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46 (1994) 2, 193–208.
- Meier, Klaus: Auf Kosten der Zukunft – Zur Überalterung der Forschungstechnik und ihrer Folgen, in: Hansgünter Meyer (Hg.), *Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR*, Berlin 1990, 115–124.
- Merkel, Ina: Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR, in: Hartmann Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hgg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, 359–382.
- Mertens, Lothar: *Vernachlässigte Töchter der Alma Mater. Ein sozialhistorischer und bildungssoziologischer Beitrag zur strukturellen Entwicklung des Frauenstudiums in Deutschland seit der Jahrhundertwende*, Berlin 1991.
- Ders./Voigt, Dieter: Soziale Herkunft und Selbstrekrutierung der promovierten Intelligenz in der DDR, in: Stefan Hornbostel (Hg.), *Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR*, Opladen 1999, 163–176.
- Meuschel, Sigrid: *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt a.M. 1992.
- Middell, Matthias: 1968 in der DDR. Das Beispiel der Hochschulreform, in: Étienne François (Hg.), *1968 – ein europäisches Jahr?*, Leipzig 1997, 125–146.
- Ders.: *Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfälschung und Professionalisierung, Bd. 3: Von der vergleichenden Kulturgeschichte zur Revolutionskomparatistik*, Leipzig 2005.

- Ders.: Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, in: Konrad Jarausch/ders./Annette Vogt (Hgg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010*, Berlin 2012, 251–436.
- Ders.: Wie weiblich war die Humboldt-Universität?, in: Konrad Jarausch/Matthias Middell/Annette Vogt (Hgg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – Die Humboldt-Universität zu Berlin 1945 – 2010*, Berlin 2012, 384–394.
- Ders.: Weltgeschichte^{DDR}. Die DDR in globalgeschichtlicher Perspektive, in: Ulrich Mählert (Hg.), *Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema*, Berlin 2016, 149–156.
- Middendorf, Stefanie: Massenwissenschaften in Frankreich und Deutschland um 1900, in: Gangolf Hübinger (Hg.), *Europäische Wissenschaftskulturen und politische Ordnungen in der Moderne (1890–1970)*, München 2014, 51–78.
- Miethe, Ingrid: „Keine herrschende Klasse ist je ohne ihre eigene Intelligenz ausgekommen“ (Stalin). Der Beitrag der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) zum Elitenwechsel in der DDR, in: Jutta Ecarius/Lothar Wigger (Hgg.), *Elitebildung – Bildungselite. Erziehungswissenschaftliche Diskussion und Befunde über Bildung und soziale Ungleichheit*, Opladen 2006, 67–93.
- Dies./Schiebel, Martina: *Biografie, Bildung und Institution. Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der DDR*, Frankfurt a.M. 2008.
- Dies.: Systematisieren – Generieren – Generalisieren. Der Beitrag deskriptiver und genetisch-strukturaler Typen zur Theoriebildung, in: Jutta Ecarius/Burkhard Schäffer (Hgg.), *Theoriebildung und Theoriegenerierung. Methoden und Methodologien qualitativer Bildungs- und Biographieforschung*, Opladen 2010, 73–90.
- Möller, Christina: *Herkunft zählt (fast) immer. Soziale Ungleichheit unter Universitätsprofessorinnen und -professoren*, Weinheim 2015.
- Niederhut, Jens: Wissenschaftsaustausch im geteilten Deutschland. Naturwissenschaftler in den deutsch-deutschen Beziehungen der 1960er Jahre, in: Jürgen John/Ralph Jessen (Hgg.), *Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre (Schwerpunkt des Jahrbuchs für Universitätsgeschichte 8 [2005])*, 107–122.
- Niemann, Heinz: *Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED*, Köln 1994.

- Nitz, Bernhard: Zur Geschichte der Geographie an der Humboldt-Universität zu Berlin zwischen 1945 und 1990. Von einem Augenzeugen berichtet und kommentiert, in: ders. (Hg.), *1810–2010: 200 Jahre Geographie in Berlin*, Berlin 2011, 323–356.
- Nohl, Arnd-Michael: *Interview und dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis*, Wiesbaden 2012.
- Opelt, Karin, *DDR-Erwachsenenbildung*, Münster 2005.
- Pötschke, Manuela: Datengewinnung und Datenaufarbeitung, in: Christof Wolf/Henning Best (Hgg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden 2010, 41–64.
- Poutrus, Patrice G.: Vor der Spaltung kam der Klassenkampf. Die Berliner Universität nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Burghard Ciesla/Michael Lempke/Thomas Lindenberger (Hgg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948, 1958*, Berlin 1999, 101–131.
- Prieß, Lutz: Parteimitglieder und Funktionäre, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hgg.), *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch*, Berlin 1997, 144–148.
- Reißig, Rolf: Menschen wollen mit gelebtem Leben ernst genommen werden, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 9. November 1994, <http://www.glasnost.de/pol/reissig.html> (letzter Zugriff: 19.02.2020)
- Rid, Thomas: *Maschinendämmerung. Eine kurze Geschichte der Kybernetik*, Berlin 2016.
- Ritschel, Doris: Soziale Milieus in der ehemaligen DDR. Ein neuer Forschungsansatz, in: Michael Thomas (Hg.), *Abbruch und Aufbruch, Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß*, Berlin 1992, 292–302.
- Rudolph, Hedwig/Husemann, Rudolf: *Hochschulpolitik zwischen Expansion und Restriktion. Ein Vergleich der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik*, Frankfurt a.M. 1984.
- Rüegg, Walter/Sadlak, Jan: Die Hochschulträger, in: Walter Rüegg (Hg.), *Geschichte der Universität in Europa, Bd. 4: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*, München 2010, 79–120.
- Ders.: Themen, Probleme, Erkenntnisse, in: ders. (Hg.), *Geschichte der Universität in Europa, Bd. 4: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*, München 2010, 21–46.
- Ruschhaupt, Ulla: Die Universität nach der II. Hochschulreform 1951, in: Ausstellungsgruppe an der Humboldt-Universität zu Berlin und Zentrum für Interdisziplinäre Frauenforschung (Hg.), *Von der Ausnahme zur Alltäglichkeit. Frauen an der Universität Unter den Linden*, Berlin 2003, 173–196.

- Dies.: Frauenförderung in der Zeit von 1959–1989, in: Ausstellungsgruppe an der Humboldt-Universität zu Berlin und Zentrum für Interdisziplinäre Frauenforschung (Hg.), *Von der Ausnahme zur Alltäglichkeit. Frauen an der Universität Unter den Linden*, Berlin 2003, 215–234.
- Sabrow, Martin: *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969*, München 2001.
- Salheiser, Axel: *Parteitreu, plangemäß, professionell? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Industriekadern*, Wiesbaden 2009.
- Ders.: Das akademische Personal und Leistungspersonal der Friedrich-Schiller-Universität Jena in den achtziger Jahren. Eine soziologische Untersuchung auf Grundlage des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR, in: Uwe Hossfeld/Horst Neuper/Heinz Mestrup (Hgg.), *Hochschule im Sozialismus. Studien zur Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990)*, Köln 2007, 428–444.
- Scheler, Werner: *Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss zur Genese und Transformation der Akademie*, Berlin 2000.
- Schirmer, Dominique: *Empirische Methoden der Sozialforschung*, Paderborn 2009.
- Schirmer, Gregor: Gesellschaftswissenschaften in der DDR. Leitung und Planung durch die SED, in: Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hgg.), *Reformzeiten und Wissenschaft*, Leipzig 2005, 155–172.
- Schmitt, Tassilo/Arnold, Nina/Rüde, Magnus: *Papier Centrum für Hochschulentwicklung. Berufungsverfahren im internationalen Vergleich (Arbeitspapier, Nr. 53)*, Gütersloh 2004.
- Schneider, Michael C.: *Bildung für die neuen Eliten. Die Gründung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR*, Dresden 1998.
- Schramm, Hilde (Hg.): *Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost: Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln*, Berlin 1993.
- Schröder, Rainer/Klopsch, Angela/Kleibert, Kristin (Hgg.): *Die Berliner Juristische Fakultät und ihre Wissenschaftsgeschichte von 1810 bis 2010. Dissertationen, Habilitationen und Lehre*, Berlin 2010.
- Schüle, Annegret/Ahbe, Thomas/Gries, Rainer (Hgg.): *Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*, Leipzig 2006.
- Schütz, Erhard/Peters, Brigitte (Hgg.): *200 Jahre Berliner Universität. 200 Jahre Berliner Germanistik 1810–2010*, Bern 2011.

- Schulz, Jörg: Biologie an der Humboldt-Universität nach 1945. Ihre Entwicklung im Spannungsfeld von Politik und Forschung, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 6: Praxis ihrer Disziplinen. Selbstbehauptung einer Vision*, Berlin 2012, 583–605.
- Ders.: „Sozialistische Wissenschaft“. *Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975)*, Köln 2010.
- Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (Hg.): *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, 5 Bde.*, Leipzig 2009/2010.
- Siebert, Horst: Erwachsenenbildung in der DDR, in: Josef Olbrich (Hg.), *Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland*, Opladen 2001, 271–304.
- Simon, Dagmar/Knie, Andreas/Hornbostel, Stefan (Hgg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*, Wiesbaden 2010.
- Solga, Heike: „Systemloyalität“ als Bedingung sozialer Mobilität im Staatssozialismus, am Beispiel der DDR, in: *Berliner Journal für Soziologie* 4 (1994), 523–542.
- Dies.: *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*, Berlin 2005.
- Spieß, Martin: Der Umgang mit fehlenden Werten, in: Christof Wolf/Henning Best (Hgg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden 2010, 117–142.
- Steiner, Helmut: Qualifikation, politische Loyalität und soziale Herkunft als zentrale Determinanten für die Erklärung von Rekrutierungsmustern und Karriereverläufen der DDR-Eliten, in: Heinrich Best/Roland Gebauer (Hgg.), *(Dys)funktionale Differenzierung? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe der DDR-Funktionseleiten (Sonderforschungsbereich 580, Heft 3)*, Jena 2002, 41–44.
- Szepansky, Gerda: *Die stille Emanzipation. Frauen in der DDR*, Frankfurt a.M. 1995.
- Tenorth, Heinz-Elmar: Selbstbehauptung einer Vision. Zur Einleitung, in: ders. (Hg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 6: Praxis ihrer Disziplinen. Selbstbehauptung einer Vision*, Berlin 2012, 9–46.
- Ders.: *Wilhelm von Humboldt. Bildungspolitik und Universitätsreform*, Paderborn 2018.
- Thiel, Jens: „...dass es jetzt leider noch unmöglich ist, politisch belastete Professoren durch politisch unbelastete Professoren zu ersetzen.“ Akademische Karrieren in der SBZ und frühen DDR zwischen antifaschistischem Postulat und Pragmatismus, in: Udo Schagen/Sabine Schleiermacher (Hgg.), *Wissenschaft macht Politik. Hochschule in den politischen Systembrüchen 1933 und 1945*, Stuttgart 2009, 101–124.

- Vester, Michael/Hofmann, Michael/Zierke, Irene (Hgg.): *Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung*, Köln 1995.
- Vogt, Annette: *Die Berliner Humboldt-Universität von 1945/1946 bis 1960/1961 (Preprint 425, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte)*, Berlin 2012.
- Wagner, Matthias: *Der Forschungsrat der DDR. Im Spannungsfeld von Sachkompetenz und Ideologieanspruch, 1954 – April 1962*, Berlin 1992.
- Wallentin, Stefan: Entbürgerlichung? Eine quantifizierende Untersuchung zur Struktur des Lehrkörpers der Friedrich-Schiller-Universität Jena vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur „Dritten Hochschulreform“ von 1968/69, in: Uwe Hossfeld/Horst Neuper (Hgg.): *Hochschule im Sozialismus. Studien zur Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990)*, Köln 2007, 267–287.
- Walter, Rolf: *Einführung in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Köln 2008.
- Wangerin, Claudia: *Die DDR und ihre Töchter*, Berlin 2010.
- Weber, Hermann: *Die DDR 1945–1990*, München 2006.
- Weins, Cornelia: Uni- und bivariate deskriptive Statistik, in: Christof Wolf/Henning Best (Hgg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden 2010, 65–90.
- Weisbrod, Bernd (Hg.): *Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur in der Nachkriegszeit*, Göttingen 2002.
- Welzer, Harald: Das soziale Gedächtnis, in: ders. (Hg.), *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung*, Hamburg 2001, 9–21.
- Windolf, Paul: *Die Expansion der Universitäten 1870–1985. Ein internationaler Vergleich*, Stuttgart 1990.
- Wittich, Dieter: Erfahrungen an zwei ostdeutschen Nachkriegsuniversitäten: Jena und Berlin, in: Hans Christoph Rauh/Volker Gerhardt (Hgg.): *Anfänge der DDR-Philosophie. Ansprüche, Ohnmacht, Scheitern*, Berlin 2002, 492–505.
- Wolbring, Barbara: *Trümmerfeld der bürgerlichen Welt. Universitäten in den gesellschaftlichen Reformdiskursen der westlichen Besatzungszonen*, Göttingen 2014.
- Wolf, Christof/Best, Henning (Hgg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden 2010.
- Wolle, Stefan: *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Bonn 1999.
- Ders.: *Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971*, Bonn 2011.
- Zachmann, Karin: *Mobilisierung der Frauen. Technik, Geschlecht und Kalter Krieg in der DDR*, Frankfurt a.M./New York 2004.

Zernack, Klaus: Der historische Begriff „Ostdeutschland“ und die deutsche Landesgeschichte,
in: *Nordost-Archiv* 1 (1992) 1, 157–173.

Zimmermann, Hartmut: Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der
SBZ/DDR, in: Hartmann Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hgg.), *Sozialge-
schichte der DDR*, Stuttgart 1994, 322–357.

Verzeichnis der Abbildungen

- Abb. 1 (S. 21): Kategorisierung der sozialen Herkunft nach den Berufen der Väter
- Abb. 2 (S. 24): Verteilung der Hochschullehrer im Datensatz auf die Berufungskohorten
- Abb. 3 (S. 67): Durchschnittsalter in Jahren zum Zeitpunkt der ersten Berufung (1945–1990)
- Abb. 4 (S. 70): Verteilung nach Berufspositionen und -schritten (1945–1970)
- Abb. 5 (S. 72): Verteilung nach Berufspositionen und -schritten (1971–1990)
- Abb. 6 (S. 76): Anzahl der Studierenden nach Fachrichtungen an der HU (1946–1970)
- Abb. 7 (S. 77): Anteil der promovierten Hochschullehrer nach Fachrichtungen
- Abb. 8 (S. 81): Verteilung der Berufungen auf die Fachrichtungen (1945–1970)
- Abb. 9 (S. 83): Verteilung der Berufungen auf die Fachrichtungen (1971–1990)
- Abb. 10 (S. 85): Verteilung der Berufspositionen in den Fachrichtungen (1945–1970)
- Abb. 11 (S. 86): Verteilung der Berufspositionen in den Fachrichtungen (1971–1990)
- Abb. 12 (S. 87): Verteilung der sozialen Herkunft auf die Fachrichtungen (1945–1970)
- Abb. 13 (S. 97): Verteilung der ABF-Absolventen der HU nach sozialer Herkunft (1945–1990)
- Abb. 14 (S. 98): Verteilung der ABF-Absolventen nach Fachrichtungen in Prozent (1951–1990)
- Abb. 15 (S. 99): Anteil der Promotionen nach sozialer Herkunft (1945–1990)
- Abb. 16 (S. 101): Verteilung der Berufungen nach sozialer Herkunft (1945–1990)
- Abb. 17 (S. 105): Verteilung der sozialen Herkunft in den Berufspositionen in Prozent (1945–1990)
- Abb. 18 (S. 122): Verteilung der Berufungen auf Frauen und Männer (1945–1990)
- Abb. 19 (S. 126): Geschlechtliche Verteilung der Berufspositionen (1945–1990)
- Abb. 20 (S. 128): Geschlechterverteilung in den Fachrichtungen (1945–1990)
- Abb. 21 (S. 129): Geschlechterverteilung in den Naturwissenschaften nach Berufspositionen (1945–1990)
- Abb. 22 (S. 132): Soziale Herkunft der Hochschullehrerinnen und -lehrer in Prozent (1945–1990)
- Abb. 23 (S. 147): Verteilung der Berufungen auf die Fachrichtungen und der SED-Mitglieder auf die Fachrichtungen in Prozent (1945–1990)
- Abb. 24 (S. 148): Verteilung der Berufungen auf die Berufspositionen und der SED-Mitglieder auf die Berufsposition in Prozent (1945–1990)
- Abb. 25 (S. 150): Geschlechterverteilung und SED-Mitgliedschaft unter den Neuberufungen in Prozent (1945–1990)

Abb. 26 (S. 151): Verteilung der Berufungen und der SED-Mitgliedschaft nach sozialer Herkunft in Prozent (1945–1990)

Abb. 27 (S. 160): Geburtsorte der HU-Hochschullehrer der Berufungskohorten 1–3

Abb. 28 (S. 161): Geburtsorte der HU-Hochschullehrer der Berufungskohorten 4–5

Abb. 29 (S. 162): Studienorte der HU-Hochschullehrer

Abb. 30 (S. 164): Promotionsorte der HU-Hochschullehrer der Berufungskohorten 1–3

Abb. 31 (S. 164): Promotionsorte der HU-Hochschullehrer der Berufungskohorten 4–5

Abb. 32 (S. 166): Habilitationsorte der HU-Hochschullehrer der Berufungskohorten 1–3

Abb. 33 (S. 166): Habilitationsorte der HU-Hochschullehrer der Berufungskohorten 4–5

Abb. 34 (S. 171): Die häufigsten Geburtskohorten der HU-Hochschullehrer

Anhang

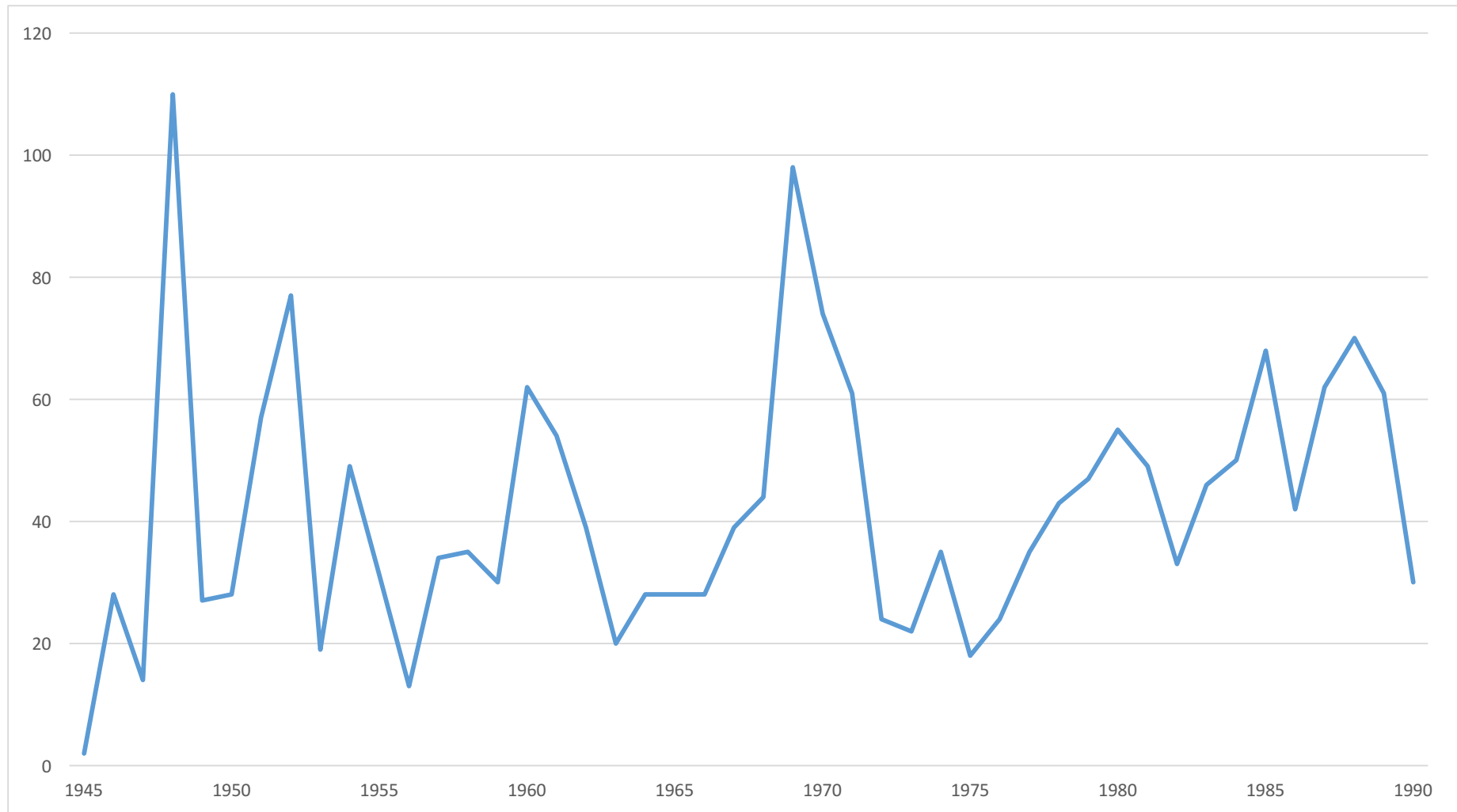


Abb. A: Verteilung der Berufungen nach Berufungsjahren (1945–1990)

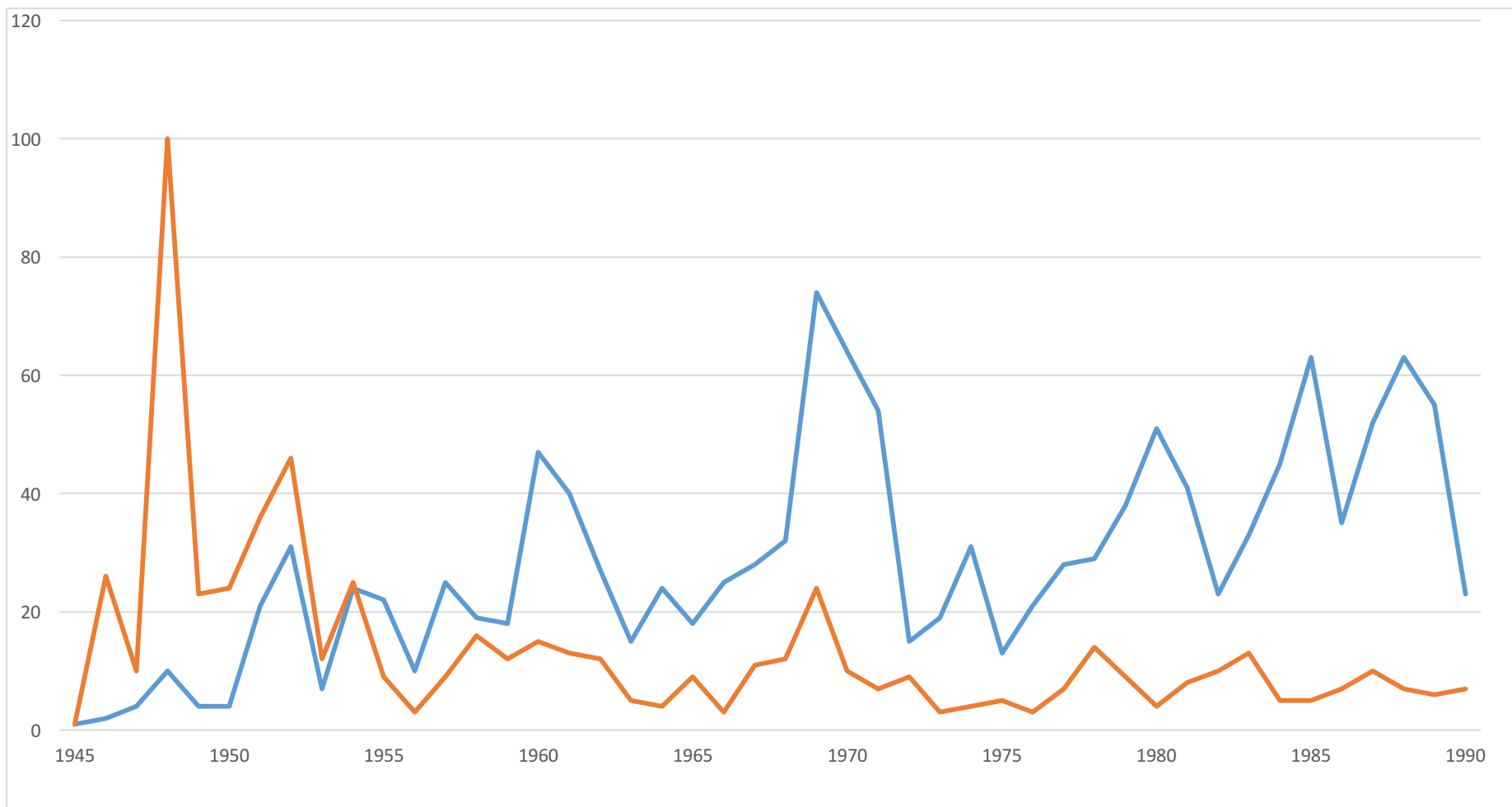


Abb. B: Verteilung der Berufungspositionen nach Berufungsjahren (1945–1990, blau: Dozenten, orange: Professoren)

Versicherung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe; die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Weitere Personen waren an der geistigen Herstellung der Arbeit nicht beteiligt.

Insbesondere habe ich nicht die Hilfe eines Promotionsberaters in Anspruch genommen. Dritte haben von mir weder unmittelbar noch mittelbar geldwerte Leistungen für Arbeiten erhalten, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der vorgelegten Dissertation stehen.

Die Arbeit wurde bisher weder im In- noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und ist auch noch nicht veröffentlicht worden.

Leipzig, 28. April 2020

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'U. Breitsprecher', with a stylized flourish at the end.

Ulrike Breitsprecher